

BETEILIGUNGSMANAGEMENT



Beteiligungen des Landkreises Zwickau

2023

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort.....	1
2.	Gesamtlagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der unmittelbaren Beteiligungen ..	2
3.	Beteiligungen des Landkreises	7
3.1.	Unternehmensbeteiligungen und Zweckverbandsmitgliedschaften des Landkreises Zwickau	8
3.2.	Unmittelbare Beteiligungen des Landkreises Zwickau	9
3.3.	Mittelbare Beteiligungen des Landkreises Zwickau.....	10
3.4.	Mitgliedschaft des Landkreises Zwickau in Zweckverbänden und deren Beteiligungen....	11
4.	Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen	12
4.1.	Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH	13
4.2.	Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH	18
4.3.	Pleißental-Klinik GmbH.....	22
4.4.	Pleißental-Med GmbH	29
4.5.	Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg	33
4.6.	Tourismus und Sport GmbH	39
4.7.	Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)	43
4.8.	Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH	47
4.9.	Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr.....	52
4.10.	Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz	56
4.11.	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH	61
4.12.	HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	65
4.13.	HBK-Service gemeinnützige GmbH	68
4.14.	HBK-Diagnostik GmbH	70
4.15.	HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH.....	72
4.16.	Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	74
4.17.	Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG	77
4.18.	Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	80
4.19.	Business and Innovation Centre Zwickau GmbH	82
5.	Zweckverbände.....	85
5.1.	Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen).....	86
5.2.	Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS).....	90
5.3.	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	94
5.4.	Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen	101
5.5.	Planungsverband Region Chemnitz	103
5.6.	Kulturraum Vogtland-Zwickau	106
5.7.	Sparkassenzweckverband Chemnitz.....	108

INHALTSVERZEICHNIS

5.8.	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	109
5.9.	Rettungszweckverband "Südwestsachsen"	113
5.10.	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	118
6.	Formelverzeichnis	121
7.	Kennzahlen	122
8.	Fachbegriffe	123
9.	Abkürzungen	125
10.	Impressum	128
11.	Anlagen	129
	Anlage 1: Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS)	129
	Anlage 2: Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	173

Beteiligungsunternehmen in alphabetischer Reihenfolge

Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr	68
Business and Innovation Centre Zwickau GmbH	103
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH	63
Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz	72
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg	49
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	89
HBK-Diagnostik GmbH	87
HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	82
HBK-Service gemeinnützige GmbH	85
Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH	77
Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)	59
Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen)	108
Kulturraum Vogtland-Zwickau	129
Planungsverband Region Chemnitz	126
Pleißental-Klinik GmbH	38
Pleißental-Med GmbH	45
Rettungszweckverband "Südwestsachsen"	137
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH	27
Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH	33
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	91
Sparkassenzweckverband Chemnitz	132
Tourismus und Sport GmbH	55
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG	94
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	99
Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)	112
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	141
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	133
Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen	124
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	116

1. Vorwort

Der **Beteiligungsbericht** nach § 99 der SächsGemO soll wesentlich zur Transparenz der Kommunalverwaltung hinsichtlich Ihrer Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbstständigte Bereiche beitragen. Der Beteiligungsbericht dient als Informationsinstrument nicht nur den kommunalen Entscheidungsträgern in Ausübung ihrer Steuerungsfunktion, sondern auch der Rechtsaufsichtsbehörde sowie der interessierten Öffentlichkeit. Neben den allgemeinen Daten der Beteiligungsgesellschaften informiert er auch über die Entwicklung und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen des Landkreises Zwickau, in dem Grundzüge des Geschäftsverlaufs dargestellt werden. Weiterhin beinhaltet der Bericht auch Informationen über die Zweckverbände, in denen der Landkreis Zwickau Mitglied ist.

Der vorliegende Bericht basiert auf den Jahresergebnissen der Unternehmen von 2023 und ist gemäß § 63 SächsLKrO i. V. m. § 99 Abs. 2 SächsGemO dem Kreistag vorzulegen.

Auf die wichtigsten Probleme und die Lage der Gesellschaften wird mit einer kurzen Auswertung der Ergebnisse des Berichtsjahres und einer Vorschau auf die Entwicklung aufmerksam gemacht.

Der Beteiligungsbericht gibt einen Überblick über die im Berichtsjahr vorherrschende Beteiligungslandschaft. So war der Landkreis Zwickau alleiniger Gesellschafter von sieben Unternehmen und an weiteren fünf Gesellschaften unmittelbar sowie an sechs Gesellschaften mittelbar beteiligt. Hinzu kommt die Mitgliedschaft des Landkreises in zehn Zweckverbänden.

Veränderungen des Beteiligungsportfolios ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr keine.

Der Beteiligungsbericht wurde nach den Anforderungen des § 99 der SächsGemO gefertigt und wird zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit vom Landkreis verfügbar gehalten. Entsprechend § 99 Abs. 4 SächsGemO erfolgt die Bekanntmachung im elektronischen Amtsblatt des Landkreises Zwickau.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

2. Gesamtlagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der unmittelbaren Beteiligungen

Die im Berichtsjahr 2023 wesentlichsten Ergebnisse der einzelnen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften des Landkreises Zwickau sollen mit nachstehenden Ausführungen aufgezeigt werden.

Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH

Die Hauptgeschäftszweige des Konzerns bestehen im Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses sowie vollstationäre Pflegeeinrichtungen. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Geschäftssparten. Die Wesentlichen davon sind ein Rehabilitationszentrum für psychisch kranke Menschen, eine Lieferapotheke, ein Medizinisches Versorgungszentrum sowie ein Gesundheitszentrum.

Das Klinikum sichert die regionale Patientenversorgung mit 320 vollstationären Betten und 48 tagesklinischen Plätzen. Die Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH (nachfolgend Tochterunternehmen genannt) verfügt über eine Kapazität von insgesamt 204 vollstationären Pflegeplätzen.

Das Klinikum sowie sein Tochterunternehmen konnten das Geschäftsjahr 2023 mit einem positiven Ergebnis abschließen.

Um die Leistungsentwicklung auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren, erfolgten in 2023 Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 9.679 TEuro. Die bedeutendsten Investitionen im Klinikum stellten die Fertigstellung des Neubaus ambulante Reha-/Gesundheitszentrum sowie die Anschaffung eines Magnet-Resonanz-Tomographs dar.

Liquiditätsengpässe sind nicht zu erkennen.

Pleißental-Klinik GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses einschließlich der zugehörigen Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.

Die Pleißental-Klinik verfügt derzeit über 240 Planbetten im Bereich Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Innere Medizin und Allgemeinmedizin inklusive Akutgeriatrie sowie Kinder- und Jugendmedizin.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 424 TEuro ab. Hauptgründe dafür sind die negative Leistungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr, die Honoraraufwendungen im ärztlichen Dienst, inflationsbedingte Preissteigerungen in nahezu allen Segmenten sowie die erhöhten Personalaufwendungen.

Investitionen erfolgten im Geschäftsjahr 2023 in Höhe von insgesamt 3.427 TEuro.

Für das Jahr 2023 hat sich die Gesamtsituation der Gesellschaft stabilisiert, auch wenn der Gesamtleistungsverlauf durch leicht rückläufige stationäre Fallzahlen gekennzeichnet war.

Mit erfolgreicher Etablierung der Tochtergesellschaft Pleißental-Med GmbH als medizinisches Versorgungszentrum für die Bereiche Gynäkologie und Orthopädie wird seit dem 1. April 2023 ein Beitrag für die Sicherstellung einer stabilen Versorgung der Patientinnen und Patienten in der Region mit facharztspezifischen Leistungen geleistet. Das Ziel, dadurch eine gewisse Zuweiserbindung an die Pleißental-Klinik zu generieren, kann -insbesondere seit dem IV. Quartal 2023- als gelungen bezeichnet werden.

Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH

Das HBK gGmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung an den Standorten Zwickau, Kirchberg und Glauchau und verfügt nach Übernahme des Betriebes der Paracelsus-Klinik Zwickau nun über 1.112 Betten und 83 tagesklinischen Plätzen.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Die Gesellschaft erzielte einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 5.266 TEuro.

Als hochmodernes Krankenhaus investiert das Klinikum auf anhaltend hohem Niveau in die Sanierung von Bestandsgebäuden, in Neubauten und in modernste Medizintechnik. So beliefen sich die Instandhaltungsaufwendungen in 2023 auf 11.767 TEuro. 671 TEuro wurden für Modernisierungen am Standort Kirchberg eingesetzt. Am Standort Werdauer Straße wurden für 1.122 TEuro Instandhaltungen vorgenommen, insbesondere im Bereich der Medizintechnik und der technischen Gebäudeausrüstung.

Im Wirtschaftsjahr war die Finanzlage der Gesellschaft stabil und die Liquidität gesichert.

Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg

Zweck des Unternehmens mit seinen 248 Beschäftigten ist der Betrieb von Altenwohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Heimen für behinderte Menschen, von ambulanten Pflegediensten, von altersgerechten und betreuten Wohnungen und Mahlzeitendiensten.

Das erneut positive Jahresergebnis der Gesellschaft resultiert im Wesentlichen auf die vereinbarten gestiegenen Entgelte für vollstationäre und ambulante Pflege, den erhöhten Entgelten für die Behinderten- und Wohneinrichtungen sowie einer soliden wirtschaftlichen Betriebsführung.

Um eine hohe Auslastung der Pflegeplätze sicherzustellen, werden durch umfangreiche Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen die Wohn- und Pflegebedingungen ständig verbessert. In 2023 wurden 517 TEuro für Instandhaltungen aufgewendet.

Risiken bestehen weiterhin aufgrund des hohen Wettbewerbs innerhalb der Altenpflegeeinrichtungen in der Region sowie dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel im Pflegesektor.

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert.

Tourismus und Sport GmbH

Zu den Geschäftsbereichen der Tourismus und Sport GmbH gehören das Erholungsgebiet Stausee Oberwald in Callenberg mit Badensee, Bungalowsiedlung und Campingplatz, die Sachsenlandhalle in Glauchau, eine multifunktional nutzbare Sport- und Kultureinrichtung mit 3-Feldersporthalle, Kultursaal, Bowling- und Kegelanlage sowie Gaststättenbereich und das Schloss in Waldenburg.

Der Stausee Oberwald stellt für die Tourismus und Sport GmbH den mit Abstand größten und wirtschaftlich stärksten Bereich dar, auch wenn die Erträge hauptsächlich in den Monaten Mai bis September erwirtschaftet werden. Die vordergründig auf das Thema Baden ausgerichteten Möglichkeiten der Freizeit- und Urlaubsgestaltung sind sehr witterungsabhängig.

Alle drei Bereiche werden touristisch-kulturell genutzt und deren Angebote und personellen Ressourcen im wirtschaftlichen Sinne der GmbH vernetzt.

Das Geschäftsjahr 2023 schloss mit einem Jahresverlust i. H. v. 180 TEuro ab. Ursächlich für dieses Ergebnis waren die extrem gestiegenen Energie- und Personalkosten sowie schwache Einnahmen am Stausee Oberwald aufgrund eines verregneten Sommers.

Der Landkreis stellte der Tourismus und Sport GmbH zur Sicherung des Gesellschaftszweckes einen Zuschuss i. H. v. 400 TEuro zur Verfügung, so dass die Liquidität des Unternehmens gesichert war.

Risiken, insbesondere beim Stausee Oberwald, bestehen aufgrund der Abhängigkeit zum Wetter. Des Weiteren ist zu beachten, dass der Gast hohen Wert auf die Ferienqualität legt. Um die Attraktivität und Marktfähigkeit in allen Bereichen zu erhalten, ist die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes von großer Bedeutung.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)

Zu den Aufgaben der Gesellschaft zählen das Einsammeln und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, sperrigen Abfällen und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen, die Sammlung von Elektroschrott in der betriebseigenen Sammelstelle sowie die Ausrüstung der Haushalte und Unternehmen mit entsprechenden Abfallsammelbehältern. Damit wurde die KECL durch den Landkreis beauftragt.

Auch wenn ein Rückgang der Sammelmengen und gestiegene Energiekosten für die Geschäftstätigkeit in 2023 bestimmend waren, konnte noch ein positives Jahresergebnis (78 TEuro) erzielt werden. Ursächlich hierfür war das vom Landkreis gewährte pauschale Entgelt, welches nach den Bestimmungen des Abfallentsorgungsvertrages kalkuliert wurde.

Im Geschäftsjahr erfolgte die Anschaffung von zwei Abfallsammelfahrzeugen. Des Weiteren wurden die ersten Schritte hin zu einer emissionsarmen Fahrzeugflotte eingeleitet.

Zum 31. Dezember 2023 standen der Gesellschaft ausreichend liquide Mittel zur Verfügung. Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KECL als stabil einzuschätzen.

Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH

Die Gesellschaft ist mit den Aufgaben der Abfallentsorgung im Landkreis befasst. Hierzu gehören die Einsammlung und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, Sperrmüll und Bioabfällen, von Pappe, Pappe und Kartonagen sowie die Betreibung und Bewirtschaftung der Hausmülldeponie Lohe.

Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Umsatzerlöse beruhen im Wesentlichen auf der Erhöhung der Entgelte für die durch die EGZ erbrachten Leistungen entsprechend des Abfallentsorgungsvertrages.

Negativ für den Geschäftsverlauf wirkten sich die gesunkenen Sammelmengen und die gestiegenen Kosten aus. Dennoch konnte ein Jahresüberschuss i. H. v. 202 TEuro ausgewiesen werden.

Als wesentlichste Investitionen der Gesellschaft sind ein Sammelfahrzeug und ein Transporter zu nennen.

Die wiederum erhöhten Rückstellungen sind hauptsächlich durch zu erwartende Kosten auf den Abschluss der Deponie Lohe zu begründen.

Die Finanzlage der Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH kann dennoch als stabil eingeschätzt werden. Es standen zum 31. Dezember 2023 ausreichend liquide Mittel zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die Liquidität.

Die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe soll ab 2026 ff. erfolgen, wobei in Abhängigkeit der Preisentwicklung im Baubereich noch zeitliche Verschiebungen möglich sind. Mit dem Deponieabschluss verringert sich die Liquidität der Gesellschaft erheblich.

Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz

Der Gesellschaftszweck der Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz beinhaltet die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, Schülerinnen und Schülern sowie von Jugendlichen. Eine Kindertagesstätte und die Kinder- und Jugendwohngruppen sowie die Tätigkeit in der Schulsozialarbeit ergänzen das Spektrum von Bildung und Erziehung.

Das Geschäftsjahr 2023 verlief regelmäßig.

Die Finanzierung der Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen war jederzeit gewährleistet. Allerdings konnten die gestiegenen Kosten nicht in den laufenden Ausschreibungsmaßnahmen eingearbeitet werden.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Zielstellung der GAFUG war auch in 2023, die notwendigen Umstrukturierungs- und Veränderungsprozesse weiter voranzubringen.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss ab. Die Liquidität des Unternehmens war während des Geschäftsjahres durchgehend gewährleistet.

Die wesentlichen Risiken in der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft bestehen auch weiterhin in der Abhängigkeit von Förderungen der Bildungs- und Erziehungsprojekten und der Bereitstellung der dazugehörigen finanziellen Mittel durch die öffentlichen Ämter, Agenturen und die Wirtschaft.

Zum 31. Dezember 2022 kündigte ein privater Gesellschafter seine Anteile an der GAFUG, welche der Landkreis in 2023 übernahm.

Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr

Die Aufgabe der Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr (ASR) besteht in der Vorhaltung und Überlassung der Infrastruktur zur Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau. Hierzu kann sich die Gesellschaft Dritter bedienen und bei Zweckmäßigkeit private Personenbeförderungsunternehmen als Subunternehmer einbinden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Unternehmens werden durch einen Betriebspachtvertrag definiert, der zum 1. Januar 2019 neu mit dem neuen Betreiber Regionalverkehr Westsachsen GmbH (RVW) geschlossen worden ist und die Regelungen für die Verpachtung des Verkehrshofes beinhaltet.

Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist die Vermietung und Verpachtung, dem Umsatzerlöse i. H. v. 138,7 TEuro entsprechen.

Das Geschäftsjahr 2023 endete mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 60,4 TEuro.

Es besteht das Risiko anfallender größerer Instandhaltungsaufwendungen am verpachteten Gebäude, da der Verkehrshof bereits älter als 20 Jahre ist. Hieraus erwächst die Gefahr, dass der jährliche Pachtzins für den Verkehrshof, derartige Aufwendungen nicht vollständig abdecken kann und diese nur durch vorhandene Liquidität finanzierbar ist.

Die Liquidität war in 2023 ganzjährig gewährleistet.

Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG

Die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG ist eine multifunktionale Fahrtrainingsanlage. Das Unternehmenskonzept stützt sich auf drei Säulen; Fahrtrainingszentrum, Veranstaltungsgelände für Events und nicht permanente Rennstrecke.

Es werden mehrstufige Fahrsicherheitstrainings für Autos, Motorräder, Busse und LKWs über Sportfahrerlehrgänge, Incentives für spezielle Kunden, Mitarbeiter- und Motivationsseminare oder Firmenfeiern bis hin zu Pressekonferenzen, Produktpräsentationen und noch vieles mehr angeboten.

Des Weiteren vermietet die Gesellschaft die Trainingspiste der Rennstrecke an externe Veranstalter von Sicherheits- und Rennstreckentrainings sowie an den ADAC Sachsen zum Zwecke der Durchführung der Motorsportveranstaltungen am Sachsenring.

Im Geschäftsjahr war im Vergleich zu den Vorjahren eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen, so dass der Geschäftsverlauf als gut eingeschätzt wurde.

Die Liquidität der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG war ganzjährig gesichert.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärin der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.

Aus dem Beteiligungsverhältnis des Landkreises Zwickau an der Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring in Höhe von 16,00 % ergibt sich für den Landkreis Zwickau keine finanzielle Belastung.

Die Geschäftsführung schätzt den Geschäftsverlauf 2023 als günstig ein, da wieder ein Jahresüberschuss erwirtschaftet werden konnte.

Die Liquidität wird über die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG sichergestellt.

Business and Innovation Centre Zwickau GmbH

Der Bereich Vermietung ist das Hauptgeschäftsfeld der BIC Zwickau GmbH. Der positive Vermietungsgrad resultiert u. a. aus den optimalen Bedingungen für die Ansiedlung von Existenzgründern und jungen Unternehmen.

War im Vorjahr noch ein Jahresüberschuss zu verzeichnen, ergab sich in 2023 ein Jahresverlust i. H. v. 48 TEuro. Ursächlich für die negative Entwicklung sind geringere Umsatzerlöse und eine Erhöhung der Personalkosten korrespondierend zur Entwicklung der Beschäftigtenanzahl.

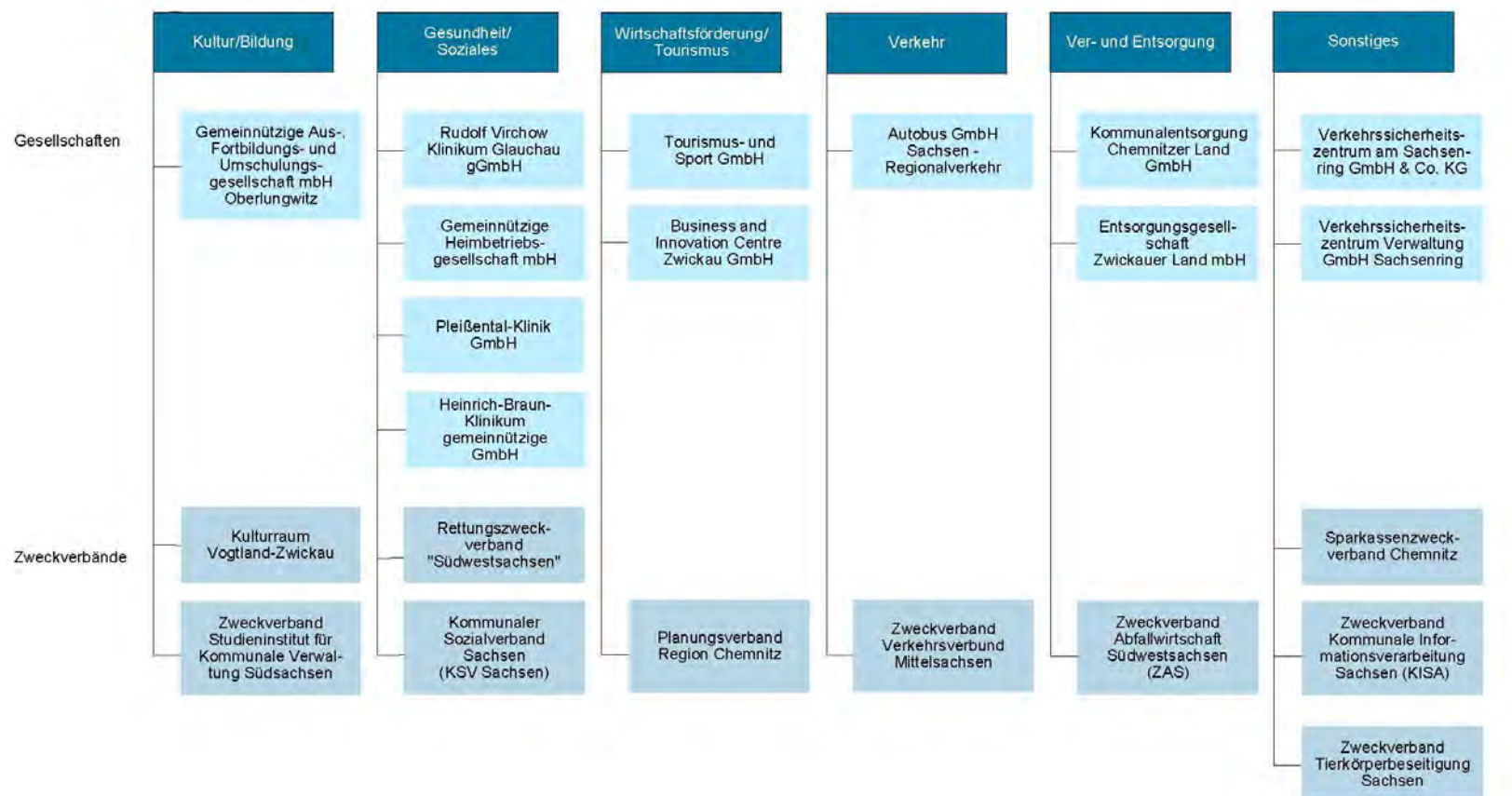
Nach dem Ablauf der Bindefrist für die zur Errichtung des Betriebsgebäudes in Stenn eingesetzten öffentlichen Fördermittel zum 31. Dezember 2022 soll das Betriebsgebäude verkauft werden. Hierzu fasste die Gesellschafterversammlung in 2022 einen Grundsatzbeschluss.

Die Gesellschafter der BIC Zwickau GmbH beabsichtigen eine Neuausrichtung der Gesellschaft. Die Geschäftsführung wurde beauftragt ein finanziell tragfähiges Konzept vorzulegen.

3. Beteiligungen des Landkreises

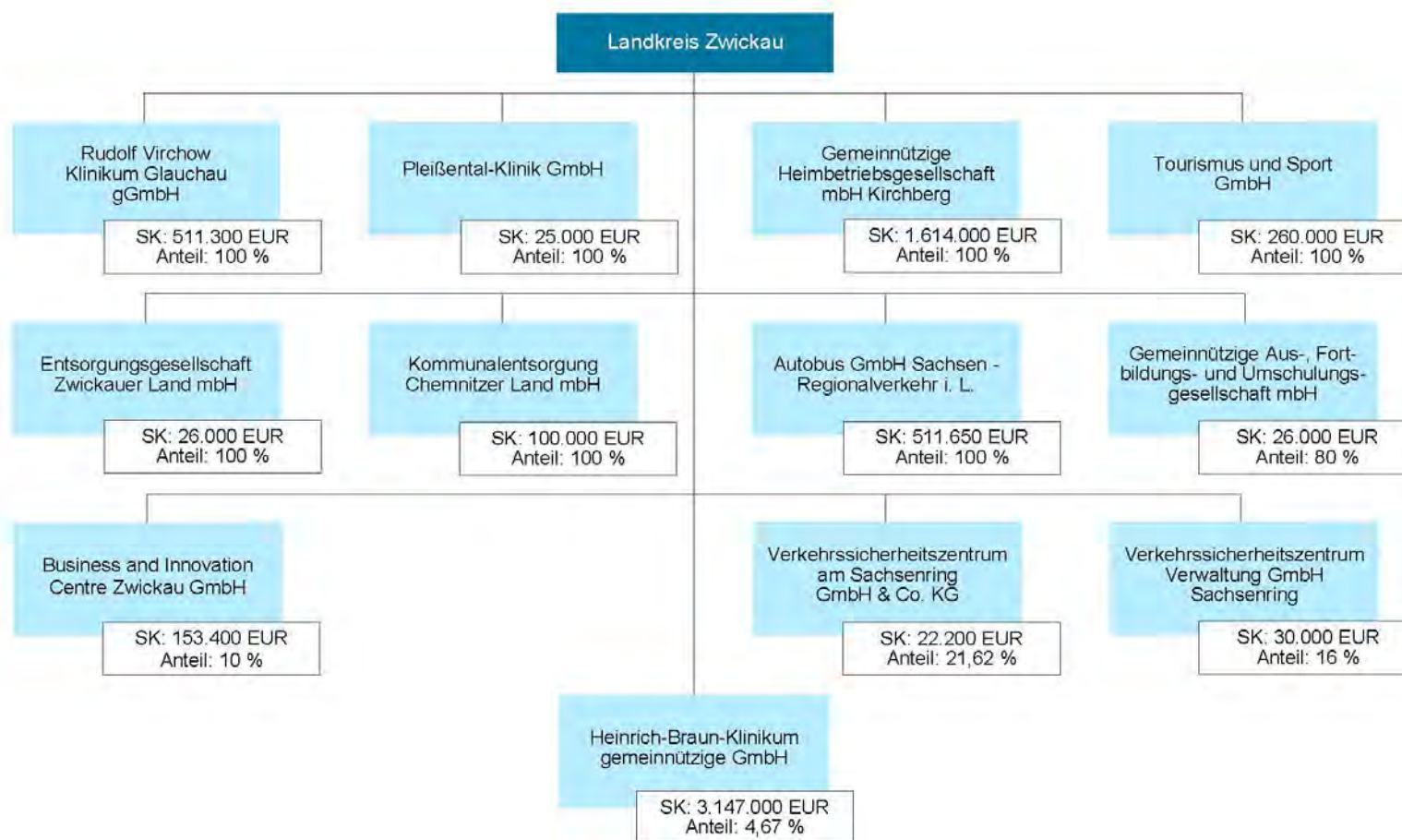
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.1. UNTERNEHMENS BETEILIGUNGEN UND ZWECKVERBANDSMITGLIEDSCHAFTEN DES LANDKREISES ZWICKAU



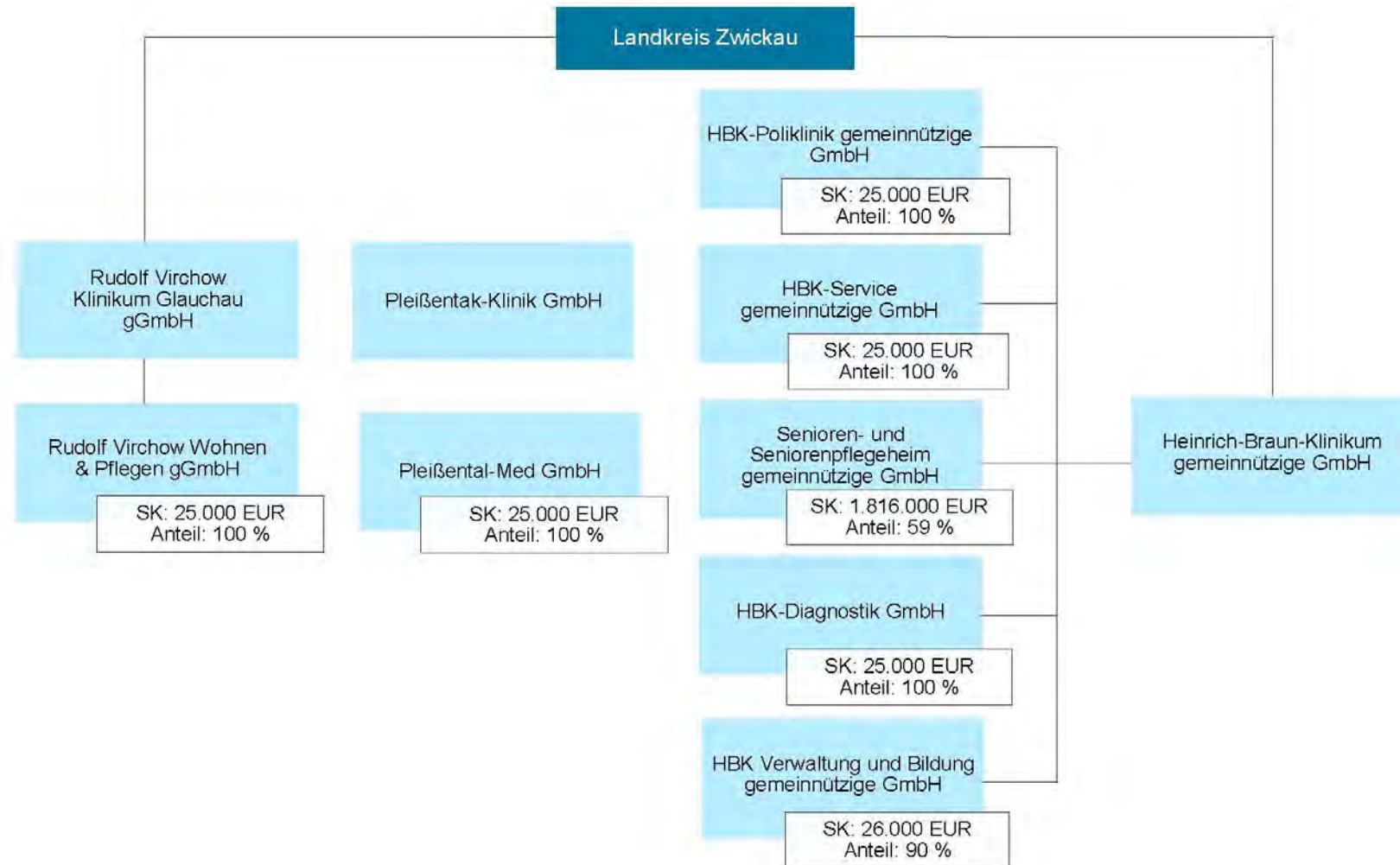
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.2. UNMITTELBARE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES ZWICKAU



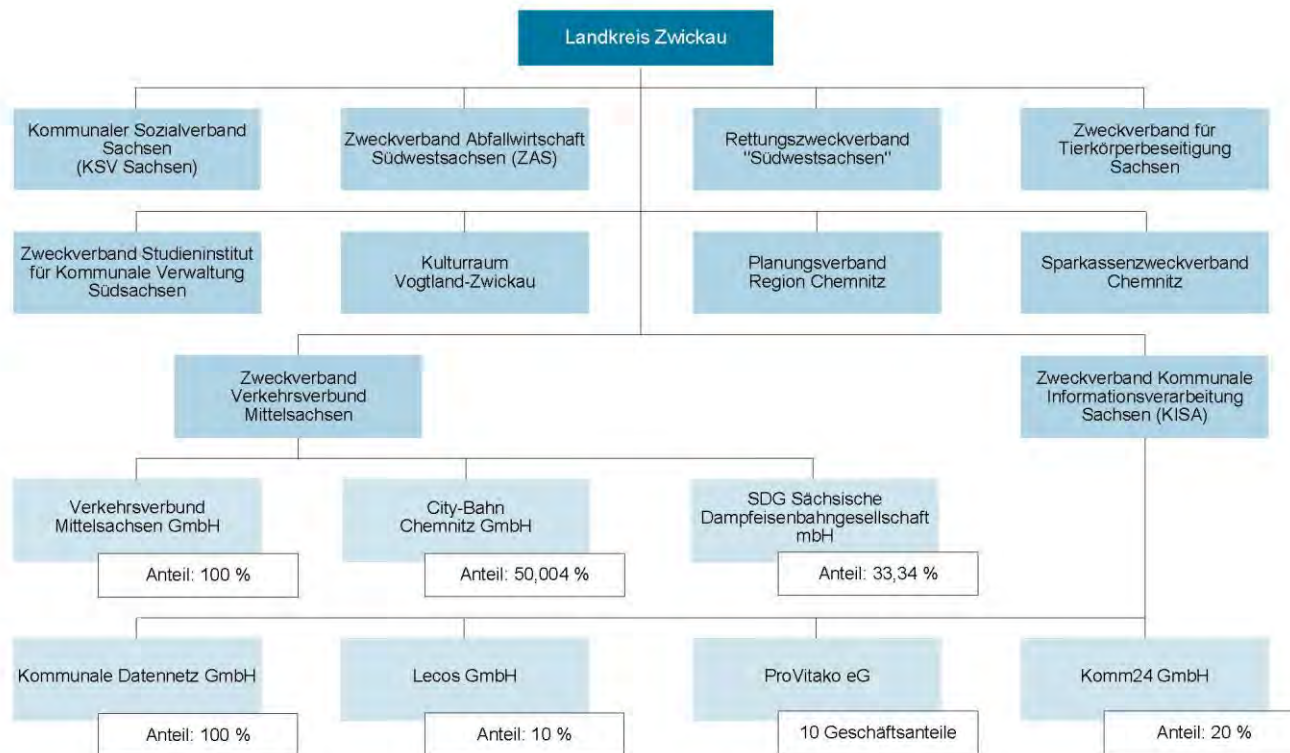
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.3. MITTELBARE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES ZWICKAU



BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.4. MITGLIEDSCHAFT DES LANDKREISES ZWICKAU IN ZWECKVERBÄNDEN UND DEREN BETEILIGUNGEN



4. Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen

Hierbei wird gemäß § 99 Abs. 3 SächsGemO nach unmittelbarer oder mittelbarer bzw. mehr oder weniger als 25%iger Beteiligung des Landkreises unterschieden, was eine differenzierte Darstellung bedingt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.1. RUDOLF VIRCHOW KLINIKUM GLAUCHAU GGMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Virchowstraße 18
FIRMENSITZ	08371 Glauchau
TELEFON	03763 43-0
E-MAIL	info@klinikum-glauchau.de
WEBSEITE	http://www.klinikum-glauchau.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	17.08.1995
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 511.300 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 511.300 EUR (100,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSGEGENSTAND

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- die Förderung des Wohlfahrtswesens,
- die Förderung des Sports sowie
- die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Glauchau mit den unmittelbar dem Betrieb des Krankenhauses dienenden Ausbildungsstätten, den Einrichtungen der mit dem Betrieb des Krankenhauses im Zusammenhang stehenden Vor- und Nachsorge und der Gesundheitsförderung, den sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bereitstellung von Grundstücken, Räumlichkeiten und sonstigen Sachen für Dritte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens oder der Altenhilfe sowie durch die bedarfsgerechte Bereitstellung und Erbringung stationärer und ambulanter medizinischer Leistungen.

Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe wird insbesondere verwirklicht durch die Betreuung von

¹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Altenwohn- und Pflegeheimen, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und der Tagespflege sowie ambulanter Pflegedienste.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung, durch den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V und von Einrichtungen für integrierte Versorgungsformen zum Zwecke der Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird auch verwirklicht durch den Betrieb von Vorsorge und Rehabilitationseinrichtungen im Sinne von § 111 SGB V und § 35 SGB IX.

Die Förderung des Sports wird verwirklicht durch den Betrieb eines Schwimmbades sowie einer Sporthalle mit der Möglichkeit der öffentlichen Nutzung.

Die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen, wird verwirklicht durch den Betrieb von Einrichtungen der Behindertenhilfe, insbesondere Behindertenwerkstätten, Wohnheimen und Wohngruppen.

Der Zweck der Gesellschaft wird weiterhin durch den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens verfolgt.

Die Gesellschaft ist berechtigt nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art nach Maßgabe des Absatzes 5 zu errichten, zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und alle sonstigen, dem Gesellschaftszweck im weitesten Sinne förderliche Maßnahmen durchzuführen.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung, Förderung und Erhaltung des Gesellschaftszweckes dienlich sind.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an den Landkreis Zwickau, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Dr. Florian Gräßler

Frau Angelika Hölzel

Frau Daniela Pfeifer

Frau Marina Salzwedel

Herr Prof. Dr. Joachim Schindler

Herr Andreas Weber

VORSITZ

Frau Ines Springer

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Christian Wagner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Solidaris Revisions-GmbH

MITARBEITERANZAHL

837

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH konnte trotz der durch die krieglerische Auseinandersetzung in der Ukraine angeheizten inflationären Entwicklung ein positives Jahresergebnis erzielen. Die Prognose eines Jahresfehlbetrages in Höhe von 1.515 TEUR wurde um 2.497 TEUR unterschritten. Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2023 fiel von 1.167 TEUR in 2022 auf 982 TEUR. Das operative Ergebnis fiel dabei von -365 TEUR auf -1.225 TEUR. Die Hauptursachen hierfür lagen im Wegfall staatlicher Corona-Ausgleichszahlungen sowie in der Erhöhung der Personal- und der Sachkosten.

Im Geschäftsjahr 2023 beschäftigte die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH durchschnittlich 837 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Köpfen gegenüber 782 im Vorjahr.

Kapitalstruktur

Die Laufzeit des Fremdkapitals liegt mit Ausnahme von Einbehalten aus Baurechnungen unter einem Jahr.

Investitionen

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 8.715 TEUR getätigt. Die bedeutendsten Investitionen stellten die Fertigstellung des Neubaus ambulante Reha-/Gesundheitszentrum sowie die Anschaffung eines Magnet-Resonanz-Tomographs MR5300 dar. Die zugewiesenen Pauschalfördermittel in Höhe von 1.024 TEUR wurden den Anforderungen entsprechend im Haus verwendet.

Liquidität

Der Finanzmittelbestand betrug am Ende des Geschäftsjahres 10.116 TEUR (Vorjahr: 10.310 TEUR). Die wesentlichen Zugänge zu den liquiden Mitteln wurden aus der Veränderung der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Aktiva, aus den Abschreibungen auf das mit Eigenmitteln finanzierte Anlagevermögen sowie dem Jahresüberschuss finanziert. Die wesentlichen Minderungen der Finanzmittel resultieren aus Investitionen in das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) von 8.715 TEUR. Die Liquiditätsverhältnisse sind geordnet. Liquiditätsengpässe sind nicht zu erkennen.

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist solide. Die Eigenkapitalquote beträgt 68,9 % (Vorjahr: 66,8 %). Die Minderung des Gesamtvermögens um 3.120 TEUR resultiert aus den Erhöhungen des langfristig gebundenen Vermögens um 4.059 TEUR und der Abnahme des kurzfristig gebundenen Vermögens um 7.179 TEUR. Die Erhöhung des langfristig gebundenen Vermögens resultiert aus den Erhöhungen der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen (+ 3.711 TEUR) sowie der Finanzanlagen (+348 TEUR) bei. Die Investitionstätigkeit in das immaterielle und das Sachanlagevermögen übertraf deutlich die planmäßigen Abschreibungen.

Hauptursache für die Abnahme des kurzfristig gebundenen Vermögens sind im Wesentlichen die Verringerung der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (- 4.786 TEUR) und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (- 2.203 TEUR). Der Forderungsbestand konnte damit gesenkt werden. Die Geschäftsführung sieht diesen dennoch als zu hoch an und wird weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Forderungsmanagements einleiten.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Prognosebericht

Nach Ansicht der Geschäftsführung wird das Geschäftsjahr 2024 hauptsächlich durch die inflationäre Entwicklung dominiert. Neben den sich extrem entwickelnden Personalkosten führen insbesondere die hohen Energiepreise in den Krankenhäusern zu anhaltend stark steigenden Kosten. Der Gesetzgeber hatte mit dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz-EWPBG die gesetzliche Grundlage für eine zumindest teilweise Entlastung beschlossen. [...] Dennoch kann nach Meinung der Geschäftsführung nur mit all diesen Maßnahmen das wirtschaftliche Überleben der einzelnen Häuser in 2024 sichergestellt werden. Somit steht dieser Ausblick unter erheblichen Unsicherheiten bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands auch im Zusammenhang mit dem weiteren Verlauf des Ukraine-Konflikts. Es bleibt fraglich, ob seitens des Staates ein weiterer Ausgleich der finanziellen Zusatzlasten der Krankenhäuser aufgrund der gegenwärtigen und zukünftigen inflationären Entwicklung erfolgen wird. [...]

Vor dem Hintergrund der eingeführten sog. „Hybrid-DRG“, deren konkreten Auswirkungen in Bezug auf die sachgerechte Abrechnung zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht monetär belegt werden können, ergibt sich für das Klinikum eine große Herausforderung. Diese wird durch das laufende Gesetzgebungsverfahren zum KHVVG, welches in Form eines Referentenentwurfes seit dem 6. Dezember 2022 eine bundesweite Krankenhausreform“ verspricht, nicht minder gering. Diese aktuell unklaren gesetzlichen Rahmenbedingungen erlauben kaum strategische Planungen zur Leistungserbringung sowie in den Themenfeldern der Investitions- und Personalplanung.

Auch der regional bestehende Mangel an Ärzten und sonstigem qualifizierten Personal wird sich bis Ende 2024 aller Voraussicht nach weiter verschärfen. [...]

Für das Jahr 2024 wurde vor allem aufgrund der prognostizierten sich extrem entwickelnden Personalkosten ein negatives Jahresergebnis in Höhe von -975 TEUR prognostiziert.

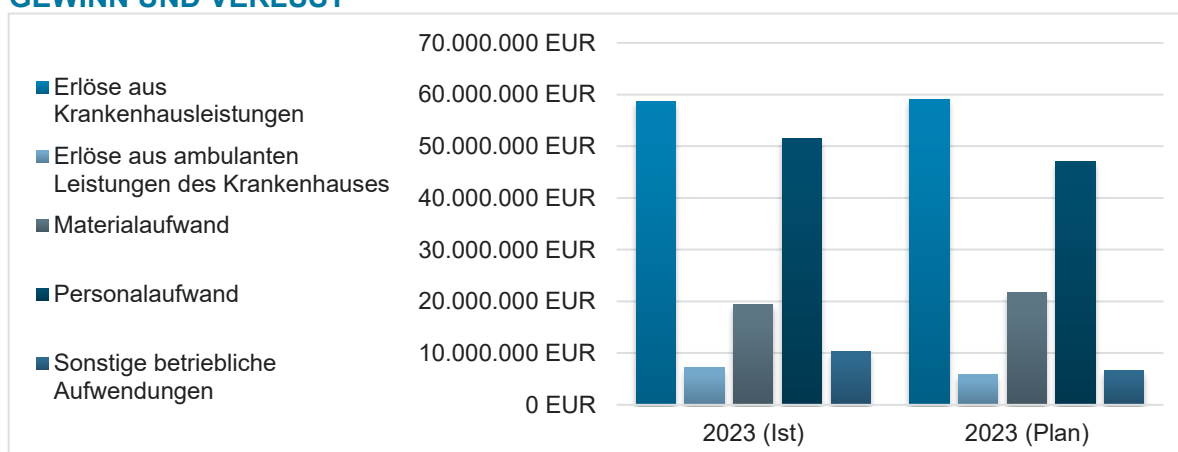
Die Risikolage der Gesellschaft kann für das kommende Jahr 2024 als entspannt beurteilt werden.

Chancen und Risiken

Die Gesamtrisikolage hat sich aufgrund des Ukraine-Konflikts insbesondere durch die anhaltend starke Inflation grundlegend verändert. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Risikos werden jedoch voraussichtlich durch den Gesetzgeber zumindest teilweise ausgeglichen.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Erlöse aus Krankenhausleistungen	58.764.377,25	59.125.000,00
Erlöse aus Wahlleistungen	42.321,16	48.000,00
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	7.272.096,72	5.880.000,00
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	447.506,39	732.000,00
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	12.326.719,48	10.008.000,00
Sonstige Erlöse	-	-
Bestandsveränderungen	119.190,63	-
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.967.950,97	48.000,00
Sonstige betriebliche Erträge	2.660.106,83	900.000,00
Materialaufwand	19.336.031,17	21.636.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.040.946,43	17.075.000,00
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	4.295.084,74	4.561.000,00
Personalaufwand	51.597.052,86	47.052.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	43.406.348,40	39.210.000,00
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.190.704,46	7.842.000,00
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	3.348.514,59	3.444.000,00
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.023.735,93	1.116.000,00
Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	2.310.108,66	2.316.000,00
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	623.243,51	1.116.000,00
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	623.243,51	1.116.000,00
Abschreibungen	5.186.444,43	5.373.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.229.936,85	6.624.000,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	707.303,77	131.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	149.691,79	48.000,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.649,42	6.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	60.000,00
Sonstige Steuern	-154.453,23	12.000,00
Jahresergebnis	981.874,57	-1.515.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	89,9	95,6	92,9
Vermögensstruktur (%)	76,9	69,8	74,2
Eigenkapitalquote (%)	69,2	66,8	68,9
Eigenkapitalrendite (%)	2,9	1,2	1,0
Fremdkapitalquote (%)	15,6	19,3	17,3
Gesamtkapitalrendite (%)	2,0	0,8	0,7
Liquidität 1. Grades (%)	88,3	81,5	91,8
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	91.778,62	96.588,83	94.209,11

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.2. RUDOLF VIRCHOW WOHNEN & PFLEGEN GGBH

FIRMENDATEN	
ANSCHRIFT	Heinrich-Mauersberger-Ring 23
FIRMENSITZ	09212 Limbach-Oberfrohna
TELEFON	03722 891-0
E-MAIL	info@rv-wohnen-pflegen.de
WEBSEITE	http://www.rv-wohnen-pflegen.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	20.12.2001
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
BETEILIGUNGSQUOTEN ² KAPITAL	Nominal _____ - / 100% / 100% Stammkapital _____ 25.000 EUR
GESELLSCHAFTER	Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH _____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der Altenhilfe und des Wohlfahrtswesens sowie die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch:

- die Betreuung von Altenheimen, Altenwohnheimen, Pflegeheimen und sonstigen Pflegeeinrichtungen;
- den Betrieb von Einrichtungen der Behindertenhilfe, insbesondere Wohnheime, Wohngruppen und
- den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens.

Die Gesellschaft kann nach Zustimmung des Landkreises Zwickau im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen mit gleicher, ähnlicher oder verwandter Art beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfsbetriebe errichten, erwerben und verpachten.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

² unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Christian Wagner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Solidaris Revisions-GmbH

MITARBEITERANZAHL

131

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Das Geschäftsjahr 2023 war, nach Beendigung der Pandemie des SARS-CoV-2 Virus, Bezug nehmend auf die Auslastung im Haus Am Wasserturm, bei durchschnittlich 80,6 % nicht zufriedenstellend. Im direkten lokalen Umfeld der Einrichtung befinden sich mehrere Mitbewerber mit stationären Angeboten. Im Haus Am Lustgarten in Waldenburg konnte die hohe Auslastung von 98,5 % gehalten werden. Trotz dieser Situation ist das Geschäftsjahr 2023 stabil verlaufen. Eine Qualitätsprüfung nach § 114 Abs. 1 SGB XI durch den Medizinischen Dienst wurde im August 2023 durchgeführt.

Ertragslage

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2023 sank von 764,4 TEUR auf 137,5 TEUR. Den um 419 TEUR gesunkenen Umsatzerlösen steht ein Anstieg beim Personalaufwand um 80 TEUR, beim Materialaufwand um 171 TEUR sowie bei den sonstigen Aufwendungen um 49 TEUR gegenüber.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sind die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen, die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung sowie die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 8,68 % gestiegen.

Die Pflegesätze für das Haus Am Wasserturm wurden im Jahr 2023 in vereinfachter Form neu verhandelt und traten zum 1. Februar 2023 in Kraft. Für das Haus Am Lustgarten wurden ebenfalls im Januar 2023 die Pflegesätze in vereinfachter Form verhandelt. Die vereinbarten Entgelte traten zum 1. Februar 2023 in Kraft.

Die Nachfrage nach Pflegeplätzen in Waldenburg war im Jahr 2023 weiterhin hoch. Mit 98,56 % konnte eine sehr gute Auslastung erreicht werden. Die Kapazitätsauslastung im Haus Am Wasserturm erhöhte sich von 72,38 % im Vorjahr auf 80,6 %. Diese veränderte Kapazitätsauslastung wird durch die Reduzierung der Pflegeplätze Rechnung getragen.

Die starke Konkurrenzsituation in Limbach-Oberfrohna macht die Auslastung der Pflegeplätze schwierig.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden durchschnittlich 130,75 Mitarbeiter (Vorjahr: 146,31 Mitarbeiter) beschäftigt. Resultierend aus der Reduzierung von Pflegeheimplätzen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Finanzlage

Die Finanzanlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 3,19 % vom Gesamtkapital. Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 6.924 TEUR getätigt.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft erzielte einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 895 TEUR. Dieser wurde für Investitionstätigkeit in Höhe von 808 TEUR und für Finanzierungstätigkeit in Höhe von 0 TEUR verwendet. Somit hat sich der Finanzmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr um 87 TEUR erhöht. Die Eigenkapitalrendite betrug im laufenden Geschäftsjahr 0,8 %.

Prognosebericht

Um eine stabile Ertragslage zu sichern, ist es auch weiterhin notwendig, die Belegungsstruktur hinsichtlich der Pflegegradverteilung prospektiv möglichst genau einzuschätzen bzw. ein aktives Belegungsmanagement zu betreiben.

Das Hauptziel der Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gemeinnützige GmbH wird im Jahr 2024 darin bestehen, mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen die zur Erfüllung des Versorgungsvertrages notwendigen Pflege- und Betreuungsaufgaben wirtschaftlich vertretbar zu erbringen und dabei gleichzeitig die Vorgaben der Leistungs- und Qualitätsvereinbarung umzusetzen.

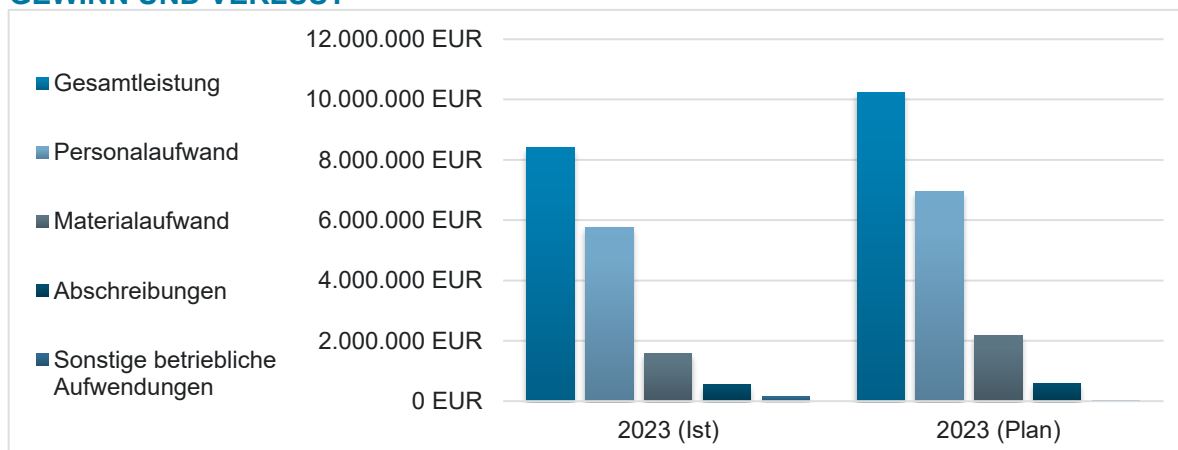
Chancen- und Risikobericht

Nach Überprüfung der Risikolage zu Ende des Geschäftsjahres 2023 kommen wir zu dem Gesamtergebnis, das bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft nicht bestehen.

Der Wettbewerb um hinreichend qualifiziertes Personal besitzt höchste Priorität, um auch zukünftig den Fortbestand und die Weiterentwicklung beider Pflegeheime sichern zu können. Im Fokus steht die Mitarbeiterbindung gleichermaßen wie die Gewinnung neuer Mitarbeiter. Hierfür sind weiterhin geeignete Instrumente wie zum Beispiel ein betriebliches Gesundheitsmanagement zu schaffen und auszubauen, um als attraktiver Arbeitgeber in der Region zu gelten.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	5.970.659,42	7.712.000,00
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.360.427,26	1.730.100,00
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	702.321,08	-
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	121.797,68	39.500,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	168.384,34	10.500,00
Sonstige betriebliche Erträge	76.384,84	60.000,00
Gesamtleistung	8.399.974,62	10.228.000,00
Personalaufwand	5.771.800,87	6.950.949,00
dar.: Löhne und Gehälter	4.338.245,75	5.736.978,00
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	1.433.555,12	1.213.971,00
Materialaufwand	1.571.503,01	2.170.140,00
dar.: Lebensmittel	351.662,56	111.000,00
dar.: Aufwendungen für Zusatzleistungen	78.394,62	112.800,00
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	288.160,16	796.000,00
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	853.285,67	1.150.340,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	50.644,54	56.745,00
Mieten, Pacht, Leasing	8.997,29	66.800,00
Zwischenergebnis	997.028,91	983.366,00
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	110.746,00	111.291,00
Abschreibungen	540.266,72	600.908,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	538.650,58	600.908,00
dar.: auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.616,14	-
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	298.942,58	246.610,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	170.044,17	7.000,00
Zwischenergebnis	98.521,44	240.139,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	35.158,20	4.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.812,33	
Jahresergebnis	137.491,97	244.139,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	104,2	105,1	104,1
Vermögensstruktur (%)	77,8	78,4	78,8
Eigenkapitalquote (%)	81,1	82,3	82,0
Eigenkapitalrendite (%)	4,0	4,8	0,9
Fremdkapitalquote (%)	7,4	7,1	8,0
Gesamtkapitalrendite (%)	3,2	4,0	0,7
Liquidität 1. Grades (%)	1.182,5	933,4	611,9
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	47.776,98	58.721,75	62.253,48

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.3. PLEIßENTAL-KLINIK GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ronneburger Straße 106
FIRMENSITZ	08412 Werdau
TELEFON	03761 444-0
E-MAIL	info@pleissental-klinik.de
WEBSEITE	http://www.pleissental-klinik.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	06.02.2004
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN³ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 25.000 EUR (100,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

Pleißental-Med GmbH 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSGEGENSTAND

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- die Förderung des Wohlfahrtswesens sowie
- die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Werdau mit den unmittelbar dem Betrieb des Krankenhauses dienenden Ausbildungsstätten, den Einrichtungen der mit dem Betrieb des Krankenhauses im Zusammenhang stehenden Vor- und Nachsorge und der Gesundheitsförderung, den sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bereitstellung von Grundstücken, Räumlichkeiten und sonstigen Sachen für Dritte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens oder der Altenhilfe sowie durch die bedarfsgerechte Bereitstellung und Erbringung stationärer und ambulanter medizinischer Leistungen.

Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe wird insbesondere verwirklicht durch die Betreibung von Altenwohn- und Pflegeheimen, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und der Tagespflege sowie ambulanter Pflegedienste.

³ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung, durch die Gründung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V und von Einrichtungen für integrierte Versorgungsformen zum Zwecke der Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation. Der Zweck der Gesellschaft wird weiterhin durch den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens verfolgt.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung der Gemeinnützigkeit alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Hierzu gehören auch, nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, die Errichtung und Übernahme, weiterer Gesellschaften und die Beteiligung an anderen Gesellschaften, soweit die Zweckbestimmung des Abs. 2 gewahrt bleibt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Etwaige Überschüsse oder sonstige Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es nicht nach Abs. 8 den Gesellschaftern zurück zu gewähren ist, an den Landkreis Zwickau zurück, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Stefan Czarnecki

Herr Prof. Dr. Gerd Drechsler

Herr Bernd Gerber

Herr Andreas Gerold

Herr Steffen Gruna

Herr Jan Löffler

Herr André Raphael

Herr Andreas Weigel

VORSITZ

Frau Angelika Hölzel

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Uwe Hantzsch

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

MITARBEITERANZAHL

438

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf

Die Pleißenal-Klinik GmbH, Werdau, (im Folgenden kurz: „Pleißenal-Klinik“) ist in den Krankenhausplan des Freistaates Sachsen, 12. Fortschreibung vom 30. August 2018 aufgenommen und laut Bescheid vom 4. September 2018 der Leistungsstufe Regelversorgung mit einer Gesamtkapazität von 240 Betten in den Fachgebieten:

- Chirurgie
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Innere Medizin und Allgemeinmedizin inklusive Akutgeriatrie
- Kinder- und Jugendmedizin

zugeordnet.

Die wirtschaftliche Sicherung der Pleißenal-Klinik wird durch öffentliche Förderung für Investitionskosten und durch die Vergütung der vereinbarten leistungsgerechten Entgelte durch die Kostenträger (in der Regel Krankenkassen) gewährleistet.

Die Entgeltverhandlung für das Jahr 2023 fand am 29. Juni statt. Die Entgeltvereinbarung für den Vereinbarungszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023 vom 25. Juli 2023 wurde durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) mit Bescheid vom 29. September 2023 genehmigt. Im Ergebnis der Entgeltverhandlung wurde - auch als Konsequenz der SARS-CoV-2-bedingten Leistungsrückgänge in den Jahren 2020-2022 - gegenüber dem Vorjahr (8.527 Fälle inkl. Überlieger-Fälle am Jahresanfang) eine Verringerung der Fallzahl um 446 Fälle auf 8.081 Fälle (inkl. Überlieger-Fälle am Jahresanfang) sowie eine Absenkung der effektiven aDRG-Bewertungsrelation um 299,819 auf insgesamt 5.900,193 Punkte vereinbart.

Unter Berücksichtigung der konsentierten Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG (TEUR 50) sowie unter Bereinigung nach § 4a Abs. 1 Satz 3 KHEntgG (TEUR 1.694 verringert sich das vereinbarte Erlösbudget gem. § 4 Abs. 2 KHEntgG im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von TEUR 23.766 auf TEUR 21.923.

Zur Finanzierung der Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen nach § 17b Abs. 4 KHG konnte gemäß § 6a KHEntgG ein krankenhausindividuelles Pflegebudget einschließlich der Ausgleichs (TEUR -679) in Höhe von TEUR 7.855 (TEUR -1.273 gegenüber 2022) mit den Kostenträgern vereinbart werden.

Die Gesamtsumme der sonstigen vereinbarten Budgetbestandteile (inkl. Ausgleichs) beläuft sich auf TEUR 569, hierbei werden u. a. die Anforderungen des Infektionsschutzgesetzes nach § 4 Abs. 9 KHEntgG, die Teilnahme an der Notfallversorgung gemäß § 9 Abs. 1a Nr. 5 KHEntgG, der Betrieb der Telematikinfrastruktur nach § 377 SGB V sowie das Ausbildungsbudget nach § 17a KHG durch die Kostenträger teilfinanziert.

Investitionen erfolgten im Berichtsjahr 2023 in Höhe von insgesamt TEUR 3.427.

Im Jahresdurchschnitt waren im Geschäftsjahr 338,56 Vollkräfte im aktiven Beschäftigungsverhältnis - d. h. nach Bereinigung um entgeltwirksame Ausfallzeiten (u. a. Beschäftigungsverbot, Mutterschutz, Elternzeit, Langzeiterkrankung) - arbeitsvertraglich gebunden.

Für die mittelbar durch den Anstieg der Energiepreise verursachten Kostensteigerungen erhielten zugelassene Krankenhäuser – auch die Pleißenal-Klinik – für den Zeitraum vom 1. Oktober 2022

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

bis zum 30. April 2024 zwei krankenhausindividuelle Ausgleichszahlungen zum pauschalen Ausgleich ihrer gestiegenen Kosten für den Bezug von leitungsgebundenem Erdgas, leitungsgebundener Fernwärme und leitungsgebundenem Strom aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds nach § 26f KHG. Die jeweilige Höhe der Ausgleichzahlung ergab sich aus Multiplikation der aufgestellten Betten je Krankenhaus mit einem durch das Bundesamt für Soziale Sicherung ermittelten Betrages je Bett (5.288,52 EUR) und wurde im März, April und Dezember 2023 an die Häuser ausbezahlt.

Lage der Gesellschaft

Das bilanzielle Eigenkapital reduzierte sich um den Jahresfehlbetrag 2023 (TEUR 424). Die Eigenkapitalquote (bereinigt um die Sonder- und Ausgleichsposten) beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 42,4 % (31. Dezember 2022: 40,8 %).

Die Pleißenal-Klinik verfügte zum Stichtag 31. Dezember 2023 über TEUR 3.657 liquide Mittel. Die Liquidität war im gesamten Geschäftsjahr 2023 jederzeit gesichert. Kreditverbindlichkeiten bestanden in Höhe von TEUR 2.890.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR -424 (Vj. TEUR -67) ab. Hauptgründe für diese rückläufige Entwicklung sind die negative Leistungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr, die Honoraraufwendungen im ärztlichen Dienst, inflationsbedingte gegenüber 2021, gesunkenen Leistungen sowie die pandemische Situation im I. Quartal, inflationsbedingte Preissteigerungen in nahezu allen Segmenten sowie die erhöhten Personalaufwendungen, wobei alle möglichen Personalveränderungen in Form von Nicht-Nachbesetzungen realisiert wurden.

Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Dem Anlagevermögen ohne Anlagen im Bau (TEUR 7.350; Vj. TEUR 9.397) der Gesellschaft stehen Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (TEUR 3.822; 5.593) gegenüber. Das aus Eigenmitteln finanzierte langfristige Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 276 vermindert. Gemessen an der um den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens und um den Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung korrigierten Bilanzsumme beträgt das aus Eigenmitteln finanzierte langfristige Vermögen 39,5 % (Vj. 32,0 %) der Bilanzsumme.

Die Investitionsdeckung beträgt 121,6 %, d. h. die Nettoinvestition des Geschäftsjahres war höher als die Abschreibungen des Geschäftsjahres.

Kapitalstruktur

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich von 59,2 % auf 67,6 %, die Eigenkapitalquote verminderte sich dementsprechend von 40,8 % auf 32,4 %.

Liquidität

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert. Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 1.508 von TEUR 2.149 auf TEUR 3.657.

Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt -6,8 % (Vj. -1,0 %). Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich von -0,4 auf -2,2 % erhöht.

Geschäftserfolg

Die Erlöse stiegen von TEUR 36.967 auf TEUR 37.373. Dabei erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 424. Bei jahresdurchschnittlich 438 (Vj. 447) beschäftigten Arbeitnehmern wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von rd. TEUR 85 (Vj. TEUR 83) erzielt. Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr wird als nicht zufriedenstellend eingeschätzt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Zukünftige Chancen und Risiken

Gesamtaussage

Für das Jahr 2023 hat sich die Gesamtsituation der Gesellschaft stabilisiert, auch wenn der Gesamtleistungsverlauf durch leicht rückläufige stationäre Fallzahlen gekennzeichnet war. Die Fallwanderung von vollstationären Behandlungen hin zu ambulant durchführbaren Operationen ist in der gesamten Klinik zu verzeichnen und weiter anhaltend. Durch die Geschäftsleitung wurden kontinuierlich kostensenkende Maßnahmen eingeleitet und im Personal- und Sachkostenbereich realisiert. Der Sachkostenbereich bot dafür – auch inflationsbedingt – leider nur sehr wenige Möglichkeiten. Insgesamt ist dort ein massiver Kostenanstieg zu verzeichnen.

Prognosebericht

Mit erfolgreicher Etablierung der Tochtergesellschaft Pleißenatal-Med GmbH als medizinisches Versorgungszentrum für die Bereiche Gynäkologie und Orthopädie wird seit dem 1. April 2023 ein Beitrag für die Sicherstellung einer stabilen Versorgung der Patientinnen und Patienten in der Region mit facharztspezifischen Leistungen geleistet. Das Ziel, dadurch eine gewisse Zuweiserbindung an die Pleißenatal-Klinik zu generieren, kann - insbesondere seit dem IV. Quartal 2023 - als gelungen bezeichnet werden. Für die Verbesserung einer flächendeckenden Versorgung in der Region und zur Festigung des Zuweiserverhaltens wird das Angebot in 2024 um eine Praxis für Chirurgie sowie für Psychotherapie am Standort Werdau und eine weitere Praxis für Orthopädie/Chirurgie in Crimmitschau erweitert.

Mit der Verpflichtung von Ärztinnen und Ärzten aus der im letzten Jahr geschlossenen Paracelsus-Klinik Reichenbach gelang es, eine stabile Zuweiserbindung auch in den vogtländischen Bereich hinein zu etablieren und eine Lenkung der Patientenströme aus den nun nicht mehr versorgten Gebieten in Richtung Pleißenatal-Klinik zu erreichen.

Das im Vorjahr an der Pleißenatal-Klinik begonnene Projekt „Erweiterungsbau und Umbau Zentralen Notaufnahme“ befindet sich - nach Grundsteinlegung und Richtfest - nach wie vor in der aktiven Bauphase. Durch die Erlangung sämtlicher Genehmigungen konnten die geplanten Terminketten sowie die projektierten Kostenkalkulationen bislang nahezu eingehalten werden. Eine Fertigstellung des Objektes ist für Ende 2025 geplant.

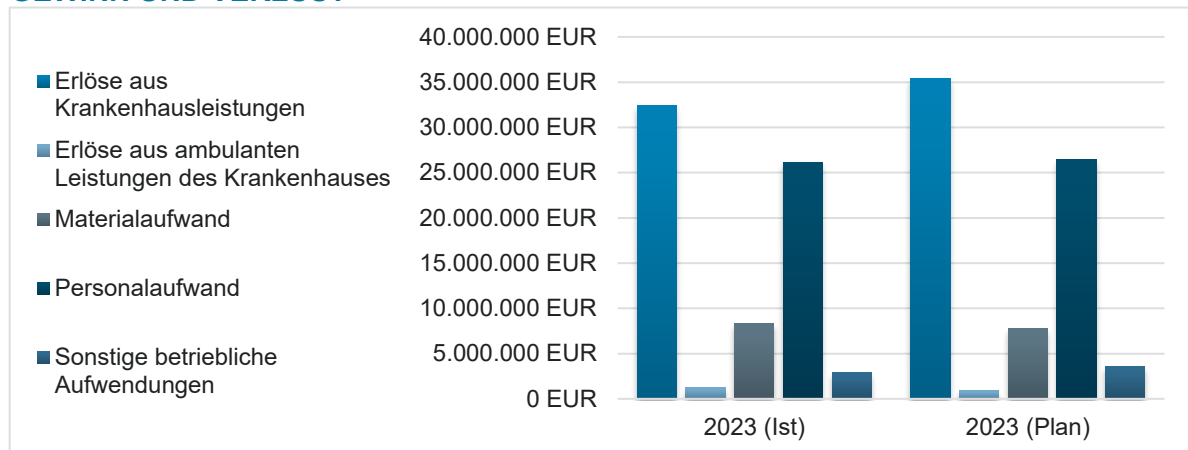
Die Umbaumaßnahmen des Bereichs der Zentralen Notaufnahme begannen im III. Quartal 2023 und führen nach wie vor zu diversen Einschränkungen. Durch eine geschickte Bauablaufsteuerung ist eine stabile Patientenversorgung dennoch jederzeit sichergestellt.

Der unter Annahme einer fortwährenden Versorgungs- und Vergütungsstruktur analog des Jahres 2023 aufgestellte Wirtschaftsplan 2024 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 208 aus. Die Mittelfristplanung sieht auch für das Jahr 2025 einen Jahresfehlbetrag und für 2026 bei tendenziell steigenden Erlösen – auch durch Inbetriebnahme der Geriatrie – ein positives Jahresergebnis vor.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Erlöse aus Krankenhausleistungen	32.452.167,59	35.433.200,00
Erlöse aus Wahlleistungen	51.392,66	49.000,00
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.300.385,73	918.300,00
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	174.942,09	141.200,00
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	2.723.001,11	908.500,00
Sonstige Erlöse	-	-
Bestandsveränderungen	36.359,00	-
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	28.505,91	22.900,00
Sonstige betriebliche Erträge	606.260,06	365.600,00
Materialaufwand	8.338.770,69	7.741.800,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.353.007,69	4.643.400,00
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	3.985.763,00	3.098.400,00
Personalaufwand	26.168.782,49	26.465.433,00
dar.: Löhne und Gehälter	21.737.907,85	22.098.233,00
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.430.874,64	4.367.200,00
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	3.867.030,70	3.408.532,00
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.352.760,45	480.000,00
Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	2.514.270,25	2.928.532,00
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	1.407.137,23	520.000,00
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	1.407.137,23	520.000,00
Abschreibungen	2.816.847,61	3.230.551,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.879.272,17	3.610.500,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	159,28	-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	51.554,88	7.400,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	1.365,00	1.200,00
Jahresergebnis	-423.525,94	-329.652,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	100,9	106,8	97,4
Vermögensstruktur (%)	45,0	40,4	40,9
Eigenkapitalquote (%)	45,4	43,1	39,8
Eigenkapitalrendite (%)	-1,0	-0,6	-3,8
Fremdkapitalquote (%)	30,3	35,9	45,7
Gesamtkapitalrendite (%)	-0,4	-0,2	-1,3
Liquidität 1. Grades (%)	20,2	29,0	32,3
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	91.016,67	103.636,38	83.794,27

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.4. PLEIßENTAL-MED GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ronneburger Straße 106
FIRMENSITZ	08412 Werdau
TELEFON	03761 444-0
E-MAIL	info@pleissental-med.de
WEBSEITE	http://www.pleissentalklinik.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	13.04.2022
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	23.03.2023

BETEILIGUNGSQUOTEN⁴ Nominal _____ - / 100% / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Pleißenal-Klinik GmbH _____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege und
- die Förderung des Wohlfahrtswesens.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Werdau und anderen Standorten innerhalb des Landkreises Zwickau.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung durch die Gründung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Uwe Hantzsch

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

MITARBEITERANZAHL

8

⁴ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Ziele der Gesellschaft

Die Gesellschaft „Pleißental-Med GmbH“ mit dem Sitz in Werdau, Ronneburger Straße 106, wurde zum Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und des Wohlfahrtswesens am 23.03.2022 gegründet.

Alleinige Gesellschafterin ist die Pleißental-Klinik GmbH, die damit auch 100 % der Stimmenanteile hält. Mit der Gesellschaftergründung wurde der Grundstein für den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (nachfolgend „MVZ“) und somit die Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung gelegt. Die eng vernetzte Kooperation zwischen ambulanter und stationärer Versorgung bietet für die Patienten sektorenübergreifend viele Vorteile. Unser Ziel ist neben einem erweiterten und optimal aufeinander abgestimmten medizinischen Angebot für die Patienten, die Sicherstellung der fachärztlichen Versorgung in und um Werdau und in Crimmitschau. Die Synergiepotentiale durch die räumliche Nähe zwischen Klinik und Arztpraxen können genutzt werden. Durch die Übernahme von Vertragsarztsitzen und die Anstellung von Ärzten trägt die Pleißental-Med GmbH dazu bei, dass Arztpraxen in Werdau und Crimmitschau weitergeführt werden. Die Pleißental-Med GmbH hat den offiziellen Geschäftsbetrieb am 01.04.2023 mit der Übernahme einer Facharztpraxis für Gynäkologie und Geburtshilfe mit zwei Vertragsarztsitzen an der neu gegründeten Hauptbetriebsstätte aufgenommen. Zum 01.07.2023 wurde ein weiterer Vertragsarztsitz mit orthopädischem Schwerpunkt an der neu gegründeten Nebenbetriebsstätte am Klinikstandort etabliert.

Geschäftsverlauf

Vom Betriebsbeginn des MVZ Pleißental-Med GmbH im 2. Quartal bis zum 4. Quartal 2023 ist die Zahl der behandelten Patienten stetig gestiegen. Am 31.12.2023 waren 5 Ärzte und 5 Medizinische Fachangestellte angestellt.

Die Jahresrechnung 2023 der Pleißental-Med GmbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 80.389 €.

Die Entwicklung der Patientenzahlen muss 2024 weiterverfolgt und optimiert werden. Die Hauptaufgabe und das Hauptziel für 2024 ist jedoch ein strukturstarkes MVZ zu etablieren und bestehende Kooperationen weiter auszubauen. Dazu müssen sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Pleißental-Med GmbH plant im 1. Halbjahr 2024 eine Erweiterung des MVZ um jeweils einen Vertragsarztsitz Orthopädie und Chirurgie. Für die Etablierung der Vertragsarztsitze wird eine Strukturanpassung der Betriebsstätten erforderlich. Mit der Verlagerung der Hauptbetriebsstätte an den Klinikstandort, zur Inbetriebnahme weiterer Facharztpraxen, sind umfangreiche Bauarbeiten verbunden. Am Standort Crimmitschau soll eine neue Nebenbetriebsstätte gegründet werden, um die ambulante chirurgische und orthopädische Patientenversorgung sicherzustellen und ein festes Einzugsgebiet für die Kliniken zu erhalten.

Die Facharztpraxis für Gynäkologie und Geburtshilfe soll jeweils mit einem Vertragsarztsitz an der neu zu gründenden Hauptbetriebsstätte in Werdau und der Nebenbetriebsstätte in Crimmitschau eröffnet werden.

Im Hinblick auf den gegenwärtigen Bedarfsplan und der praktischen Erfahrung, hat sich die Geschäftsleitung der Pleißental-Med GmbH entschlossen, einen vollen Vertragsarztsitz im Fachbereich Psychotherapie an der neuen Hauptbetriebsstätte am Klinikstandort zu etablieren.

Chancen und Risiken

Durch die räumliche Nähe der unterschiedlichen Gesundheitsdienstleister soll ein vermehrter Austausch unter diesen gefördert werden. Das MVZ möchte hierbei eine entscheidende und federführende Rolle zur Verknüpfung des ambulanten und stationären Sektors einnehmen.

Investitionsrisiko

Mit der Gründung und dem Betriebsstart des MVZ im April 2023 sind für die noch junge Gesellschaft

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

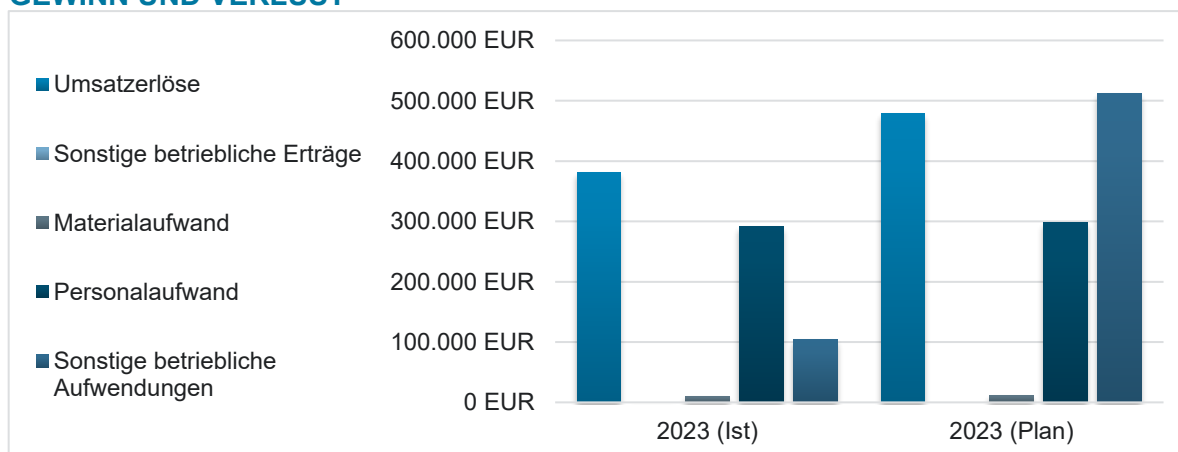
erhebliche finanzielle Belastungen in Form von Investitionskosten zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit und zur Erweiterung durch die Übernahme neuer Vertragsarztsitze zu erwarten. Die Realisierung kann durch die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens gewährleistet werden. Um die Tilgung planmäßig zu garantieren, muss eine vollumfängliche und wirtschaftliche Leistungserbringung und Abrechnung der Leistungen der angestellten Ärzte erfolgen. Durch die Übernahme von Praxissitzen mit bereits festem und erweiterbarem Patientenstamm, sind planmäßig die Einnahmen und die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Personalrisiko

Zwischen der Pleißental-Med GmbH und den angestellten Ärzten bzw. dem übrigen nichtärztlichen Personal besteht eine starke Abhängigkeit. Zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs wird die Gesellschaft das Personal der bestehenden Praxen im Rahmen eines Betriebsübergangs arbeitsvertraglich binden. Das Risiko, dass Ärzte unerwartet ausscheiden, ist zunächst auf den Krankheitsfall begrenzt. Dies würde jedoch Umsatzeinbußen und eine zwingende Nachbesetzung des Sitzes innerhalb von zwölf Monaten zur Konsequenz haben. Der zu verzeichnende Mangel an Ärzten und medizinischen Fachangestellten betrifft ländliche Regionen in besonderem Maße. Durch das permanente Fördern einer guten Teamstruktur, einer attraktiven, leistungsorientierten Vergütung und eines modernen Arbeitsumfeldes versucht die Geschäftsführung dieses Risiko so weit wie möglich zu reduzieren.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Umsatzerlöse	380.470,88	478.073,00
Bestandsveränderungen	-	-
Erträge aus Zuwendungen	-	-
dar.: Auflösung aus Sonderposten	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	232,95	-
Materialaufwand	10.325,67	12.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.949,31	10.000,00
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.376,36	2.000,00
Personalaufwand	292.141,99	298.279,00
dar.: Löhne und Gehälter	248.520,84	249.063,00
dar.: soziale Abgaben	43.621,15	49.216,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	103.850,03	511.433,00
Abschreibungen	38.596,65	3.776,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.178,56	21.500,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	-	1.200,00
Jahresergebnis	-80.389,07	-370.115,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	-	0,0
Vermögensstruktur (%)	-	66,1
Eigenkapitalquote (%)	96,7	0,0
Eigenkapitalrendite (%)	-16,6	0,0
Fremdkapitalquote (%)	3,3	100,0
Gesamtkapitalrendite (%)	-16,0	-10,8
Liquidität 1. Grades (%)	-	6,6
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	-	47.558,86

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.5. GEMEINNÜTZIGE HEIMBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH KIRCHBERG

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Niedercrinitzer Straße 1B
FIRMENSITZ	08107 Kirchberg
TELEFON	037602 88-100
E-MAIL	info@heimbetriebsgesellschaft-kirchberg.de
WEBSEITE	http://www.heimbetriebsgesellschaft-kirchberg.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	24.03.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁵	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 1.614.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 1.614.000 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen durch die Betreuung älterer und pflegebedürftiger sowie behinderter Menschen in Heimen und Wohnungen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb von Altenwohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Heimen für behinderte Menschen, von ambulanten Pflegediensten, von altersgerechten und betreuten Wohnungen und Mahlzeitendiensten (Essen auf Rädern).

Vorrangiges Ziel der Gesellschaft ist es, ein an den Grundsätzen der Menschenwürde ausgerichtetes Leben im Heim zu sichern und eine angemessene Qualität der Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung der Gemeinnützigkeit alle Geschäfte und Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Hierzu gehören auch, nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, die Errichtung und Übernahme weiterer Gesellschaften sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften, soweit die Zweckbestimmung des Abs. 2 gewahrt bleibt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Etwasige Überschüsse oder sonstige Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Niemand darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder der durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Gesellschafter erhalten bei

⁵ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft soweit es nicht nach Abs. 7 den Gesellschaftern zurück zu gewähren ist, an den Landkreis Zwickau zurück, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige und mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Tronje Hagen
Frau Sabine Kallweit
(ab 21.06.2023)
Herr Maik Kaufmann
Frau Kerstin Nicolaus
Frau Dorothee Obst
Herr Frank Schmidt
(bis 20.06.2023)

VORSITZ

Frau Angelika Hölzel

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Anke Herzig

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Falk Slomiany & Koll. GmbH

MITARBEITERANZAHL

235

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2023 für das Unternehmen erfolgreich. Mit den Pflegekassen wurden ab August bzw. September für alle Pflegeheime unterjährig beginnend neue Entgelte für Laufzeiten von jeweils 12 Monaten verhandelt, die sich insgesamt positiv auf das Gesamtergebnis auswirken. Die Entgelte des ambulanten Dienstes für SGB XI Leistungen wurden ab Februar und September und SGB V Leistungen ab September 2023 neu vereinbart.

Für alle unsere Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wurden erstmalig seit Einführung des Bundesteilhabegesetzes Vollverhandlungen mit dem KSV Sachsen geführt, welche rückwirkend ab Juli zu deutlichen Vergütungssteigerung für Bewohner und Ertragssteigerung für das Unternehmen führten.

Die Außenwohngruppe für Menschen mit Behinderung in Silberstraße (8 Plätze) wurde wegen fehlender Nachfrage zum 30. Juni 2023 geschlossen.

Monatlich erzielte Ergebnisse, Auslastungen und Pflegegradverteilungen wurden mit den Einrichtungsleitungen regelmäßig betrachtet und geeignete Maßnahmen zur Steuerung abgestimmt. Die Prüfung und Anpassung bestehender Verträge mit Lieferanten und Dienstleistern wurde unter Berücksichtigung der deutlich gestiegenen Kosten intensiviert, um diese so gut wie möglich zu optimieren. Es wurden für alle Einrichtungen neue langfristige Lieferverträge für Strom und Gas abgeschlossen, der Dienstleistungsvertrag mit dem Reinigungsunternehmen DLU nach dessen Preissteigerung angepasst und die Umstellung der gesamten Druck- und Kopiertechnik Anfang 2024 vorbereitet.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Notwendige Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden durchgeführt. Geplante Investitionen in den Einrichtungen/ Arbeiten zur Werterhaltung der Immobilien wurden ab dem 2. Halbjahr 2023 beauftragt, konnten jedoch wegen der Lieferzeiten von Material oder Witterungsbedingungen erst im Mai 2024 abgeschlossen werden.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 232 erwirtschaftet.

Im Geschäftsjahr 2023 waren im Unternehmen durchschnittlich 248 Mitarbeiter (einschließlich 12 Azubis, 11 geringfügig Beschäftigte und 1 FSJ) und die Geschäftsführerin beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Verringerung um 1 Mitarbeiter [...].

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 729 erhöht. Dies ist auf die Weiterentwicklung der Vergütungen nach Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG), aber auch auf die Einführung neuer Vergütungstabellen mit Stufenaufstiegen für alle Mitarbeiter zurückzuführen.

Die Kosten für Materialaufwand einschließlich für dort enthaltene bezogene Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 58 verringert. Die darin enthaltenen Kosten für Personalleasing fallen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 116 geringer aus, da vakante Stellen z. T. nachbesetzt werden konnten und geringere Auslastungen einen geringeren Personalbedarf erforderten.

Für Instandhaltungen wurden TEUR 517 aufgewendet. Dies waren TEUR 6 weniger als im Vorjahr.

Vermögens- und Finanzlage, Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist solide.

Investitionen

Für Investitionen wurden TEUR 58 aus Eigenmitteln aufgewendet, insbesondere für Einrichtungen und Ausstattungen in den Einrichtungen. Damit wurden TEUR 271 mehr investiert als im Vorjahr.

Vermögenssituation

Das lang- und mittelfristige Vermögen (TEUR 9.429) der Gesellschaft an der insgesamt gesunkenen Bilanzsumme (TEUR 16.531) beträgt 57,0 % (Vorjahr 59,4 %). Unter Berücksichtigung dessen beträgt das kurzfristige Vermögen (TEUR 7.073) 42,8 % (Vorjahr 40,5 %) der Bilanzsumme.

Das Anlagevermögen ist langfristig vollständig durch das Eigenkapital und den Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens gedeckt.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss 2023 (TEUR 232) auf TEUR 12.382. Bei der gleichzeitig niedrigen Bilanzsumme erhöhte sich die bilanzielle Eigenkapitalquote von 72,1 % auf 74,9 %. Unter Hinzurechnung des eigenkapitalähnlichen Sonderpostens erhöhte sich die wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 93,5 % auf 95,4 %. Die Fremdkapitalquote verringerte sich von 6,5 % auf 4,6 %.

Liquidität

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2023 durchgängig gesichert. Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich von TEUR 6.131 auf TEUR 6.190. Die Effektivverschuldung der Gesellschaft ist negativ (Nichtverschuldung). Die liquiden Mittel übersteigen dabei das kurzfristige Fremdkapital um TEUR 5.436 (Vorjahr TEUR 5.044).

Rentabilität und Produktivität

Die Eigenkapitalrentabilität liegt bei 1,9 % und ist zum Vorjahr (4,1 %) gestiegen. Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich von 2,9 % im Vorjahr auf 1,4 % verringert.

Bei einschließlich der Geschäftsführerin 249 im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeitern (Vorjahr 250) wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von TEUR 53 (Vorjahr TEUR 50) erzielt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Geschäftserfolg

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann positiv eingeschätzt werden. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 232.

Chancen und Risikobericht

Als große Herausforderung ist die Gewinnung von neuen Mitarbeitern, insbesondere von Fachkräften anzusehen. Das Unternehmen ist bemüht die öffentliche Wahrnehmung, insbesondere auch als Arbeitgeber stetig zu verbessern. Die Präsenz auf regionalen Messen und Beteiligung an Projekten wird fortgesetzt.

Das Mitarbeiterempfehlungsprogramm, welches für Mitarbeiter eine Vermittler- und für neue Mitarbeiter eine Willkommensprämie vorsieht, wird unverändert fortgesetzt.

Es ist unerlässlich die Qualität der Dienstleistungen regelmäßig zu evaluieren und bei auftretenden Problemen sofort gegen zu steuern um eine höchstmögliche Zufriedenheit der Bewohner zu erreichen.

In die vorhandenen Gebäude, die zum Großteil mehr als 20 Jahre als Pflegeeinrichtungen genutzt werden, muss weiter investiert werden um den baulichen Zustand zu erhalten bzw. zu modernisieren. Gleiches trifft auf technische Ausrüstungen und Ausstattungen zu, auch diese müssen auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

Ein externer Sachverständiger hat zunächst alle Pflegeheime hinsichtlich ihrer Energieeffizienz begutachtet. Daraus können mittel- und langfristigen Bedarfsplanungen für bauliche/technische Investitionen abgeleitet werden.

Prognosebericht

Das breite Angebotsspektrum, welches sich über betreutes Wohnen, ambulante Pflege, Kurzzeit- und vollstationäre Pflege sowie die Betreuung von Menschen mit Behinderungen erstreckt, wirkt sich positiv aus. So können Mieter oder Patienten des ambulanten Dienstes aber auch Bewohner unserer Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen bei Eintreten von Pflegebedürftigkeit an firmeneigene Pflegeeinrichtungen vermittelt werden.

Im Zusammenhang mit der künftigen strategischen Ausrichtung von Einrichtungen werden mögliche Angebote auf Nachfrage, Kosten, Machbarkeit und Refinanzierung durch Pflegekassen geprüft.

Die Liquidität und Finanzierung von notwendigen Investitionen werden auch zukünftig als gesichert angesehen.

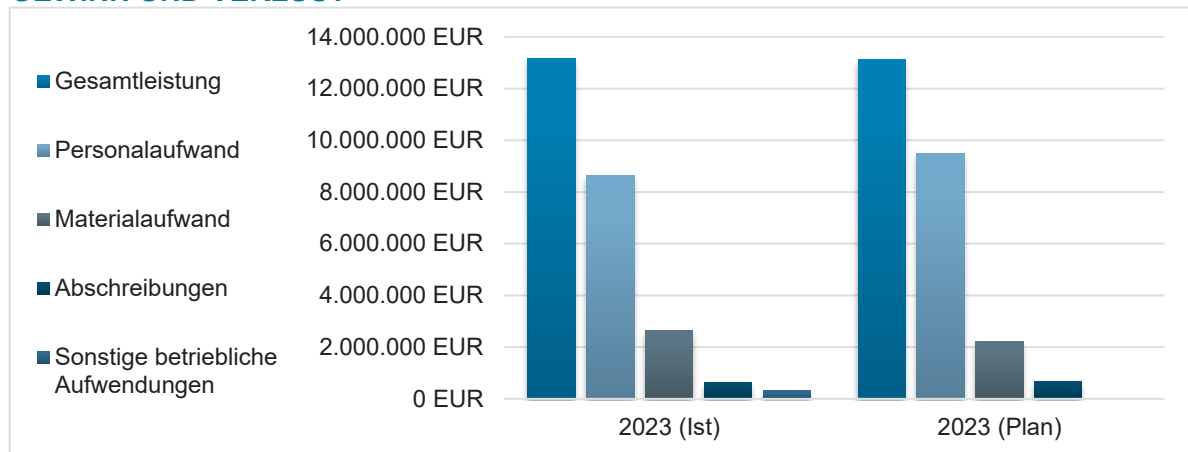
Insgesamt werden unter Berücksichtigung der aktuellen Belegungssituation, der Personalsituation, der allgemeinen Teuerungen und der kaum noch beeinflussbaren Entwicklung der Entgelte, Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf und wirtschaftlichen Belastungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft gesehen.

Eine Fortbestandsgefährdung ist jedoch derzeit nicht zu erwarten.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	7.086.055,03	7.188.850,00
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.410.362,51	1.679.262,00
Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	17.375,44	20.763,00
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	729.468,36	796.505,00
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	189.748,54	3.430.649,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	535.733,87	-
Sonstige betriebliche Erträge	113.725,71	-
Gesamtleistung	13.156.961,76	13.116.029,00
Personalaufwand	8.654.108,13	9.474.128,00
dar.: Löhne und Gehälter	6.898.549,57	7.514.762,00
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	1.755.558,56	1.959.366,00
Materialaufwand	2.644.592,71	2.201.705,00
dar.: Lebensmittel	664.824,80	683.394,00
dar.: Aufwendungen für Zusatzleistungen	2.278,66	2.822,00
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	534.252,32	635.296,00
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	1.443.236,93	880.193,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	358.778,67	255.622,00
Mieten, Pacht, Leasing	24.456,31	37.916,00
Zwischenergebnis	1.475.025,94	1.146.658,00
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	216.740,61	203.349,00
Abschreibungen	636.041,14	660.012,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	636.041,14	660.012,00
dar.: auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	517.088,21	604.958,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	315.598,05	12.558,00
Zwischenergebnis	223.039,15	72.479,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.901,85	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	129,68	124,00
Jahresergebnis	231.811,32	72.355,00
Entnahmen aus Rücklagen	213.000,00	-
Bilanzergebnis	573.216,32	-

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	112,9	121,3	131,3
Vermögensstruktur (%)	61,8	59,4	57,0
Eigenkapitalquote (%)	69,8	72,1	74,9
Eigenkapitalrendite (%)	5,1	4,1	1,9
Fremdkapitalquote (%)	7,2	6,5	4,6
Gesamtkapitalrendite (%)	3,6	3,0	1,4
Liquidität 1. Grades (%)	1.889,3	1.862,0	1.607,3
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	40.260,73	45.986,11	38.036,33

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.6. TOURISMUS UND SPORT GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Stausee Oberwald
FIRMENSITZ	09337 Callenberg
TELEFON	03723 4182-0
TELEFAX	03723 4182-19
E-MAIL	info@stausee-oberwald.de.de
WEBSEITE	http://www.tourismusundsport.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	31.03.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	03.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁶	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 260.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 260.000 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft ist das Dienstleistungsunternehmen des Landkreises Zwickau für die Erfüllung wesentlicher Aufgaben in den Bereichen Sport, Kultur, Tourismus und Naherholung.

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen, die der Entwicklung, Betreibung sowie wirtschaftlichen und funktionellen Sicherstellung von kommunalen Freizeiteinrichtungen dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen ermächtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem vorstehenden Unternehmensgegenstand dienen oder förderlich erscheinen.

Die Gesellschaft darf mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen und sich an ihnen beteiligen.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Thorsten Dahlberg
Herr Lutz Dressel
Herr Mike Gärtner
Herr Erich Homilius
Herr Carsten Michaelis (bis 04.04.2023)
Herr Andreas Osse
Frau Ines Springer

⁶ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis
(ab 05.04.2023)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Ina Klemm

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Herr Dr. Karl-Christian Stopp

MITARBEITERANZAHL

40

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die GmbH versteht sich als Dienstleistungsunternehmen des Landkreises Zwickau für Belange von Sport, Kultur und Tourismus.

Das Unternehmen unterhält drei Geschäftsbereiche:

1. das Erholungsgebiet Stausee Oberwald in Callenberg, ein 50 ha großes Freizeitareal mit Badensee, Bungalowsiedlung, Campingplatz, Sommerrodelbahn sowie Adventure Golfanlage – seit dem Jahr 1993;
2. die Sachsenlandhalle in Glauchau, eine multifunktional nutzbare Sport- und Kultureinrichtung mit 3-Feldersporthalle, Kultursaal, Bowling- und Kegelanlage sowie Gaststättenbereich – seit dem Jahr 1996;
3. das Schloss in Waldenburg, ein ehemaliges Residenzschloss mit Möglichkeiten der Durchführung von Veranstaltungen, Schlossführungen, Trauungen u. v. m. – seit dem Jahr 2016.

Alle drei Bereiche, ihre Angebote und personelle Ressourcen werden im wirtschaftlichen Sinne der GmbH vernetzt und auch gegenseitig optimal genutzt.

Die Bilanzsumme liegt im Geschäftsjahr 2023 bei 3.288,9 T€, also unter der Summe des Vorjahres (2022: 3.542,1 T€). Im Jahr 2023 betrug der Zuschuss des Landkreises Zwickau 400 T€. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 weist vor allem aufgrund der extrem gestiegenen Energie- und Personalkosten sowie schwacher Einnahmen am Stausee Oberwald aufgrund eines verregneten Sommers einen Verlust von 180.044,94 € auf.

Den Zuschüssen des Landkreises Zwickau ist es unter anderem zu verdanken, dass auch in 2023 die Liquidität des Unternehmens zu jeder Zeit gesichert war.

Nach einem ungewöhnlich guten und wirtschaftlich wohltuenden 2022 war das zu betrachtende Wirtschaftsjahr am Stausee Oberwald eher ernüchternd. Ein langer Winter ließ die ersten Camping- und Ferienhausgäste lange auf sich warten. Hinzu kam, dass auch das Klassenfahrtensegment aufgrund einer beachtlichen kalkulatorischen Erhöhung durch unseren Caterer eingebrochen ist. [...] Hatten wir in 2022 also rund 28.000 Übernachtungen, so konnten in 2023 nur rund 25.800 Übernachtungen gezählt werden. [...] Dauerhaft, kontinuierlich und ohne Unterlass ist es notwendig, Jahr für Jahr im Erholungsgebiet, im Bereich der Bungalows und im Freizeitbereich zu arbeiten, modernisieren und instandhalten.

Ein Generalcaterer für die Veranstaltungen in der Sachsenlandhalle konnte zu Anfang 2023 gebunden werden. Im Laufe des Jahres 2023 stellte sich leider heraus, dass die Qualität des Caterers oftmals nicht mit den nachvollziehbaren Ansprüchen der Veranstalter und deren Veranstaltungen genügte und man muss beobachten, ob eine Zusammenarbeit über den Vertragszeitraum bis Ende 2024 hinaus weiter sinnvoll ist. Die Energiekosten in der Sachsenlandhalle sind schon zu Anfang 2023 deutlich gestiegen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

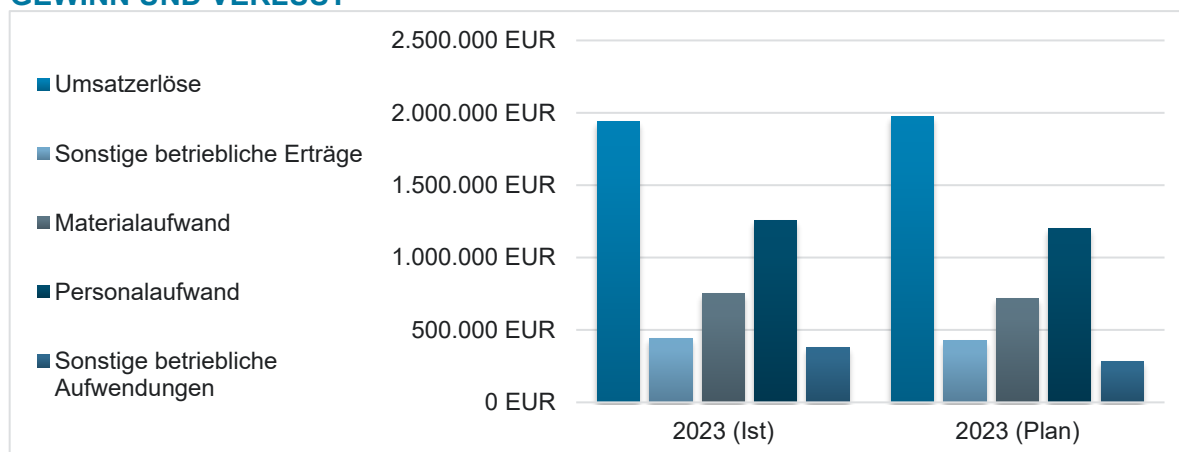
Auch 2023 konnten im Schloss Waldenburg nochmals rund 1.000 Individualbesucher mehr begrüßt werden, als in den Jahren zuvor. [...] In der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Schloss Waldenburg stand 2023 im Fokus der Vorbereitung der Ausstellungsfläche für die Ausstellung „Krankenhaus Schloss Waldenburg – Geschichten aus Mottenburg“. [...] Im Veranstaltungsmanagement wurde auf die bewährten Veranstaltungen der vergangenen Jahre gesetzt.

Ausblick auf die zukünftige Entwicklung, Chancen und Risiken

In allen drei Bereichen ist auch im Betrachtungsjahr das jeweilige Entwicklungskonzept weiterverfolgt und fortgeschrieben worden – dies jedoch aufgrund der gestiegenen Energiekosten mit noch mehr Sorgfalt. Das Unternehmen benötigt finanzielle Kontinuität und Qualität. Es muss im strategischen Gleichgewicht zwischen notwendigen, qualitätssichernden Maßnahmen und einer noch immer fragilen, nicht gesichert vorhersehbaren Liquidität agiert und investiert werden. Marktentwicklungen müssen beobachtet, gleichzeitig Wege gefunden werden, Preise in einem besucherverträglichen Rahmen anzupassen, sodass gestiegene Kosten kompensiert werden können und das Unternehmen in allen drei Bereichen wirtschaftlich abgesichert aufgestellt wird. Schloss Waldenburg, die Sachsenlandhalle und der Stausee Oberwald sind autark agierende Bereiche, die grundsätzlich unterschiedliche Angebote offerieren. Entsprechend wurden in allen drei Bereichen die Angebotsentwicklung und Marketingstrategien an zielgruppenspezifische Ansprüche angepasst. Dennoch können Symbiosen genutzt werden.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Umsatzerlöse	1.939.060,62	1.973.050,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	443.342,96	425.000,00
Materialaufwand	751.166,81	720.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	751.166,81	720.000,00
Personalaufwand	1.253.608,25	1.202.848,00
dar.: Löhne und Gehälter	1.055.592,59	975.133,00
dar.: soziale Abgaben	198.015,66	227.715,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	382.167,59	280.000,00
Abschreibungen	157.014,21	165.500,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	916,58	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.153,41	11.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	11.254,83	21.500,00
Jahresergebnis	-180.044,94	-2.798,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	79,9	84,0	78,9
Vermögensstruktur (%)	89,8	86,8	92,6
Eigenkapitalquote (%)	71,7	72,9	73,1
Eigenkapitalrendite (%)	-2,4	3,4	-7,5
Fremdkapitalquote (%)	23,5	23,0	26,2
Gesamtkapitalrendite (%)	-1,5	2,7	-5,2
Liquidität 1. Grades (%)	81,7	100,4	46,0
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	35.230,58	46.336,20	48.476,52

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Ertragszuschüsse	400.000,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.7. KOMMUNALENTSORGUNG CHEMNITZER LAND GMBH (KECL)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ringstraße 36 B
FIRMENSITZ	08371 Glauchau/ OT Reinholdshain
TELEFON	03763 404-0
TELEFAX	03763 404-123
E-MAIL	info@kecl.de
WEBSEITE	http://www.kecl.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.12.2000
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	03.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁷	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 100.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 100.000 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Aufgaben der Abfallentsorgung.

Die Gesellschaft ist zur Vornahme und Ausführung aller damit in Verbindung stehenden Geschäfte und Handlungen, soweit sie zur Erreichung des Gesellschaftszweckes als dienlich erscheinen oder die Unternehmen der Gesellschaft zur Förderung geeignet sind, berechtigt.

Die Gesellschaft darf nur mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen oder sich an solchen in jeder Form beteiligen und bei dritten Unternehmen die Geschäftsführung übernehmen. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Andreas Gerold
(ab 21.06.2023)
Herr Friedrich Hähner-Springmühl
Herr Mario Müller
Herr Daniel Polster
Frau Sabine Zimmermann
(ab 01.01.2023, bis 20.06.2023)

VORSITZ

Herr Dr. Florian Gräßler

⁷ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ronny Teuchert

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

KJF GMBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

MITARBEITERANZAHL

53

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit der Inhouse-fähigen Fortführung von Aufgaben der Abfallentsorgung in definierten Sammelgebieten innerhalb der Landkreisgrenzen als Drittbeauftragter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) beauftragt. Zu den Aufgaben der KECL zählen weiterhin das Einsammeln und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, sperrigen Abfällen und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen, die Sammlung von Elektronikschrott in der betriebseigenen Sammelstelle sowie die Ausrüstung der Haushalte und Unternehmen mit entsprechenden Abfallsammelbehältern.

Geschäftsverlauf und Lage

Das veränderte Konsumverhalten spiegelt sich unter anderem auch im Abfallaufkommen wider. Insbesondere in den Sammelfractionen Pappe/Papier/Kartonagen sowie sperrige Abfälle ist im Sammelgebiet ein signifikanter Rückgang der Sammelmengen gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 8 % zu verzeichnen. Das Abfallaufkommen aller Sammelfractionen reduzierte sich im Geschäftsjahr 2023 gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 um 2,7 % und lag 7,2 % unter dem Planansatz 2023.

Auf Basis der genehmigten Kalkulationsansätze nach den Bestimmungen des Abfallentsorgungsvertrages erhöhte sich das vom Landkreis Zwickau gewährte pauschale Entgelt auf 2.968 TEUR (Vorjahr: 2.622 TEUR). Die mengenabhängige Vergütung für das Sammeln und Befördern von Rest- und Bioabfall, sperrigem Abfall bzw. Altpapier in Höhe von 1.484 TEUR (Vorjahr: 1.406 TEUR) stieg trotz des Rückgangs der Sammelmengen durch die erhöhten variablen Preisanteile um 78 TEUR.

Aufgrund kapazitiver Anpassungen im Bereich der auftragsabhängigen Aufgaben konnte die Nachbesetzung ausgedienter Mitarbeiter auf das Jahr 2024 verschoben werden.

Weitere Einsparungen konnten hauptsächlich im Bereich der Sachkosten realisiert werden. Vorbeugende Maßnahmen zur Instandhaltung der Fahrzeuge in der hausinternen Werkstatt, ein sorgsamer Umgang mit Betriebsmitteln und Hilfsstoffen stellten dabei wesentliche Maßnahmen zur Kostenreduzierung dar. Durch die Anpassung der Kapazitäten konnten auch die Kraftstoffverbräuche an die gesunkenen Sammelmengen angepasst werden.

Umgesetzte Energiesparmaßnahmen, leicht steigende Abfallsammelmengen im zweiten Halbjahr 2023 sowie akquiriertes Zusatzgeschäft ermöglichten eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses.

Ertragslage der Gesellschaft

Der Gesamtumsatz der Gesellschaft stieg leicht von 4.207 TEUR in 2022 auf 4.593 TEUR in 2023. Der signifikante Rückgang der von der Gesellschaft erfassten Haushaltsabfälle wurde auf Seiten der Umsätze durch die Neuakquise eines Auftrages zur Ausstattung der Abfallsammelbehälter im Bereich Pappe/Papier/Kartonagen mit dem Landkreis Zwickau in Höhe von 97 TEUR sowie eine Steigerung des pauschalen Preisanteils im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 (2.622 TEUR Vorjahr, 2.968 TEUR 2023) teilweise kompensiert. Die pauschalen fixen Umsätze mit dem Landkreis Zwickau erhöhten sich zum Vorjahr um 346 TEUR und lagen damit auf dem Planansatz 2023.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von 78 TEUR. Im Jahresvergleich verringerte sich das Ergebnis um 62 TEUR. Der geplante Jahresfehlbetrag in Höhe von 31,8 TEUR konnte durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Reduzierung der operativen Kosten sowie akquiriertes Zusatzgeschäft mit einem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von 78 TEUR übertroffen werden. Die Umsatzrentabilität beträgt 2,8 % (Vorjahr 0,9 %).

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Die Finanzlage der KECL ist unverändert stabil. Der Gesellschaft standen zum 31.12.2023 liquide Mittel in Höhe von 1.525 TEUR (Vorjahr: 1.225 TEUR) zur Verfügung.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen i. H. v. 589 TEUR getätigt.

Die Veränderung der Liquidität der Gesellschaft resultiert aus einem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 742 TEUR, dem Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von i. H. v. -568 TEUR sowie einem Mittelzufluss der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 126 TEUR.

Die Eigenkapitalquote beträgt 84,7 % [...] und erhöhte sich um den erwirtschafteten Jahresüberschuss des Geschäftsjahres von 4.365 TEUR (2022) auf 4.443 TEUR (2023) und überdeckt die stichtagsbezogenen Kreditverbindlichkeiten.

Die Fremdfinanzierung eines Abfallsammelfahrzeuges i. H. v. 268 TEUR verursachte einen Anstieg des Fremdkapitals an der Bilanzsumme um 288 TEUR.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Die Kernkompetenzen der Gesellschaft gilt es weiter zu entwickeln und auf das umfangreiche Spektrum der abfallrechtlich geregelten Sachverhalte mittels digitaler Transformation zu übertragen. Erste Schritte und erste Erfolge zur Bewertung und Optimierung der Prozesse zur Erfassung und Sammlung haushaltsnaher Abfälle konnten im Geschäftsjahr 2023 realisiert werden. Im besonderen Fokus der nächsten Jahre wird dabei die Digitalisierung der operativen Prozesse sowie der Prozesse im Verwaltungsbereich stehen.

Unter Anwendung der Vorschriften des öffentlichen Preisrechts erstellte die Gesellschaft die Preiskalkulation der Leistungen auf Basis von Selbstkostenfestpreisen. Dabei wurden latente Einzelrisiken im kalkulatorischen Ansatz angemessen berücksichtigt.

Die investiven Maßnahmen für das aufgabennotwendige Betriebsvermögen sind im präzisierten Investitionsplan bis 2027 dargestellt.

Neu zu beschaffende Fahrzeuge werden mit digitaler Technik zur Fehler- und Verschleißüberwachung ausgerüstet sein, um auch präventiv Kosten und Umweltauswirkungen, die durch verschleppte Schäden entstehen könnten, entgegenzuwirken und die Verfügbarkeit des Fahrzeugparks zu erhöhen.

Die Gewinnung von Fachpersonal und auch die Erarbeitung von Konzepten zum altersgerechten Arbeiten wird im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Die Zahl der Beschäftigten im gewerblichen Mitarbeiter wird sich in 2024 auf Vorjahresniveau bewegen.

Der Gesamtumsatz der Gesellschaft wird sich nach unserem Planansatz für das Jahr 2024 auf insgesamt 5.293 TEUR einstellen.

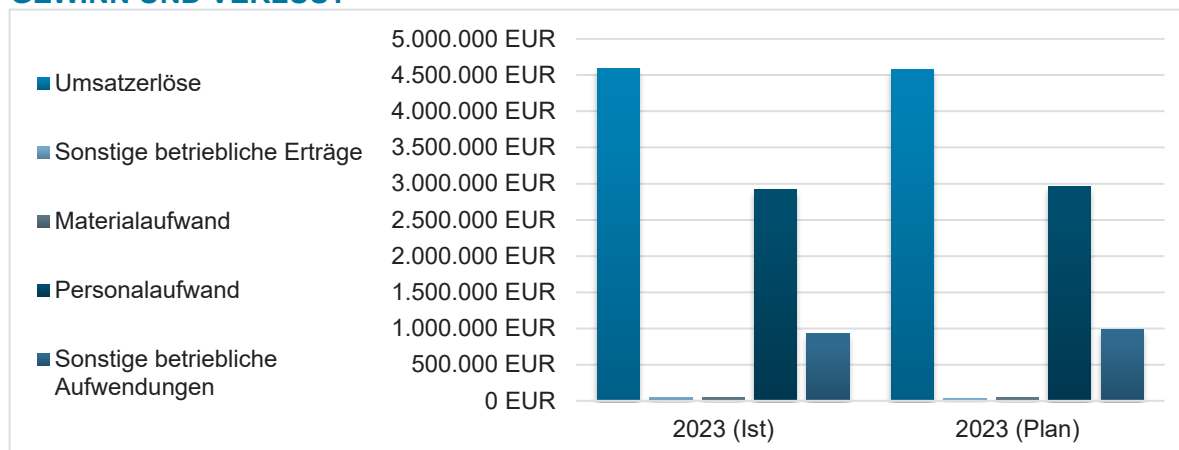
Das Jahresergebnis wird mit 46 TEUR prognostiziert.

Die Ergebnisvorschau führt zu gleichbleibenden Gewinnerwartungen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Umsatzerlöse	4.593.401,95	4.581.920,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	52.663,85	31.000,00
Materialaufwand	47.419,03	50.200,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	47.419,03	-
Personalaufwand	2.919.706,74	2.964.500,00
dar.: Löhne und Gehälter	2.375.243,04	-
dar.: soziale Abgaben	544.463,70	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	927.604,29	991.670,00
Abschreibungen	619.912,59	617.100,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.453,42	8.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.355,04	10.650,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	28.799,95	0,00
Sonstige Steuern	19.770,00	18.600,00
Jahresergebnis	77.951,58	-31.800,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	134,4	125,1	128,5
Vermögensstruktur (%)	63,8	70,4	66,0
Eigenkapitalquote (%)	85,7	88,1	84,7
Eigenkapitalrendite (%)	3,0	0,4	1,8
Fremdkapitalquote (%)	14,3	11,9	15,2
Gesamtkapitalrendite (%)	2,7	0,4	1,7
Liquidität 1. Grades (%)	665,8	603,3	544,7
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	77.762,15	76.493,84	86.667,96

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.8. ENTSORGUNGSGESELLSCHAFT ZWICKAUER LAND MBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Lößnitzer Straße 98
FIRMENSITZ	08141 Reinsdorf
TELEFON	037603 521-0
TELEFAX	037603 521-23
E-MAIL	info@egzmbh.de
WEBSEITE	http://www.egzmbh.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	17.02.1992
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	09.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN⁸ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 26.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Entsorgung (Beseitigung/Verwertung) von Abfällen. Die Entsorgungstätigkeit erfasst sowohl die überlassungspflichtigen Abfälle als auch Abfälle, die der Gesellschaft freiwillig überlassen werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, Entsorgungstätigkeiten auch außerhalb des Landkreises wahrzunehmen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen und sich an ihnen beteiligen. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

⁸ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Prof. Dr. Hans-Reinhard Berger

Herr Stefan Feustel

Herr Andreas Gerold

Herr Mario Müller

Herr Tino Obst

Herr Alexander Weiß

VORSITZ

Herr Dr. Ing. Michael Luther

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Dr. Michael Hahn

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

HKMS Treuhand GmbH Plauen

MITARBEITERANZAHL

57

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die Grundlagen der Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH (EGZ) haben sich im Geschäftsjahr 2023 nicht geändert. Die EGZ ist mit Aufgaben der Abfallentsorgung im Landkreis Zwickau befasst. Der Tätigkeitsbereich bezieht sich auf das Zwickauer Land und Teile der Stadt Zwickau. Zu den Aufgaben der EGZ gehören unverändert die Einsammlung und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, Sperrmüll und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen sowie die Betreuung und Bewirtschaftung der Hausmülldeponie Lohe. Das Einsammeln und der Transport der Restabfälle im Zwickauer Land und in Teilen der Stadt Zwickau wurde 2023 durch die EGZ selbst durchgeführt.

Die Aufgaben für die Betreuung und Bewirtschaftung der Deponie Lohe bezogen sich auf Maßnahmen im Zusammenhang mit der Nachsorge der Deponie Lohe sowie auf Maßnahmen zur Vorbereitung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe. Für die Deponie Lohe wurde im September 2023 die Anhörung für den Genehmigungsentwurf für die beantragte Anpassung der Planung für die Deponie Lohe vorgelegt.

Die Betreuung des Erdstofflagers wurde 2023 fortgeführt. Die Sauberhaltung von Flächen für Sammelgroßbehälter zur Erfassung von Glas und die Sammlung wilder Ablagerungen im Zwickauer Land und in der Stadt Zwickau wurden auch durch die EGZ durchgeführt. Die EGZ führt den Behälterdienst mit der Sammlung von Elektronikschrott, Metallschrott und Kunststoffen in ihrem Entsorgungsgebiet durch.

Die Ausrüstung von Behältern für die Erfassung von Papier, Pappen und Kartonagen mit Transpondern wurde 2023 weitergeführt.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die EGZ war gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten unterworfen, besonders bei der Sammlung und dem Transport von Abfällen. Wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der EGZ hatten 2023 die hohen Kostensteigerungen. Hier war besonders der Bereich der Reparaturkosten auffällig. Besonders hoch waren weiter die Kosten für die Beschaffung der Kraftstoffe. [...] Die Einstellung geeigneten Fahrpersonals ist ebenfalls weiter anspruchsvoll.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die bereits 2022 festgestellte Reduzierung der gesammelten Abfallmengen hat sich auch 2023 fortgesetzt. Bei allen wesentlichen Abfallfraktionen wurde der Rückgang der Sammelmengen auch 2023 festgestellt.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2023 betrugen die Umsatzerlöse 4.963 TEUR und liegen damit um 274 TEUR über den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2022. Die Umsatzsteigerung beruht auf der Erhöhung der Entgelte für die durch die EGZ erbrachten Leistungen. Während 2022 der Mehraufwand für Diesel an den Landkreis Zwickau weiterberechnet wurde, erfolgte 2023 eine Erstattung.

Die Höhe der Umsatzerlöse wird durch die Sammelmenge im Entsorgungsgebiet beeinflusst.

Lage

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft erhöht sich [...] von 131 TEUR (2022) um 71 TEUR auf 202 TEUR (2023). Zum 31. Dezember 2023 wird ein Bilanzgewinn in Höhe von 2.580 TEUR ausgewiesen.

Die Finanzlage der EGZ ist unverändert stabil. Der Gesellschaft stand zum 31.12.2023 ein Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 10.912 TEUR (Vorjahr: 9.434 TEUR) zur Verfügung.

Prognosebericht

Die EGZ geht in den folgenden Geschäftsjahren von einer insgesamt positiven Entwicklung der Geschäftstätigkeit aus. Die EGZ erwartet 2024 steigende Umsätze und Aufwendungen, wobei die Positionen weitestgehend korrespondieren und dabei die Aufwendungen den Annahmen zu Kostensteigerungen entsprechen. Umsatzsteigerungen durch eine erhöhte Entsorgungstätigkeit werden nicht erwartet. Es wird unveränderten Sammelmengen und weiterhin hohen Kosten, insbesondere für Kraftstoffe und Reparaturen gerechnet.

Der Haustarifvertrag wurde bis April 2025 verlängert. Er gibt im Bereich der Personalkosten Planungssicherheit bei weiteren steigenden Personalkosten.

Die EGZ plant mittelfristig mit geringeren Jahresüberschüssen.

Chancen- und Risikobericht

Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Anpassung der Planung für die Deponie Lohe, inklusive der Veränderung des Abdichtungssystems an den Stand der Technik, vorgenommen. Für diese Planung wurde im September 2023 die Anhörung zum Genehmigungsentwurf vorgelegt, zu der eine Stellungnahme mit Änderungsvorschlägen erarbeitet wurde. Die Genehmigung wird nunmehr im Laufe des Geschäftsjahres 2024 erwartet. Mit Vorliegen der Genehmigung soll 2024 die Ausführungsplanung erstellt werden. Nach der Ausschreibung der Leistungen im Jahr 2025 soll die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe in den Jahren ab 2026 ff. erfolgen.

Weiterhin wird unterstellt, dass die Entwicklung der Baukonjunktur zeitliche Veränderungen bewirken kann. Die Preisentwicklung im Baubereich stellt weiterhin ein Kostenrisiko für die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe dar.

Auf Grund der zeitlichen Verschiebungen der Herstellung der Oberflächenabdichtung wurde der Nachsorgezeitraum nochmals verlängert, und zwar bis 2058. Die Rückstellungen der Deponiefolgekosten wurden entsprechend angepasst.

Der Abschluss der Deponie Lohe stellt den größten Risikofaktor für die EGZ dar.

Mit dem Abfluss der Liquidität für die Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe verringert sich die Liquidität der Gesellschaft. Zur Sicherung der Liquidität nach dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ist es weiterhin erforderlich, die Gewinne der Gesellschaft zu thesaurieren und ggf. Zwischenfinanzierungen während der Phase der Abdichtung der Deponie zu sichern.

Durch die Vereinbarung über die Abwicklung der Bewirtschaftung der Deponie Lohe wird nunmehr ein Zeitpunkt konkretisiert, ab dem die Deponie Lohe als Risiko für die EGZ entfällt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Im Zusammenhang mit der Deponie Lohe sind auch die Risiken des Erdstofflagers der EGZ zu betrachten. Die wesentlichen Erdstoffmengen sollen vorzugsweise für die Oberflächenabdichtung für die Deponie Lohe eingesetzt werden.

Weitere Risikobereiche, insbesondere auch bestandsgefährdende Risiken, können aufgrund der Umsatztätigkeit und der Geschäftspolitik ausgeschlossen werden.

Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Vermögenssituation

Das lang- und mittelfristige Vermögen (1.437 TEUR) der Gesellschaft an der insgesamt gestiegenen Bilanzsumme (13.014 TEUR) beträgt rd. 11 %. Dementsprechend beträgt das kurzfristige Vermögen (11.577 TEUR) rd. 89 % der Bilanzsumme. Die Investitionsdeckung beträgt 69 %, d. h. die Nettoinvestition des Geschäftsjahres ist niedriger als die Abschreibung des Geschäftsjahres.

Kapitalstruktur

Die Fremdkapitalquote ist leicht gestiegen und liegt bei 74 % und die Eigenkapitalquote bei 26 %.

Liquidität

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert. Die liquiden Mittel erhöhten sich von 9.434 TEUR auf 10.912 TEUR. Die Effektivverschuldung der Gesellschaft hat um 14 % abgenommen. Die liquiden Mittel übersteigen dabei das kurzfristige Fremdkapital um 9.569 TEUR nach 8.366 TEUR im Vorjahr.

Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität ist leicht gestiegen und beträgt 6 %. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt 2 %.

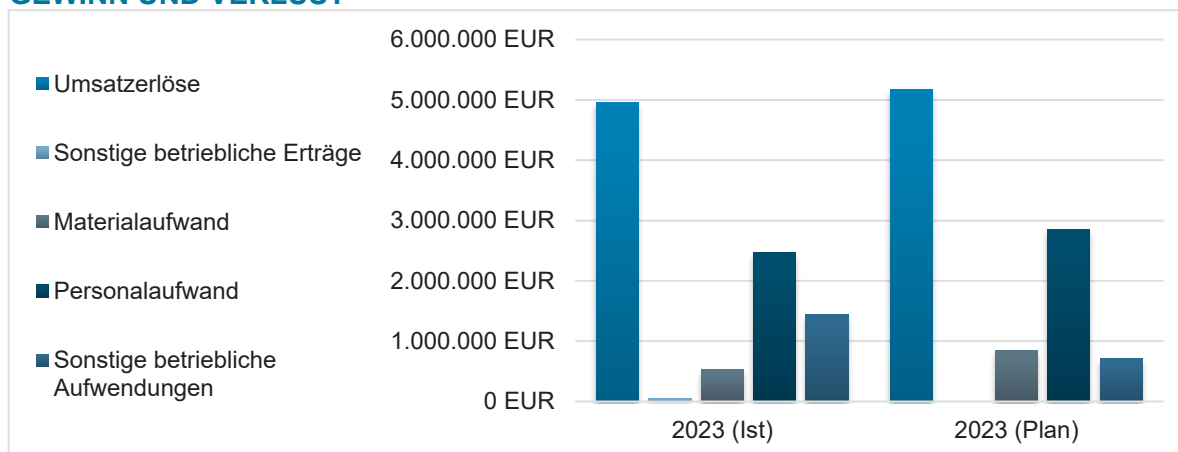
Geschäftserfolg

Die Umsatzerlöse erhöhten sich von 4.689 TEUR auf 4.963 TEUR. Dabei erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 202 TEUR. Bei im Jahresdurchschnitt 57 (Vorjahr 56) beschäftigten Arbeitnehmern wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von rd. 87 TEUR nach rd. 84 TEUR im Vorjahr erzielt.

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann als zufriedenstellend eingeschätzt werden.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Umsatzerlöse	4.963.181,73	5.167.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	54.649,59	-
Materialaufwand	527.452,17	849.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	476.143,08	819.000,00
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	51.309,09	30.000,00
Personalaufwand	2.472.698,02	2.859.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	2.017.437,92	2.315.000,00
dar.: soziale Abgaben	455.260,10	544.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.442.038,62	712.000,00
Abschreibungen	548.216,70	660.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	306.826,47	5.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.538,31	59.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	93.080,91	11.000,00
Sonstige Steuern	17.741,02	11.000,00
Jahresergebnis	201.892,04	11.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	212,7	194,5	231,7
Vermögensstruktur (%)	12,9	13,8	11,0
Eigenkapitalquote (%)	27,4	26,8	25,6
Eigenkapitalrendite (%)	3,9	4,2	6,1
Fremdkapitalquote (%)	72,5	73,2	74,4
Gesamtkapitalrendite (%)	1,5	1,3	1,7
Liquidität 1. Grades (%)	1.659,5	1.479,2	1.275,9
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	82.041,84	83.740,34	87.073,36

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.9. AUTOBUS GMBH SACHSEN - REGIONALVERKEHR

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Eichelbergstraße 10
FIRMENSITZ	09212 Limbach-Oberfrohna
TELEFON	0151 74500199
E-MAIL	nadin-pohlers@autobus-gmbh.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.07.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁹	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 511.650 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 511.650 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorhaltung und Überlassung von Infrastruktur zur Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau.

Ziel der Gesellschaft ist es, durch Maßnahmen nach Abs. 1 sicherzustellen, dass Beförderungsaufgaben effektiv und rationell, dabei bürgerfreundlich und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Struktur auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau, erbracht werden können. Die Gesellschaft hat diese Ziele unter Ausnutzung aller staatlichen Förderungsmöglichkeiten möglichst kostendeckend zu verwirklichen.

Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes kann sich die Gesellschaft Dritter bedienen und bei Zweckmäßigkeit insbesondere private Personenbeförderungsunternehmen als Subunternehmen einbinden.

Sie darf sich nach Zustimmung des Landkreises Zwickau an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen oder derartige Unternehmen errichten, übernehmen und erwerben. Sie darf auch Geschäfte vornehmen, die zur Erreichung und Förderung des Unternehmenszwecks dienlich sein könnten.

Hierzu gehört auch die Befugnis, Zweigniederlassungen zu errichten und den Gelegenheitsverkehr im Rahmen eines Deckungsbeitrages durchzuführen sowie Nebengeschäfte, wie Auslastung technischer Kapazitäten durch Fremdaufträge. Die Gesellschaft ist zur Lehrausbildung berechtigt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft kann sich auch an Interessengemeinschaften, wie Tarifgemeinschaften, Verkehrsgemeinschaften, Verkehrsverbünden, beteiligen und Kooperationsabkommen mit anderen Verkehrsunternehmen abschließen.

⁹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Erich Homilius

Herr Matthias Ulbricht

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Nadine Pohlers

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

M2audit GmbH

MITARBEITERANZAHL

1

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen der Gesellschaft

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft besteht in der Vorhaltung und Überlassung von Infrastruktur zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Territorium des Landkreises Zwickau sowie angrenzender Ballungszentren. Die Gesellschaft hält dafür einen vollständigen Verkehrshof vor mit Betriebsdienstgebäude, bestehend aus einem Verwaltungstrakt einschließlich Inventar, einer Waschhalle für Fahrzeuge, einer Werkstatt einschließlich Maschinen und Werkzeuge und einer Wagenhalle. Letztere bietet Platz für die Abstellung von bis zu 50 Linienbussen. Seit 01.01.2019 besteht ein Pachtverhältnis mit der Regional Westsachsen GmbH (RVW) über die Verpachtung des Grundstücks, der aufstehenden Gebäude und baulichen Einrichtungen für eben genannten Verkehrshof. Das Pachtverhältnis ist bis 31.12.2028 geschlossen.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 144,6 erwirtschaftet. Darin enthalten sind Umsätze aus dem Kerngeschäft der Vermietung und Verpachtung in Höhe von TEUR 138,7 die zu 100% dem im Betriebspachtvertrag vereinbarten Pachtzins entsprechen.

Die übrigen Umsatzerlöse sind mit TEUR 5,9 beziffert und ergeben sich aus der Weiterberechnung von Betriebskosten wie u.a. Aufwendungen für Versicherung und Grundsteuer an die Pächterin RVW, wofür der Pachtvertrag die Grundlage darstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss von 60.412,66 EUR.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 511,7 und ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben.

Das Eigenkapital ist zum Bilanzstichtag 31.12.2023 mit TEUR 4.641,5 beziffert und hat sich zum Vorjahr um TEUR 60,4 erhöht. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 89,5 % und ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Das Vermögen der Gesellschaft ist für das Geschäftsjahr 2023 nach Saldierung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit dem Sachanlagevermögen mit 4.682,2 TEUR beziffert.

Die Liquidität des Unternehmens war ganzjährig sichergestellt und ist von einem stabilen Verlauf gekennzeichnet.

Chancen- und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Entwicklung des Unternehmens seit der Strukturveränderung von 2010 ist geprägt von Stabilität und wirtschaftlichem Erfolg. Sie belegt, dass das unternehmerische Konzept der ASR, die Beistellung des Verkehrshofes als Ausgangspunkt und eine der Grundlagen für die Erfüllung des Verkehrsvertrages für die Erbringung von ÖPNV-Leistungen durch den jeweiligen Pächter, praktikabel ist und zu dem die förderrechtlichen Belange und Auflagen der Genehmigungsbehörde erfüllt. Letzteres

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

wird durch den Abschluss einer dreiseitigen Zuwendungsvereinbarung zwischen den Freistaat Sachsen, der RVW und der ASR geregelt.

Die ASR stellt gemäß ihrem Unternehmenszweck als Besitzgesellschaft ein wesentliches Glied bei der Erfüllung der Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Zwickau dar. Die Praktikabilität des Pachtmodells ist auch für den Aufgabenträger des ÖPNV die Gewähr, dass mit dem ab 01.01.2019 gültigen neuen Pachtvertrag zwischen der ASR und der RVW eine wesentliche Grundlage für eine verlässliche Erfüllung des Verkehrsvertrages besteht.

Mit dem Abschluss des neuen Pachtvertrages ab 2019 ist für die ASR die grundlegende wirtschaftliche Basis für die nächsten zehn Jahre formal gelegt, zumal das Ende der Zweckbindefrist für den noch bestehenden Sonderposten für Investitionszuschüsse zum 31.12.2023 durch die Gesamtlaufzeit des Pachtvertrages gedeckt ist.

Gleichzeitig steigt jedoch auch das Risiko anfallender größerer Instandhaltungsmaßnahmen in Bezug auf die Gewerbeimmobilie, da der Verkehrshof zwischenzeitlich bereits mehr als 20 Jahre alt ist.

Somit besteht die berechtigte Gefahr, dass der jährliche Pachtzins für den Verkehrshof, dessen Höhe u. a. durch die Auflagen des Fördermittelgebers stark begrenzt ist, derartige Aufwendungen nicht immer vollständig abdecken können wird. Allerdings ist dieses Risiko für die ASR nicht essenziell, da der Gewinnvortrag per 12/2023 in Höhe von TEUR 1.619 und die dafür zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von TEUR 210,0 sowie die liquiden Mittel ausreichend sein werden, auch größere außerplanmäßige Reparaturaufwendungen abzufangen.

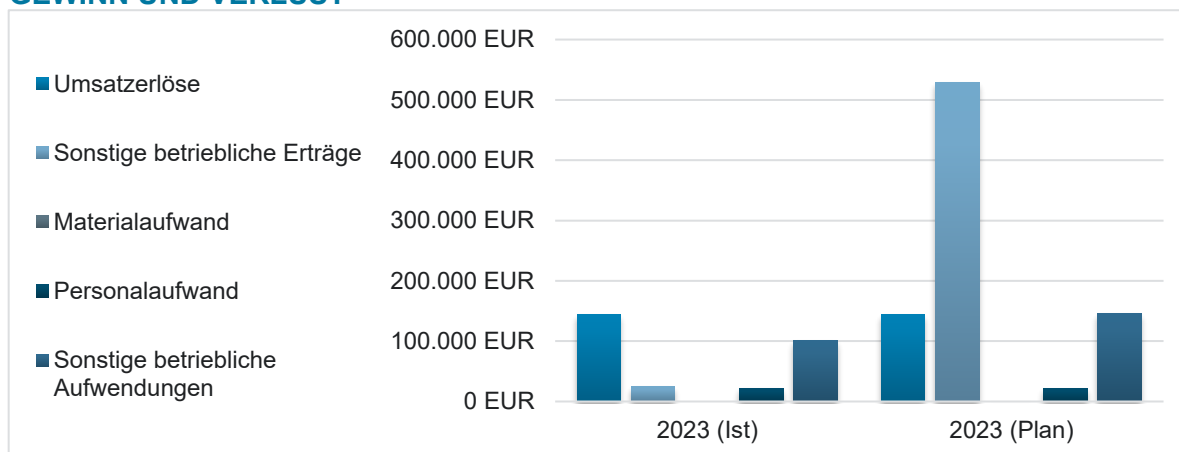
Auf der Grundlage des Wirtschafts- und Finanzplanes wird für das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 423 geplant.

Für die ASR hätte der Verkauf des Betriebshofes als wesentlicher Bestandteil des Anlagevermögens und Grundlage für die Wirtschaftstätigkeit die planmäßige und folgerichtige Einleitung der Liquidation des Unternehmens zur Folge. Sowohl der Verkauf des Betriebshofes als auch der Gesellschaftsbeschluss zur Liquidation der Gesellschaft ist zum 01.06.2024 geplant.

Bestandsgefährdende bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage über den beschriebenen Umfang hinaus beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht bekannt.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Umsatzerlöse	144.557,61	144.558,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	25.333,96	528.466,00
Materialaufwand	-	0,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-
Personalaufwand	21.384,47	21.948,00
dar.: Löhne und Gehälter	18.000,00	18.000,00
dar.: soziale Abgaben	-	3.948,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	100.521,54	145.765,00
Abschreibungen	54.225,78	53.187,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	94.670,00	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	24.427,83	132.185,00
Sonstige Steuern	3.589,29	3.592,00
Jahresergebnis	60.412,66	316.347,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	400,5	457,8	488,3
Vermögensstruktur (%)	22,0	19,5	18,3
Eigenkapitalquote (%)	88,1	89,4	89,5
Eigenkapitalrendite (%)	-0,2	0,2	1,3
Fremdkapitalquote (%)	0,3	0,3	0,8
Gesamtkapitalrendite (%)	0,1	0,4	1,2
Liquidität 1. Grades (%)	148.791,7	91.580,5	45.546,5
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	137.875,05	140.900,06	144.557,61

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.10. GEMEINNÜTZIGE AUS-, FORTBILDUNGS- UND UMSCHULUNGSGESELLSCHAFT MBH OBERLUNGWITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Hofer Straße 159
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6523-0
TELEFAX	03723 6523-23
E-MAIL	leitung@gafug.de
WEBSEITE	http://www.gafug.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	16.10.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	17.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁰	Nominal _____ 80% / - / 80%
KAPITAL	Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 20.800 EUR (80,00%)
	Herr Reinhard Roßner _____ 5.200 EUR (20,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Erziehung, Jugendhilfe, Volks- und Berufsbildung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Errichtung und Betreibung von Kindertageseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendheimen, Durchführung der Berufsvorbereitung, Ausbildung, Fortbildung und Umschulung von Menschen in allen Bereichen der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft und Forsten sowie des Hotel- und Gastgewerbes.

Zur Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben kann die Gesellschaft sämtliche Geschäfte betreiben, die ihrem Hauptzweck zu dienen geeignet sind. Sie darf insbesondere bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, pachten, veräußern oder weitervermieten sowie sich nach Maßgabe des § 96 Abs. 1 SächsGemO sowie des Absatzes 4 dieses Paragraphen mit anderen Gesellschaften, öffentlichen oder nichtöffentlichen Trägern, zusammenschließen, sofern es dem Gesellschaftszweck - sei es mittelbar oder unmittelbar - dienlich ist.

Die Gesellschaft darf nur mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen errichten, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen. Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

¹⁰ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Frau Angelika Hölzel
(ab 29.08.2023)

Herr Reinhard Roßner
(ab 29.08.2023)

Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer
(ab 29.08.2023)

VORSITZ

Herr Tronje Hagen
(ab 29.08.2023)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Eileen Heydel

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Falk Slomiany & Koll. GmbH

MITARBEITERANZAHL

104

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der gemeinnützigen Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft umfasst die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, Schülerinnen und Schülern sowie von Jugendlichen. Der Wirkungskreis des Unternehmens befindet sich im Landkreis Zwickau und im Erzgebirgskreis.

Der Bereich Bildung beinhaltet alle Maßnahmen im Übergang von Schule zum Beruf. Dazu zählen das Projekt „Praxisberatung an Oberschulen“, die Berufseinstiegsbegleitung, die Praxisbegleitung, die Berufsvorbereitung (BVB), die berufliche außerbetriebliche Erstausbildung und die Verbundausbildung. Die Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen beinhaltet die Kindertagesstätte „Kita vier Jahreszeiten“ und 4 Kinder- und Jugendwohngruppen „Alte Villa“ sowie die Tätigkeit in der Schulsozialarbeit.

Partner bei der Durchführung der Bildungsmaßnahmen sind die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, die Jugendämter der Landkreise, die SAB, das Staatsministerium für Kultus sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Zur Vergrößerung des Wirkungskreises arbeitet die Gesellschaft in Bietergemeinschaften.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Neben der kostendeckenden Leistungserbringung ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung und Betreuung für die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen das vorrangige Geschäftsziel.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Ergebnisses

Das Geschäftsjahr 2023 verlief regelmäßig und nach den Pandemiejahren (2020-2022) normal.

Der Russland-Ukraine-Konflikt und der dadurch ausgelöste sprunghafte Anstieg der Energiekosten belastete ebenso wie die überproportionale Preiserhöhung bei den Material- und Sachausgaben das wirtschaftliche Ergebnis.

Das Schul- und Ausbildungsjahr 2023/2024 startete im August und September mit einer neuen Fachkonzeption in der Berufsvorbereitung (BVB). Der Lehrbetrieb in der beruflichen außerbetrieblichen Erstausbildung (BaE) startete wie gewohnt.

Der Fachkräftemangel im Bildungsbereich zeigte sich auch bei der GAFUG mbH, die Mitarbeiterfluktuation im Jahr 2023 war höher als im Vorjahr und somit mussten viele Ressourcen in die Personalakquise, in die Nachbesetzung von Stellen und die zeitaufwändige Einarbeitung von Mitarbeitern investiert werden. [...] Im Projekt Schulsozialarbeit kam es zu Rückforderungsansprüchen der Fördermittelgeber, da Stellen nur mit Verzögerung nachbesetzt werden konnten.

Im Oktober 2023 begann der Prozess gegen einen leitenden Mitarbeiter, welcher wegen Betruges und Untreue im Jahr 2021 gekündigt wurde und gegen welchen Strafantrag gestellt wurde. [...] Ein Strafverfahren gegen den Mitarbeiter [...] endete mit einem Urteil im Strafprozess im Januar 2024. Eine Akteneinsicht in die Gerichtsakten wurde über unsere Rechtsanwältin gestellt zur Prüfung der Ansprüche und zur Planung eines Zivilprozesses.

Im Februar des Jahres 2023 gab der Gesellschafter G. Richter seine Anteile an den Landkreis Zwickau ab. Der Landkreis Zwickau hält mithin 80 % der Gesellschaftsanteile an der GAFUG mbH. 20 % der Geschäftsanteile verbleiben nach wie vor bei R. Roßner. Mit der Übernahme der Anteile hält der Landkreis Zwickau die absolute Mehrheit. Es erfolgte eine Änderung des Gesellschaftsvertrages und ein Aufsichtsrat wurde gebildet.

Im Zuge der Erstellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2022 wurden die 3 Immobilien der GAFUG mbH durch den Gutachterausschuss des Landkreises neu bewertet. Die Bewertung führte zu einer Sonderabschreibung im Jahr 2022, welche durch verringerte Abschreibungen auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2023 hat.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die GAFUG mbH einschließlich Geschäftsführerin 104 Mitarbeiter (Vorjahr 106 Mitarbeiter). Vorrangige Aufgabe ist es auch weiterhin die Strukturen und Prozesse in der GAFUG mbH klar zu definieren. Ein Umstrukturierungsprozess in der Verwaltung und an allen Standorten wurde begonnen.

Der Investitions- und Mittelverwendungsplan für das Jahr 2023 hatte ein Volumen von TEUR 242, von denen nur TEUR 74 umgesetzt wurden. Nach wie vor Schwerpunkt war die Investitionen im Rahmen des Digitalisierungsprojektes.

Das Jahr 2023 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 29 ab. Die Liquidität der Bildungsgesellschaft war während des Geschäftsjahres durchgehend gewährleistet.

Bericht über die zukünftige Entwicklung

Höhere Gewalt durch das Eintreten einer weltweiten pandemischen Situation stellt ein sehr großes Risiko für alle Unternehmen dar. [...] Ein weiteres wesentliches Risiko in der zukünftigen Entwicklung der GAFUG mbH besteht in der Abhängigkeit politischer Entscheidungen bezüglich einer geförderten Bildung und Erziehung und der Bereitstellung der dazu benötigten finanziellen Mittel durch die öffentlichen Ämter, Agenturen und die Wirtschaft. [...] Hinzu kommen gesetzliche Auflagen in Form des Mindestlohns in der Aus- und Weiterbildung, welche einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Personalkosten haben.

Bei der Sächsischen Aufbaubank wurden die Fördermittel deutlich eingeschränkt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass zur Risikobetrachtung für kommende Zeiträume ebenfalls der Fachkräfte- und Personalmangel berücksichtigt werden muss. Es wird immer schwieriger, geeignetes qualifiziertes Fachpersonal für die Bereiche der Bildung, Betreuung und Erziehung zu finden. Auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt fehlen vor allem Sozialpädagogen und Lehrkräfte mit den für die Maßnahmen erforderlichen Abschlüssen und Qualifizierungen.

Die materiell-technischen Risiken liegen vornehmlich in den zu erwartenden Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten im Stammhaus, im Kinder- und Jugendheim sowie an den Außenanlagen und im Fuhrpark. Die Ausstattung der Werkstätten entspricht nicht dem derzeitigen Stand der Technik und wird schrittweise in den kommenden Jahren erneuert werden, um die aktuellen und geforderten Bildungsinhalte vermitteln zu können. Eine fortschreibende Erneuerung der digitalen Ausstattung ist erforderlich, um zukünftig Bildungsangebote durchführen zu können und sich als zeitgemäßes Unternehmen darzustellen.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen und qualitative Aussagen zur Rentabilität von Maßnahmen tätigen zu können, wird ein Controlling umgesetzt.

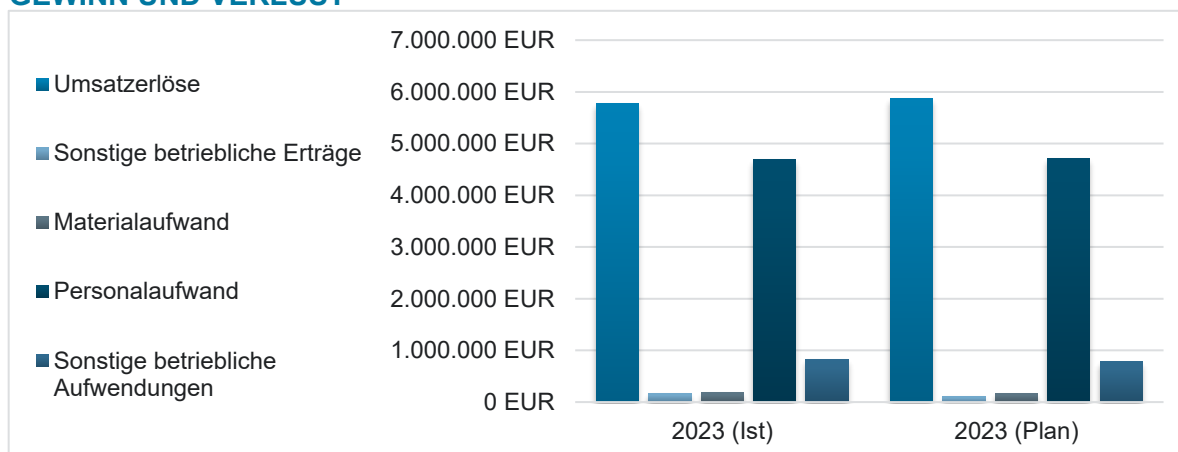
Eine Fortbestandsgefährdung der Gesellschaft ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Die Prognosen für den Bildungsmarkt bleiben schwierig. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Krise erwarten wir zu deren Abfederung weitere arbeits- und bildungsmarktpolitische Maßnahmen im Interesse der Arbeits- und Tätigkeitsbereiche der GAFUG mbH.

Die Liquidität und die Finanzierung von Investitionen werden trotz der schwierigen gesamtgesellschaftlichen Lage auch in den Folgejahren durch bestehende Liquiditätsreserven und der im Jahresergebnis enthaltenen, nicht zahlungswirksamen Abschreibungen als weiterhin stabil prognostiziert.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)	2023 (PLAN)
Umsatzerlöse	5.773.544,32	5.869.680,00
Bestandsveränderungen	-	-
Erträge aus Zuwendungen	-	-
dar.: Auflösung aus Sonderposten	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	170.085,30	106.000,00
Materialaufwand	177.043,19	171.576,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	144.823,47	135.076,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.219,72	36.500,00
Personalaufwand	4.695.567,09	4.719.450,00
dar.: Löhne und Gehälter	3.844.866,15	3.775.560,00
dar.: soziale Abgaben	850.700,94	943.890,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	824.963,39	789.000,00
Abschreibungen	222.058,40	294.000,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.085,64	1.600,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	227,05	500,00
Sonstige Steuern	1.418,01	1.500,00
Jahresergebnis	29.438,13	1.254,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2021 (IST)	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	116,2	130,9	137,3
Vermögensstruktur (%)	73,1	62,0	58,9
Eigenkapitalquote (%)	85,0	81,2	80,9
Eigenkapitalrendite (%)	-6,6	-40,5	0,6
Fremdkapitalquote (%)	9,4	12,6	13,5
Gesamtkapitalrendite (%)	-5,6	-32,9	0,5
Liquidität 1. Grades (%)	259,9	337,4	304,9
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	46.378,54	50.203,37	55.514,85

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.11. HEINRICH-BRAUN-KLINIKUM GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaefsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	02.08.2007
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	13.04.2021

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹¹	Nominal _____ 4,67% / - / 4,67%
KAPITAL	Stammkapital _____ 3.147.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Stadt Zwickau _____ 3.000.000 EUR (95,33%)
	Landkreis Zwickau _____ 147.000 EUR (4,67%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

HBK-Diagnostik GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK-Service gemeinnützige GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	23.400 EUR (90,00%)
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	1.071.416 EUR (59,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH mit Sitz in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung, insbesondere durch den Betrieb des Heinrich-Braun-Klinikums als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung, und sonstiger, vor allem medizinischer Einrichtungen. Darüber hinaus sind weitere Zwecke der Gesellschaft die Förderung der Volks- und Berufsbildung, einschließlich der Studentenhilfe sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens.

Zweck der Gesellschaft ist weiterhin die Betreibung von sozialen Einrichtungen zur Unterbringung, Betreuung, Förderung, Versorgung und Pflege alter, pflegebedürftiger und behinderter Menschen sowie zur Betreuung von Kindern.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- voll-, vor-, nach-, teilstationäre und ambulante akute und rehabilitative Krankenversorgung,

¹¹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

- ambulante Krankenversorgung der Bevölkerung im gesetzlich möglichen Rahmen, insbesondere die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung durch die Gründung und den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Verfolgung wissenschaftlicher Fragestellungen insbesondere in der Funktion als akademisches Lehrkrankenhaus sowie mittels Durchführung von Studien in anderem Rahmen
- die Unterstützung von Personen gemäß § 53 AO, insbesondere durch Ermöglichung von erforderlicher medizinischer und pflegerischer Behandlung, jeweils im Rahmen des § 53 AO.

Unternehmensziel ist die optimale Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards in einer wirtschaftlich nachhaltigen Struktur mit einer eigenverantwortlichen ärztlichen, kaufmännischen und pflegerischen Leitung und einer hochmotivierten und qualifizierten Mitarbeiterschaft sowie eine optimale Positionierung des Klinikums im regionalen Wettbewerb.

Die Gesellschaft darf weitere Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind oder mit ihm in Zusammenhang stehen. Insbesondere darf sie Medizinische Versorgungszentren gründen und betreiben. Zweck der Medizinischen Versorgungszentren ist der Betrieb zur Förderung des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO), insbesondere durch die Einbringung ambulanter medizinischer Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren nach § 95 SGB V.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, mit Unternehmen kooperieren und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Errichtung und Übernahme von Unternehmen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Fritz Binder
Herr Tristan Drechsel
Herr Lars Dörner
Frau Andrea Elsel
Herr Wolfram Keil
Herr Sebastian Lasch
Herr Dr. Ing. Michael Luther
Herr Herbert Reischl
Herr Dr. Christoph Scheurer

VORSITZ

Herr Lutz Feustel

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Rüdiger Glaß
Frau Bianca Steiner
(ab 01.11.2023)

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die HBK gGmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung an den Standorten Zwickau, Kirchberg und Glauchau.

Um sich den zunehmend steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen stellen zu können, wurden 2022 die Bereiche Verwaltung und Bildung in eine eigenständige Gesellschaft, die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH, überführt. Die Ausgründung erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2022 und ermöglicht die Öffnung für strategische Partnerschaften mit anderen regionalen Akteuren des Gesundheitswesens und eine Allianz gegen den Fachkräftemangel.

Ein weiterer bedeutender Schritt für die Entwicklung des Klinikums ist der am 12. Juli 2022 unterzeichnete Anteils- und Übertragungsvertrag mit der Paracelsus-Kliniken Deutschland GmbH & Co. KGaA über die Übertragung des Betriebes der Paracelsus-Klinik Zwickau im Rahmen eines Asset Deals. Die Übertragung der Vermögenswerte und Wirtschaftsgüter mit den zugehörigen Arbeits-, Vertrags- und Rechtsverhältnissen erfolgte im Wege der Einzelrechtsnachfolge und wurde zum 1. Dezember 2022 vollzogen. [...] Das Klinikum verfügt nun über 1.112 Betten und 83 tagesklinische Plätze in mehr als 30 Kliniken und medizinischen Abteilungen und hält damit alle wesentlichen Fachrichtungen vor. Als modernes Krankenhaus investiert das Klinikum auf anhaltend hohem Niveau in die Sanierung von Bestandsgebäuden, in Neubauten und in modernste Medizintechnik.

So wurden die im Jahr 2013 mit Eigenmitteln begonnenen Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Standort Kirchberg im Jahr 2022 beendet. Es wurde entschieden, den Standort in ein Fachklinikum für Neurorehabilitation umzuwandeln. Dies erfordert weitere Um- und Ausbauten. Um die dafür notwendigen Kapazitäten zu schaffen, wurde die akutmedizinische Versorgung zum 21. Dezember 2022 eingestellt. Die Umsetzung des Vorhabens wird etwa drei Jahre in Anspruch nehmen und circa zwölf Millionen Euro kosten. Die Maßnahme ist beim Land Sachsen für den Strukturfonds II angemeldet.

Der Neubau Haus 1 wurde fortgesetzt. Hier ist die Bündelung der Klinik für Innere Medizin/Geriatrie sowie der Klinik für Innere Medizin V/Pneumologie, pneumologische Onkologie, Beatmungs- und Schlafmedizin geplant. Das Klinikum wird nach aktuellem Stand circa 37 Millionen Euro investieren und rechnet mit der Fertigstellung Spätsommer 2024. Unterstützt wird das Vorhaben mit knapp einer Million Euro vom Freistaat Sachsen, welche in die technische Ausstattung fließen.

Zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung absolvierte das Klinikum im Wirtschaftsjahr wieder eine Re- und Neuzertifizierung.

Um Patientinnen und Patienten mit Krebserkrankung eine umfassende Versorgung mit modernster Technik und höchster Qualitäts- und Behandlungsstandards zu bieten und bestmögliche Therapieergebnisse zu erzielen, wurde im Wirtschaftsjahr das Onkologische Zentrum Zwickau gegründet. Dies stellt den organisatorischen Verbund aller an der Diagnostik, Therapie und Nachsorge von onkologischen Erkrankungen beteiligten Fachbereiche am Klinikum dar. Darüber hinaus besteht ein großes Netzwerk an spezialisierten Kooperationspartnern der Region wie niedergelassene Arztpraxen, Selbsthilfegruppen und Heilmittelversorgern.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Wirtschaftsjahr 2023 erzielte das Klinikum aufgrund des zusätzlichen Abschreibungsaufwandes auf den Geschäfts- und Firmenwert des im Vorjahr erworbenen Standortes Werdauer Straße einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 5.266 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 88).

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert. Das langfristige Vermögen wird fristenadäquat finanziert.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die HBK gGmbH hatte im Wirtschaftsjahr 2023 im Jahresmittel 2.030,02 Vollkräfte beschäftigt. Damit stieg der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 179,74 VK. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus der Übernahme der Mitarbeiter der ehemaligen Paracelsus-Klinik Zwickau.

Im Jahr 2023 wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 11.767 (Vj. TEUR 11.760) vorgenommen. Für Modernisierungen am Standort Kirchberg wurden in 2023 TEUR 671 eingesetzt. Am Standort Werdauer Straße wurden für TEUR 1.122 Instandhaltungen vorgenommen, insbesondere im Bereich der Medizintechnik und der technischen Gebäudeausrüstung.

Risiko- und Prognosebericht

Inflation, energiepreisbedingte Kostensteigerungen, zunehmender Fachkräftemangel, sinkende Fallzahlen und die angekündigte Krankenhausfinanzierungsreform des Bundesgesundheitsministers stellen die Krankenhäuser vor eine nie da gewesene Gleichzeitigkeit der Herausforderungen. Für Energiepreissteigerungen in 2023 ausgereichte Ausgleichszahlungen werden in 2024 ebenfalls nicht mehr zur Verfügung stehen. Zudem unterstehen Krankenhäuser zunehmend verschärften Regularien des Gesetzgebers, beispielsweise sind hier die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung, das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und die 2022 in Kraft getretene Prüfverfahrensvereinbarung zu nennen. Die Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, diese Kostenentwicklung zu kompensieren und auch zukünftig wird mit einem überproportionalen Anstieg der Kosten im Vergleich zu den Einnahmen gerechnet.

Seit 2017 sind die Patientenfallzahlen für den Krankenhausbereich leicht rückläufig. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber vermehrt die stationärsersetzende Versorgung erwartet. Um in diesem Wettbewerb um die Patienten zu bestehen, setzt das Klinikum auch zukünftig auf gut ausgebildetes Personal sowie die medizinische und bauliche Modernisierung.

Aufgrund unzureichender Investitionsförderung muss das Klinikum seine Vorhaben zum Großteil aus Eigenmitteln finanzieren. Zuweilen ist festzustellen, dass Baumaßnahmen hierdurch verspätet begonnen werden können.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.12. HBK-POLIKLINIK GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.2008
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹²
KAPITAL Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Einbringung ambulanter medizinischer Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im Sinne des § 95 Abs. 1 SGB V,
- die Unterstützung von Personen gemäß § 53 AO, insbesondere durch Ermöglichung von erforderlicher medizinischer Behandlung.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Michael Kamolz
Frau Bianca Steiner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Heinrich-Braun-Klinikums gemeinnützige GmbH liegt der Zweck der Gesellschaft in dem Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ).

¹² unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Ende 2023 werden:

- das MVZ Poliklinik am Neumarkt
- das MVZ Poliklinik Moritzstraße
- das MVZ Poliklinik West Strahlentherapie
- das MVZ Poliklinik West
- das MVZ Poliklinik West II
- das MVZ Poliklinik Crimmitschau
- das MVZ Poliklinik Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Borberg/Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Brühl/Kirchberg
- das MVZ im Volksbad/Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Schwanenteich
- das MVZ Polimed
- das MVZ Poliklinik Gefäßzentrum Zwickau
- das MVZ Poliklinik Neuplanitz
- das MVZ Poliklinik Wilkau-Haßlau

betrieben.

Die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH erreichte in den 15 betriebenen Medizinischen Versorgungszentren 78 KV-Sitzen im Geschäftsjahr 2023 eine Behandlungsfallzahl von 237.233. Im Geschäftsjahr 2022 mit 76,25 KV-Sitzen lag die Behandlungsfallzahl bei 211.671. Damit ergibt sich eine Steigerung von 12 %. Der Fallzahlenanstieg ist größtenteils auf die in 2023 erworbenen KV-Sitze zurückzuführen, somit auf einen geringen Anstieg der Behandlungsfälle nach der Corona-Pandemie.

Mit dem Kauf aller Geschäftsanteile an der Paracelsus Zwickau MVZ GmbH erwarb die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH im Wege eines Share Deals rückwirkend zum 1. Januar 2022 100 % am Vermögen dieser Gesellschaft. Zum Zeitpunkt der Übernahme waren 9,5 KV-Sitze integriert. Am 23. Dezember 2022 erfolgte am Amtsgericht Chemnitz die Umfirmierung in HBK MVZ Zwickau gemeinnützige GmbH. Ende 2023 waren es 10 KV-Sitze mit einer Behandlungsfallzahl von 18.553.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Insgesamt konnten TEUR 22.937 Erlöse aus ambulanten Leistungen erzielt werden. (Vorjahr: TEUR 20.210).

Sonstige betriebliche Erträge wurden i. H. v. TEUR 628 (Vorjahr: TEUR 1.085) erwirtschaftet. Diese resultieren aus Zuwendungen der öffentlichen Hand (TEUR 168), aus Nachberechnungen aus den Vorjahren (TEUR 205) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 193.

Mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen wurden die Leistungen für alle vier Quartale 2023 abgerechnet.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresverlust in Höhe von TEUR 84 erzielt (Vorjahr: Verlust TEUR 294).

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Der Personalaufwand des Geschäftsjahres beläuft sich auf TEUR 14.980 und liegt somit 13,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen ergibt sich diese Veränderung aus der Aufstockung des Personals durch Übernahme und Eröffnung neuer Praxen sowie Tarifsteigerungen.

Trotz gestiegener Fallzahlen konnte der Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt TEUR 35 gesenkt werden. Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, insbesondere beim medizinischen Bedarf, konnten Kostensenkungen von TEUR 143 erzielt werden. Bei den bezogenen Leistungen hingegen stiegen die Kosten um TEUR 109.

Die flüssigen Mittel betragen zum 31. Dezember 2023 TEUR 90. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist für das Jahr 2023 ausgeglichen. Das Eigenkapital verringert sich um TEUR 87 auf TEUR 14.010. Daraus ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 64,5 %. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2023 ist im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 22.691 auf TEUR 21.712 gesunken.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einer mäßigen Steigerung der Fallzahlen und der Umsätze gerechnet. Ergebnisbelastend werden sich steigende Personalkosten auswirken, sodass mit einem negativen Jahresergebnis gerechnet wird.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist nachhaltig gesichert. Insgesamt wird in der ambulanten Versorgung mit einem weiterhin schwierigen Umfeld zu rechnen sein.

Die Risiken im Gesundheitssektor liegen vor allem in der Abhängigkeit von politischen und sonstigen Einflüssen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Weitere Risiken liegen in den Tarifforderungen der Bundesärztekammer als auch des Marburger Bundes, die auch Auswirkungen auf die Personalkostenentwicklung der HBK-Poliklinik haben werden. Die Tarifabschlüsse übersteigen zunehmend die Erlöszuwächse, somit ist von einem steigenden Kostendruck auszugehen. Die Nachbesetzung von Sitzen wird eine enorme Herausforderung für die Zukunft darstellen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine bestandsgefährdenden bzw. die Entwicklung wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.13. HBK-SERVICE GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	02.07.2010
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹³ Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen an die "Heinrich-Braun-Klinikum Zwickau gemeinnützige GmbH" mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundene Unternehmen in den Bereichen: Speisenversorgung, Technik, Hauswirtschaft und Logistik, Patientenservice sowie Physio- und Ergotherapie. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

Die Gesellschaft darf weitere Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind oder mit ihnen in Zusammenhang stehen. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, mit Unternehmen kooperieren und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Errichtung und Übernahme von Unternehmen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau.

Die Gesellschaft darf ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn den Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 des § 96a Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens enthalten sind, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaften, für die ebenfalls dieses Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrags berechtigten Mehrheit der Anteile hat. Bei einer geringeren Beteiligung hat die Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass die genannten Regelungen getroffen werden. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unternehmen in anderen Rechtsformen des privaten Rechts.

Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Rüdiger Glaß

¹³ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die HBK-Service gemeinnützige GmbH als hundertprozentige Tochter der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH ist beauftragt, alle wesentlichen Dienstleistungen um die Patientenversorgung zu organisieren. Insbesondere Reinigung, Speisensversorgung, Hol- und Bringedienst, Patientenservice, therapeutische Leistungen, Technischer Dienst sowie das Schreibbüro sind Kernkompetenz der Gesellschaft.

Im Wirtschaftsjahr 2023 erfolgte die vollständige Integration des im Vorjahr von der Gesellschafterin erworbenen Standortes Werdauer Straße in die Dienstleistungsprozesse.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die HBK-Service gemeinnützige GmbH weist zum 31. Dezember 2023 ein positives Ergebnis von TEUR 28 (Vorjahr TEUR 12) aus.

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 11.885 (Vorjahr TEUR 10.720) resultieren ausschließlich aus den Serviceverträgen mit der Gesellschafterin und verbundenen Unternehmen.

Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von TEUR 179 (Vorjahr TEUR 132) an und resultieren im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Erstattungen der öffentlichen Hand.

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 274,71 Vollkräfte (Vj. 252,16 VK) beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 11.753 (Vj. TEUR 10.790) entstanden ist. Die Abweichung zum Vorjahr resultiert aus der Tarifsteigerung von 4 Prozent und aus höheren Beschäftigungszahlen.

Der Materialaufwand ergibt sich im Wesentlichen aus den Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin und der HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH.

Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind Versicherungen, sonstige Verwaltungsgebühren, Fort- und Weiterbildungskosten sowie Personalleasing enthalten.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von leicht steigenden Umsätzen aus. Insgesamt erwartet sie ein leicht positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.14. HBK-DIAGNOSTIK GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	ilab@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.01.2019
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹⁴
KAPITAL Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im medizinischen Bereich, insbesondere Laborleistungen für die „Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen. Sie kann Leistungen auch für andere Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Medizinische Versorgungszentren oder sonstige Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, medizinische Versorgungszentren zu gründen, zu unterhalten und sich daran zu beteiligen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Dr. med. habil. Peter Reichardt

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung zum Geschäftsverlauf

Die HBK-Diagnostik GmbH wurde 2019 als hundertprozentige Tochter der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im medizinisch-technischen Bereich, insbesondere Laborleistungen, für die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und damit verbundene Unternehmen sowie für andere Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Finanzlage der Gesellschaft war im Wirtschaftsjahr stabil und die Liquidität stets gesichert. Es wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 88 (Vorjahr: TEUR 60) erzielt.

¹⁴ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Ertragslage

Die HBK-Diagnostik GmbH erbrachte im Berichtsjahr fast ausschließlich Leistungen an die Gesellschafterin (TEUR 4.198 Vorjahr: TEUR 4.522). Durch die Leistungserbringung an Dritte erwirtschaftete die Gesellschaft Umsatzerlöse i. H. v. TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 4).

Personalaufwand

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 32,59 Vollkräfte (Vorjahr: 33,14 Vollkräfte) beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 1.864 (Vorjahr: TEUR 2,110) entstanden ist. Der Aufwandsrückgang resultiert aus im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 102 geringere Personalrückstellungen sowie aus der Situation, dass nicht alle freien Stellen zeitnah nachbesetzt werden konnten.

Materialaufwand

Der Materialaufwand (TEUR 1.780 Vorjahr: TEUR 1.863) ergibt sich größtenteils aus dem Laborbedarf (TEUR 1.397, Vorjahr: 1.589), Fremduntersuchungen (TEUR 313, Vorjahr: TEUR 190) und dem Geschäftsbesorgungsaufwand mit der Gesellschafterin und der HBK Verwaltung und Bildung Gemeinnützige GmbH (TEUR 62 Vorjahr: TEUR 75). Die Vorjahre waren durch hohe Kosten für pandemiebedingte Untersuchungsanforderungen geprägt. Der massive Rückgang dieser Leistungen im Geschäftsjahr wirkte sich positiv auf das Ergebnis aus.

Sonstiger Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand (TEUR 514 Vorjahr: TEUR 466) ergibt sich im Wesentlichen aus EDV- und Organisationsaufwand (TEUR 32 Vorjahr: TEUR 30), Instandhaltungs- (TEUR 166 Vorjahr: TEUR 183) und Mietaufwand (TEUR 213 Vorjahr: TEUR 221).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2023 betragen die flüssigen Mittel der Gesellschaft TEUR 342 (Vorjahr: TEUR 356). Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist für das Jahr 2023 ausgeglichen. Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss auf TEUR 227. Insgesamt betragen die Rückstellungen zum 31. Dezember 2023 TEUR 127 (Vorjahr: TEUR 197) und wurden maßgeblich für Personalverpflichtungen und Steuer-rückstellungen gebildet.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Für das kommende Wirtschaftsjahr geht die Gesellschaft von steigenden Umsätzen aus. Wenn- gleich die derzeit beobachteten Steigerungen der Einkaufspreise eine Erhöhung der Ausgaben er- warten lassen müssen, so gehen wir durch eine aktiv angepasste Einkaufspolitik und eine Steige- rung der Wirtschaftlichkeit des Analysespektrums erneut von einem positiven Jahresergebnis aus.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.15. HBK VERWALTUNG UND BILDUNG GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	18.07.2022
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁵	Nominal _____ - / 4,62% / 4,62%
KAPITAL	Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH _____ 23.400 EUR (90,00%) Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau _____ 2.600 EUR (10,00%)
----------------	--

UNTERNEHMENSgegenstand

Unternehmensziel ist die optimale Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Volks- und Berufsbildung und medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen durch die Erbringung von Kooperationsleistungen an gemeinnützige Körperschaften und den Bezug von Kooperationsleistungen von gemeinnützigen Körperschaften, insbesondere an die bzw. von der „Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen in den Bereichen: Controlling einschließlich Medizincontrolling, Qualitätsmanagement, Justizariat, Finanz- und Rechnungswesen, Arbeit- und Umweltschutz, Unternehmenskommunikation, Technischer Dienst einschließlich Biomedizintechnik, Personalverwaltung, Patientenabrechnung, Bibliothek, Einkauf, Informatik, Standortverwaltung, Schreibdienst. Sie kann in untergeordnetem Umfang solche Leistungen auch für andere Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Medizinische Versorgungszentren oder sonstige Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Geigenmüller
Herr Rüdiger Glaß
Herr Mirco Schmidt

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Zwickau vom 28. April 2022 und des Kreistagsbeschlusses vom 6. Juli 2022 wurde am 6. Juli 2022 durch notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH errichtet. Die Eintragung der Gesellschaft erfolgte im Handelsregister B des Amtsgerichtes Chemnitz unter der Nummer 35102.

¹⁵ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Gesellschaft hat Wege der Ausgliederung zur Aufnahme gemäß Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 2. August 2022 einen Teil des Vermögens der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH als Gesamtheit übernommen. Die Übertragung des Vermögens erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2022.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH weist zum 31. Dezember 2023 ein positives Ergebnis von TEUR 12 (Vj. TEUR 7) aus.

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 10.577 (Vj. TEUR 9.536) resultieren aus der Leistungserbringung an die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und an mit dieser verbundene Unternehmen. Für Leistungen an Dritte, welche fast ausschließlich Leistungen des Bildungszentrums umfassen, wurde ein Umsatz in Höhe von TEUR 48 erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von TEUR 110 (Vj. TEUR 99) an und resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen Dritter für laufenden Aufwand und aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 142,15 Vollkräfte beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 9.070 entstanden ist. Im Vorjahr waren 132,12 Vollkräfte beschäftigt.

Der Materialaufwand i. H. v. TEUR 676 (Vj. TEUR 398) ergibt sich im Wesentlichen aus Energiekosten (TEUR 434; Vj. TEUR 142) und aus bezogenen Leistungen von der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und an mit dieser verbundene Unternehmen (TEUR 171; Vj. TEUR 141).

Im sonstigen betrieblichen Aufwand (TEUR 807, Vj. TEUR 695) sind Mieten, Verwaltungsgebühren, EDV- und Organisationsaufwand sowie Fort- und Weiterbildungskosten enthalten.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von leicht steigenden Umsätzen aus und erwarten ein positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.16. SENIOREN- UND SENIORENPFLEGEHEIM GEMEINNÜTZIGE GMBH ZWICKAU

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Sternenstraße 5
FIRMENSITZ	08066 Zwickau
TELEFON	0375 44050-900
E-MAIL	info@ssh-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.ssh-zwickau.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.09.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁶	Nominal _____ - / 4,18% / 4,18%
KAPITAL	Stammkapital _____ 1.816.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
	_____ 1.071.416 EUR (59,00%)
	Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH
	Zwickau _____ 617.464 EUR (34,00%)
	Stadt Zwickau _____ 127.120 EUR (7,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

SSH Service GmbH	30.000 EUR (100,00%)
Äskulap Zwickau Pflegedienst gemeinnützige GmbH	58.299 EUR (78,57%)
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	617.464 EUR (34,00%)
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	2.600 EUR (10,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Förderung der Alten- und Behindertenhilfe durch Betreiben von sozialen Einrichtungen sowie durch Erbringung von Kooperationsleistungen an andere steuerbegünstigte Körperschaften und Bezug von Kooperationsleistungen von anderen steuerbegünstigten Körperschaften. Das Unternehmen dient einem Gemeinbedarf zur Unterbringung, Betreuung, Förderung, Versorgung und Pflege alter, pflegebedürftiger und behinderter Menschen.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Besitz und Betrieb von betreuten Wohnformen für ältere oder behinderte Menschen, Spezialpflegeeinrichtungen, Altenpflegeeinrichtungen, Wohnheimen für behinderte Menschen sowie durch Erbringung von Kooperationsleistungen an steuerbegünstigte Tochterunternehmen der Senioren- und Seniorenpflegeheim GmbH und der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH, insbesondere an die SSH Service gemeinnützige GmbH, Äskulap Zwickau Pflegedienst gemeinnützige GmbH und an andere jeweils steuerbegünstigte Alten- und Pflegeeinrichtungen oder Bezug von Kooperationsleistungen von diesen steuerbegünstigten Körperschaften.

Die zu erbringenden bzw. bezogenen Kooperationsleistungen umfassen insbesondere Leistungen in den Bereichen Management- und Betriebsführung, Auftragsmanagement, Geschäftsbesorgung,

¹⁶ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Personalverwaltung, Buchhaltung, Controlling, IT, Beschaffung und Einkauf, Vermietung und Nutzungsüberlassung sowie Leistungen in den Bereichen Bewirtschaftung, Catering, Reinigung, Facility-Dienstleistungen, Verwaltung, Beratung und Schulung von Spezialbetrieben und deren Nebenbetrieb, Belieferung mit Waren aller Art sowie Bildungsleistungen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Geigenmüller

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Das Wirtschaftsjahr 2023 stand unter dem Einfluss sich ständig verschlechternder Rahmenbedingungen nach dem Ende der Corona-Pandemie. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine mit Unsicherheiten, Lieferengpässen sowie enormen Preisanstiegen insbesondere bei Energie und Lebensmitteln haben das Geschäftsjahr ebenso geprägt wie die enorme Inflation in allen Bereichen sowie eine ständige Verschärfung der Personalsituation in allen Bereichen. Es wird zunehmend schwerer die gestiegenen Kosten bei Kostenträgern zu refinanzieren und gleichzeitig die ständig steigenden bürokratischen Anforderungen an Qualität, Gesetzen und Normen zu erfüllen. Dies schlägt sich in der in 2023 enorm gestiegenen Anzahl der Insolvenzen und Schließungen von Einrichtungen und Pflegediensten in Altenpflege nieder.

Wesentliche Schwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2023 für die SSH gGmbH waren im Einzelnen:

- engmaschiges und zeitnahes Controlling aller Bereiche um Maßnahmeschwerpunkte schnell zu erkennen
- Steuerung von Gegenmaßnahmen der inflationären Kostenentwicklung insbesondere Personal, Dienstleistung, Energie und Lebensmittel
- Koordinierung von erhöhten Personalausfällen durch Krankheit
- Verstärkte Marketingmaßnahmen zur Personalgewinnung
- Ständige Prüfung der gesetzlichen Anforderungen in Einrichtungen mit Kennzahlen Qualität, Auslastung, Personal und Sachkosten
- weitere Optimierung des internen Qualitätsmanagementsystems auf alle Bereiche mit Qualitätszielen und internen Audits
- Durchführung und Abschluss von geplanten Investitionen und Instandhaltungen insbesondere in Energieeinsparungsmaßnahmen, in den Digitalisierungsprozess sowie dem Umbau und Modernisierung der Zentralküche.

Mit einer Auslastung der vollstationären Pflegeeinrichtungen von 94,73 % wurde das Niveau des Vorjahres um ca. 1,5 % gesteigert. Die Nachfrage nach Pflegeheimplätzen hat sich nach der Pandemie stabilisiert, nur Doppelzimmer waren schwer vermittelbar.

Hier zeigte sich der Wettbewerbsnachteil von Einrichtungen mit einem hohen Doppelzimmeranteil. Durch hohe Krankenstände des Personals konnten vereinzelt keine Bewohner aufgenommen werden. Die Personalrekrutierung gestaltet sich oft schwierig.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Umsatzerlöse erhöhten sich mit TEUR 29.620 um TEUR 1.788 (7 %) zum Vorjahr. Dies ist durch

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Steigerung der Vergütung der Kostensätze ab Oktober 2023 sowie einer Auslastungssteigerung von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Der Planwert wurde pandemiebedingt um TEUR 350 (1 %) übertroffen.

Die Realisierung aller Aufgabenbereiche im Wirtschaftsjahr erfolgte mit durchschnittlich 427 Mitarbeitern (Vj. 437), davon waren 35 (Vj. 33) Auszubildende. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Mitarbeiterzahl in der SSH gGmbH um 10.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich um TEUR 2.195 auf TEUR 19.094. Der Wert kann als eine sehr solide Grundlage angesehen werden.

Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich im Geschäftsjahr zum Bilanzstichtag um TEUR 1.577 auf TEUR 9.638. Die Gesellschaft konnte jederzeit allen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Risiko- und Prognosebericht

Von besonderer Bedeutung in der weiteren Entwicklung hinsichtlich einer Risikominimierung für den wirtschaftlichen Bereich ist die Zusammenarbeit innerhalb des HBK-Verbundes. Vor allem in der Umsetzung und Realisierung gemeinsamer Anstrengungen einer umfassenden Pflegeüberleitung, eines gemeinsamen Entlassungs- und Überleitungsmanagements sowie gemeinsamer wirtschaftlicher Strategien ist es möglich, gezielt die positive Entwicklung aller Partner zu beeinflussen. Mit der Integration des ambulanten Pflegedienstes 2020 wurden diese Effekte noch verstärkt und haben sich bestens bewährt.

Unter dem Aspekt der Beachtung real bestehender Pflegeplatzkapazitäten in der Stadt Zwickau und im Landkreis Zwickau ist eine Auslastungsvorhersage zur Ermittlung gesicherter wirtschaftlicher Kennzahlen der SSH gGmbH in den nächsten Jahren nicht gegeben. Dies wird stark von gesetzlichen Regelungen, insbesondere vom Wettbewerb bestimmt. Die enorm gestiegenen aufzubringenden Eigenanteile haben dazu geführt, dass die Bewohner immer später in unsere Einrichtungen aufgenommen werden und die Verweildauern sich ständig verkürzen.

In den nächsten Jahren muss die Gesellschaft zunehmend in ihre Objekte investieren, um für Mitarbeiter attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden und damit ihre bestehende gute Position am und im Pflegemarkt zu sichern und auszubauen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.17. VERKEHRSSICHERHEITZENTRUM AM SACHSENRING GMBH & CO. KG

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Sachsenring 2
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6533-0
TELEFAX	03723 6533-55
E-MAIL	info@sachsenring.de
WEBSEITE	http://www.sachsenring.de
RECHTSFORM	GmbH & Co. KG
GRÜNDUNGSDATUM	18.02.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	16.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁷	Nominal _____ 21,62% / - / 21,62%
KAPITAL	Komplementäreinlage _____ - EUR
	Kommanditeinlage _____ 22.200 EUR

GESELLSCHAFTER

KOMMANDITISTEN

ADAC Sachsen e. V.	7.800 EUR (35,14%)
BKP Beteiligungs GmbH	6.600 EUR (29,73%)
Landkreis Zwickau	4.800 EUR (21,62%)
Motor Presse Stuttgart GmbH & Co. KG	3.000 EUR (13,51%)

KOMPLEMENTÄR

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH
Sachsenring

TOCHTERUNTERNEHMEN

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	7.800 EUR (26,00%)
--	--------------------

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Besitz und Betrieb eines Entwicklungszentrums Fahrzeug-, Sicherheits- und Verkehrssicherheitstechnik einschließlich des Angebotes von Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Das Unternehmen führt dabei Dienstleistungen für Forschung, Entwicklung, wie z. B.:

- Produktentwicklung für Elektro- und Solarantriebe für Fahrzeuge,
- Langzeitversuche für Reifen und Fahrwerke auf verschiedenen Fahrbahnbelägen,
- Erprobung von Sicherheitseinrichtungen an Fahrzeugen (z. B. Crashtests),
- Entwicklung von Kleinserien und Tuningbausätzen,
- Messungen von Emissionen und Immissionen (Test von Lärmschutzwänden)

¹⁷ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

im Auftrag für dritte Unternehmen selbst durch.

Bestandteil des Unternehmens ist die Arbeit auf dem Gebiet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitslehrgängen.

Daneben ist die Möglichkeit zur Durchführung von regionalen Leistungsschauen vorgesehen. Die Gegenstände des Unternehmens sollen auch dazu dienen, die Wirtschaftskraft des Landkreises Zwickau zu stärken, insbesondere seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und den Fremdenverkehr zu fördern. Die Gesellschaft ist insoweit wirtschaftsfördernd tätig.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ruben Zeltner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Procontext Revision und Beratung GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG betreibt eine multifunktionelle Fahrtrainingsanlage. Das Unternehmenskonzept stützt sich auf drei Säulen. Die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG ist ein Fahrtrainingszentrum, Veranstaltungsgelände für Events und nicht permanente Rennstrecke in einem. Die Angebotspalette reicht von mehrstufigen Fahrsicherheitstrainings für Autos, Motorräder, Bussen und LKW's über Sportfahrerlehrgänge, Incentives für spezielle Kunden, Mitarbeiter- und Motivationsseminare oder Firmenfeiern bis hin zu Pressekonferenzen, Produktpräsentationen und noch vieles mehr. Darüber hinaus vermietet die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG die Trainingspiste der Rennstrecke an externe Veranstalter von Sicherheits- und Rennstreckentrainings. Zusätzlich vermietet die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG die Rennstrecke "Sachsenring" an den ADAC Sachsen zum Zwecke der Durchführung von Motorsportveranstaltungen am Sachsenring.

Wirtschaftsbericht

Das Jahr 2023 verlief insgesamt gut. Die Umsätze konnten im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 296,6 TEUR gesteigert werden.

Nachdem im April 2023 unserem Anwalt ein Bescheid der Landesdirektion Sachsen zugestellt wurde, der aufgrund eines Antrages des BUND LV Sachsen, unsere immissionsrechtliche Genehmigung derart einschränkte, dass quasi keine Rennstreckentrainings, Rundkursvermietungen und Incentivveranstaltungen hätten mehr durchgeführt werden können, sind wir mit allen Mitteln dagegen vorgegangen. Der Bescheid hätte für uns zur Folge gehabt, dass ca. 40 % unserer Umsätze weggebrochen wären und wir nicht mehr in der Lage gewesen wären, gewinnbringend zu wirtschaften. [...] Gegen den Bescheid legten wir Widerspruch ein und es wurde zusätzlich ein gerichtliches Eilverfahren zur Beseitigung des Sofortvollzuges beim Verwaltungsgericht Chemnitz beantragt. Nach vielen Stellungnahmen und zahlreichen Abstimmungen mit der Landesdirektion Sachsen konnte am 19.10.2023 unter Einbeziehung des BUND LV Sachsen ein Vergleich geschlossen werden. Durch verschiedene Lärminderungsmaßnahmen, insbesondere den Bau von Lärmschutzwänden, sollen zukünftig die geforderten Immissionswerte eingehalten werden. Außerdem nahm die Landesdirektion Sachsen den Sofortvollzug zurück. Durch das Verfahren sind Rechtsanwalts- und Sachverständigenkosten von 162 TEUR entstanden, die das Ergebnis 2023 schmälern.

Die anderen Aufwendungen konnten durch strenges kostenorientiertes Handeln und nur der Durchführung von unbedingt notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen relativ geringgehalten werden, so dass insgesamt ein Jahresüberschuss von 572,4 TEUR erzielt werden konnte.

Insoweit schätzen wir den Geschäftsverlauf als gut ein.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Lage der Gesellschaft

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft ist nach wie vor sehr gut. Das Eigenkapital zum 31.12.2023 liegt bei 3.571 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt 54,8 % und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %-Punkte verbessert.

Die Finanzlage kann als solide bezeichnet werden.

Nach Ertragssteuern (Gewerbesteuer) in Höhe von 85,8 TEUR ergab sich ein Jahresüberschuss von 572,4 TEUR.

Chancen- und Risikobericht

Neben den allgemeinen Risiken, die sich aus unserer täglichen Arbeit ergeben, wie Beschaffungsrisiken, Personalrisiken, Vermietungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Umweltschutzrisiken, stellen weiterhin die steigenden Verbraucherpreise ein Risiko dar, die auf die weiteren Kursbuchungen und somit auf unseren Umsatz auswirken können.

Auch in unserer Gesellschaft sind die Preissteigerungen in den vergangenen zwei Jahren insbesondere bei Energiekosten aber auch bei sämtlichen anderen Kosten deutlich spürbar. Um Energiekosten zu senken, werden wir in 2024 eine Photovoltaikanlage errichten. Diese soll mit einer Leistung von 340 kWp einen erheblichen Teil unseres Strombedarfes decken. Nach einer in 2023 erstellten Wirtschaftlichkeitsberechnung soll sich die Investition von ca. 400 TEUR bereits nach 8 Jahren kompensiert haben.

In der heutigen Zeit mit den Problemen zunehmenden Verkehrs als auch den Möglichkeiten interessanter Freizeitgestaltung sehen wir uns gut gerüstet, die sich daraus entwickelnden Bedürfnisse mit unserem Angebot zu bedienen.

Die Prognose für das Jahr 2024 ist, auf Grund der derzeitigen Buchungen gut.

Der Bau der Lärmschutzwände soll über die Sachsenring Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG realisiert werden. Die Finanzierung erfolgt über unsere Pachtzahlungen. Entsprechend ist mit einer Kostensteigerung zu rechnen. [...] Für 2024 wird mit einem leicht steigenden Jahresüberschuss geplant.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Leistungen an den Landkreis	
Auflösung Gewinnrücklage	46.098,02

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.18. VERKEHRSSICHERHEITZENTRUM VERWALTUNG GMBH SACHSENRING

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Sachsenring 2
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6533-0
TELEFAX	03723 6533-55
E-MAIL	info@sachsenring.de
WEBSEITE	http://www.sachsenring.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	18.02.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	06.06.2016

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁸	Nominal _____ 16% / 5,62% / 21,62%
KAPITAL	Stammkapital _____ 30.000 EUR

GESELLSCHAFTER	ADAC Sachsen e. V. _____ 7.800 EUR (26,00%)
	Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG _____ 7.800 EUR (26,00%)
	BKP Beteiligungs GmbH _____ 6.600 EUR (22,00%)
	Landkreis Zwickau _____ 4.800 EUR (16,00%)
	Motor Presse Stuttgart GmbH & Co. KG _____ 3.000 EUR (10,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG, die zum Gegenstand hat, die Errichtung, den Besitz und den Betrieb eines Entwicklungszentrums Fahrzeug-, Sicherheits- und Verkehrssicherheitstechnik einschließlich des Angebotes von Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Das Unternehmen führt dabei Dienstleistungen für Forschung, Entwicklung, wie z. B.:

- Produktentwicklung für Elektro- und Solarantriebe für Fahrzeuge,
- Langzeitversuche für Reifen und Fahrwerke auf verschiedenen Fahrbahnbelägen,
- Erprobung von Sicherheitseinrichtungen an Fahrzeugen (z. B. Crashtests),
- Messungen von Emissionen und Immissionen (Test von Lärmschutzwänden)

im Auftrag für dritte Unternehmen selbst durch.

Bestandteil des Unternehmens ist die Arbeit auf dem Gebiet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitslehrgängen.

Daneben ist die Möglichkeit zur Durchführung von regionalen Leistungsschauen vorgesehen. Die Gegenstände des Unternehmens sollen auch dazu dienen, die Wirtschaftskraft des Landkreises

¹⁸ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Zwickau zu stärken, insbesondere seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und den Fremdenverkehr zu fördern. Die Gesellschaft ist insoweit wirtschaftsfördernd tätig.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ruben Zeltner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

procontext Revision und Beratung GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Wir sind persönlich haftender Gesellschafter der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.

Wirtschaftsbericht

Die Haftungsvergütung und die Vergütung für die Geschäftsführung von T€ 141 haben die laufenden Kosten gedeckt. Es ergibt sich ein Jahresüberschuss von € 308,81. Insoweit schätzen wir den Geschäftsverlauf als günstig ein.

Chancen- und Risikobericht

Die Risikolage wird ganz wesentlich durch die gesellschaftsrechtliche Funktion als persönlich haftender Gesellschafter der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG bestimmt.

Neben den allgemeinen Risiken, die sich aus der täglichen Arbeit der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG ergeben, wie Beschaffungsrisiken, Personalrisiken, Vermietungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Umweltschutzrisiken, stellen weiterhin die steigenden Verbraucherpreise ein Risiko dar, die auf die weiteren Kursbuchungen und somit auf den Umsatz der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG auswirken können.

Chancen sind aufgrund des Gesellschaftszwecks nur bedingt gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwarten wir wieder ein positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

4.19. BUSINESS AND INNOVATION CENTRE ZWICKAU GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Lessingstraße 4
FIRMENSITZ	08058 Zwickau
TELEFON	0375 541-0
TELEFAX	0375 541-300
E-MAIL	bic@bic-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.bic-zwickau.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	11.06.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	17.09.2019

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁹	Nominal _____ 10% / - / 10%
KAPITAL	Stammkapital _____ 153.400 EUR

GESELLSCHAFTER	Stadt Zwickau _____ 92.040 EUR (60,00%)
	Sparkasse Zwickau _____ 38.350 EUR (25,00%)
	Landkreis Zwickau _____ 15.340 EUR (10,00%)
	IHK Chemnitz _____ 7.670 EUR (5,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Gründer- und Innovationszentrums sowie eines Technologieparks. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist dabei die Förderung von Unternehmensgründungen, Innovationen und Technologietransfer sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen mit wirtschaftsfördernder Zielstellung. Die Gesellschaft verfolgt vorrangig keine Gewinnerzielungsabsicht zum Zweck der Erlangung von finanziellen Vorteilen für ihre Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierbei kann sie sich an anderen Unternehmen beteiligen bzw. deren bedienen.

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Dr. Martin Böttger
Frau Sandra Hempel
(bis 28.02.2023)
Herr Andreas Höpfner
(ab 01.03.2023)
Herr Dirk Künzel
Herr Tino Obst
Herr Torsten Spranger

Vorsitz

Herr Josef Salzhuber

¹⁹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Marianne Kahnt
(ab 01.07.2023)

Herr Andreas Sobe
(bis 30.09.2023)

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Auch im Jahr 2023 sind die Auswirkungen der Corona-Krise spürbar. Die Arbeitswelt hat sich verändert und nach wie vor halten viele Unternehmen, u. a. auch Mieter in Stenn und in der Lessingstraße in Zwickau, am Arbeiten der Mitarbeiter im Homeoffice fest. Trotz dessen konnte die Auslastung der Büro- und Werkstattflächen weitestgehend stabil gehalten werden. Ein geringer Rückgang der Mieteinnahme ist dennoch zu verzeichnen.

Entsprechend der finanziellen Möglichkeiten sind kleinere Reparatur- und Sanierungsarbeiten an den Gebäuden durchgeführt worden. Größere Investitionen haben nicht stattgefunden.

Im Bereich der Dienstleistungen konnten die Aktivitäten auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr fortgeführt werden. Das Projekt „Welcome Center der Region Zwickau“ des Landkreises Zwickau konnte erfolgreich weitergeführt bzw. ausgebaut und durch das Projekt „JobBoosT“ ergänzt werden. Die Tätigkeiten des Projekts „Gründerzeit“, die teils durch die Stadt Zwickau, teils durch die BIC Zwickau GmbH umgesetzt worden sind, gingen im April 2023 gänzlich in die Verantwortung der BIC Zwickau GmbH über.

Zudem fand auf Wunsch der Gesellschafter ein Geschäftsführerwechsel statt. Die Geschäftsführertätigkeit von Hr. Sobe endete frühzeitig am 30.09.2023. Seit dem 01.07.2023 leitet Fr. Marianne Kahnt die Geschäfte der BIC Zwickau GmbH.

Lage des Unternehmens

Trotz des nicht im Wirtschaftsplan berücksichtigten Geschäftsführerwechsels fiel der für das Jahr 2023 prognostizierte Jahresfehlbetrag in Höhe von 76 T€ tatsächlich niedriger aus und beträgt 48 T€. Dies resultiert aus erhaltenen Fördermitteln für die Projekte „Welcome Center“ (TEUR 89) und „JobBoosT“ (TEUR 35). Dem gegenüber haben sich die Mieterträge (...) verringert. Dies ist auf die reduzierten Mieteinheiten des Hauptmieters zurückzuführen. Die Steigerung des Personalaufwandes ist auf die erhöhte Mitarbeiteranzahl, u. a. bedingt durch den Geschäftsführerwechsel, zurückzuführen und konnte nicht vollständig refinanziert werden.

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren zu jeder Zeit sichergestellt. Der Cashflow ist im Vergleich zum Vorjahr weiterhin positiv. Das Guthaben auf dem Geschäftskonto betrug zum Stichtag 109.950,57 €. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über ein Depot beim Deka Investmentfonds. Die Depotübersicht weist zum 31.12.2023 einen Stand in Höhe von 335.344,45 € aus.

Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

Für das Geschäftsjahr 2024 kann aus heutiger Sicht, trotz der sich verschlechternden weltpolitischen Lage und des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes, von einer stabilen Mieterstruktur ausgegangen werden.

Im Bereich der Dienstleistungen konnten die Aktivitäten stabilisiert werden. Die vom Landkreis Zwickau und der Stadt Zwickau in Auftrag gegebenen Projekte laufen weiter über das gesamte Geschäftsjahr 2024. Das initiierte Jobportal hat sich auf gutem Niveau etabliert und befindet sich im Ausbau.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Größere Sanierungsarbeiten oder Investitionen sind nicht geplant.

Die Gesellschafter der BIC Zwickau GmbH beabsichtigen eine Neuausrichtung der Gesellschaft hin zu einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Zwickau mbH. Die Gesellschafter haben sich dazu bekannt, die entsprechenden Dienstleistungen, welche künftig die GmbH übernehmen soll, in ihren Haushalten entsprechend einzupreisen. Dies setzt ein Konzept voraus, was gemeinsam mit allen Akteuren und insbesondere mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Zwickau von der Geschäftsführung der BIC GmbH entwickelt und umgesetzt wird. Daraus werden sich viele neue Geschäftsfelder und Projektideen ergeben, die die regionale Wirtschaftsförderung ergänzen und verstärken. Somit kann neben dem Ausbau der Vermietung von einer positiven finanziellen und inhaltlichen Entwicklung der Gesellschaft ausgegangen werden.

Die Neuausrichtung ist vom Willen der Gesellschafter und der Bereitstellung finanzieller Mittel dieser abhängig. Die künftigen Projekte müssen entsprechend durch Mittel der Gesellschafter oder durch Förderrichtlinien auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene untersetzt sein.

Sollte es an dem mittlerweile 25 Jahre alten Gebäude und dessen Betriebsausstattung zu kostenintensiven Reparaturen kommen, stellt dies ein wirtschaftliches Risiko dar.

5. Zweckverbände

ZWECKVERBÄNDE

5.1. KOMMUNALER SOZIALVERBAND SACHSEN (KSV SACHSEN)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Humboldtstraße 18
FIRMENSITZ	04105 Leipzig
TELEFON	0341 1266-0
TELEFAX	0341 1266-9700
E-MAIL	post@ksv-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.ksv-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	22.01.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Stadt Dresden	12,50	6
Stadt Leipzig	12,50	6
Erzgebirgskreis	8,33	4
Landkreis Bautzen	8,33	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33	4
Landkreis Zwickau	8,33	4
Landkreis Görlitz	6,25	3
Landkreis Leipzig	6,25	3
Landkreis Meißen	6,25	3
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	6,25	3
Stadt Chemnitz	6,25	3
Vogtlandkreis	6,25	3
Landkreis Nordsachsen	4,17	2
Gesamt		48

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Aufgaben des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen erstrecken sich nach Maßgabe der hierzu erlassenen besonderen Vorschriften auf die nachfolgenden Aufgaben des Sozialwesens und des Gesundheitswesens. Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist

- überörtlicher Träger der Sozialhilfe,
- überörtliche Betreuungsbehörde,
- zuständig für die Aufgaben, die ihm durch das Landesjugendhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (SächsGVBl. S. 506), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 168), in der jeweils geltenden Fassung, zugewiesen sind,
- zuständig für die Anerkennung und Förderung der niedrigschwelligen Betreuungsangebote gemäß § 45 b Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) - Soziale Pflegeversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch Artikel 5 a des Gesetzes vom 19. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3024, 3031) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, die Förderung der Modellvorhaben nach § 45c Abs. 4 und 6 SGB XI sowie die Förderung ehrenamtlicher Strukturen und der Selbsthilfe nach § 45d SGB XI,

ZWECKVERBÄNDE

- zuständig für die Aufgaben nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 und 3 des Gesetzes zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und weiterer sozialer Entschädigungsgesetze (SächsDGBVG) vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 176), in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständige Landesbehörde für die Erteilung der Zustimmung zur gesonderten Berechnung und die Entgegennahme der Mitteilung der gesonderten Berechnung nach § 82 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2 SGB XI und den hierzu erlassenen landesrechtlichen Ausführungsvorschriften,
- zuständige Stelle nach § 1 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten (Aufwendungserstattungs-Verordnung) vom 11. Juli 1975 (BGBl. I S. 1896), die zuletzt durch Verordnung vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1203) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- die Zentrale Vermittlungsstelle (Kopfstelle) zum Renten Service im Rentenauskunftsverfahren,
- zuständig für Aufgaben nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2894, 2999), in der jeweils geltenden Fassung, und gemäß § 15 a Abs. 1 Satz 5 und Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SächsAGSGB) vom 06. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), zuletzt geändert durch Artikel 44 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 174), in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die Aufgaben nach § 7 Satz 4 des Gesetzes über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche (Landesblindengeldgesetz - LBlindG) vom 14. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 714), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 177), geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch,
- zuständige Behörde gemäß § 23 Abs. 1 des Heimgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2970), das zuletzt durch Artikel 78 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2416) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die in den §§ 1 und 7 Abs. 1 und 2 Nr. 2 SächsDGBVG genannten Aufgaben,
- zuständig für den Vollzug von Richtlinien zur Förderung nach § 9 Abs. 2 des Landesjugendhilfegesetzes (LJHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (SächsGVBl. S. 506), das zuletzt durch Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 168) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für den Vollzug des Teils B Abschnitt 4 der Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit vom 22. Mai 2007 (SächsABl. S. 768),
- zuständige Behörde oder Stelle für den Vollzug der in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften (Heilberufezuständigkeitsengesetz - HeilbZuG) vom 09. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 61 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 180), in der jeweils geltenden Fassung, genannten Vorschriften, soweit nicht aufgrund einer Verordnung nach § 1 Abs. 2 oder 3 HeilbZuG etwas anderes bestimmt ist.

ZWECKVERBÄNDE

VERBANDSDIREKTOR/-IN

VERBANDSDIREKTOR/-IN

Frau Christin Wölk

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Henry Graichen

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Am 02.05.2022 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2022.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 27. Juni 2022 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 10,1019243101 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 28 vom 14. Juli 2022.

Infolge des Überschusses in der Ergebnisrechnung schließt auch die Finanzrechnung mit einem positiven Saldo ab, der aber im Gegensatz zum Überschuss in der Ergebnisrechnung höher ausfällt. Ursache sind die für 2022 gebildeten Rückstellungen für soziale Leistungen, welche in den Vorjahren deutlich niedriger ausfielen.

Die Aufnahme eines Kassenkredits zum Stichtag 31.12. war nicht erforderlich.

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist hauptsächlich auf die Ergebnisse der Ergebnis- und Finanzrechnung zurückzuführen. Dies spiegelt sich in größeren Abweichungen bei den Bilanzpositionen Umlaufvermögen (Liquiditätserhöhung), Kapitalposition (positives Ergebnis) und Rückstellungen wider.

Die sozialen Transferaufwendungen bilden mit Abstand die größte Position im Ergebnishaushalt des KSV Sachsen. [...] Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) erreichen ein Jahresergebnis von 719,9 Mio. EUR und liegen damit deutlich unter den geplanten Aufwendungen in Höhe von 759,0 Mio. EUR. Das betrifft vorwiegend die Maßnahmekosten der Eingliederungshilfe.

Die Liquidität [...] hat sich insbesondere auf Grund des positiven Zahlungsmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht. Das negative Ergebnis aus 2021 hat sich um 88,5 Mio. EUR auf 65,0 Mio. EUR am Ende des Haushaltsjahres 2022 erhöht.

Aufgrund des Überschusses in 2022 und des vollständigen Ausgleichs des Fehlbetrags des ordentlichen sowie des Sonderergebnisses aus 2020 im Jahr 2022 sowie des geplanten Fehlbetragsausgleiches aus 2021 in 2023 liegt der nicht durch Kapitalposition gedeckte Fehlbetrag bei 0,00 EUR.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2023 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht der Jahresrechnung 2022.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlagen	54.384.506,12

ZWECKVERBÄNDE

5.2. ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT SÜDWESTSACHSEN (ZAS)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Schlachthofstraße 12
FIRMENSITZ	09366 Stollberg
TELEFON	037296 66-200
TELEFAX	0372960 66-225
E-MAIL	info@za-sws.de
WEBSEITE	http://www.za-sws.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	03.12.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	22.04.2022

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	51,52	34
Landkreis Zwickau	48,48	32
Gesamt		66

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband erfüllt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 SächsKrwBodSchG die Aufgabe, Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet einschließlich der Anlagen zum Umschlagen von Abfällen nach § 5 zu errichten und zu betreiben. Der Betrieb umfasst auch alle zur Stilllegung und Nachsorge notwendigen Maßnahmen.

Der Zweckverband ist zuständig für die Entsorgung (Verwertung und Beseitigung) der ihm überlassenen Abfälle.

Satz 1 gilt nicht für das Gebiet „Altlandkreis Mittlerer Erzgebirgskreis“, soweit die Aufgaben auf den Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC) gemäß Satzung vom 1. Juni 2017 in der jeweils aktuellen Fassung übergegangen sind.

Nach Maßgabe von § 4 Absatz 2 Satz 2 SächsABG wurden dem Zweckverband vom Erzgebirgskreis folgende weitere abfallwirtschaftliche Aufgaben übertragen:

sämtliche Aufgaben des Landkreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, insbesondere:

- Einsammeln und Befördern von Abfällen aus privaten Haushalten und aus anderen Herkunftsbereichen, die in dem Gebiet angefallen und dem öffentlichen Entsorgungsträger zu überlassen sind,
- Erlass und Vollzug der Abfallwirtschafts- und Gebührensatzung für das Gebiet des Erzgebirgskreises nach § 9 SächsKrwBodSchG,
- Ausübung der Abfallberatungspflicht nach § 11 SächsKrwBodSchG,
- Betrieb von Wertstoffhöfen

Grundlagen dafür sind:

- die Vereinbarung zur Übertagung von Aufgaben vom Landkreis Aue-Schwarzenberg auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 28. Mai 2004

ZWECKVERBÄNDE

- die Vereinbarung zur Übertragung von Aufgaben vom Landkreis Stollberg auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 28. Mai 2004
- der Vertrag zur Übertragung von Aufgaben der Abfallwirtschaft vom Landkreis Erzgebirgskreis auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 02./04. Februar 2011 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 20./27. Oktober 2014 und 10. Dezember 2020/6. Januar 2021.

Auf den Landkreis Zwickau sind folgende Aufgaben nach § 3 Abs. 3 SächsKrwBodSchG rückübertragen:

- Entsorgung von Kraftfahrzeugen oder Anhängern ohne gültige amtliche Kennzeichen im Sinne des § 20 Abs. 3 KrWG,
- Entsorgung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 SächsKrwBodSchG
- Entsorgung von Kleinmengen an Schadstoffen.

Grundlagen hierfür sind:

- der Übertragungsvertrag zwischen dem Landkreis Zwickau und dem Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen vom 10.12.2009
- die Zustimmungsbescheid der Landesdirektion Sachsen zur Rückübertragung von Verbandsaufgaben vom 21.10.2015

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe von § 21 KrWG und § 6 Abs. 1 SächsKrwBodSchG in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen seiner Aufgaben das Abfallwirtschaftskonzept und schreibt dieses fort.

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe von § 21 KrWG und § 6 Absatz 2 SächsKrwBodSchG in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen seiner Aufgaben jährliche Abfallbilanzen.

Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Zweckverband erlässt die für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Satzungen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Ramona Uhlig

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes im Wirtschaftsjahr 2023

Aufgabenschwerpunkt des Jahres 2023 war die weitere Optimierung der Abläufe und Erschließung von Ressourcen bei Sammlung, Beförderung, Transport und Verwertung bzw. Entsorgung der Abfälle mit dem Ziel der Wirtschaftlichen Umsetzung der Abfallwirtschaftssatzung und der Gebührensatzung.

Die Umsatzerlöse des Abfallzweckverbandes setzen sich zusammen aus

- Umsatzerlösen aus Abfallgebühren,
- Erlösen aus der Verwertung von Papier und Pappe (PP) sowie anderen Abfällen (Metalle, Elektroschrott, Altholz),
- anderen Erlösen, insbesondere Erlöse aus Pachten, Stromerlöse der Blockheizkraftwerke zur Deponiegasverstromung,

ZWECKVERBÄNDE

- gewerblichen Erlösen aus BgA (Mitbenutzung Papiersammlung und Nebenentgelte der Systembetreiber, Containerdienst und Sperrmüllentsorgung).

Umsatzerlöse waren im Wirtschaftsplan 2023 in Höhe von 34.720.000,00 EUR eingestellt. Mit dem Jahresergebnis sind Erlöse in Höhe von 34.376.961,54 EUR zu verzeichnen.

Die für den Landkreis Zwickau erzielten Erlöse für PP in Höhe von 1.555.591,66 EUR (Vorjahr: 3.562.133,70 EUR) wurden an den Landkreis Zwickau ausgekehrt. Die Kosten für Umschlag, Transport und Handling wurden weiterberechnet.

Der ZAS ist Betreiber von 129 Deponien und Altlasten, davon 51 Deponien im Landkreis Zwickau und 78 Deponien im Erzgebirgskreis. Ausnahmen bilden die Deponie Lohe, mit deren Oberflächenabdichtung der ZAS den Landkreis Zwickau beauftragt hat und das Fäkalbecken Lauenhain/Dänkritz deren Sanierung und Rekultivierung ebenfalls bis zur rechtskräftigen Bestätigung des Verwendungsnachweises dem Landkreis übertragen wurde.

Wirtschaftliche Lage

Im Ergebnis der Saldierung von Erträgen und Aufwendungen weist der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag 31.12.2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.517.158,31 EUR aus.

Das bilanzielle Eigenkapital beläuft sich auf 0,00 EUR. Ursache sind die Fehlbeträge der Jahre 2015 bis 2019. Mit dem Jahresergebnis 2023 verringert sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag von 7.471.101,68 EUR auf 6.006.352,27 EUR.

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2023 durchgehend auf Grundlage der laufenden Gebühren, der Verwertungserlöse, der eingezahlten Rücklagen des Erzgebirgskreises, der vertraglichen Zahlungen des Landkreises Zwickau für Deponieaufgaben, der ausgereichten Fördermittel für Deponiesanierung sowie der verfügbaren Bankguthaben sichergestellt.

Prognosen, Chancen und Risiken

Im Wirtschaftsjahr 2023 kann eine positive Bilanz zum Geschäftsverlauf im Zweckverband Abfallwirtschaft gezogen werden. Die Liquidität des ZAS war im gesamten Wirtschaftsjahr uneingeschränkt gesichert.

Das bilanzielle Eigenkapital ist seit dem Jahresabschluss 2015 aufgezehrt. Die in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019 sowie 2022 entstandenen Verluste sind ursächlich in den langfristigen Rückstellungen für Deponienachsorge und -sanierung begründet. Beantragte, aber seitens der Genehmigungsbehörde verzögerte Entlassungen von Deponien in die Nachsorgephase führen zur zeitlichen Verlängerung und somit Erhöhung der vorzuhaltenden Rückstellungen. Dieser Sachverhalt spiegelt nicht die wirtschaftliche Situation des ZAS wider.

Der Verlustvortrag aus den Jahren 2015 bis 2019 sowie 2022 beträgt insgesamt 11.872.221,76 EUR.

Nach § 12 SächsEigBVO können festgestellte Jahresverluste bis zu drei Jahre vorgetragen werden. Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2024 den weiteren Vortrag der in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019 entstandenen Jahresfehlbeträge rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Liquidität des ZAS gilt aufgrund laufender Gebühreneinnahmen, der vertraglichen Finanzierungsbeiträge der Mitgliedslandkreise und eigener verfügbarer finanzieller Mittel mittelfristig als gesichert.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Leistungen an den Landkreis	
Erstattung Umlage	54.716,13
Leistungen des Landkreises	
laufende Umlage	457.900,00

ZWECKVERBÄNDE

5.3. ZWECKVERBAND VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Rathaus 2
FIRMENSITZ	09111 Chemnitz
TELEFON	0371 40008-0
TELEFAX	0371 40008-99
E-MAIL	post@vms.de
WEBSEITE	http://www.vms.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	05.11.1997
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	21,43	3
Landkreis Mittelsachsen	21,43	3
Landkreis Zwickau	21,43	3
Stadt Chemnitz	21,43	3
Stadt Zwickau	14,29	2
Gesamt		14

TOCHTERUNTERNEHMEN

Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	3.000.000 EUR (100,00%)
City-Bahn Chemnitz GmbH	12.876 EUR (50,00%)
SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft, Annaberg-Buchholz	10.000 EUR (33,33%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband ist Träger der hoheitlichen Aufgaben gemäß dem ÖPNVG und erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den SPNV in seinem Verbandsgebiet gemäß § 4 Abs. 2 ÖPNVG. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe entscheidet der Zweckverband insbesondere über folgende Angelegenheiten:

- Planung, Organisation und Ausgestaltung des SPNV;
- Vereinbarung oder Auferlegung von Nahverkehrsleistungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.
- Vorhaltung und Bewirtschaftung von Infrastruktur sowie Beschaffung und Beistellung von Fahrzeugen und Instandhaltungsanlagen.

Der Zweckverband hat in Abstimmung mit seinen Mitgliedern einen Nahverkehrsplan für das Verbandsgebiet zu erstellen, zu beschließen und fortzuschreiben.

Der Zweckverband erfüllt in Verwirklichung des Verbundgedankens folgende weitere Aufgaben:

- Koordination des kreisgrenzenüberschreitenden ÖPNV, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen;

ZWECKVERBÄNDE

- Entwicklung und Festlegung eines einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif);
- Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmenaufteilung);
- Bereitstellung einer einheitlichen Fahrplanauskunft und Herausgabe eines einheitlichen Fahrplanheftes in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen;
- Entwicklung eines einheitlichen Vertriebs und Marketings des ÖPNV in Abstimmung mit Verkehrsunternehmen;
- Ermittlung von Kostensätzen für Verkehre im Verbandsgebiet.

Der Zweckverband ist Maßnahmenträger des Nahverkehrsprojektes Chemnitzer Modell – Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue und Stufe 4 – Ausbau Chemnitz – Limbach-Oberfrohna. Diese Vorhaben umfassen die Verknüpfung der Eisenbahnstrecke Chemnitz – Aue im Bereich des Südbahnhofes mit dem Stadtbahnnetz Bernsdorfer Straße durch den Neubau der Straßenbahntrasse entlang der Reichenhainer Straße mit mehreren Zugangsstellen sowie Neubau des Straßenbahnzentrumsringes und der Straßenbahntrasse entlang der Hartmannstraße und der Leipziger Straße und dessen Verknüpfung mit der Eisenbahnstrecke nach Limbach-Oberfrohna. Zur Realisierung dieses Vorhabens errichtet der Zweckverband Verkehrsinfrastrukturanlagen auch des straßengebundenen ÖPNV, insbesondere Straßenbahntrassen. Eine eventuelle Kostenerstattung für die Erledigung dieser Aufgabe wird nur von der Stadt Chemnitz getragen.

Aufgabe des Zweckverbandes ist die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg zum Besuch der öffentlichen Schulen und der staatlich anerkannten Ersatzschulen freier Träger (§ 23 Absatz 3 SchulG) und den Ausbildungsverkehr zu fördern, zu organisieren, zu planen und seine Finanzierung zu regeln und zu kontrollieren.

Hinsichtlich der Schülerbeförderung werden allein die Aufgaben der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises wahrgenommen. Beschlüsse diese Aufgabe betreffend erfolgen nur durch die Verbandsräte der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises. Für die Erledigung dieser Aufgabe tragen allein die übertragenden Verbandsmitglieder die Kosten. Auf der Grundlage von § 60 Abs. 2 SächsKomZG werden die Istkosten der Schülerbeförderung vom ZVMS gegenüber den Landkreisen jährlich abgerechnet, soweit sie nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Die Kosten für die Durchführung der Beförderungs- bzw. Erstattungsleistungen werden den Landkreisen anteilig nach dem Verursacherprinzip zugeordnet. Personal- und sonstige Verwaltungsaufwendungen werden gedrittelt. Die Einzelheiten zu den Abrechnungsmodalitäten werden durch öffentlich-rechtlichen Finanzierungsvertrag geregelt.

Der ZVMS ist Aufgabenträger für das Sonderverkehrsmittel „Drahtseilbahn Augustusburg“ gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 ÖPNVG.

Der ZVMS ist Aufgabenträger für die Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung der straßengebundenen Ersatzverkehre als dauerhaften Ersatz für vom ZVMS abbestellte SPNV-Verkehrsleistungen (Bahnersatzverkehr) im Gebiet der Stadt Chemnitz und des Landkreises Zwickau.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Mathias Korda

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Sven Schulze

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Rahmenbedingungen

Die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen und Zwickau sowie die kreisfreie Stadt Chemnitz und die Stadt Zwickau bilden zur Entwicklung und dauerhaften Sicherstellung eines einheitlichen, flächendeckenden, bedarfsgerechten, bürgernahen und effizienten Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) den Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS). Das Verbandsgebiet umfasst dabei das Territorium der Verbandsmitglieder.

Dem ZVMS obliegt die Abstimmung eines attraktiven zukunftsweisenden ÖPNV in Übereinstimmung mit den Verbandsmitgliedern sowie in Zusammenarbeit mit den von Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen, den im Verbandsgebiet tätigen privaten Verkehrsunternehmen und Unternehmen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Ziel ist dabei die Verbesserung der Verkehrsverteilung zugunsten des ÖPNV sowie die Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Raumordnungsplanung und -entwicklung durch eine Erschließung mit ÖPNV (§ 3 Satzung des ZVMS).

Zur Aufgabenerfüllung (§ 5 Abs. 1 Verbandssatzung) bedient sich der ZVMS der Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS GmbH), deren alleiniger Gesellschafter er ist.

Finanzierungsgrundlagen des ZVMS

Mit der Änderung des Regionalisierungsgesetzes (RegG) und dem Erlass des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG) hat der Deutsche Bundestag zwei wesentliche Entscheidungen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs getroffen:

Das RegG reglementiert den Anstieg der Entgelte für die Nutzung von Trassen und Stationen. Preisanpassungen sind nur noch entsprechend dem Anstieg, der vom Bund an die Länder ausgereichten Regionalisierungsmittel gestattet.

Dies und die Erhöhung der Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz für 2023 auf rund 9,8 Mrd. EUR (ohne die Mittel des Bundes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und der gestiegenen Kosten für Kraftstoff und Personal aufgrund des Ukraine-Konfliktes) und eine jährliche Dynamisierung dieses Betrages um 3,0 % auf Bundesebene, erfüllen eine notwendige Bedingung für eine langfristige Planungssicherheit.

Dem ZVMS stehen für die Finanzierung und Durchführung seiner Aufgaben zugewiesene Mittel des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASuV), Fördermittel für Investitionsprojekte sowie Kostenersatzungen der Landkreise für die Schülerbeförderung und Elternbeiträge zur Verfügung. Des Weiteren erhielt der ZVMS zur Finanzierung von Verkehrsleistungen auf der RB 37 (Glauchau-Gößnitz) 275 TEUR vom Freistaat Thüringen für 2023 und für die Finanzierung der Strecke IC 17 in 2023 2.300 TEUR vom Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA).

Betriebsprüfung des Finanzamts und Rückforderungsbescheid des LASuV

Die Bildung einer allgemeinen Rücklage war im kameralen System gemäß § 20 SächsKomHVO möglich und der ZVMS machte davon Gebrauch, um die Finanzierung von Investitionsprogrammen künftiger Jahre sicherzustellen. Sofern nicht alle Zuweisungen des Verwaltungshaushaltes eines Jahres für Ausgaben benötigt wurden, wurde dieser Überschuss dem Vermögenshaushalt zugeführt um die Ausgaben für Investitionen zu decken. Ein verbleibender Restbetrag wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt. Die Ermittlung und Buchung der allgemeinen Rücklage erfolgten im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.

Die Betriebsprüfung für die Jahre 2008 bis 2011 des Finanzamtes Chemnitz-Süd interpretierte diese Vorgehensweise anders. Sie unterstellte, dass es sich bei der allgemeinen Rücklage nicht um eine Verbindlichkeit mit Rückzahlungsverpflichtung der unverbrauchten Regionalisierungsmittel handelt, sondern vielmehr um körperschaftsteuerliche Gewinne, die zu versteuern sind. Am 26. Februar 2014 wurde der Betriebsprüfungsbericht übergeben, auf dessen Grundlage am 17. Juni 2016

ZWECKVERBÄNDE

die Steuerbescheide durch das Finanzamt Chemnitz-Mitte erlassen wurden. Aus den genannten Bescheiden ergab sich eine Nachzahlung für Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Zinsen von 2.001 TEUR. Die Nachzahlung wurde 2016 geleistet, um den Zinslauf zu stoppen. Gegen die Steuerfestsetzung wurde Einspruch eingelegt.

Die Umstellung von der kameralen auf die doppische Buchführungspflicht erfolgte mit Jahreswechsel 2012/2013. Dieser Wechsel fiel in den Betriebsprüfungszeitraum 2012 bis 2014.

Die Rechtsauffassung der Finanzverwaltung konnte auch in der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 bis 2014, dass es sich bei den Zuführungen unverbraucher Regionalisierungsmittel in die allgemeine Rücklage um körperschaftssteuerliche Gewinne handelt, nicht widerlegt werden. Dafür wurde im Jahresabschluss 2018 vorsorglich eine Steuerrückstellung von 6.096 TEUR gebildet. Im Jahr 2012 wurden nicht verwendete Regionalisierungsmittel von 6.331 TEUR auf das Jahr 2013 nach Genehmigung übertragen. Insoweit hat die Betriebsprüfung die Bildung einer Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2013 in dieser Höhe anerkannt.

In den Jahresabschlüssen 2020 und 2021 wurde die Steuerrückstellung für körperschaftssteuerliche Gewinne (unverbrauchte Regionalisierungsmittel) aus der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 bis 2014 jeweils um 284 TEUR erhöht.

Die Steuerrückstellung aus der Betriebsprüfung 2012 bis 2014 wurde im Jahresabschluss 2021 um 284 TEUR auf 6.948 TEUR erhöht.

Mit Schreiben vom 6. Januar 2021 [...] erhielt die Geschäftsstelle des ZVMS ein Schreiben des Landesamtes für Steuern und Finanzen (LSF). Das Schreiben stellt die Reaktion auf die Begründung zum Einspruch des ZVMS gegen die Bescheide aus der Betriebsprüfung 2008 bis 2011 und des Aufrechterhaltens des Einspruchs durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) vom 28. Juni 2017 dar.

Die vom LSF vorgeschlagene ertragsteuerliche Behandlung der noch nicht verbrauchten Regionalisierungsmittel unterstellt, dass zunächst alle im Veranlagungszeitraum zugeflossenen Mittel ertragswirksam vereinnahmt werden, sodass zum Bilanzstichtag nunmehr keine Verbindlichkeit besteht. Erst wenn bekannt ist, ob im Folgejahr ein Antrag auf Übertragung der Mittel ins Folgejahr gestellt wurde, könne eine Verbindlichkeit bilanziert werden.

Nach intensiver Prüfung des Schreibens unter Einbeziehung unserer Steuerberaterin sowie der KPMG hatte der ZVMS die KPMG mit der Beantwortung des Schreibens des LSF beauftragt. In Abstimmung mit dem ZVMS übermittelte die KPMG am 8. April 2021 unser Antwortschreiben an das LSF. Die vom LSF aufgezeigte Bildung und Verzinsung einer Rückstellung für „unverbrauchte“ Regionalisierungsmittel statt einer Verbindlichkeit wird dahingehend vom ZVMS mitgetragen, dass der ZVMS einer Rückstellungsbildung zustimmt. Uneinigkeit besteht allerdings über die Höhe der Zuführungen und wie Entnahmen aus der Rückstellung abgebildet werden sowie über deren Verzinsung.

Mit Schreiben vom 21. Juli 2022 teilte das LSF dem ZVMS seine Ergebnisse bezüglich der Prüfung des Sachverhaltes unter Einbeziehung der vorgetragenen Argumente und nachgereichten Unterlagen zum maßgeblichen Bilanzstichtag, Zinssatz und der Minderung der Rückstellungshöhe durch Übertragungen und Entnahmen mit. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass das LSF bei dieser Prüfung zu keinem anderen Ergebnis gekommen ist, da die vorgetragenen Argumente und Unterlagen keine Berücksichtigung in der Urteilsbildung fanden. Festgehalten werden kann, dass keine Einspruchsentscheidung getroffen wird, solange die Punkte offen sind.

Um den offenen Punkt, die ertragssteuerliche Behandlung der Rücklage für unverbrauchte Regionalisierungsmittel aus der Betriebsprüfung 2008 bis 2011 abschließen zu können, erhielt der ZVMS vom Finanzamt Chemnitz-Mitte am 10. August 2022 die abschließenden Steuerbescheide für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag ohne das über das Einspruchsverfahren entschieden worden ist. Mit Eingang der Bescheide überwies das Finanzamt Chemnitz-Mitte dem ZVMS 2.038.455,30 EUR für zu viel entrichtete Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Zinsen. Im

ZWECKVERBÄNDE

Rahmen der Jahresabschlusserstellung 2022 wurde für die Jahre 2019 bis 2022 die Steuerrückstellung dahingehend korrigiert, da ab dem Jahr 2019 für Sachverhalte, die unter das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes [...] fallen, ein reduzierter Zinssatz von 0,5 % pro Monat anzuwenden sei. Zum 31. Dezember 2022 wurde die Steuerrückstellung für körperschaftsteuerliche Gewinne mit 6.437 TEUR bilanziert.

Im Jahresabschluss 2023 wurden 85 TEUR den Steuerrückstellungen für körperschaftssteuerliche Gewinne zugeführt. Die Einsprüche gegen die Körperschaftssteuerbescheide wurden am 8. August 2023 von der Finanzbehörde als unbegründet zurückgewiesen. Daraufhin wurde durch KPMG am 9. September 2023 Klage beim zuständigen Finanzgericht in Leipzig eingereicht. [...] Bei einem mündlichen Verhandlungstermin am 16. September 2024 beim Finanzgericht Leipzig konnte eine Einigung für die Jahre 2008 bis 2011 und 2012 bis 2017 erzielt werden. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung lag dazu noch kein Protokoll oder keine Berechnung vor. Die Geschäftsführung des ZVMS geht davon aus, dass dadurch keine wesentlichen Änderungen für den Jahresabschluss 2023 entstehen.

Im Rahmen der Betriebsprüfung für die Jahre 2015 bis 2017 wurde der Verwendungsnachweis 2017 neu erstellt und am 30. November 2018 geändert. In dieser Änderung wurde die Mittelübertragung zum 31. Dezember 2017 in Höhe der bestehenden Verbindlichkeit aus unverbrauchten Regionalisierungsmitteln mit 20.851.889,86 EUR beim LASuV beantragt.

Mit dem korrigierten Nachweis zur Mittelverwendung hat der ZVMS gegenüber dem LASuV angegeben, dass bis zum Jahr 2016 ausgereichte Regionalisierungsmittel in Höhe von 27.361.559,74 EUR nicht verbraucht wurden. Die Mittel wurden nach Angabe des ZVMS einer Rücklage zugeführt, welche im Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2017 als Einzahlung gewertet wurden.

In Folge des berichtigten Verwendungsnachweises hat das LASuV mit Schreiben vom 11. Dezember 2018 dem ZVMS mitgeteilt, dass bis zur Entscheidung über die weitere Mittelverwendung die zur Übertragung beantragten Mittel von 20.851.889,86 EUR nicht zu verausgaben sind.

[...] Nach Ermittlung des LASuV ergaben sich nicht verbrauchte Regionalisierungsmittel von 28.130.900,13 EUR. Darüber hinaus hat der ZVMS gegenüber dem LASuV angegeben, dass zum 1. Januar 2008 eine Rücklage aus nicht verbrauchten Regionalisierungsmitteln von 8.906.526,81 EUR gebildet wurde. Das LASuV hat in Bezug auf die grundlegende Abrechnung der nach § 1 ÖPNVFinVO für das Jahr 2017 zugewiesenen Regionalisierungsmittel verbunden mit dem Antrag auf Mittelübertragung in das Haushaltsjahr 2018 einen Erstattungsanspruch des LASuV in Höhe von 37.037.426,94 EUR mit Bescheid vom 23. Dezember 2019 festgesetzt. [...] In dem Bescheid vom 23. Dezember 2019 hat das LASuV auf die Verzinsung des Erstattungsanspruches hingewiesen. Die Höhe der Zinsen wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt. Das LASuV hat für die aus den Jahresüberschüssen abgeleiteten nicht verwendeten Regionalisierungsmittel von 28.130.900,13 EUR unter der Bedingung, dass die Rückzahlung bis zum 31. Januar 2020 erfolgt wäre, nach vorläufiger Berechnung Zinsen in Höhe von 7.776.000,00 EUR ermittelt. Hinzu kämen die Zinsen für den Erstattungsanspruch aus der zum 1. Januar 2008 vorhandenen Rücklage in Höhe von 8.906.526,81 EUR.

Das LASuV stützt den festgesetzten Erstattungsanspruch auf die nicht zweckentsprechende Verwendung der Regionalisierungsmittel und führt im Weiteren aus, dass dem beantragten Mittelübertrag in das Jahr 2018 mangels einer gesetzlichen Grundlage nicht stattgegeben werden kann.

Darüber hinaus kann der ZVMS der Aufforderung des LASuV, die zur Übertragung beantragten Mittel in Höhe von 20.851.889,86 EUR nicht zu verausgaben, nicht nachkommen, da die Mittel zum Zeitpunkt des Bescheids des LASuV bereits verausgabt waren. Die Vermögensrechnung des ZVMS wies zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2019 liquide Mittel in Höhe von nur 7.431.288,22 EUR aus. Damit unterschreiten die zum Bilanzstichtag vorhandenen liquiden Mittel die gemäß der Vorgabe des LASuV nicht zu verausgabenden Mittel erheblich.

ZWECKVERBÄNDE

Der ZVMS hat mit Schreiben vom 20. Januar 2020 fristgemäß Widerspruch gegen den Bescheid des LASuV vom 23. Dezember 2019 eingelegt und mit Schreiben vom 4. Juni 2020 im Widerspruchsverfahren den Antrag gestellt, den Bescheid vom 23. Dezember 2019 hinsichtlich der Ablehnung der Mittelübertragung und der Rückforderung von Regionalisierungsmitteln aufzuheben.

In der Begründung führt der ZVMS aus, dass kein Erstattungsanspruch in Höhe von 37.037.426,94 EUR besteht. Nach Ansicht der ZVMS wurden die zugewiesenen Regionalisierungsmittel vollumfänglich zweckentsprechend verwendet. Die zweckentsprechende Verwendung wurde nach Ansicht des ZVMS gegenüber dem LASuV und dem SMWA ordnungsgemäß nachgewiesen.

Der gesetzliche Vertreter des ZVMS sowie der Geschäftsführer des ZVMS vertreten gemäß dem eingelegten Widerspruch die Ansicht, dass ein Rückerstattungsanspruch des LASuV nicht besteht, der Bescheid vom 23. Dezember 2019 demnach aufzuheben sei.

Am 11. Oktober 2021 erhielt die Geschäftsstelle ein Schreiben vom LASuV, welches deren Reaktion auf die Widerspruchsbegründung darstellt.

Am 27. Februar 2024 erließ das LASuV den Widerspruchsbescheid mit dem reduzierten Rückforderungsbetrag von 15.637.993,36 EUR. Daraufhin hat der ZVMS am 31. März 2024 beim zuständigen Verwaltungsgericht in Chemnitz Klage eingereicht und diese am 19. Juni 2024 begründet.

Der vom ZVMS gegenüber dem LASuV vertretenen Rechtsansicht folgend, wurde im Abschluss zum 31. Dezember 2023 der mögliche Erstattungsanspruch des LASuV nicht passiviert. Ebenfalls wurde eine mögliche Verpflichtung aus der Verzinsung des Erstattungsanspruches nicht passiviert.

Für den Fall, dass mögliche Erstattungs- und Verzinsungsansprüche des LASuV bestandskräftig werden würden, sind die am ZVMS beteiligten Gebietskörperschaften [...] gemäß § 15 der Satzung des ZVMS i. V. m. § 60 SächsKomZG gesetzlich und satzungsgemäß zur Deckung des Finanzbedarfs des ZVMS über eine Umlage verpflichtet – sofern die Ansprüche nicht aus eigenen Mitteln des ZVMS, verringerten Regionalisierungsmittel Zahlungen des LASuV im laufenden Jahr oder einer Kreditaufnahme gedeckt werden können.

Einem möglichen Erstattungs- und Verzinsungsanspruch des LASuV würde demnach korrespondierend ein gesetzlicher und satzungsgemäßer Erstattungsanspruch des ZVMS gegenüber den Verbandsmitgliedern folgen, insofern die Rückzahlungsverpflichtung bestehende Passivposten aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Regionalisierungsmitteln übersteigt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2022 (40.278 TEUR) um 88.745 TEUR auf 311.533 TEUR.

Die operative Ertragslage wird hauptsächlich durch die Zuweisung staatlicher Mittel nach dem RegG bestimmt, die der Freistaat Sachsen auf der Grundlage der jeweils geltenden Verordnung (ÖPNVFinVO) des SMWA ausreicht. Gemäß der ÖPNVFinVO werden Mittel zur Finanzierung von Verkehrsleistungen im ÖPNV, insbesondere des SPNV, zur Abdeckung verbundbedingter Aufwendungen bei Verkehrskooperationen und Investitionen im ÖPNV eingesetzt.

Im Ergebnishaushalt standen Aufwendungen von 270.673 TEUR (Vorjahr: 331.065 TEUR) Erträgen von 270.672 TEUR (Vorjahr: 331.060 TEUR) und außerordentliche Erträge von 1 TEUR (Vorjahr: 5 TEUR) gegenüber, sodass der ZVMS das Haushaltsjahr 2023 genau wie im Vorjahr mit einem Jahresergebnis von 0 TEUR abschließt.

Die Finanzierung der Aufgabenerfüllung des ZVMS war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Einen großen Schwerpunkt bildet die Realisierung des Projektes „Chemnitzer Modell“ mit dem Ziel, eine Verknüpfung zwischen den Netzen der Eisenbahn und der Straßenbahn herzustellen, um mehrere Linien des SPNV umsteigefrei in das Stadtzentrum Chemnitz zu führen und die verbleibenden Umsteigebeziehungen zum regionalen und überregionalen Eisenbahnverkehr zu verbessern.

ZWECKVERBÄNDE

Eine entscheidende Voraussetzung für die Gewährleistung eines flächendeckenden integrierten Nahverkehrsangebotes auf Straße und Schiene in der Region Mittelsachsen ist die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Aufgabenerfüllung in ausreichender Höhe.

Um die Vollendung des „Chemnitzer Modells“ und weiterer Investitionsvorhaben nicht zu gefährden, ist zum einem, ein auf den ZVMS bezogener Ausnahmetatbestand dahingehend geboten, dass abweichend von der in § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 ÖPNVFinVO festgelegten Regelung („Ein Drittel zurückzuerstatten“) der ZVMS nicht verbrauchte Mittel als Eigenmittel zur Vollendung des „Chemnitzer Modells“ und weiterer wesentlicher Investitionen einsetzen darf.

Basierend auf den in der ÖPNVFinVO festgelegten, zugewiesenen Regionalisierungsmitteln strebt der Zweckverband auch für 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Das Ziel der Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs als integriertes Gesamtsystem wird auch weiterhin verfolgt. Gemeinsam mit dem Tourismusbereich sollen Verkehrskonzepte entwickelt werden und durch eine gemeinsame Vermarktung von Tourismus und Verkehr erhofft man sich die Erschließung neuer Potenziale.

Bestandsgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Risiken werden gegenwärtig nicht gesehen. Die solide und nachhaltige Geschäftspolitik konnte auch im Jahr 2023 weitergeführt werden und wird auch für das bereits fortgeschrittene Jahr 2024 umgesetzt.

BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES

Der Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen ist der Anlage beige-fügt.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Sonstiges	2.438.321,76
Zahlungen für PlusBus-/TaktBus-Linien	261.652,64
Zahlungen für ergänzende Zuweisungen ÖSPV für 2022	2.176.669,12
Sonstiges	15.335.399,03
Kostenerstattung Schülerbeförderung	7.990.514,83
Kostenerstattung Bildungstickets	5.123.417,96
Kostenerstattung für den Ausbildungsverkehr	2.221.466,24

ZWECKVERBÄNDE

5.4. ZWECKVERBAND STUDIENINSTITUT FÜR KOMMUNALE VERWALTUNG SÜDSACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Schulstraße 38
FIRMENSITZ	09125 Chemnitz
TELEFON	0371 278629-0
TELEFAX	0371 278629-29
E-MAIL	post@skvs-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.skvs-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	27.02.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	12.11.2021

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverband	94,68	89
Landkreis Zwickau	5,32	5
Gesamt		94

UNTERNEHMENSgegenstand

Aufgabe des Zweckverbandes ist die Wahrnehmung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsaufgaben seiner Mitglieder, insbesondere die ordnungsgemäße Vorbereitung von deren Bediensteten auf ihren Beruf und/oder die vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechtes abzulegende Prüfung einschließlich der Abnahme gesetzlich vorgeschriebener und anderer Prüfungen, soweit dazu nicht Kraft Gesetzes oder sonstiger Rechtsvorschriften der Freistaat Sachsen zuständig ist.

Der Zweckverband kann auch weitere Aufgaben übernehmen, wie z. B. die Beratung in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung oder die Durchführung von Projektaufgaben.

Der Zweckverband kann auch Bedienstete von Nichtmitgliedern in deren Auftrag ausbilden, fortbilden und die gesetzlich vorgeschriebenen oder andere Prüfungen abnehmen, wenn die Kapazitäten des Zweckverbandes nicht bereits durch Inanspruchnahme seiner Mitglieder ausgeschöpft sind. Ein Anspruch der Nichtmitglieder hierauf besteht nicht.

Der Zweckverband hat das Recht, im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben Satzungen zu erlassen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

INSTITUTSLEITER/-IN

Frau Dr. Annelie Pfannenstein-Löser

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Thomas Kunzmann

ZWECKVERBÄNDE

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Nach dem coronabedingten Rückgang in 2021 bewegen sich die Umsatzerlöse auf dem Niveau von 2020 und stiegen im Vergleich zu 2022 um 14,38 % [...]. Bei den Teilnehmerstunden kam es zu einem Anstieg [...].

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr auf € 303.729,77 erhöht [...].

Der Zweckverband beschäftigte im Jahresdurchschnitt 6 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter. Der Personalaufwand betrug insgesamt € 360.235,27 [...].

Ausgaben im Bereich der Investitionen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von € 10.388,21, im Wesentlichen in die Anschaffung neuer Technik, getätigt.

Trotz der insgesamt weiterhin schwierigen Wirtschaftslage gelang es in 2023 ein positives Jahresergebnis in Höhe von € 174.277,23 [...] zu erzielen.

Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss 2023 auf € 1.305.098,88. Die Eigenkapitalquote stieg auf 93,89 % (Vj. 91,97 %).

Der Verband verfügt über ausreichende Liquidität und war im gesamten Geschäftsjahr 2023 in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen [...].

Insgesamt ist die Vermögens- und Finanzlage im Geschäftsjahr 2023 weiterhin als gut zu bezeichnen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Hauptrisiken für den Zweckverband ergeben sich aus den Veränderungen in der Nachfrage nach Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und dem allgemeinen Kostenrisiko (Inflation). Diese Situation verschärft sich auf Grund der aktuellen gesamtpolitischen/gesamtwirtschaftlichen Lage in Europa zunehmend. Diese Risiken können durch die positiven Jahresergebnisse der Vorjahre abgefedert werden [...]. Der Fortbestand des Verbandes ist somit nicht gefährdet.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 und in 2024 keine den Fortbestand des Zweckverbandes gefährdenden Risiken bestanden haben bzw. zum aktuellen Zeitpunkt bestehen und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für einen mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

ZWECKVERBÄNDE

5.5. PLANUNGSVERBAND REGION CHEMNITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Werdauer Straße 62
FIRMENSITZ	08056 Zwickau
TELEFON	0375 289405-0
TELEFAX	0375 289405-90
E-MAIL	info@pv-rc.de
WEBSEITE	http://www.pv-rc.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.2008
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	14.02.2020

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	21,43	6
Landkreis Mittelsachsen	21,43	6
Landkreis Zwickau	21,43	6
Stadt Chemnitz	17,86	5
Vogtlandkreis	17,86	5
Gesamt		28

UNTERNEHMENSgegenstand

Jeder Regionale Planungsverband hat für seine Planungsregion einen Regionalplan aufzustellen. In den Regionalplänen sind die Ziele und Grundsätze übergeordneter Planungsebenen auf der Grundlage einer Bewertung des Zustands von Natur und Landschaft, des regionalen Leitbildes sowie der Raumentwicklung räumlich und sachlich auszuformen. Die Regionalpläne müssen sich in die angestrebte Entwicklung des Landes einfügen, wie sie sich aus dem Landesentwicklungsplan sowie aus den für die Raumordnung und Landesentwicklung bedeutsamen Entscheidungen des Landtages ergibt. Bei der Aufstellung der Regionalpläne sind die für die Raumordnung und Landesentwicklung bedeutsamen Entscheidungen der Staatsregierung und der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde zu berücksichtigen.

Die Regionalen Planungsverbände gestalten im Interesse der Regionalentwicklung die raumordnerische Zusammenarbeit in den Planungsregionen. Bei Handlungsfeldern mit hohem Koordinierungsaufwand obliegt ihnen die konzeptionelle Vorbereitung und die Umsetzungsbegleitung. Dabei gestalten sie die raumordnerische Zusammenarbeit insbesondere durch

- die kontinuierliche Erfassung und Bereitstellung raumbezogener Daten;
- die Initiierung und Koordination von regionalen und interkommunalen Netzwerken;
- Kooperationsstrukturen;
- Regionale Foren und Aktionsprogramme zu aktuellen Handlungsforderungen sowie
- Mitwirkung im Verfahren zur Förderung der Regionalentwicklung durch den Freistaat Sachsen gemäß der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Regionalentwicklung vom 25. April 2013 (SächsABl. S. 475), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung.

ZWECKVERBÄNDE

Die öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes haben ihre raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen aufeinander und untereinander abzustimmen. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die erhebliche Auswirkungen auf Nachbarstaaten haben können, sind nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit mit diesen abzustimmen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

LEITER/-IN VERBANDSGESCHÄFTSSTELLE

Herr Sebastian Kropop

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Dirk Neubauer

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Der Planungsverband Region Chemnitz ist einer von vier Planungsverbänden im Freistaat Sachsen. Er ist Träger der Regionalplanung für die gleichnamige Planungsregion, welche das Gebiet der kreisfreien Stadt Chemnitz sowie der Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau umfasst.

Der Planungsverband verfügt über eine stabile Kassenlage. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands war im gesamten Haushaltsjahr sichergestellt. Zudem verfügt der Planungsverband über ausreichend liquide Mittel, um alle Zahlungsverpflichtungen dauerhaft zu erfüllen. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten (inkl. Kassenkrediten) war im Haushaltsjahr nicht erforderlich.

Die im Haushalt dargestellten Erträge des Planungsverbands bestehen hauptsächlich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Freistaates Sachsen. [...] Der Mehrbelastungsausgleich wird gemäß § 12 Abs. 2 SächsLPIG zur Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben gewährt. Er soll sowohl die personellen Ressourcen als auch die Sachkosten, die zur Leistungserfüllung notwendig sind, ersetzen. Die Leistungserfüllung betrifft vorrangig die Regionalplanerstellung und die dazu notwendigen Verfahrensschritte, die auf Grund der Komplexität mehrere Jahre dauern.

Mit Hilfe von Fremdfinanzierungen kann sich der Planungsverband Projekten widmen, die für die aktuelle Situation in der Region von Bedeutung sind.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich eine geringe Verbesserung des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergeben hat. Die Lage ist daher weiterhin als stabil einzuschätzen. Die Aufgabenerfüllung konnte zu jeder Zeit sichergestellt werden. Auch sind genügend Liquiditätsreserven vorhanden um alle Zahlungsverpflichtungen begleichen zu können. Auch in absehbarer Zeit wird der Verband keine Kredite für sein Normalgeschäft aufnehmen müssen.

Die Pflichtaufgaben wurden gemäß § 4 SächsLPIG mit der Auswertung der 2001 durchgeführten erneuten Offenlage des Entwurfs des Regionalplanes Region Chemnitz mit dem Umweltbericht und der Auswertung der 2001 durchgeführten Unterrichtung der berührten öffentlichen Stellen und der Öffentlichkeit zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Wind; Regionales Windenergiekonzept erfüllt.

Die Verpflichtung, Raumordnungspläne aufzustellen und fortzuschreiben besteht auf Grund der mehrjährigen Planverfahren auch weiterhin. Das Verfahren zur Aufstellung des Regionalplan Region Chemnitz konnte aufgrund der Komplexität und der mehrstufigen Beteiligungsverfahren auch 2022 noch nicht abgeschlossen werden.

Positiv zu bewerten ist, dass der in Aufstellung befindliche Regionalplan nach seiner Fertigstellung zu einer gesteuerten nachhaltigen Entwicklung in der Planungsregion beiträgt.

Der Planungsverband Region Chemnitz hat eine stabile Haushalts- und Finanzlage.

ZWECKVERBÄNDE

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht des Jahresabschlusses 2022.

ZWECKVERBÄNDE

5.6. KULTURRAUM VOGTLAND-ZWICKAU

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Werdauer Straße 62
FIRMENSITZ	08056 Zwickau
TELEFON	0375 4402-27010
TELEFAX	0375 4402-27019
E-MAIL	mandy.lippold@landkreis-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.kulturraum-vogtland-zwickau.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreis Zwickau	25,00	1
Stadt Plauen	25,00	1
Stadt Zwickau	25,00	1
Vogtlandkreis	25,00	1
Gesamt		4

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der von ihm erlassenen Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung.

KULTURKONVENT

KULTURSEKRETÄR/-IN

Frau Mandy Lippold

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Zur Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen wurde der ländliche Kulturraum Vogtland-Zwickau gemäß § 1 Sächsisches Kulturraumgesetz (SächsKRG) als Gesamtrechtsnachfolger der Kulturräume Vogtland und Zwickauer Raum zum 1. August 2008 gebildet. Pflichtmitglieder des Kulturraumes sind der Vogtlandkreis und der Landkreis Zwickau (§ 1 Abs. 3 SächsKRG). Die ehemals kreisfreien Städte Plauen und Zwickau sind dem Kulturraum auf der Grundlage von § 7a SächsKRG zum 1. Januar 2009 als freiwillige Mitglieder beigetreten.

Dem Kulturkonvent gehören gemäß § 4 Abs. 3 und § 7a Abs. 2 SächsKRG die Landräte und Oberbürgermeister der Kulturraummitglieder als stimmberechtigte Mitglieder an.

Die Kulturkasse finanziert sich aus den Zuweisungen des Freistaates Sachsen gem. § 6 Abs. 2 Buchstabe a) SächsKRG und der von den Kulturraummitgliedern zu erhebenden Kulturumlage (§ 6 Abs. 3 SächsKRG).

Im Jahr 2023 erhielt der Kulturraum im Rahmen des Beschlusses zum Doppelhaushalt 2023/2024 des Freistaates Sachsen eine Landeszuweisung in Höhe von 14.837.212,88 Euro (Vorjahr:

ZWECKVERBÄNDE

13.966.144 Euro). Die zu erhebende Kulturumlage (=Mindestumlage) betrug 7.418.606,00 Euro (Vorjahr: 6.985.000 Euro) [...].

Gemäß § 6 Abs. 2 Buchstabe b SächsKRG erhielt der Kulturraum für Investitionsmaßnahmen lt. Zuwendungsbescheid vom 6. März 2024 204.833,77 Euro (Vorjahr 217.767,00 Euro), welche mit der Landeszuweisung an die Kulturräume ausgereicht wurde. [...] Die bewilligten Mittel wurden an die Letztempfänger weitergeleitet.

Weiterhin erhielt der Kulturraum Vogtland-Zwickau vom Freistaat Sachsen zusätzliche investive Verstärkungsmittel in Höhe von 464.564,53 Euro (Vorjahr: 460.941 Euro), die vom Kulturraum eigenständig bewirtschaftet werden konnten.

Somit belaufen sich die ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung des Jahres 2023 auf 23.428.889,77 Euro (Vorjahr: 21.936.068 Euro).

Der Kulturraum Vogtland-Zwickau gewährte nach § 3 Absatz 1 SächsKRG im Jahr 2023 Zuwendungen für 64 Einrichtungen und 61 kulturelle Projekte. Innerhalb der Netzwerkstelle Kulturelle Bildung des Kulturraumes konnten gem. der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Kleinprojekte des Kulturraumes vom 14. November 2017 Zuwendungen für Kleinprojekte gewährt werden. Innerhalb des Programmes „JEDER KITA EINEN KÜNSTLER“ konnten 32 Bewerbungen von Kindertageseinrichtungen und ihrer jeweiligen Künstler für eine Förderung berücksichtigt werden. An dem Programm „Museum trifft Schule“ nahmen von ursprünglichen 11 musealen Einrichtungen noch 6 Einrichtungen im Jahr 2023 teil und erhielten eine entsprechende Zuwendung. Über das gemeinsame Kooperationsprojekt mit dem benachbarten Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen konnten im Jahr 2023 bezogen auf den Kulturraum Vogtland-Zwickau 259 Einzelprojekte gefördert und umgesetzt werden.

Für die institutionelle Förderung von regional bedeutsamen, kulturellen Einrichtungen gewährte der Kulturraum Vogtland-Zwickau im Jahr 2023 insgesamt Zuwendungen in Höhe von 19.124.565,78 Euro (Vorjahr: 18.610.854,75 Euro). [...] Für die Projektförderung wurden insgesamt 597.919,85 Euro (Vorjahr 784.585,22 Euro) an bewilligten Zuwendungen gewährt.

In der investiven Projektförderung konnte der Kulturraum im Jahr 2023 für 29 investive Maßnahmen Zuwendungen in Höhe von 1.295.729,79 Euro (Vorjahr 1.173.426 Euro) gewähren. Der Kulturraum förderte davon 11 investive Maßnahmen aus einem eigenen investiven Budget in Höhe von 423.958,54 Euro. Für fünf weitere investive Maßnahmen konnten im Rahmen des interregionalen Kulturlastenausgleiches gem. § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG Zuwendungen in Höhe von 254.358,85 Euro gewährt werden. [...]

In der Ergebnisrechnung werden die Transferleistungen mit 21.297.857,90 Euro ausgewiesen.

Insgesamt belaufen sich die in der Ergebnisrechnung im Jahr 2023 ausgewiesenen ordentlichen Aufwendungen auf 21.862.423,42 Euro (Vorjahr: 21.427.517,84 Euro).

In der Ergebnisrechnung ergibt sich abschließend ein Überschuss in Höhe von 1.576.466,35 Euro.

Zum 31. Dezember 2023 ergibt sich ein Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung in Höhe von 1.842.874,97 Euro. Der Kulturraum verzeichnete im Jahr 2023 einen Zugang im sonstigen Betriebs- und Geschäftsvermögen in Höhe von 1.408,54 Euro, so dass sich die Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr 2023 auf 1.841.466,43 Euro reduziert.

Durch die verfügbaren Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre stehen dem Kulturraum grundsätzlich [...] ausreichend Mittel zur Verfügung, um entsprechende Schwankungen der kommenden Jahre auszugleichen. Damit sind die Liquidität und die stetige Aufgabenerfüllung des Kulturraumes zumindest mittelfristig gesichert.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Laufende Umlage	3.152.370,61

5.7. SPARKASSENZWECKVERBAND CHEMNITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Bahnhofstraße 51 (über Sparkasse Chemnitz)
FIRMENSITZ	09111 Chemnitz
TELEFON	0371 99-1010
TELEFAX	0371 99-1109
E-MAIL	enrico.langer@spk-chemnitz.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	08.02.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Stadt Chemnitz	60,00	12
Landkreis Zwickau	40,00	8
Gesamt		20

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen "Sparkasse Chemnitz" (im Nachfolgenden "Sparkasse" genannt).

Der Verband ist Träger der Sparkasse; im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über Sparkassenzweckverbände in ihrer jeweiligen Fassung.

Die Verbandsmitglieder dürfen weder selbst noch in irgendeiner Gesellschaftsform eine Sparkasse oder ein anderes Geldinstitut betreiben oder sich an einem solchen Unternehmen beteiligen.

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

ANMERKUNGEN

Die erforderlichen Verwaltungsarbeiten des Zweckverbandes werden gemäß § 12 Abs. 2 der Verbandssatzung von der Sparkasse Chemnitz ausgeführt. Zudem trägt die Sparkasse Chemnitz nach § 12 Abs. 3 der Verbandssatzung den Verwaltungsaufwand und die sonstigen Kosten des Verbandes.

ZWECKVERBÄNDE

5.8. ZWECKVERBAND KOMMUNALE INFORMATIONSVERRARBEITUNG SACHSEN (KISA)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Eilenburger Straße 1 A
FIRMENSITZ	04317 Leipzig
TELEFON	0351 86652-120
TELEFAX	0351 86652-122
E-MAIL	post@kisa.it
WEBSEITE	http://www.kisa.it
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.01.2004
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	22.01.2021

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreise, Städte, Gemeinden, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und Sonstige Einrichtungen	99,36	3.093
Landkreis Zwickau	0,64	20
Gesamt		3.113

TOCHTERUNTERNEHMEN

KDN-Kommunale DatenNetz GmbH	60.000 EUR (100,00%)
Komm24GmbH	5.000 EUR (20,00%)
Lecos GmbH	20.000 EUR (10,00%)
ProVitago eG	5.000 EUR (2,22%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können.

Zu den Leistungen und Aufgaben des Zweckverbandes gehören insbesondere die nachfolgend aufgezählten:

- Wartung, Pflege, Weiterentwicklung und erforderlichenfalls geordnete Ablösung der bereitgestellten Verfahren,
- Gewährleistung eines möglichst integrierten Einsatzes der angebotenen Verfahren durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen,
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder sowie der sonstigen Kunden in allen Fragen, die mit den Leistungen nach Abs. 1 im Zusammenhang stehen, in allen sonstigen Anwendungsfragen und bei der Auswahl, Beschaffung und Nutzung von Hardware und Software, wobei Rechtsberatung ausgeschlossen ist,

ZWECKVERBÄNDE

- Durchführung von Schulungen,
- Erwerb von Gebietslizenzen und Abschluss von Rahmenverträgen mit Dritten über Lieferungen und Leistungen,
- Bereitstellung eines Übertragungsnetzes zur Nutzung der Datenverarbeitungsverfahren und für andere Netzdienste,
- Vertretung der Interessen der Verbandsmitglieder auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung,
- Erwerb und Überlassung von Informationstechnik sowie damit verbundene Betreiberleistungen.
- Der Verband stellt beruflich qualifiziertes und sachkundiges Personal bereit, das befähigt ist, als Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung Verwendung finden. Mitglieder der KISA erhalten das Entscheidungsrecht, bereitgestelltes Personal zum Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung bei Verfügbarkeit zu benennen. Im Falle seiner Benennung erfüllt der jeweilige Datenschutzbeauftragte seine Pflichten und Aufgaben gegenüber der Geschäftsleitung des Verbandes unabhängig und berichtet unmittelbar und ausschließlich dem Verantwortlichen, d. h. der benennenden Stelle. Allein im Falle von Vertragsstörungen zwischen dem Verband und einem Verbandsmitglied bei der Wahrnehmung der Aufgabe, ist der Verband befugt, das von ihm gestellte Personal zum erbrachten Leistungsumfang zu befragen.

Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben Dritter bedienen. Hierbei muss vertraglich sichergestellt sein, dass alle Normen des Datenschutzes ausnahmslos eingehalten werden und dass dies jederzeit durchsetzbar ist.

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen im Wesentlichen für seine Verbandsmitglieder. Im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten kann er Leistungen auch für Dritte erbringen. Der Drittgeschäftsanteil darf einen Wert von 20 % des durchschnittlichen Gesamtumsatzes der vergangenen drei Jahre nicht erreichen oder überschreiten.

Der Verband arbeitet kostendeckend. Die Erzielung eines Gewinnes wird nicht angestrebt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Andreas Bitter

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Ralf Rother

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. [...] Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich zum 31.12.2023 auf 276 Mitglieder.

Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

ZWECKVERBÄNDE

Der Zweckverband KISA ist in Sachsen und darüber hinaus ein bekannter kommunaler IT-Dienstleister und stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben. Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u. a. im Einwohner-, Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement.

Wirtschaftsbericht

Im Jahr 2023 konzentrierte sich KISA fortgesetzt auf eine zuverlässige Leistungserbringung gegenüber den Kunden, investierte aber auch ein deutliches Maß an Kraft und Ressourcen in administrative Aufgaben. Die Umstellung auf die vollständige Umsatzsteuerpflicht gelang zu Beginn des Jahres nahezu reibungslos.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Umsatz deutlich gefallen, er liegt rund 5 Mio. € unter dem Vorjahresniveau und rund 3,9 Mio. € unter dem Planansatz. Der größte Anteil daran entfällt mit 4 Mio. € unter dem Vorjahresniveau auf die Technikverkäufe (3,8 Mio. € unter dem Planansatz). Besonderer Umsatzrückgang erfolgte darüber hinaus aufgrund der unregelmäßig stattfindenden Wahlen (552 T€).

Gesamtaussage

Zum Jahresende 2023 entstand ein positives Ergebnis von 251 T€ (Vorjahr 1,395 Mio. €). Da ursprünglich ein Fehlbetrag von 1,1 Mio. € eingeplant war, wurde ein sehr gutes Jahresergebnis erzielt. Es wurde wie geplant keine Umlage erhoben.

Ursachen für das positive Ergebnis im Vergleich zum Planansatz waren insbesondere:

- geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- zum Umsatzrückgang überproportional reduzierter Materialaufwand
- niedrigere Abschreibungen aufgrund geringerer Investitionen
- deutliche Reduzierung der Rückstellungen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten

KISA kalkuliert die Preise kostendeckend bzw. passt die Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller kontinuierlich an. [...] Die Ertragslage ist weiterhin abgesichert.

Prognosebericht

Für das Jahr 2024 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 20.10.2023 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresfehlbetrag von 424 T€, eine Entnahme aus der Gewinnrücklage zur Deckung des Jahresfehlbetrages von 424 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.560 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2024 wurde mit 6.355 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Chancen- und Risikobericht

Die Entwicklung des Verbandes wird in Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für Dienstleistungen zu zahlen. Das setzt voraus, dass in der KISA ein ausgeprägtes Wissen über die kommunalen Abläufe und Bedürfnisse sowie über gesetzliche Entwicklungen vorhanden ist und eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

ZWECKVERBÄNDE

BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES

Der Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der Anlage beigelegt.

ZWECKVERBÄNDE

5.9. RETTUNGSZWECKVERBAND "SÜDWESTSACHSEN"

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Poeppigstraße 6
FIRMENSITZ	08529 Plauen
TELEFON	03741 457-0
TELEFAX	03741 457-111
E-MAIL	briefkasten@rzv-sws.de
WEBSEITE	http://www.rettzv-sws.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	18.08.1995
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreis Zwickau	50,00	1
Vogtlandkreis	50,00	1
Gesamt		2

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband ist Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes in seinem Verbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- die Sicherstellung - ausgenommen die notärztliche Sicherstellung - einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung - einschließlich Bergwacht und Wasserrettungsdienste, soweit sie Aufgaben der Notfallrettung wahrnehmen - und des Krankentransportes;
- auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) i. V. m. der Sächsischen Landesrettungsdienstplanungsverordnung (SächsLRettDPVO) in den jeweils gültigen Fassungen einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereitschaftsbeirat für den Rettungsdienst zu bestellen und ihn in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören; Erlass einer Geschäftsordnung für den Bereichsbeirat;
- durch öffentlich-rechtlichen Vertrag die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport nach einem Vergabeverfahren auf private Hilfsorganisationen oder auf andere Unternehmer (Leistungserbringer) zu übertragen;
- den Rettungsdienst selbst durchzuführen, soweit die bedarfsgerechte Versorgung mit Leistungen des Rettungsdienstes nicht nach Ziffer 4 sichergestellt ist;
- die Integrierte Regionalliegestelle (IRLS) zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben; die Verbandsmitglieder übertragen ihre diesbezüglichen Zuständigkeiten, die sich aus § 11 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 SächsBRKG ergeben, auf den Zweckverband;
- gemeindeübergreifenden Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben; die Verbandsmitglieder übertragen ihre diesbezüglichen Zuständigkeiten, die sich aus § 7 Abs. 1 Ziffer 2 SächsBRKG ergeben, auf den Zweckverband;

ZWECKVERBÄNDE

- die Rettungswachen und die sonstigen für die Durchführung der Notfallrettung oder des Krankentransportes benötigten baulichen Anlagen zu errichten und zu unterhalten;
- die zur Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport benötigten Fahrzeuge - einschließlich der erforderlichen Ausrüstung und Ausstattung - im Benehmen mit den Kostenträgern nach Bedarf und wirtschaftlichen Gesichtspunkten selbst zu beschaffen und zu unterhalten;
- einen hauptamtlichen Ärztlichen Leiter Rettungsdienst und dessen hauptamtlichen Vertreter zu bestellen, die insbesondere Festlegungen zur Sicherung der Qualität der rettungsdienstlichen Versorgung treffen und deren Umsetzung überwachen; der Ärztliche Leiter Rettungsdienst und dessen Vertreter erfüllen zugleich die gesetzlichen Aufgaben des Ärztlichen Leiters der Integrierten Regionalliegestelle;
- ehrenamtlich tätige Leitende Notärzte zu bestellen, die bei der rettungsdienstlichen Versorgung einer großen Anzahl von Verletzten oder Erkrankten die ärztliche Versorgung koordinieren;
- ehrenamtlich tätige Organisatorische Leiter Rettungsdienst zu bestellen, die den Leitenden Notarzt bei taktischen und organisatorischen Aufgaben am Schadensort unterstützen;
- die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung bei einem Großschadensereignis, insbesondere durch organisatorische und planerische Vorsorgemaßnahmen, unter anderem in Verbindung mit den unteren Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörden der Verbandsmitglieder Schnell-Einsatz-Gruppen (SEG) aufzustellen und gemäß § 39 SächsBRKG im Katastrophenschutz mitzuwirken;
- für die Durchführung des Rettungsdienstes auf der Grundlage des § 32 SächsBRKG einheitliche, leistungsgerechte Benutzungsentgelte für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Benutzer mit den Kostenträgern zu vereinbaren;
- für alle nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Benutzer des Rettungsdienstes Gebühren durch Satzung festzulegen;
- für die Qualitätssicherung der medizinischen Leistungen kann der Zweckverband eigene Fortbildungen anbieten und durchführen;
- die Ersthelferausbildung der Bevölkerung mit dem Ziel zu fördern, das therapiefreie Intervall bei Notfallpatienten zu verkürzen; die Ersthelferausbildung ist durch die Leistungserbringer nach Ziffer 4 durchzuführen;
- Durchführung von Projekten oder Förderung solcher, die im Kontext zur demografischen Entwicklung, zur langfristigen Stabilisierung der Systeme der ärztlichen bzw. notärztlichen Versorgung sowie der Gefahrenabwehr dienen;
- Unterhaltung von Serviceeinrichtungen für den Endgerätesupport des Rettungsdienstes im BOS-Digitalfunknetz, welche auch durch die Feuerwehr oder den Katastrophenschutz genutzt werden können; die Betreibung kann durch Vertrag auf Dritte übertragen werden.

Zur Erfüllung einiger oben genannten Aufgaben - insbesondere der Betreibung der Integrierten Regionalliegestelle - bedient sich der Verband der Berufsfeuerwehr Zwickau. Er schließt hierzu einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Großen Kreisstadt Zwickau in ihrer Funktion als Träger der Berufsfeuerwehr.

Der Zweckverband arbeitet im Rahmen der Notfallseelsorge/Krisenintervention organisatorisch und koordinierend mit. Er berücksichtigt hierbei insbesondere den seelsorgerischen Auftrag der Kirchen sowie die besonderen Fähigkeiten anderer Organisationen. Er kann selbst Träger eines oder mehrerer Teams sein.

ZWECKVERBÄNDE

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Leistner

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Das Einsatzniveau für die RTW-Einsätze ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Lediglich die KTW-Einsätze haben den Negativtrend aus den Jahren vor der Coronapandemie fortgesetzt.

Der Einsatzrückgang im Bereich der NEF-Einsätze ist unter anderem in der Implementierung des neuen Berufsbildes des Notfallsanitäters und dessen damit verbundener Kompetenzen am Einsatzort zu erklären.

Die kumulierte Hilfsfrist für das Berichtsjahr lag bei 89,675 % und ist dabei gegenüber dem Vorjahr um 0,295 % gesunken.

Die eingeleiteten Maßnahmen zur weiteren Optimierung bestehen unter anderem aus der Errichtung neuer Rettungswachen.

Das Berichtsjahr war nach sieben regulären Vertragsjahren das erste Jahr der interimistischen Vertragsverlängerung der Leistungsverträge zur Sicherstellung des bodengebundenen Rettungsdienstes.

Die Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern gestalteten sich für das Berichtsjahr komplizierter als in den Vorjahren. Aufgrund der interimistischen Vertragsverlängerung wurden die Entgelte nicht klassisch verhandelt, sondern prospektiv auf Basis der Vorjahre prozentual angepasst. Dieses Procedere hatte zur Folge das Leistungserbringer, welche bereits in den letzten Vertragsjahren wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, für das Berichtsjahr ihre Nichtauskömmlichkeit anzeigten und die Entgelte in Absprache angepasst werden mussten. Die daraus resultierenden Entgeltanpassungen der Leistungserbringer waren nicht Bestandteil des Entgeltes für das Jahr 2023. Die Refinanzierungsphase erstreckt sich somit über das Jahr 2024 und wird voraussichtlich erst Bestandteil des neuen Benutzungsentgeltes für bodengebundene Rettungsmittel im Wirtschaftsjahr 2025.

Die Umlageentwicklung im Bereich IRLS Zwickau und im Bereich des nichtentgeltrelevanten Rettungsdienstes bestätigt den Trend der Kostensteigerung der vergangenen Wirtschaftsjahre.

Die Umlageentwicklung im Bereich des nichtentgeltrelevanten Rettungsdienstes stellt sich wie folgt dar:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Umlage	155.040,95	197.562,03	266.858,00	260.969,16	331.489,00	326.722,00
davon Vogtlandkreis	74.309,30	93.706,85	127.289,00	116.975,96	147.022,00	144.590,00
davon LK Zwickau	80.731,65	103.855,18	139.569,00	149.993,20	184.467,00	182.132,00

ZWECKVERBÄNDE

Die Umlage für den Teil Feuerwehr der IRLS Zwickau hat sich wie folgt entwickelt:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Umlage	2.253.239,81	2.692.259,63	2.810.005,00	2.878.301,49	3.028.583,00	3.335.769,00
davon Vogtlandkreis	940.051,65	1.124.556,85	1.173.806,00	1.202.316,35	1.265.286,00	1.390.703,00
davon LK Zwickau	1.313.188,16	1.567.702,78	1.636.199,00	1.675.985,14	1.763.297,00	1.945.066,00

Wirtschaftliche Lage

Der Verband hat in 2023 Erträge von T€ 66.329 erzielt und Aufwendungen von T€ 66.329 ausgewiesen.

Die Finanzierung der laufenden Kosten sowie der Investitionen erfolgte je nach Art und Verursachungsgebiet durch die Kostenträger der GKV, die Verbandsmitglieder sowie Fördermaßnahmen. Die verursachungsgerechte Darstellung der Kosten und Erträge wird über eine Aufschlüsselung nach Kostenträger gewährleistet.

Direkt dem Rettungsdienst zurechenbare Aufwendungen werden vollständig von der GKV getragen. Der Finanzierungsrückfluss erfolgt über das Entgelt.

Die Kosten der IRLS Zwickau sowie bei anderen Mischfinanzierungen werden je zur Hälfte von den Verbandsmitgliedern und der GKV getragen.

Das ermittelte Jahresdefizit im Bereich Rettungsdienst beläuft sich im Verhandlungsergebnis auf 8.028.034,72 €. Es wurde beschlossen dieses aus der Entgeltrücklage zu entnehmen. Da diese zum 01.01.2023 nur 5.986.110,89 € betrug, wurde die Differenz i. H. v. 2.041.923,83 € eine Forderung gegenüber den Kostenträgern gebildet.

Bei den liquiden Mitteln ist ein Abfall von 5.613.637,89 € zu verzeichnen. Dieser begründet sich zum einen durch erhöhte Auszahlungen für die Investitionen im KFZ-Bereich, welche nicht kreditiert werden. Zum anderen durch nicht im Entgelt geplante Mehrausgaben im Bereich Rettungsdienst wie die Zahlung von Inflationsausgleichen, Nachberechnungen aus Vorjahren sowie Mehraufwand für Dienstbekleidung.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement des RettZV „SWS“ befindet sich weiterhin im Aufbau. Eine Ableitung der Chancen und Risiken findet daher nur aus den Grundüberlegungen und den derzeit laufenden, vorbereitenden Tätigkeiten des Risikomanagements statt.

Der RettZV agiert weiterhin an den beiden durch die Verbandssatzung festgesetzten Standorten in Plauen und Zwickau und betreibt vor Ort jeweils eine Geschäftsstelle.

Die Verbesserung der Rettungswachenstruktur hat weiterhin eine hohe Priorität. Einerseits gibt es Standorte, die nach Gutachten der Firma ORGAKOM für die Einhaltung der Hilfsfrist nicht optimal sind und andererseits gibt es Rettungswachen deren baulicher Zustand dringenden Sanierungsbedarf aufweisen. Zur kurzfristigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden bereits Containerlösungen umgesetzt, welche dann jedoch zusätzliche Miet- und Betriebskosten verursachen.

Des Weiteren ist der RettZV „SWS“ bestrebt, den hohen Erfüllungsgrad zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist weiter zu steigern und letzten Endes die rettungsdienstliche Versorgung der Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten.

Ein branchenspezifisches Risiko stellt die Vorbereitung für ein erneutes Ausschreibungsverfahren für die Vergabe der rettungsdienstlichen Aufgaben im Verbandsgebiet dar.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Laufende Umlage	2.127.198,00

ZWECKVERBÄNDE

5.10. ZWECKVERBAND FÜR TIERKÖRPERBESEITIGUNG SACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Staudaer Weg 1
FIRMENSITZ	01561 Priestewitz/OT Lenz
TELEFON	035249 735-0
TELEFAX	035249 735-25
E-MAIL	info@tba-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.tba-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	21.02.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	7,69	1
Landkreis Bautzen	7,69	1
Landkreis Görlitz	7,69	1
Landkreis Leipzig	7,69	1
Landkreis Meißen	7,69	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69	1
Landkreis Nordsachsen	7,69	1
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69	1
Landkreis Zwickau	7,69	1
Stadt Chemnitz	7,69	1
Stadt Dresden	7,69	1
Stadt Leipzig	7,69	1
Vogtlandkreis	7,69	1
Gesamt		13

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörper-teile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammen-hang stehen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Sylvia Schäfer

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2023 technisch und wirtschaftlich stabil.

Die Erträge für Tierfett sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 35 % gefallen. Allerdings war das Vorjahr von sehr hohen Preisen gekennzeichnet. Das Tierfett dient als Ausgangsstoff für die Herstellung von Biodiesel.

Der Erlös für Tierkörpermehl ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 15 % gestiegen. Durch veränderte Nachfragesituation nach diesem Ersatzbrennstoff wurden die Transportkosten reduziert, sodass im Saldo ein Ertrag erzielt werden konnte.

Der Ertrag durch den Verkauf von Tierhäuten blieb auf niedrigem Niveau nahezu konstant. [...] Die Nachfrage wird aus heutiger Sicht auch weiterhin gering bleiben.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei die Anlage je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde. Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 7.619 t Tiermehl und 3.051 t Tierfett an.

Der seit 2013 in Oelsitz/Erzg. genutzten LKW-Stellplatz ermöglicht den Einsatz von sog. Wechselcontainern. Die Überführung zum Verarbeitungsbetrieb mittels Anhängerfahrzeug verringert den Transportaufwand.

Trotz Mengenrückgang verursacht die Entsorgung von Wildschweinkörpern und Wildschweinaufbruch (Schlachtabfall) aus den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Meißen sowie von Wildschweinkörpern als sog. FUK- Tiere (Fallwild, Unfallwild, krank erlegtes Wild) in ganz Sachsen hohen Aufwand. Von den zuständigen Veterinärbehörden wurden Kadaversammelpunkte eingerichtet. Diese und teilweise auch Sammeltonnen bei Privatpersonen (Jäger) werden aus hygienischen Gründen auf separaten Touren entsorgt. Für diese Transporte werden ein Sammel-LKW sowie 2 Kastenfahrzeuge eingesetzt.

Lage des Zweckverbands

Das Rohwarenaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge sank nicht unerheblich auf 30.534 t (Vorjahr: 32.285 t; -5,4 %). Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

Die Anlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenprodukte unterliegen hohen Beanspruchungen. Daraus resultiert ein hoher Instandhaltungsaufwand und die Notwendigkeit des periodischen Wechsels von Verschleißteilen und ganzen Baugruppen.

Die Planansätze für Reparaturen technischer Anlagen wurden im Berichtsjahr erheblich überschritten (Plan: 600 T€; Ist: 1.115 T€). Grund dafür waren umfangreiche Reparaturarbeiten an der Dekanteranlage, der Pressen-Motorsteuerung sowie am Brecher und den Muldenförderschnecken.

Der Planansatz für den Reparaturaufwand im Bereich des Fuhrparks (380 T€) wurde mit 371 T€ leicht unterschritten.

Planmäßig wurde ein LKW beschafft. Ein weiterer, speziell für die ASP-Entsorgung zu nutzender LKW wurde bereits Ende 2022 angeschafft und Anfang 2023 in Betrieb genommen. Für zwei weitere LKW wurden auf Grund langer Lieferzeiten Anzahlungen geleistet.

Zur Überbrückung einer möglichen Gasmangellage wurde ein großer Heizöltank beschafft und in Betrieb genommen.

ZWECKVERBÄNDE

Der ZV ist nach § 11 der Verbandssatzung umlagefinanziert. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2023.

Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden. Das Rohwareaufkommen ist rückläufig, aber zur wirtschaftlichen Betriebsführung weiterhin ausreichend.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Chancen und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware nach außerhalb des Verbandsgebiets verbracht werden würde. Ein weiteres Risiko stellt der Rückgang der Tierbestände in der Landwirtschaft dar. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute.

Weitere Risiken bestehen in Preissteigerungen für den Bezug von Energie (Erdgas, Heizöl, Diesel, Strom) bzw. die im Zusammenhang mit Energieknappheit infolge internationaler Verwerfungen mögliche zeitweise Sperrung des Energiebezugs, insbesondere von Erdgas. Zur Vorsorge wurde ein neuer Öltank gekauft, um alternativ Heizöl zu nutzen.

Als ein weiteres Risiko gelten Preissteigerungen für die Verbrennung unseres Tiermehls. Durch den zukünftigen Verzicht auf Kohleverstromung werden mit den Kohlekraftwerken mögliche Abnehmer wegfallen.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa dem Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards, wofür es allerdings derzeit keinerlei Ansatzpunkte gibt.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Es gibt keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2023 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlage	97.224,00

6. Formelverzeichnis

$$\text{Anlagendeckung I in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$$

$$\text{Vermögensstruktur in \%} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Eigenkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Fremdkapitalquote in \%} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Gesamtkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Liquidität 1. Grades in \%} = \frac{\text{Flüssige Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \cdot 100$$

$$\text{Pro-Kopf-Umsatz in EUR} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{Mitarbeiteranzahl}} \cdot 100$$

7. Kennzahlen

Anlagendeckung I	Die Kennzahl erfasst, in welcher Höhe das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Das Ziel ist es, einen Anlagendeckungsgrad I von 70 bis 100 % zu erreichen.
Vermögensstruktur	Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen des Unternehmens.
Eigenkapitalquote	Diese Kennziffer gibt Auskunft darüber, wie hoch das Eigenkapital an dem Gesamtkapital der Gesellschaft ist. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, um so solider ist die Finanzausstattung des Unternehmens.
Eigenkapitalrendite	Die Kennzahl drückt aus, in welcher Höhe sich das im Unternehmen eingesetzte Eigenkapital verzinst. Bei Jahresverlusten ergibt sich eine negative Kennziffer.
Fremdkapitalquote	Die Fremdkapitalquote gibt an, mit welchem Anteil das Fremdkapital am Gesamtkapital eines Unternehmens beteiligt ist. Je geringer die Fremdkapitalquote ausfällt, um so unabhängiger ist ein Unternehmen.
Gesamtkapitalrendite	Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie sich das Gesamtkapital eines Unternehmens verzinst. Bei Jahresverlusten ist diese Kennzahl negativ.
Liquidität 1. Grades	Mit der Kennzahl soll die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens bewertet werden. Beträgt die Liquidität 1. Grades z. B. über 100 % können allein mit den liquiden Mitteln alle kurzfristigen Verbindlichkeiten (zum Stichtag der Betrachtung) gedeckt werden. Kurzfristige Verbindlichkeiten sind Zahlungsverpflichtungen mit einer Fristigkeit von unter einem Jahr.

8. Fachbegriffe

Abschreibung	Methode zur Ermittlung des Betrages, der bei Gegenständen des Anlagevermögens die im Laufe einer Nutzungsdauer durch Nutzung eingetretenen Wertminderungen an den einzelnen Vermögensgegenständen erfassen soll und als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung angesetzt wird.
Anlagevermögen	Sind nur die Gegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 247 Abs. 2 HGB). Das Anlagevermögen ist gemäß § 266 Abs. 2 HGB in der Bilanz auf der linken Seite (Aktiva) unter Punkt A. folgendermaßen darzustellen: • immaterielle Vermögensgegenstände (Konzessionen, Patente) • Sachanlagen (Grundstücke, Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) • Finanzanlagen (Anteile und Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, langfristige Wertpapiere)
Bilanzsumme	Ist die Schlusssumme der linken (Aktiva) und der rechten Seite (Passiva) der Bilanz.
Eigenkapital	Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden (Selbstfinanzierung). Das Eigenkapital sollte in Höhe des langfristig gebundenen Vermögens vorhanden sein (goldene Bilanzregel). Gemäß § 266 Abs. 3 HGB ist das Eigenkapital auf der rechten Seite (Passiva) in der Bilanz unter Punkt A. wie nachstehend gegliedert darzustellen: • gezeichnetes Kapital • Kapitalrücklage • Gewinnrücklagen • Gewinnvortrag/Verlustvortrag • Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag • Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen, sofern dem Eigenkapital zugeordnet, ansonsten Fremdkapital)
Flüssige Mittel	Bestand an Geld- und Vermögenswerten, die bei Bedarf in Geld gewandelt werden können.
Fremdkapital	Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital dient der Finanzierung des Unternehmensvermögens. Aufgrund des § 266 Abs. 3 HGB ist das Fremdkapital auf der rechten Seite (Passiva) der Bilanz wie folgt detailliert aufzugliedern: • Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen, sofern dem Fremdkapital zugeordnet, ansonsten Eigenkapital) • Rückstellungen (Verluste oder Aufwand, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind z. B. Garantieverpflichtungen, Steuerrückstellungen) • Verbindlichkeiten

FACHBEGRIFFE

Gesamtkapital	Ist die Summe aus Eigenkapital, Fremdkapital sowie Rechnungsabgrenzungsposten und somit die Schlusssumme der rechten Seite der Bilanz (Passiva).
Investition	Im Sinne der Betriebswirtschaftslehre - Anschaffung eines langfristig nutzbaren Produktionsmittels. Investitionsgüter werden in der Bilanz in das Anlagevermögen aufgenommen und gelten somit als Wertgegenstand im Besitz des Unternehmens. Sie werden über den erwarteten Nutzungszeitraum abgeschrieben.
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis ist der während des Geschäftsjahres erwirtschaftete Überschuss oder Fehlbetrag, ergibt sich als Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen.
Jahresfehlbetrag	Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung für Kapitalgesellschaften gemäß § 275 HGB, weist den in der Abrechnungsperiode eingetretenen Verlust aus.
Jahresüberschuss	Als Jahresüberschuss bezeichnet man das nach handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen ermittelte positive Ergebnis eines Geschäftsjahres. Als Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung zeigt es an, welchen Gewinn ein Unternehmen in dem laufenden Geschäftsjahr erwirtschaftet hat.
kurzfristige Verbindlichkeiten	Sind Verbindlichkeiten mit der Fälligkeit bis zu einem Jahr (z. B. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Umsatzsteuerverbindlichkeiten).
Umsatz	Erlös, wertmäßige Erfassung des Absatzes eines Unternehmens.
Verbindlichkeiten	Summe der am Bilanzstichtag noch offenen finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten und sonstigen Gläubigern. Verbindlichkeiten sind in der Bilanz auf der rechten Seite (Passiva) unter Punkt C. aufgeführt (§ 266 Abs. 3 HGB): • Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten • Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen • Verbindlichkeiten gegenüber Träger/Gesellschafter oder anderen Unternehmen • sonstige Verbindlichkeiten (Steuern und im Rahmen der sozialen Sicherheit).

9. Abkürzungen

Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil Club
AO	Abgabenordnung
ASR	Autobus GmbH Sachsen – Regionalverkehr
Aufw.	Aufwendungen
AGS	Abfallgebührensatzung
AWS	Abfallwirtschaftssatzung
AWVC	Abfallwirtschaftsverband Chemnitz
bez.	bezogene
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BIC-FWF	Business and Innovation – Forum Wirtschaftsförderung
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BTHG	Bundesteilhabegesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DaZ-Klassen	Sprachlernklassen (Deutsch als Zweitsprache)
d. h.	das heißt
DSD	Duales System Deutschland (Der grüne Punkt)
e. V.	eingetragener Verein
EEG	Elektro-Enzephalogramm
ESF	Europäischer Sozialfonds
etc.	und so weiter
EUR/€	Euro
FIM	Motorradweltverband
FSV	Freigestellter Schülerverkehr
gem.	gemäß
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GP	Grand Prix
GSM	Global System for Mobile Communications
ha	Hektar
HBK	Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH
HeilbZuG	Gesetz über den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften (Heilberufezuständigkeitsgesetz)
HNO	Hals-Nasen-Ohren
IHK	Industrie- und Handelskammer
i. H. v.	in Höhe von
inkl./incl.	inklusive
IRLS	Integrierte Regionalleitstelle
IT	Informationstechnik
i. V. m.	in Verbindung mit
Kfz	Kraftfahrzeug
kg	Kilogramm
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz
KHSG	Krankenhausstrukturgesetz
Kita	Kindertagesstätte
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz

ABKÜRZUNGEN

KV	Kassenärztliche Vereinigung
KVS	Kassenärztliche Vereinigung Sachsen
LASuV	Landesamt für Straßenbau und Verkehr
LBlindG	Gesetz über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche
LJHG	Landesjugendhilfegesetz
LKW	Lastkraftwagen
LRS	Lese-Rechtschreib-Schwäche
LWL-Kabel	Glasfaserkabel (LWL=Lichtwellenleiter)
Mio.	Million
MRT	Magnetresonanztomographie
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
Nr.	Nummer
OP	Operation
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
OT	Ortsteil
p. a.	pro Jahr
PKMS	Pflegekomplexmaßnahmen-Score
PP	Pappe und Papier
rd.	rund
RFID	Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
RVE	Regionalverkehr Erzgebirge GmbH
RVW	Regionalverkehr Westsachsen
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
SächsDGBVG	Gesetz zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und weiterer sozialer Entschädigungsgesetze
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKomSozVG	Gesetz über den Kommunalen Sozialverband Sachsen
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsKRVO	Sächsische Kulturraumverordnung
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SchulG	Schulgesetz
SEG	Schnelle-Einsatz-Gruppe
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Staatsministerium des Innern
SMWK	Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
sog.	sogenannt
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SSH	Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH Zwickau
t	Tonne
TEUR/TE	Tausend Euro
u. v. m.	und vieles mehr
v. a.	vor allem
v. H.	von Hundert

ABKÜRZUNGEN

Vj.	Vorjahr
VK	Vollkräfte
VMS	Verkehrsverbund Mittelsachsen
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
VSZ	Verkehrssicherheitszentrum
WM	Weltmeisterschaft
ZAS	Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen
z. B.	zum Beispiel
ZV	Zweckverband

10. Impressum

HERAUSGEBER

Landkreis Zwickau
Landratsamt
Robert-Müller-Straße 4-8
08056 Zwickau

Der Landkreis Zwickau ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertreten durch den Landrat
Herrn Michaelis

www.landkreis-zwickau.de

11. Anlagen

ANLAGE 1: BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES
VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN (ZVMS)



Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) für das Jahr 2023

nach § 58 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG)
i. V. m. § 99 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)



Stand: 29. November 2024

Inhaltsverzeichnis	
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	3
1 EINLEITUNG UND ÜBERSICHT BETEILIGUNGEN	4
1.1 GEGENSTAND DES BETEILIGUNGSBERICHTES	4
1.2 UNTERNEHMEN IN PRIVATER RECHTSFORM	4
1.3 BETEILIGUNGSVERWALTUNG DES ZVMS	4
2 ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES ZVMS	5
2.1 BETEILIGUNGSSTRUKTUR	5
2.2 ÜBERSICHTEN ZU DEN BETEILIGUNGEN	6
3 BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN	7
3.1 VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN GMBH	7
3.1.1 ÜBERBLICK	7
3.1.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2023 DER VMS GMBH	9
3.1.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER VMS GMBH	10
3.1.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND VMS GMBH	13
3.1.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER VMS GMBH	13
3.1.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN DER VMS GMBH	14
3.2 CITY-BAHN CHEMNITZ GMBH	16
3.2.1 ÜBERBLICK	16
3.2.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2023 DER CBC	18
3.2.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER CBC	20
3.2.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND CBC	22
3.2.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER CBC	23
3.2.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN	23
3.3 SDG SÄCHSISCHE DAMPFEISENBAHNGESELLSCHAFT MBH	25
3.3.1 ÜBERBLICK	25
3.3.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2023 DER SDG	27
3.3.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER SDG	28
3.3.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND SDG	30
3.3.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER SDG	30
3.3.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN	31
3.4 DEUTSCHLANDTARIFVERBUND-GMBH (DTVG)	33
3.4.1 ÜBERBLICK	33
3.4.2 VERLAUF DES GESCHÄFTSJAHRES 2023 DER DTVG	36
3.4.3 WIRTSCHAFTLICHE DATEN DER DTVG	37
3.4.4 FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZVMS UND DTVG	39
3.4.5 WICHTIGE KENNZAHLEN DER DTVG	40
3.4.6 AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN	40
4 FAZIT, AUSBLICK	42
ERLÄUTERUNG ZU DEN BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	43

Abkürzungsverzeichnis

ARGE	Arbeitsgemeinschaft
BA	Bauabschnitt
BDO	Bund Deutscher Omnibusunternehmen e. V.
BEMU	Battery Electric Multiple Unit
BSN	Bundesverband SchienenNahverkehr e. V.
CBC	City-Bahn Chemnitz GmbH
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CVAG	Chemnitzer Verkehrs-AG
DB AG	Deutsche Bahn AG
DTFinVO 2023	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Finanzierung des Deutschlandticket-Ausgleichs 2023 (Deutschlandticket- Finanzierungsverordnung 2023)
D-TARIF	Deutschlandtarif
D-Ticket	Deutschlandticket
DTV	Deutschlandtarifverbund
DTVg	Deutschlandtarifverbund-GmbH
EIU	Eisenbahninfrastrukturunternehmen
EMS	Elektronetz Mittelsachsen
EVG	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GDL	Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
i. V. m.	in Verbindung mit
LASuV	Landesamt für Verkehr und Straßenbau
NIS-2-Richtlinie	Zweite EU-Richtlinie zur Netzwerk- und Informationssicherheit
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
RIS	Regio Infra Service Sachsen GmbH
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen
SDG	SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH
SEV	Schienenersatzverkehr
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBNE	Tarifverband der Bundeseigenen und Nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Deutschland
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.
VMS	Verkehrsverbund Mittelsachsen
VMS GmbH	Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung
WHC	Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz
VVO	Verkehrsverbund Oberelbe
ZVMS	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
ZVOE	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe

1 Einleitung und Übersicht Beteiligungen

1.1 Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Der vorliegende Beteiligungsbericht ermöglicht einen aussagekräftigen Überblick über die Beteiligungen des ZVMS. Abgebildet werden die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe sowie die wesentlichen Daten der Beteiligung. Mit dem Beteiligungsbericht sollen der Geschäftsverlauf und die Lage der Unternehmen, an denen der ZVMS beteiligt ist, so dargestellt werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird. Hier soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge eingegangen werden, die während des letzten Geschäftsjahres von besonderer Bedeutung gewesen sind und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Jahr abbilden. Weiterhin bildet der Beteiligungsbericht für die interessierte Öffentlichkeit die Grundlage, um sich einen Überblick über die Mittelverwendung zu verschaffen.

Der vorliegende Bericht umfasst die unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen des ZVMS und basiert auf den Daten der geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse 2023.

1.2 Unternehmen in privater Rechtsform

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben darf die Gemeinde ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich verändern oder sich daran mittelbar oder unmittelbar beteiligen, wenn

- durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde sichergestellt ist,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens, erhält und
- die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist.

An die Stelle der Gemeinde kann auch ein Zweckverband treten und die Regelungen gelten entsprechend.

1.3 Beteiligungsverwaltung des ZVMS

Die Beteiligungsverwaltung ist ein Teilgebiet des Geschäftsbereiches Finanzen/Tarif. Sie stellt ein Bindeglied zwischen den Beteiligungen des Zweckverbandes, den Vertretern in den Gremien (Aufsichtsräte) und den gesetzlichen Vertretern (Gesellschaftervertreter, Verbandsversammlung) dar. Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung können wie folgt gegliedert werden:

- Beteiligungsstrategie: Vorbereitung und Unterstützung strategischer Entscheidungen zur Beteiligungsstruktur, Festlegung und Überprüfung von Finanzvorgaben und weiterer Rahmendaten der Planung
- Beteiligungscontrolling: Analyse der Berichterstattungen der Beteiligung, Prüfung und Abstimmung der Jahresabschlüsse und der Wirtschaftsplanung, Risikoberichterstattung und Risikomanagement, Kontrolle der Rentabilität, Wirtschaftlichkeit und Amortisation großer Investitionsvorhaben
- Beteiligungsverwaltung: Dokumentation, Koordination, Information und Überwachung im Sinne einer zentralen Stelle zur Erfüllung der formalen Aufgaben des Gesellschafters, Organisation und Umsetzung von Verwaltungsaufgaben, gesellschafts- und teilweise steuerrechtliche Fragen, Erstellen des jährlichen Beteiligungsberichtes

- Mandatsbetreuung: Unterstützung der Verwaltungsvertreter und der in die Aufsichtsratsgremien entsandten Vertreter bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und Aufgaben, Teilnahme an Sitzungen, Sichtung und Kommentierung von Sitzungsunterlagen

2 Überblick über die Beteiligungen des ZVMS

2.1 Beteiligungsstruktur

Der ZVMS hat mit Stand 31. Dezember 2023 vier unmittelbare Beteiligungen. Die VMS GmbH, an der der ZVMS zu 100 % beteiligt ist, die CBC, an der der ZVMS 50,004 % der Anteile hält, die SDG, an der der ZVMS 33,33 % der Anteile innehat, und die DTVG mit 1,36 % der Anteile.

Die CBC hält 6 Anteile (0,82 %) an der DTVG, dies stellt für den ZVMS eine mittelbare Beteiligung dar.



Übersicht 1: Beteiligungen des ZVMS

2.2 Übersichten zu den Beteiligungen

Nachfolgend werden die wichtigsten Daten der Beteiligungen in drei Übersichten dargestellt.

		Jahr	Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH	City-Bahn Chemnitz GmbH	SDG Sächsische Dampfeisenbahn- gesellschaft mbH	Deutschlandtarif- verbund-GmbH
Stammkapital	TEUR	2021	3.000	26	30	54
		2022	3.000	26	30	55
		2023	3.000	26	30	55
Beteiligungsquote ZVMS	%	2021	100	50,004	33,33	1,36
		2022	100	50,004	33,33	1,36
		2023	100	50,004	33,33	1,36
Bilanzsumme	TEUR	2021	382.212	8.922	8.177	397
		2022	351.336	10.205	8.781	4.176
		2023	365.729	15.994	6.455	16.688
Eigenkapital	TEUR	2021	5.496	2.585	4.215	257
		2022	5.701	2.401	4.414	401
		2023	5.723	2.588	4.605	1.237
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	TEUR	2021	119.920	312		
		2022	169.839	144		
		2023	194.629	42		
Umsatzerlöse	TEUR	2021	32.931	30.111	8.983	
		2022	105.227	35.257	9.074	93.039
		2023	23.310	42.555	10.340	142.154
Jahresergebnis	TEUR	2021	2.047	121	271	-1.248
		2022	205	-184	199	-624
		2023	22	187	191	-540
Anzahl Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		2021	69	161	118	8
		2022	62	175	121	10
		2023	75	184	121	14

Übersicht 2: Eckdaten der Beteiligungen des ZVMS

in TEUR	Anlage- vermögen	Umlauf- vermögen	aktiver Rechnungs- abgrenzungs- posten	Eigen- kapital	Sonder- posten	Rück- stellungen	Verbindlich- keiten	passiver Rechnungs- abgrenzungs- posten	Bilanz- summe
Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH	286.846	76.162	2.721	5.723	111.933	4.759	233.469	9.845	365.729
City-Bahn Chemnitz GmbH	3.450	12.534	10	2.588	871	2.660	9.848	27	15.994
SDG Sächsische Dampfeisenbahn- gesellschaft mbH	2.159	4.231	65	4.605	0	704	1.106	40	6.455
Deutschlandtarif- verbund-GmbH	134	16.537	17	1.237	0	1.339	14.112	0	16.688

Übersicht 3: Bilanzwerte 2023 der Beteiligungen des ZVMS

in TEUR	Umsatz- erlöse	Bestands- veränderung	sonstige Erträge	Material- aufwand	Personal- aufwand	Abschrei- bungen	sonstiger Aufwand	Zins- erträge	Zins- aufwand	Steuern	Jahres- ergebnis
Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH	23.310	-1.340	9.863	-4.979	-4.676	-13.061	-2.952	239	-5.870	-512	22
City-Bahn Chemnitz GmbH	42.555	0	841	-28.640	-9.987	-705	-3.719	1	-10	-149	187
SDG Sächsische Dampfeisenbahn- gesellschaft mbH	10.340	0	1.528	-4.308	-5.119	-304	-1.919	2	-20	-9	191
Deutschlandtarif- verbund-GmbH	142.154	0	42	-141.189	-993	-18	-536	0	0	0	-540

Übersicht 4: GuV-Werte 2023 der Beteiligungen des ZVMS

3 Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen



3.1 Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH

3.1.1 Überblick

Postanschrift:
Am Rathaus 2
09111 Chemnitz

Telefon: 0371 40008-0
Telefax: 0371 40008-99
E-Mail: info@vms.de
Homepage: www.vms.de

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) Die VMS GmbH ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).
Handelsregister:	Amtsgericht Chemnitz, HRB 21599
Sitz:	Chemnitz
Gründung:	1. Juni 2004
Beteiligung des ZVMS:	100 %
Stammkapital:	3.000 TEUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	12. Juli 2018
Geschäftsführer:	Herr Mathias Korda
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 75 (im Vorjahr 62) Angestellte (ohne Geschäftsführer) beschäftigt.
Unternehmensgegenstand:	Planung und Vermarktung des ÖPNV im Sinne des SächsÖPNVG zur Unterstützung des ZVMS sowie die Unterstützung des ZVMS bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Die Gesellschaft kann auch als Dienstleistungsunternehmen im Bereich des ÖPNV tätig werden.
Unternehmenszweck:	Die VMS GmbH erfüllt für den ZVMS im Wege der Geschäftsbesorgung folgende Aufgaben: • Koordination des kreisgrenzenüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen • Entwicklung eines einheitlichen Tarifes, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif) • Vornahme der Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmenaufteilung)

- Bereitstellung einer einheitlichen Fahrplanauskunft (und Herausgabe eines einheitlichen Fahrplanheftes) in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen
- Entwicklung eines einheitlichen Vertriebes und Marketings des öffentlichen Personennahverkehrs in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen
- Ermittlung von Kostensätzen für Verkehre im Verbandsgebiet
- Planung und Mitwirkung an der Finanzierung von Verkehrsleistungen
- Bestellung und Kontrolle der Verkehrsleistungen
- Erstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
- Durchführung von Investitionen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Vorhaltung und Bewirtschaftung von Infrastruktur
- Beschaffung und Beistellung von Fahrzeugen und Instandhaltungsanlagen
- Betrieb von Sonderverkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs
- Vertrieb von Fahrscheinen des öffentlichen Personennahverkehrs

Die VMS GmbH fungiert des Weiteren als Managementgesellschaft im Sinne des Kooperationsvertrages zwischen dem ZVMS und den Verkehrsunternehmen zur Anwendung des Verbundtarifes.

Gesellschafter-
versammlung:

Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
vertreten durch:
Herrn Sven Schulze, Oberbürgermeister Stadt Chemnitz
(Verbandsvorsitzender)

Aufsichtsrat:

Im Berichtszeitraum 2023 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an:

- Herr Rico Ott, Abteilungsleiter Erzgebirgskreis (Vorsitzender)
- Herr Michael Stötzer, Bürgermeister Stadt Chemnitz (stellvertretender Vorsitzender)
- Herr Mario Müller, Beigeordneter Landkreis Zwickau
- Frau Silvia Queck-Hänel, Bürgermeisterin Stadt Zwickau
- Herr Thomas Kranz, Abteilungsleiter Landkreis Mittelsachsen

Abschlussprüfer:

Herr David Schüppel, Wirtschaftsprüfer
Nexia GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Chemnitz
(vormals RSM GmbH)

Abschlussprüfer seit:

Jahresabschluss 2020

Prüfungsergebnis:

Am 14. Mai 2024 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2023 erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG ergab keine Besonderheiten, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht der Abschlussprüfer wurden vom Aufsichtsrat in der ersten außerordentlichen Sitzung am 14. Juni 2024 abschließend behandelt.

Die Verbandsversammlung hat in der Sitzung am 14. Juni 2024 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 zur Kenntnis genommen und stimmt der Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung zu.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 18. Juni 2024 die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung beschlossen (G-372/2).

3.1.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2023 der VMS GmbH

Die Ziele der VMS GmbH leiten sich aus den Aufgaben der Geschäftsbesorgung für den ZVMS ab. Dabei verfolgt die VMS GmbH insbesondere das Ziel, einen attraktiven zukunftsweisenden ÖPNV im Verbundraum zu entwickeln und somit die Verkehrsverteilung zugunsten des ÖPNV zu verbessern.

Als Managementgesellschaft des ZVMS wurde die VMS GmbH beauftragt, Infrastrukturprojekte im VMS voranzubringen. Insbesondere sei hier auf das Chemnitzer Modell verwiesen, welches ein wichtiges Nahverkehrsprojekt im Freistaat Sachsen ist. Durch die Verknüpfung von Eisenbahn- und Straßenbahnnetz soll eine schnelle und umsteigefreie Verbindung zwischen dem Oberzentrum Chemnitz und dessen Umland ermöglicht werden.

Zur Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV sollen bestehende und neue Infrastrukturen durch moderne umweltfreundliche Verkehrsmittel befahren werden. Dazu beschafft die VMS GmbH Schienenfahrzeuge, die genau auf die Bedürfnisse im Verbundraum zugeschnitten sind. Anschließend werden diese Fahrzeuge zur Erbringung von Verkehrsleistungen an die Verkehrsunternehmen vermietet. Auf dem Gebiet der Fahrzeugüberlassung agiert die VMS GmbH in einem Wettbewerb und führt diese Sparte mit Gewinnerzielungsabsicht.

Die VMS GmbH führt Investitionsvorhaben durch, hält Infrastrukturanlagen vor und bewirtschaftet diese zum Teil. So werden die finanziellen Belastungen für die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträger für den ÖPNV reduziert und die Refinanzierung der getätigten Investitionen durch Nutzungsentgelte sichergestellt.

Rahmenbedingungen

Der ZVMS als Aufgabenträger des ÖPNV und SPNV in Mittelsachsen bedient sich dazu der VMS GmbH. Insofern agiert die VMS GmbH in diesem Bereich in keinem Wettbewerb mit anderen Unternehmen. Abhängigkeiten bestehen aufgrund der Struktur gegenüber Verbandsmitgliedern.

Geschäftsverlauf

- Fertigstellung der elektrischen Systemtrennstelle und der Oberleitung über dem Gleis 28 im Chemnitzer Hauptbahnhof
- Oberleitung über Gleis 28 ist Voraussetzung für das Laden der BEMU
- Abschluss Restarbeiten sowie Fertigstellung der Bestandsdokumentation für das Projekt Chemnitzer Modell – Stufe 2 – Chemnitz – Aue, Teilprojekt Eisenbahnstrecke
- Vorplanung für das Projekt Chemnitzer Modell – Stufe 4 – Norderweiterung Limbach-Oberfrohna im Januar 2023 sowie Entwurfsplanung mit Kostenschätzung im Februar 2024 fertiggestellt

- Antrag auf Planfeststellung wurde im Dezember 2023 an die Landesdirektion Sachsen übergeben
- Abschluss des Bau- und Finanzierungsvertrages zwischen ZVMS, VMS GmbH, Stadt Chemnitz und CVAG erfolgte im III. Quartal 2023
- Projekt Chemnitzer Modell – Stufe 5 – Ausbau Stollberg – St. Egidien gliedert sich in
 - eine 3,5 km lange Neubaustrecke zwischen Stollberg und Niederwürschnitz
 - eine 16 km lange Ausbaustrecke von Niederwürschnitz nach St. Egidien
 - für Neubaustrecke liegen Entwurfsplanung und Genehmigungsunterlagen vor
- 29 Elektrotriebzüge für das EMS verkehrten planmäßig
- 12 Hybridschienenfahrzeuge wurden an die Tochtergesellschaft CBC vermietet
- Erstellung Eisenbahnbetriebshof für die neuen Tram-Trains geht voran (2023: Abriss der Bestandsanlagen, Planung Eisenbahnbetriebshof, Beginn Leistungsvergabe notwendiger Bauleistungen)
- Beschaffung BEMU:
 - Fertigstellung der Serienfahrzeuge
 - Verzug bei der Zulassung, Inbetriebnahme und Auslieferung aufgrund von Problemen mit der Traktionsbatterie des Herstellers
 - Vorstellung der BEMU auf der Digital Rail Convention
- Einführung des Deutschlandtickets veränderte das Nutzerverhalten und somit die Fahrgeldeinnahmen
 - zur Deckung der Einnahmeverluste konnten Mittel aus dem Deutschlandticket-Rettungsschirm beantragt werden
- zum 1. April 2024 fand eine außerordentliche Tarifierung im VMS-Tarif mit einer durchschnittlichen Preisanpassung von 7,4 % statt
- Verkaufszahlen des Bildungstickets sind weiter gestiegen
- Verkauf des Deutschlandtickets erfolgte über die MOOVME-App
- HandyTicketverkäufe stiegen wieder an

3.1.3 Wirtschaftliche Daten der VMS GmbH

Bilanz zum 31.12.	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
A Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	729	756	640
II. Sachanlagen	250.809	293.196	283.206
III. Finanzanlagen	3.000	3.000	3.000
	254.538	296.952	286.846
B Umlaufvermögen			
I. Vorräte	94.544	21.840	20.499
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.769	3.027	4.345
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	12.319	26.632	51.318
	124.632	51.499	76.162
C Rechnungsabgrenzungsposten	3.042	2.885	2.721
Summe Aktiva	382.212	351.336	365.729

Bilanz zum 31.12.	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
A Eigenkapital			
I. gezeichnetes Kapital	3.000	3.000	3.000
II. Kapitalrücklage			
III. Gewinn-/Verlustvortrag	449	2.496	2.701
IV. Jahresüberschuss	2.047	205	22
	5.496	5.701	5.723
B Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	105.770	114.184	111.933
C Rückstellungen	11.298	10.368	4.759
D Verbindlichkeiten	246.990	209.832	233.469
E Rechnungsabgrenzungsposten	12.658	11.251	9.845
Summe Passiva	382.212	351.336	365.729

Übersicht 5: Bilanz VMS GmbH

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (351.336 TEUR) um 14.393 TEUR auf 365.729 TEUR erhöht. Dies resultierte aus zwei gegenläufigen Effekten. Zum einen erhöhten sich die liquiden Mittel um 24.686 TEUR auf 51.318 TEUR und andererseits sank das Anlagevermögen um 10.106 TEUR auf 286.846 TEUR. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme sank auf 78,4 % (Vorjahr: 84,5 %). Das Umlaufvermögen (76.162 TEUR, entspricht 20,8 %) umfasst im Wesentlichen den Bestand an liquiden Mitteln (51.318 TEUR) und die unfertigen Bauaufträge seitens des ZVMS. Der Bestand an unfertigen Leistungen ist abhängig vom Baufortschritt der Projekte.

Die Kapitalstruktur der VMS GmbH ist entsprechend ihrer Managementaufgaben unterteilt. Der Großteil des wirtschaftlichen Eigenkapitals stammt aus Investitionszuschüssen seitens des ZVMS, welche in den Sonderposten abgebildet sind. Da diese Sonderposten jedoch zweck- und fristgebunden sind, wird unterstellt, dass jeweils zwei Drittel dieser als wirtschaftliches Eigenkapital zur Verfügung stehen. Die Sonderposten für Projekte werden durch Zuschussraten des ZVMS bzw. indirekt durch den Bund und den Freistaat Sachsen von bis zu 100 % weiterhin den Großteil am Eigenkapital ausmachen und sind damit Haupttreiber für wesentliche Änderungen am wirtschaftlichen Eigenkapital.

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote beträgt 22,0 % zum Stichtag 31. Dezember 2023 (Vorjahr: 23,3 %). Die korrespondierende Fremdkapitalquote beträgt 78,0 % (Vorjahr: 76,7 %). Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sank 2023 um 2.251 TEUR auf 111.933 TEUR. Die Veränderungen in den Rückstellungen (- 5.609 TEUR) entfielen mit einer Reduktion von 5.750 TEUR auf die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen und der Rest auf die sonstigen Rückstellungen und Steuerrückstellungen. Die Verbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr (209.832 TEUR) um 23.637 TEUR auf 233.469 TEUR und setzten sich im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (194.629 TEUR; Vorjahr: 169.839 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (20.416 TEUR; Vorjahr: 19.396 TEUR) sowie sonstigen Verbindlichkeiten (13.454 TEUR; Vorjahr: 13.545 TEUR) zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestanden aus erhaltenen Anzahlungen für Bestellungen (13.864 TEUR; Vorjahr: 10.772 TEUR), aus einem Gesellschafterdarlehen (6.000 TEUR; Vorjahr: 6.000 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (552 TEUR; Vorjahr: 2.624 TEUR).

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.	Plan 2021	Ist 2021	Plan 2022	Ist 2022	Plan 2023	Ist 2023
1 Umsatzerlöse	113.096	32.931	118.957	105.227	24.328	23.310
2 Bestandsveränderung	-82.112	34.309	-88.290	-72.696	4.165	-1.340
3 sonstige betriebliche Erträge	5.096	5.815	5.378	8.123	5.829	9.863
4 Materialaufwand	-10.258	-46.158	-8.875	-11.907	-5.446	-4.979
5 Personalaufwand	-3.780	-3.912	-3.999	-4.148	-4.807	-4.676
6 Abschreibungen	-12.938	-13.089	-13.172	-13.069	-14.028	-13.061
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-3.994	-2.477	-4.374	-3.966	-3.905	-2.952
8 Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	3	3	3	4	1	4
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		6		8		235
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.058	-4.393	-4.834	-5.969	-6.245	-5.870
11 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55	3.034	794	1.607	-108	534
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-184	-972	-353	-1.373	-119	-483
13 sonstige Steuern	-24	-15	-25	-29	-30	-29
14 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-153	2.047	416	205	-257	22

Übersicht 6: GuV der VMS GmbH

Die Umsatzerlöse (23.310 TEUR) beinhalteten Erlöse aus Vermietung und Verpachtung (14.929 TEUR; Vorjahr: 15.182 TEUR), Erlöse aus Verbundarbeit (4.256 TEUR; Vorjahr: 3.535 TEUR), Erlöse aus der Geschäftsbesorgung und Projekte ZVMS (3.891 TEUR; Vorjahr: 86.282 TEUR) sowie sonstige Erlöse (234 TEUR; Vorjahr: 228 TEUR).

Die Bestandsveränderungen der VMS GmbH umfassten insbesondere Veränderungen von in Arbeit befindlichen Bauaufträgen. Im Geschäftsjahr 2023 (- 1.340 TEUR) setzten sich diese aus Zugängen (+ 3.809 TEUR) und Abgängen (- 2.469 TEUR) zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (9.863 TEUR) beinhalteten die Auflösung von Sonderposten (5.145 TEUR) und die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (4.068 TEUR).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (4.976 TEUR) stammten im Wesentlichen aus dem Projekt Chemnitzer Modell – Stufe 4 – Ausbau Norderweiterung Limbach-Oberfrohna (1.636 TEUR) und dem Projekt Chemnitzer Modell – Stufe 5 – Stollberg – St. Egidien (1.525 TEUR) und bildeten damit den wesentlichen Teil der Materialaufwendungen.

Die Löhne und Gehälter betrugen 3.795 TEUR in 2023 (Vorjahr: 3.371 TEUR) und die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung 880 TEUR (Vorjahr: 777 TEUR). Die Ausgaben stiegen unter anderem aufgrund von Neueinstellungen sowie durch Entgeltanpassungen in Anlehnung an den TVöD, welche durch den Gesellschafter beschlossen wurden.

Die Abschreibungen im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich auf 13.061 TEUR und resultierten insbesondere aus der Abschreibung von Schienenfahrzeugen (10.143 TEUR), der Abschreibung auf Sachanlagen (1.393 TEUR) und der Abschreibung auf Gebäude (1.314 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2.952 TEUR) beinhalteten im Wesentlichen verschiedene betriebliche Kosten (1.015 TEUR), Raumkosten (717 TEUR), Reparaturen und Instandhaltung (610 TEUR) sowie Werbe- und Reisekosten (427 TEUR).

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen gliederten sich in Zinsen zur Finanzierung des Anlagevermögens (5.691 TEUR) und Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten (176 TEUR).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von 22 TEUR ab. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3.1.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und VMS GmbH

Angaben in TEUR	2021	2022	2023
Zuflüsse zu den Umsatzerlösen aufgrund von Verträgen	-1.737	4.261	486
Investitionszuschüsse	33.918	17.616	8.825
Rückzahlung Investitionszuschüsse	-1.087		
Rückzahlung von Darlehen		-10.000	
Zinszahlung aus Gesellschafterdarlehen	-2	-2	-1
Gesamtsumme	31.092	11.875	9.310

Übersicht 7: Finanzbeziehungen der VMS GmbH

Zwischen dem ZVMS und der VMS GmbH besteht seit 2004 ein Geschäftsbesorgungsvertrag, wonach die VMS GmbH als Entgelt die nachgewiesenen Aufwendungen zuzüglich eines Gewinnaufschlages erhält. In 2023 erhielt die VMS GmbH aus laufenden Verträgen 486 TEUR. Des Weiteren gewährte der ZVMS im Berichtsjahr Investitionszuschüsse für Investitionsprojekte von 8.825 TEUR.

3.1.5 Wichtige Kennzahlen der VMS GmbH

	Vorjahr 2021	Vorjahr 2022	Berichtsjahr 2023
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	58,8	24,6	369,6
Vermögensstruktur (%)	66,6	84,5	78,4
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	19,9	23,3	22,0
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	80,1	76,7	78,0
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	181.571	218.014	209.222
kurzfristige Liquidität (%)	160,8	30,0	475,0
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	37,2	3,6	0,4
Gesamtkapitalrendite (%)	1,6	1,7	1,6
Personalaufwandsquote (%)	11,9	3,9	20,1
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	477	1.525	295
Arbeitsproduktivität	8,4	25,4	5,0

Übersicht 8: Kennzahlen der VMS GmbH

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (inkl. 2/3 Sonderposten) beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2023 22,0 % (Vorjahr: 23,3 %). Die korrespondierende Fremdkapitalquote beträgt 78,0% (Vorjahr: 76,7 %).

Die Effektivverschuldung sank gegenüber dem Vorjahr um 8.792 TEUR. Trotz kontinuierlicher Tilgung der Kredite für die EMS-Fahrzeuge und den Eisenbahnbetriebshof nahm das Fremdkapital durch die Auszahlung weiterer Kredittranchen für die Finanzierung der BEMU, Tram-Trains und für den Bau des Eisenbahnbetriebshofes an der Sachsen-Allee sowie aufgrund der Zwischenfinanzierung für das Chemnitzer Modell zu.

Die Eigenkapitalrendite sank trotz des positiven Jahresüberschusses von 22 TEUR von 3,6 % auf 0,4 %.

3.1.6 Ausblick, Chancen und Risiken der VMS GmbH

Das Ziel der Weiterentwicklung des ÖPNV als integriertes Gesamtsystem wird weiterhin verfolgt. Die VMS GmbH wird sich auch in Zukunft als Dienstleister für die Aufgabenträger des ÖPNV engagieren. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung bietet die VMS GmbH bereits die MOOVME-App, das HandyTicket Deutschland sowie Mitteldeutschland mobil an. Dies soll durch ein zentrales Vertriebssystem erweitert werden, welches die VMS GmbH mit seinen Partnerunternehmen umzusetzen plant.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Realisierung des Projektes Chemnitzer Modell mit dem Ziel, eine Verknüpfung zwischen den Netzen der Eisenbahn und der Straßenbahn herzustellen, um mehrere Linien des SPNV umsteigefrei in das Stadtzentrum zu führen und die verbleibenden Umsteigebeziehungen zum regionalen und überregionalen Eisenbahnverkehr zu verbessern.

Für die Realisierung werden beim zuständigen LASuV Fördermittelanträge gestellt. Die Stufen 0, 1 und 2 sind bereits weitestgehend abgeschlossen. Zur Vollendung des Chemnitzer Modells müssen die Stufen 3, 4 und 5 teilweise noch geplant und realisiert werden. Dabei wird insbesondere die Stufe 5 (Ausbau zwischen Stollberg und St. Egidien) in den Folgejahren weiter forciert. Die Stufe 4 (Nordenweiterung nach Limbach-Oberfrohna) ist aktuell in der Planungsphase und stellt dabei das bisher größte Projekt im Chemnitzer Modell dar.

Für das erweiterte Schienennetz des Chemnitzer Modells sowie für die Verbesserung bestehender Eisenbahnstrecken hat sich die VMS GmbH zum Ziel gesetzt, notwendige Schienenfahrzeuge zu beschaffen. Für das bestehende Streckennetz betrifft das die aktuellen Investitionen für BEMU, welche voraussichtlich 2025 den Fahrbetrieb aufnehmen sollen. Für die Erweiterung des Schienennetzes wurden in 2022 weitere 19 Zweisystem-Schienenfahrzeuge (Tram-Trains) bestellt sowie der Neubau der dafür notwendigen Instandhaltungsanlage beschlossen. Die Generierung der Umsatzerlöse aus der Vermietung der Tram-Trains und des Eisenbahnbetriebshofes wird ab 2026 erwartet.

Gemäß Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Jahresüberschuss von 3.112 TEUR erwartet, der ausschließlich der Fahrzeugpool-Sparte zuzuordnen ist.

Zur langfristigen Zielerreichung wird für 2024 mit einem Investitionsvolumen in das Anlagevermögen von 37.031 TEUR geplant. Dieses umfasst im Wesentlichen die Baufortschritte des Chemnitzer Modells sowie die Beschaffung der Tram-Trains. Die beabsichtigten Investitionen in das Umlaufvermögen für 2024 betragen 6.080 TEUR, wovon auch hier der wesentliche Teil für das Chemnitzer Modell vorgesehen ist.

Vor dem Hintergrund des seit Februar 2022 vorherrschenden Ukraine-Konfliktes stellen die damit im Zusammenhang stehenden signifikanten Kostensteigerungen kein erhebliches Risiko für die VMS GmbH dar. Die Geschäftsführung hält an den Planungsvorgaben für 2024 und die Folgejahre fest. Mit dem Wirtschafts-, Investitions- und Liquiditätsplan für das Geschäftsjahr 2024 und mittelfristig bis 2028 hat die Gesellschaft eine belastbare Grundlage für ihr unternehmerisches Handeln im Jahr 2024 und darüber hinaus geschaffen. Dieser wurde in der 69. Aufsichtsratssitzung am 16. Oktober 2023 beraten und am 24. November 2023 in der Verbandsversammlung bestätigt.

Für den Verlauf des Berichtszeitraumes 2023 stellte die Geschäftsführung fest, dass die vorab getroffenen Aussagen zur kurzfristigen Planung bezüglich der Entwicklung der VMS GmbH zutreffend sind. Die langfristigen Planungsaussagen hingegen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen einschlägig sind, können die tatsächlichen Entwicklungen und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von nicht zu beeinflussenden internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Innerhalb des Controllings der VMS GmbH werden bestehende sowie zukunftsrelevante Unternehmensrisiken mit bereits bestehendem Risikomanagement mittels einer Risikomatrix überwacht.

Als Eigentümer von Schienenfahrzeugen trägt die VMS GmbH die typischen Risiken hinsichtlich des Wiedereinsatz- und Verwertungsrisikos. Allerdings werden die Fahrzeuge zu einem kosten- und liquiditätsdeckenden Entgelt berechnet. Die Überprüfung des Entgeltes erfolgt im Zuge der Risikominimierung mindestens einmal jährlich.

Die Liquidität der VMS GmbH wird durch den Geschäftsbesorgungsvertrag gegenüber dem ZVMS und den Kooperationsvertrag gesteuert. Der Kooperationsvertrag regelt die Abrechnung der Verbundarbeit mit den Verkehrsunternehmen. Im Geschäftsbesorgungsvertrag sind die Abrechnungen der laufenden Kosten, Kosten für Investitionen im Verbund und die Abrechnung der Schülerbeförderung geregelt. Dazu werden von der VMS GmbH kontinuierlich Abrechnungspapiere an den ZVMS erstellt und gebucht. Somit ist eine bedarfsgerechte Liquidität stets vorhanden.



3.2 City-Bahn Chemnitz GmbH

3.2.1 Überblick

Postanschrift:	Telefon:	0371 495795-0
Bahnhofstraße 10	Telefax:	0371 495795-241
09111 Chemnitz	E-Mail:	kontakt@city-bahn.de
	Homepage:	www.city-bahn.de

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
	Die CBC ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).
Handelsregister:	Amtsgericht Chemnitz, HRB 14683
Sitz:	Chemnitz
Gründung:	10. März 1997
Beteiligung des ZVMS:	50,004 % seit 1. Januar 2018
Weiterer Gesellschafter:	Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) 49,996 %
Stammkapital:	25.750 EUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	10. März 2020
Geschäftsführer:	Herr Friedbert Straube
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 184 Mitarbeiter (ohne Auszubildende) beschäftigt. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 267 Abs. 5 HGB. Im Vorjahr waren 175 Mitarbeiter bei der CBC beschäftigt.
Unternehmens- gegenstand:	Durchführung und Vorbereitung von Verkehrsleistungen, insbesondere auch im Sinne des Chemnitzer Modells unter Wahrung des Örtlichkeitsprinzips. Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft öffentliche Personenverkehrsdienste, insbesondere im Schienenpersonennahverkehr, mit Straßenbahn und Omnibussen sowie Leistungen als Eisenbahninfrastrukturunternehmen im Zuständigkeitsgebiet des Gesellschafters ZVMS unter Wahrung des Örtlichkeitsprinzips. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Erledigung aller damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.
Unternehmenszweck:	Gesellschaftszweck ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr.

Gesellschafter- versammlung:	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen vertreten durch: Herrn Sven Schulze, Oberbürgermeister Stadt Chemnitz (Verbandsvorsitzender) Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) vertreten durch: Herrn Jens Meiwald (Geschäftsführer) Herrn Roland Warner (Geschäftsführer)
Aufsichtsrat:	Im Geschäftsjahr 2023 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an: • Herr Mario Müller, Beigeordneter Landkreis Zwickau (Vorsitzender) • Herr Michael Stötzer, Bürgermeister Stadt Chemnitz (stellvertretender Vorsitzender) • Herr Rico Ott, Abteilungsleiter Erzgebirgskreis • Herr Mathias Korda, Geschäftsführer VMS GmbH • Herr Thomas Kranz, Abteilungsleiter Landkreis Mittelsachsen • Herr Jens Meiwald, Geschäftsführer VVHC • Herr Falk Ulbrich, Stadtrat Stadt Chemnitz
Abschlussprüfer:	Herr David Schüppel, Wirtschaftsprüfer Nexia GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Chemnitz (vormals RSM GmbH)
Abschlussprüfer seit:	Jahresabschluss 2020
Prüfungsergebnis:	Am 3. April 2024 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2023 erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht der Abschlussprüfer wurden vom Aufsichtsrat in der zweiten Sitzung am 16. Mai 2024 abschließend behandelt. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 26. August 2024 die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung beschlossen.

Die Beteiligung des ZVMS an der CBC besteht seit dem 1. Januar 2018.

3.2.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2023 der CBC

Die CBC ist ein Anbieter im ÖPNV in der Stadt Chemnitz und deren Umland und somit wichtiger Partner im VMS zur Absicherung der Mobilität im Rahmen der Daseinsvorsorge. Durch die Verknüpfung von Eisenbahn- und Straßenbahnnetz zu einem leistungsfähigen integrierten öffentlichen Personennahverkehrssystem wird den Menschen im Ballungsraum eine zuverlässige und umsteigefreie Verkehrsanbindung in die Chemnitzer Innenstadt angeboten. Damit trägt die CBC zur Umsetzung von Verkehrs- und umweltpolitischen Zielsetzungen bei.

Auf Grundlage des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen (ÖPNVG) sind die Zweckverbände für die Erstellung und Fortschreibung der Nahverkehrspläne in den jeweiligen Verbundräumen zuständig. Grundlage für die Bestellung von Verkehrsleistungen des ZVMS ist das in der vierten Fortschreibung des Nahverkehrsplanes definierte Verkehrsangebot.

Rahmenbedingungen

Die Erbringung von Verkehrsleistungen durch die CBC erfolgt zum einen auf Basis des mit dem ZVMS am 18. Dezember 2019 abgeschlossenen Verkehrsvertrages für das Netz des Chemnitzer Modells. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2030 und umfasst die Leistungen auf den von Chemnitz ausgehenden Linien nach Stollberg (C11), Burgstädt (C13), Mittweida (C14), Hainichen (C15), Thalheim (C13, C14) und Aue (C13). Außerdem umfasst der Vertrag Leistungen der Linie RB 92 von Stollberg über St. Egidien nach Glauchau.

Zum anderen wurde ein weiterer Verkehrsvertrag mit dem ZVMS am 3. Juni 2021 geschlossen; dieser umfasst die Verkehrsleistung zwischen Glauchau und Gößnitz (RB 37).



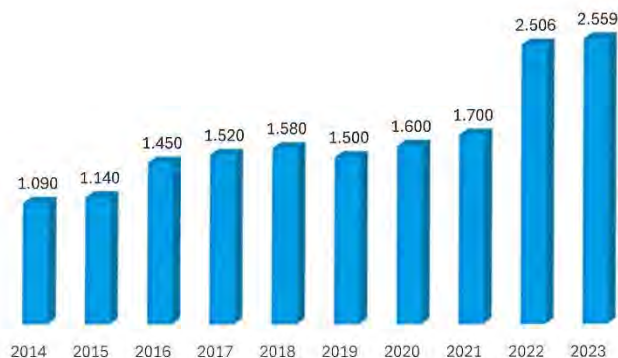
Übersicht 9: Linienplan der CBC

Die CBC erbringt die Leistungen mit sechs eigenen Variobahnen und sechs eigenen Regio-Shuttles sowie zwölf von der Schwestergesellschaft VMS GmbH gemieteten Zweisystem-Fahrzeugen vom Typ City-Link.

Geschäftsverlauf

- Anstieg der geplanten Verkehrsleistungen der CBC im SPNV im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 62 TZug-km

- Gründe dafür sind die ganzjährige Bedienung der Linien C14 nach Thalheim und C13 nach Aue
- von den 2.559 TZug-km wurden 2.446 TZug-km im SPNV und 113 TZug-km im SEV bzw. Busnotverkehr erbracht
- 4,3 Mio. Fahrgäste wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr befördert (+ 9 % gegenüber 2022)



Übersicht 10: Entwicklung der Verkehrsleistungen

- für Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen an der Schieneninfrastruktur ist die CBC nur für den Abschnitt Chemnitz-Altchemnitz – Stollberg verantwortlich
 - Erneuerung der Gleichrichterunterwerke im Jahr 2022 begonnen und in 2023 abgeschlossen; Projektvolumen 495 TEUR
 - Austausch maroder Holzschwellen wurde im August 2023 abgeschlossen; Projektvolumen 389 TEUR
- Instandhaltungsmaßnahmen für die Fahrzeuge:
 - für die Regio-Shuttles fielen 475 TEUR an
 - für die Variobahnen 368 TEUR und
 - für die City-Links 5.391 TEUR (erster Zyklus turnusmäßiger Hauptuntersuchungen)
- bei einer Kollision mit einem Baum am 23. Dezember 2023 entstand an einem City-Link ein massiver Schaden; Reparatur, Begutachtung und Regulierung erfolgten in 2024
- nach Kündigung des Tarifvertrages durch die GDL erfolgten ab November 2023 erste Verhandlungen, die sich bis ins Jahr 2024 teils mit Streikmaßnahmen erstreckten
- Einführung des Deutschlandtickets und Vertrieb über die MOOVME-App
 - Rückgang der Fahrgeldeinnahmen in den klassischen Abonnements sowie beim Verkauf von Einzelfahrscheinen
 - Ausgleich der Fahrgeldverluste über Ausgleichsmittel

3.2.3 Wirtschaftliche Daten der CBC

Bilanz zum 31.12.	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
A Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	291	277	350
II. Sachanlagen	4.016	3.440	3.099
III. Finanzanlagen	1	1	1
	4.308	3.718	3.450
B Umlaufvermögen			
I. Vorräte		5	83
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.757	4.880	2.049
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.854	1.594	10.402
	4.611	6.479	12.534
C Rechnungsabgrenzungsposten	3	8	10
Summe Aktiva	8.922	10.205	15.994
Bilanz zum 31.12.	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
A Eigenkapital			
I. gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	128	128	128
III. Gewinnrücklagen	1.548	1.669	1.669
IV. Verlustvortrag	762	762	578
V. Jahresüberschuss	121	-184	187
	2.585	2.401	2.588
B Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.126	983	871
C Rückstellungen	1.316	1.463	2.660
D Verbindlichkeiten	3.895	5.329	9.848
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	29	27
Summe Passiva	8.922	10.205	15.994

Übersicht 11: Bilanz der CBC

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (10.205 TEUR) um 5.789 TEUR auf 15.994 TEUR erhöht. Die Veränderung resultierte aus zwei gegenläufigen Effekten. Zum einen aus der Erhöhung der liquiden Mittel (+ 8.808 TEUR) und andererseits aus der Abnahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (- 2.831 TEUR) und der Abnahme des Sachanlagevermögens (- 268 TEUR). Dadurch sank der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme von 36,4 % (Vorjahr) auf 21,6 %. Im gleichen Maße stieg der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme um 14,9 % auf 78,4 %.

Die Kapitalstruktur wies im Vergleich zum Vorjahr (23,5 %) eine geringere Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) von 16,2 % auf. Grund hierfür war, dass das Eigenkapital nicht im gleichen Maße wie die Bilanzsumme gestiegen ist.

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 2/3 Sonderposten betrug 19,8 % und ist gegenüber 2022 um 10,2 % gesunken. Die wirtschaftliche Fremdkapitalquote (inkl. 1/3 Sonderposten) stieg im gleichen Zeitraum von 70,0 % auf 80,2 %. Die Verbindlichkeiten stiegen um 4.519 TEUR auf 9.848 TEUR und die Rückstellungen um 1.197 TEUR auf 2.660 TEUR. Für 2023 war die Liquidität durch die gezahlten Betriebskostenzuschüsse des ZVMS gesichert. Es bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 42 TEUR, die planmäßig getilgt wurden.

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.	Plan 2021	Ist 2021	Plan 2022	Ist 2022	Plan 2023	Ist 2023
1 Umsatzerlöse	31.288	30.111	39.102	35.257	37.000	42.555
2 Bestandsveränderung						
3 sonstige betriebliche Erträge	1.424	1.960	726	4.746	1.111	841
4 Materialaufwand	-19.095	-19.158	-25.801	-27.185	-26.831	-28.640
5 Personalaufwand	-8.965	-8.294	-10.238	-9.120	-9.208	-9.987
6 Abschreibungen	-1.800	-1.888	-680	-714	-740	-705
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-2.344	-2.696	-2.179	-3.157	-2.478	-3.719
Erträge aus Wertpapieren des						
8 Finanzanlagevermögens						
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	15	21	7	21	1
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-33	-52	-12	-12	-12	-10
11 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	496	-2	939	-178	-1.137	336
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-156	126	-296	-3		-146
13 sonstige Steuern	-4	-3	-3	-3	-3	-3
14 aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne						
15 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	336	121	640	-184	-1.140	187

Übersicht 12: GuV der CBC

Die Erlöse aus dem Verkehrsvertrag für das Netz des Chemnitzer Modells von 35.752 TEUR und aus dem Verkehrsvertrag für die Strecke Glauchau – Gößnitz von 947 TEUR bildeten die Haupteinnahmequelle der CBC in 2023. Des Weiteren wurden Erträge aus SPNV-Ausgleichszahlungen von 3.801 TEUR (Vorjahr: 3.245 TEUR), Fahrgeldeinnahmen von 1.770 TEUR (Vorjahr: 1.493 TEUR) sowie übrige Umsatzerlöse von 286 TEUR (Vorjahr: 283 TEUR) erzielt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (841 TEUR) setzten sich im Wesentlichen aus übrigen betrieblichen Erträgen von 438 TEUR, Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten von 112 TEUR, Erträgen aus der Regulierung von Schadensfällen durch Versicherer von 107 TEUR sowie periodenfremde Erträge von 94 TEUR und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 76 TEUR zusammen.

Der Materialaufwand stieg gegenüber 2022 um 1.454 TEUR auf 28.640 TEUR an. Der Anstieg resultierte aus den gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen (1.940 TEUR) abzüglich des Rückgangs für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für die Aufwendungen für bezogene Waren (+ 486 TEUR). Die Kosten für Kraftstoff betrugen 2.566 TEUR (Vorjahr: 3.043 TEUR) und für Strom für den Betrieb der Fahrzeuge von 549 TEUR (Vorjahr: 567 TEUR). Die Kosten für bezogene Energieträger sind nach dem deutlichen Anstieg mit Beginn des Ukraine-Konfliktes im Jahr 2022 im Jahr 2023 wieder spürbar gesunken.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (25.461 TEUR) beinhalteten im Wesentlichen Kosten für Trassenentgelte (11.197 TEUR; Vorjahr: 10.968 TEUR), für Wartung und Reparaturen der Fahrzeuge (7.175 TEUR; Vorjahr: 5.916 TEUR), für Stationsentgelte (2.848 TEUR; Vorjahr: 2.825 TEUR) sowie für den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der RIS (1.792 TEUR; Vorjahr: 1.651 TEUR) und Kosten aus der Vermietung und Verpachtung (971 TEUR). Die Aufwendungen aus Vermietung und Verpachtung resultierten aus der Anmietung der City-Links von der VMS GmbH und aus der Anmietung einer Abstellfläche für die City-Links von der CVAG.

Der Personalaufwand (9.987 TEUR) stieg gegenüber 2022 um 867 TEUR an. Die Abschreibungen im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen 705 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (3.719 TEUR) stiegen gegenüber 2022 um 563 TEUR.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 188 TEUR ab. Die Gesellschafterversammlung der CBC hat am 26. August 2024 beschlossen, den Jahresüberschuss für betriebsnotwendige Investitionen den Gewinnrücklagen zuzuführen.

3.2.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und CBC

Angaben in TEUR	2021	2022	2023
Betriebskostenzuschüsse	25.486	31.689	42.990
Ausgleichszahlungen (inkl. Deutschlandticket)	858	795	1.249
anteilige Gewinnausschüttung			
Zahlung aus Investitionsprojekten		-27	
Gesamtsumme	26.344	32.457	44.239

Übersicht 13: Finanzbeziehungen zwischen der CBC

Die Anteile der CBC werden zu 50,004 % vom ZVMS und zu 49,996 % von der VVHC gehalten.

Im Jahr 2023 erhielt die CBC für bestellte Verkehrsleistungen (inkl. Corona-Billigkeitsleistungen und Erstattungen) 42.990 TEUR vom ZVMS. Weiterhin zahlte der ZVMS Ausgleichsleistungen aus Durchtarifierungsverlusten von 730 TEUR und Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket von 519 TEUR aus.

3.2.5 Wichtige Kennzahlen der CBC

	Vorjahr 2021	Vorjahr 2022	Berichtsjahr 2023
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	267,0	575,4	161,0
Vermögensstruktur (%)	48,3	36,4	21,6
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	37,4	30,0	19,8
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	62,6	70,0	80,2
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	972	666	281
kurzfristige Liquidität (%)	94,2	97,5	172,1
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	4,7	-7,7	7,2
Gesamtkapitalrendite (%)	1,9	-1,9	1,1
Personalaufwandsquote (%)	27,5	25,9	23,5
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	187	201	231
Arbeitsproduktivität	3,6	3,9	4,3

Übersicht 14: Kennzahlen der CBC

Die bilanzielle Eigenkapitalquote (inkl. 2/3 des Sonderpostens) verringerte sich von 30,0 % auf 19,8 %. Im gleichen Maße erhöhte sich die Fremdkapitalquote um 10,2 % auf 80,2 %. Die Eigenkapital- und die Gesamtkapitalrendite erhöhten sich durch das positive Jahresergebnis.

3.2.6 Ausblick, Chancen und Risiken

Mit der aktuellen Gesellschafterstruktur konnte neben dem Verkehrsvertrag für das Netz des Chemnitzer Modells mit einer Laufzeit bis 2030 auch der Verkehrsvertrag für die Verkehrsleistungen Glauchau – Gößnitz direkt an die CBC vergeben werden. Der abgeschlossene Verkehrsvertrag Netz Chemnitzer Modell ermöglicht der CBC, jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung und ggf. mit Fortschreibungen des Wirtschaftsplanes kurzfristig auf tatsächlich notwendige Kosten, die im Rahmen der Erbringung von Verkehrsleistungen anfallen, zu reagieren. Mit Erstellung des Wirtschaftsplanes der CBC erfolgt die Abstimmung der Berechnung des Bestellerentgeltes mit dem ZVMS. Dies führt zu einer deutlichen Verringerung des wirtschaftlichen Risikos für die CBC im Vergleich zu den üblichen Geschäftsmodellen im SPNV und deren branchenüblichen Risiken (Kosten- und Erlösprognosen).

Entsprechend des Baufortschrittes der einzelnen Stufen des Chemnitzer Modells können über den Verkehrsvertrag auf dem stetig wachsenden Netz durch den ZVMS Leistungen bestellt und von der CBC durchgeführt werden. Damit sind die bestehenden und zusätzlichen SPNV-Leistungen - und damit das wesentliche Geschäftsfeld der CBC - bis Ende 2030 bedarfsorientiert und somit stabil finanziert.

Die CBC rechnet mit einer weiteren Zunahme der Fahrgastzahlen. Positiv wirkt dabei der gesellschaftliche Trend einer Verkehrswende hin zu nachhaltigeren Mobilitätslösungen mit einer Verlagerung der Verkehrsströme vom Individualverkehr hin zu anforderungsgerechten ÖPNV-Angeboten. Neben dem positiven Effekt steigender Fahrgastzahlen sind mit der Einführung des Deutschlandtickets Risiken der Finanzierung für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger verbunden.

Zwischen der GDL und der CBC laufen seit der Kündigung des im Jahr 2022 geschlossenen Tarifvertrages zum 30. Juni 2023 Verhandlungen zu neuen tariflichen Regelungen für Mitarbeiter im Betriebsdienst. Eine aus der Tarifvertragsverhandlung zu erwartende Erhöhung der Personalkosten wurde in den Wirtschaftsplänen entsprechend berücksichtigt. Risiken aus der Leistungserbringung ergeben sich aus Engpässen in der Rekrutierung geeigneter Mitarbeiter für den Eisenbahnbetriebsdienst am Arbeitsmarkt.

Für das Geschäftsjahr 2024 steht weiterhin die Leistungserbringung der bestellten Verkehrsleistungen durch den ZVMS auf den Linien des Chemnitzer Modells sowie der RB 92 und RB 37 im Mittelpunkt.

Die vorhandenen Prozesse im Sicherheitsmanagementsystem werden ständig weiterentwickelt und den Anforderungen angepasst; grundsätzlich deckt die vorhandene Sicherheitsbescheinigung alle geplanten Leistungen ab.

Die CBC beteiligt sich am unternehmensübergreifenden Projekt „Einführung eines Zentralen Vertriebssystems“. Ziel sind die Optimierung vertrieblicher Prozesse und die Schaffung der Möglichkeit, Abonnements in Papierform, in digitaler Form und in Form einer Chipkarte auszugeben.

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet die CBC mit Erträgen von 49,0 MEUR. Dem stehen Materialaufwendungen von 31,2 MEUR sowie Personalaufwendungen von 11,9 MEUR gegenüber. Es wird mit einem Ergebnis vor Steuern von 2,8 MEUR gerechnet. Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich auf 1,4 MEUR. Alle Investitionen sollen durch Eigenmittel finanziert werden.

Des Weiteren wird die Liquiditätsplanung zur Vermeidung von Zahlungsausfällen weiter optimiert und dadurch eine weitere Konkretisierung der Wirtschaftsplanung erreicht.

Das Risikomanagementsystem wird zukünftig auf alle Bereiche des Unternehmens ausgeweitet und angewendet.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Chancen- und Risikolage sowie der organisatorischen Ausrichtung der CBC die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für einen mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.



3.3 SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH

3.3.1 Überblick

Postanschrift:
Geyersdorfer Straße 32
09456 Annaberg-Buchholz

Telefon: 03733-1510
Telefax: 03733-22154
E-Mail: kontakt@sdg-bahn.de
Homepage: www.sdg-bahn.de

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
	Die SDG ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB).
Handelsregister:	Amtsgericht Chemnitz, HRB 15370
Sitz:	Annaberg-Buchholz
Gründung:	5. September 1997
Beteiligung des ZVMS:	33,33 % seit 1. Januar 2019
Weiterer Gesellschafter:	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe (ZVOE) 66,67 %
Stammkapital:	30.000 EUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	11. Dezember 2018
Geschäftsführer:	Herr Roland Richter
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 111 Mitarbeiter (ohne Auszubildende) beschäftigt. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 267 Abs. 5 HGB. Im Vorjahr waren 112 Mitarbeiter angestellt.
Unternehmensgegenstand:	Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig die Erbringung des öffentlichen Eisenbahnverkehrs und das Betreiben von Eisenbahninfrastruktur, insbesondere der Schmalspurbahnen Cranzahl – Kurort Oberwiesenthal (Fichtelbergbahn), Radebeul – Radeburg (Lößnitzgrundbahn) und Freital-Hainsberg – Kurort Kipsdorf (Weißeritztalbahn).
Unternehmenszweck:	Gesellschaftszweck ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr.
Gesellschafterversammlung:	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe vertreten durch: Herrn Michael Geisler, Landrat Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Verbandsvorsitzender) Herrn Sven Schulze, Oberbürgermeister Stadt Chemnitz (Verbandsvorsitzender)

Aufsichtsrat: Im Geschäftsjahr 2023 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an:

- Herr Rainer Kutschke, Landrat a. D. (Vorsitzender)
- Herr Mathias Korda, Geschäftsführer VMS GmbH (stellvertrete Vorsitzender)
- Herr Burkhard Ehlen, Geschäftsführer VVO GmbH
- Herr Andreas Herr, Beigeordneter im Landkreis Meißen
- Frau Kati Kade, Beigeordnete im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- Herr Rico Ott, Abteilungsleiter im Landratsamt Erzgebirgskreis

Abschlussprüfer: Frau Jana Hesse, Wirtschaftsprüferin
Nexia GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Chemnitz
(vormals RSM GmbH)

Abschlussprüfer seit: Jahresabschluss 2022

Prüfungsergebnis: Am 27. Mai 2024 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2023 erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht der Abschlussprüfer wurden vom Aufsichtsrat zur 91. Sitzung am 25. Juni 2024 abschließend behandelt (AR 01-91/2024). Die Gesellschafterversammlung wird im Umlaufverfahren (U GV SDG 01/2024) die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und die Entlastung des Aufsichtsrates beschließen. Der Umlaufbeschluss wurde nach Beschluss der Verbandsversammlung am 20. September 2024 vom Verbandsvorsitzenden des ZVMS unterschrieben. Die Unterschrift des Verbandsvorsitzenden des ZVOE erfolgt erst nach der Verbandsversammlung.

Die Beteiligung des ZVMS an der SDG besteht seit dem 1. Januar 2019.

3.3.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2023 der SDG

Die SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH (SDG) ist seit 1998 als Eisenbahnverkehrs- (EVU) und Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) im SPNV tätig und firmiert seit 2007 unter diesem Namen. Die Gesellschaft betreibt als SPNV-Unternehmen mit touristischer Prägung drei Schmalspurbahnen mit einer Spurweite von 750 mm

- Fichtelbergbahn	Cranzahl - Oberwiesenthal	17,4 km
- Lößnitzgrundbahn	Radebeul Ost - Radeburg	16,6 km
- Weißeritztalbahn	Freital Hainsberg - Kurort Kipsdorf	26,1 km

sowie normalspurige Anschlussbahnen in Cranzahl. Ihr Einzugsgebiet befindet sich in den Landkreisen Erzgebirgskreis, Meißen sowie Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Basis für den Geschäftsbetrieb bilden die geschlossenen Verkehrsverträge mit den Aufgabenträgern ZVOE für die Lößnitzgrund- und die Weißeritztalbahn und ZVMS für die Fichtelbergbahn. In den nachfrageschwachen Monaten März und November gibt es jeweils zwei 19-tägige Sperrpausen für Bauarbeiten.

Rahmenbedingungen

Die Finanzierung erfolgt auf Grundlage der ÖPNVFinVO mit Verweis auf die gesonderte Position für den Betriebskostenzuschuss der Schmalspurbahnen im Haushalt des Freistaates Sachsen.

Für Investitionen beantragt die SDG beim LASuV Fördermittel nach der Förderrichtlinie für Schmalspurbahnen.

Geschäftsverlauf

- Einführung des Deutschlandtickets im Mai 2023 prägte das abgelaufene Jahr maßgeblich
- SDG vertreibt das Deutschlandticket nicht, erkennt dieses aber unter dem Erwerb eines SDG-Historik-Zuschlages an
- Einnahmeverluste wurden durch die Beantragung von Ausgleichsmitteln nach DTFinVO 2023 kompensiert
- Kostensteigerungen für Energie aufgrund des Ukraine-Konfliktes und des Anstieges der Inflation wurden durch den Freistaat Sachsen mit zusätzlichen Regionalisierungsmitteln für 2022 und 2023 Rechnung getragen, Auszahlung erfolgte 2023
- Umstellung des Betriebsregimes ab Fahrplanwechsel 2022 auf allen drei Bahnen auf Ein-Zug-Betrieb
- Entwicklung der Fahrgastzahlen 2023 gegenüber 2022:

Fichtelbergbahn	220.608 Fahrgäste	(- 7,9 %);	Vorjahr: 239.557 Fahrgäste
Lößnitzgrundbahn	168.715 Fahrgäste	(- 36,4 %);	Vorjahr: 265.459 Fahrgäste
Weißeritztalbahn	124.871 Fahrgäste	(- 43,4 %);	Vorjahr: 220.614 Fahrgäste

- rückläufige Fahrgastzahlen im Vergleich zu 2022 werden mit hoher Nachfrage durch 9-Euro-Ticket in 2022 begründet
- Fertigstellung des 1. BA Wagenwerkstatt Radebeul-Ost im September 2023
- Verlegung des Kohlelagerplatzes der Fichtelbergbahn von Cranzahl nach Oberwiesenthal (Generierung von Einspareffekten, da Belieferung mit LKW)
- Tarifaabschluss zwischen SDG und EVG wird zukünftig zu deutlichen Steigerungen im Personalaufwand führen

3.3.3 Wirtschaftliche Daten der SDG

Bilanz zum 31.12. in TEUR	Ist 2021	davon anteilig ZVMS	Ist 2022	davon anteilig ZVMS	Ist 2023	davon anteilig ZVMS
A Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	55	18	53	18	34	11
II. Sachanlagen	3.274	1.091	4.445	1.482	2.125	708
III. Finanzanlagen						
	3.329	1.110	4.498	1.499	2.159	720
B Umlaufvermögen						
I. Vorräte	1.108	369	1.560	520	1.429	476
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	950	317	1.240	413	623	208
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.666	889	1.343	448	2.179	726
	4.724	1.575	4.143	1.381	4.231	1.410
C Rechnungsabgrenzungsposten	124	41	140	47	65	22
Summe Aktiva	8.177	2.726	8.781	2.927	6.455	2.152
Bilanz zum 31.12. in TEUR	Ist 2021	davon anteilig ZVMS	Ist 2022	davon anteilig ZVMS	Ist 2023	davon anteilig ZVMS
A Eigenkapital						
I. gezeichnetes Kapital	30	10	30	10	30	10
II. Kapitalrücklage	456	152	456	152	456	152
III. Bilanzgewinn	3.729	1.243	3.928	1.309	4.119	1.373
	4.215	1.405	4.414	1.471	4.605	1.535
B Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.293	764	2.624	875	0	0
C Rückstellungen	665	222	563	188	704	235
D Verbindlichkeiten	974	325	1.156	385	1.106	369
E Rechnungsabgrenzungsposten	30	10	24	8	40	13
Summe Passiva	8.177	2.726	8.781	2.927	6.455	2.152

Übersicht 15: Bilanz der SDG

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (8.781 TEUR) um 2.326 TEUR auf 6.455 TEUR verringert. Dies resultiert hauptsächlich aus der Fertigstellung der Wagenwerkstatt in Radebeul-Ost (1. BA). Die fertiggestellten Anlagen wurden mit den gewährten Fördermitteln durch das LASuV und Zuschüssen durch den ZVOE verrechnet (insgesamt 2.624 TEUR). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme sank von 51,2 % im Vorjahr auf 33,5 % in 2023. Grund für die Abnahme ist der bereits beschriebene Effekt. Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr zugunsten des Umlaufvermögens entwickelt, dessen Anteil am Gesamtvermögen auf 65,6 % (Vorjahr 47,2 %) gestiegen ist.

Der Bestand an Vorräten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im Vergleich zum Vorjahr um 131 TEUR zurückgegangen. Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2023 auf 2.179 TEUR (Vorjahr: 1.343 TEUR).

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde mit Fertigstellung der Wagenwerkstatt Radebeul-Ost (1. BA) komplett aufgelöst und mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten verrechnet und aktiviert.

Die Rückstellungen (704 TEUR) bestanden im Wesentlichen aus Personalrückstellungen (283 TEUR), für unterlassene Instandhaltung des rollenden Materials (97 TEUR), ausstehenden Zinsen (63 TEUR), Rückforderungen aus Corona-Billigkeitsleistungen für 2022 (49 TEUR) sowie Abschluss- und Prüfungskosten (44 TEUR). Die Verbindlichkeiten (1.106 TEUR) unterteilten sich in Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 406 TEUR sowie in sonstige Verbindlichkeiten von 700 TEUR.

Die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 2/3 des Sonderpostens betrug 71,3 % und ist leicht angestiegen. Korrespondierend dazu sank die Fremdkapitalquote inkl. 1/3 Sonderposten von 29,8 % auf 28,7 %.

Die SDG erzielte im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 191 TEUR, der zusammen mit den in den Vorjahren gebildeten Bilanzgewinnen vorgetragen wird. Nach Vortragung des Jahresüberschusses von 2023 und der Vorjahre betrug der Bilanzgewinn 4.119 TEUR.

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12. in TEUR	Ist 2021	davon anteilig ZVMS	Ist 2022	davon anteilig ZVMS	Ist 2023	davon anteilig ZVMS
1 Umsatzerlöse	8.983	2.994	9.074	3.025	10.340	3.447
2 Bestandsveränderung	0	0	0	0	0	0
3 sonstige betriebliche Erträge	1.671	557	2.727	909	1.528	509
4 Materialaufwand	-3.569	-1.190	-4.028	-1.343	-4.308	-1.436
5 Personalaufwand	-4.804	-1.601	-5.038	-1.679	-5.119	-1.706
6 Abschreibungen	-272	-91	-335	-112	-304	-101
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.638	-546	-2.150	-717	-1.919	-640
8 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0	0	2	1
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-92	-31	-40	-13	-20	-7
10 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	280	93	210	70	200	67
11 Steuern vom Einkommen und Ertrag						
12 sonstige Steuern	-9	-3	-11	-4	-9	-3
13 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	271	90	199	66	191	64

Übersicht 16: GuV der SDG

Die Umsatzerlöse von 10.340 TEUR bestanden aus Zuschüssen aus Verkehrsverträgen von 7.432 TEUR und aus Tarif- und sonstigen Erlösen von 2.908 TEUR.

Für Zuschüsse aus Verkehrsverträgen zahlte der ZVOE 4.950 TEUR für die Lößnitzgrund- und die Weißeritztalbahn und der ZVMS 2.381 TEUR für die Fichtelbergbahn.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1.528 TEUR) setzten sich im Wesentlichen aus Erträgen für die Ausgleichsleistung Deutschlandticket der beiden Gesellschafter (317 TEUR), einer Betriebshilfe des ZVMS für Mehrkosten Energie für die Fichtelbergbahn (250 TEUR), sonstigen Zuwendungen (229 TEUR) und Erträgen im Rahmen der Corona-Pandemie für 2022 (163 TEUR) zusammen.

Der Materialaufwand (4.308 TEUR) beinhaltete die Aufwendungen für bezogene Leistungen von 2.579 TEUR und Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von 1.729 TEUR. Die Hauptkostentreiber waren vor allem Aufwendungen für Fremdreparaturen von 1.743 TEUR, Kohle, Treib- und Schmierstoffe (1.393 TEUR), Aufwendungen für Energie, Gas und Wasser (362 TEUR), Winterdienst (143 TEUR) und für Fremdreinigung Fahrzeuge (113 TEUR).

Der Personalaufwand inkl. Sozialabgaben betrug 5.119 TEUR und die Abschreibungen beliefen sich auf 304 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1.919 TEUR) sanken gegenüber dem Vorjahr (2.150 TEUR) um 231 TEUR.

3.3.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und SDG

Angaben in TEUR	2021	2022	2023
Betriebskostenzuschüsse (inkl. Corona-Billigkeitsleistungen und Ausgleichsleistungen Deutschlandticket)	2.552	2.892	3.104
Investitionskostenzuschüsse (Finanzhilfen)	80		100
Gesamtsumme	2.632	2.892	3.204

Übersicht 17: Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und SDG

Durch den Erwerb von Anteilen an der SDG entstand zwischen dem ZVMS und der SDG ein Beteiligungsverhältnis. Bereits vor Bestehen des Beteiligungsverhältnisses hatte der ZVMS mit der SDG einen Vertrag über die Erbringung von Verkehrsleistungen im Verbundgebiet abgeschlossen. Aus dem Verkehrsvertrag erhielt die SDG Betriebskostenzuschüsse von 3.104 TEUR (inkl. Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket von 166 TEUR und Corona-Billigkeitsleistungen von 89 TEUR).

3.3.5 Wichtige Kennzahlen der SDG

	Vorjahr 2021	Vorjahr 2022	Berichtsjahr 2023
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	21,1	23,1	29,6
Vermögensstruktur (%)	40,7	51,2	33,4
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	70,2	70,2	71,3
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	29,8	29,8	28,7
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	-2.289	-1.525	-2.380
kurzfristige Liquidität (%)	295,8	249,2	237,3
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	6,4	4,5	4,1
Gesamtkapitalrendite (%)	4,4	2,7	3,3
Personalaufwandsquote (%)	53,5	55,5	49,5
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	82	75	86
Arbeitsproduktivität	1,9	1,8	2,0

Übersicht 18: Kennzahlen der SDG

Die Passiva besteht aus 71,3 % bilanziellem Eigenkapital (inkl. 2/3 Sonderposten) und zu 28,7 % aus Fremdkapital (inkl. 1/3 Sonderposten). Gegenüber dem Vorjahr stieg das Eigenkapital inkl. 2/3 des Sonderpostens leicht an. Die Effektivverschuldung liegt bei - 2.380 TEUR, dies bedeutet, dass das Umlaufvermögen das Fremdkapital übersteigt.

Der Pro-Kopf-Umsatz stieg gegenüber 2022 um 11 TEUR und pendelt zwischen 70 TEUR und 90 TEUR.

3.3.6 Ausblick, Chancen und Risiken

Die Tourismusbranche erholt sich langsam von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Der Trend in der Gesellschaft, verstärkt zur Nutzung regionaler Freizeit- und Tourismusangebote überzugehen, stellt auch für die Schmalspurbahnen der SDG eine Chance dar. Insbesondere touristische Synergieeffekte mit Reiseveranstaltern, Hotels und Tourismusverbänden können zusätzliche Umsätze generieren. Dementsprechend liegt auch der Fokus auf der Akquise von Gruppenreisen, um die Züge kontinuierlich auszulasten.

In Bezug auf die weitere strategische Entwicklung des Unternehmens wird auf die Umsetzung des Werkstattkonzeptes der SDG und respektive auch der Verwirklichung des Inhaltes des Sächsischen Werkstattkonzeptes für Schmalspurbahnen ein hoher Stellenwert beigemessen. Dies drückt sich aus in Aktivitäten der SDG im investiven Bereich. Mit dem weiteren Ausbau des Werkstattstandortes Radebeul-Ost werden Chancen gesehen, mittels eines modernen Werkstattbetriebes die Fertigungstiefen im Instandhaltungsbereich entsprechend den Erfordernissen des Instandhaltungsmarktes anzupassen.

Im Zusammenhang mit den immer stärker werdenden Diskussionen in der Öffentlichkeit zur Durchsetzung beschlossener Klimaziele im Rahmen des Umwelt- und Klimaschutzes besteht für die SDG die Gefahr, dass die Schmalspurbahnen aufgrund ihrer dampfbetriebenen Lokomotiven und der als Brennstoff verwendeten Steinkohle ins negative Licht gerückt werden. Im Rahmen der Marketingaktivitäten wird die SDG die Aspekte Nachhaltigkeit von verwendeten Rohstoffen und Materialien (u. a. der Einsatz von Recyclingkunststoffschwellen, die als Ersatz für Holzschnellen eingebaut werden) in den Fokus rücken.

Außerdem wird die ab dem 1. Januar 2023 eingeführte CO₂-Bepreisung auf den Verbrauch von Steinkohle langfristig steigen, was die Materialkosten nochmals anwachsen lässt. Zwar wirkt sich die Bereitstellung zusätzlicher Regionalisierungsmittel im Rahmen der ÖPNVFinVO entlastend aus, jedoch bleibt der Beigeschmack des zusätzlichen Finanzmittelbedarfes und der Umgang mit dem Thema Steinkohle hinsichtlich CO₂-Ausstoßes an sich.

Zudem stellt sich die Verfügbarkeit von geeigneter Kohle für den Dampflokomotivenbetrieb langfristig als unklar heraus. Gegebenenfalls müssen die Lokomotiven der SDG auf alternative Energieträger umgestellt werden, beispielsweise auf Leichtölförderung oder Feuerung mittels umweltfreundlicher eFuels.

Das Deutschlandticket, das die SDG nur anerkennt, aber nicht verkauft, da die SDG in ihrem Haustarifsortiment keine Abonnements verankert hat, wird begleitet von der Einführung eines Historik-Zuschlages - eine Tageskarte, die für alle drei Bahnen gilt. Die SDG will über diesen Weg die Liquidität absichern.

Darüber hinaus bestehen Risiken bezüglich von Kostensteigerungen bei dem Einkauf von Rohstoffen, Dienstleistungen und Energie, die nicht über die Bestellerentgelte abgedeckt werden können. Des Weiteren bestehen Risiken bei der Gewinnung von Fachkräften und in der Instandhaltungsbranche. Aktuell kann die SDG noch aus einem Pool an Bewerbern schöpfen.

Regulatorisch stellen die Änderungen im Energieeffizienzgesetz sowie die NIS-2-Richtlinie die SDG organisatorisch und administrativ zukünftig vor neue zusätzliche Herausforderungen. Hier kommen für die Umsetzung von Zertifizierungsanforderungen entsprechende Kosten sowohl im Personalbereich als auch für den Zertifizierungsaufwand auf die SDG zu.

Die SDG erwartet laut Plan für 2024 Umsatzerlöse von 10.758 TEUR, darunter Fahrgeldeinnahmen von 2.570 TEUR und Ausgleichszahlungen von 7.838 TEUR.

Im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschlandtickets können die Fahrgeldeinnahmen nicht verlässlich ermittelt werden. Die Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket erfolgen über die DTFinVO und werden als sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen.

Unklar hingegen ist die Entwicklung der Materialkosten aufgrund der zwar derzeit leicht sinkenden, jedoch immer noch hohen Inflationsrate. Zudem stellt die Entwicklung der Energiepreise, insbesondere Steinkohle, Strom und Gas, eine gewisse Unsicherheit dar.

In Summe sind für 2024 Investitionen von 2.857 TEUR geplant, darin verankert ist auch die Fortführung der Investitionsmaßnahme Neubau Lokomotivwerkstatt in Radebeul-Ost, 2. BA. Die Finanzierung der Maßnahme steht noch unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch den Gesellschafter und der Gewährung von Fördermitteln über die Förderrichtlinie für Schmalspurbahnen.

Bestandsgefährdende bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage über den beschriebenen Umfang hinaus beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht bekannt.



3.4 Deutschlandtarifverbund-GmbH (DTVG)

3.4.1 Überblick

Postanschrift:
Speicherstraße 59
60327 Frankfurt am Main

E-Mail:
info@deutschlandtarifverbund.de
Homepage
www.deutschlandtarifverbund.de

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
	Die DTVG ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB).
	Gemäß § 15 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen des HGB aufzustellen und zu prüfen.
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 119746
Sitz:	Frankfurt am Main
Gründung:	9. Juni 2020
Beteiligung des ZVMS:	1,36% zum 31. Dezember 2023
Weitere Gesellschafter:	siehe Übersicht
Stammkapital:	54.975 EUR
aktueller Gesellschaftsvertrag vom:	9. Juni 2020
Geschäftsführer:	Herr Johann von Aweyden
Beschäftigte:	Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 14 Mitarbeiter beschäftigt. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 267 Abs. 5 HGB. Im Vorjahr waren 11 Mitarbeiter angestellt.
Unternehmensgegenstand:	Erbringung und Beauftragung von Dienstleistungen zur Begründung und Fortentwicklung des verbund- und landestarifüberschreitenden SPNV-Tarifes.
Unternehmenszweck:	Die Fortentwicklung in den Bereichen Vertrieb, Marktforschung und Kommunikation sowie die Durchführung und Abwicklung der Einnahmenaufteilung, das diesbezügliche Berichtswesen sowie sämtliche Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen SPNV, sofern dies von den Gesellschaftern gewünscht wird.
Gesellschafterversammlung:	siehe Anlage

Aufsichtsrat: Im Geschäftsjahr 2023 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Personen an:

- Frau Ines Benderoth (Vorsitzende) Leiterin Erlösmanagement
- Frau Anja Niebuhr (stellvertretende Vorsitzende) Abteilungsleiterin Tarif, Vertrieb & Erlösmanagement
- Frau Katharina Orth (stellvertretende Vorsitzende), Leitende Angestellte
- Herr Nils Dreyhaupt, Projektleiter strategisches Erlösmanagement
- Herr Jörg Strubberg, Leiter Erlösmanagement
- Herr Klaus Wittmann, Volljurist
- Herr Tilo Kühnhausen, Leiter Marketing und Vertrieb
- Herr Martin Winter, Abteilungsleiter
- Herr Jörg Büttner, Abteilungsleiter

Abschlussprüfer: Herr Tim Sichtung, Wirtschaftsprüfer
PKF Industrie- und Verkehrstreuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München

Abschlussprüfer seit: Jahresabschluss 2020

Prüfungsergebnis: Am 19. Juli 2024 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2023 erteilt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

In der 50. Sitzung des Aufsichtsrates am 25. Juli 2024 hat dieser den Jahresabschluss abschließend behandelt. Der Aufsichtsrat nimmt den Jahresabschluss 2023 sowie das Testat des Wirtschaftsprüfers zur Kenntnis und empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Genehmigung des Jahresabschlusses 2023 und der darin gestellten Ergebnisverwendung (B406/2024).

Die Gesellschafterversammlung beschloss am 5. September 2024 die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und die Ergebnisverwendung (Vortragen des Verlustes von 539.758,84 EUR auf neue Rechnung) sowie die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung.

Die Beteiligung des ZVMS an der DTVG besteht seit dem 18. März 2021.

Übersicht über die Gesellschafter der DTVG zum 31. Dezember 2023

Gesellschafter	EUR	Gesellschafts- anteile	Anteil
DB Regio AG	14.550,00	194	26,47%
Land Baden Württemberg	3.750,00	50	6,82%
Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	3.150,00	42	5,73%
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	2.025,00	27	3,68%
Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)	2.025,00	27	3,68%
Landesverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.800,00	24	3,27%
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR	1.650,00	22	3,00%
Zweckverband go.Rheinland	1.275,00	17	2,32%
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord	1.275,00	17	2,32%
HLB Hessenbahn GmbH	1.050,00	14	1,91%
Nordhessischer VerkehrsVerbund (NVV) Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH	975,00	13	1,77%
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	975,00	13	1,77%
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd	900,00	12	1,64%
DB RegioNetz Verkehrs GmbH	900,00	12	1,64%
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	825,00	11	1,50%
SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG	750,00	10	1,36%
VMV-Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	750,00	10	1,36%
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	750,00	10	1,36%
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	675,00	9	1,23%
Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe	675,00	9	1,23%
Die Länderbahn GmbH	600,00	8	1,09%
Bayerische Oberlandbahn GmbH	600,00	8	1,09%
Eurobahn GmbH & Co. KG	600,00	8	1,09%
National Express Rail GmbH	600,00	8	1,09%
Saarland (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr)	600,00	8	1,09%
VAS Rail GmbH	600,00	8	1,09%
AVG Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH	450,00	6	0,82%
City-Bahn Chemnitz GmbH	450,00	6	0,82%
Erfurter Bahn GmbH	450,00	6	0,82%
NordWestBahn GmbH	450,00	6	0,82%
Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft mbH	450,00	6	0,82%
Regionalverband Großraum Braunschweig	450,00	6	0,82%
Regionalverkehre Start Deutschland GmbH	450,00	6	0,82%
SBB GmbH	450,00	6	0,82%
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	300,00	4	0,55%
Bayerische Regiobahn GmbH	300,00	4	0,55%
Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH	300,00	4	0,55%
Go-Ahead Bayern GmbH	300,00	4	0,55%
Metronom Eisenbahngesellschaft mbH	300,00	4	0,55%
S-Bahn Hamburg GmbH	300,00	4	0,55%
Transdev Regio Ost GmbH	300,00	4	0,55%
Transdev Rhein-Ruhr GmbH	300,00	4	0,55%
Transdev Verkehr GmbH	300,00	4	0,55%
Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH	300,00	4	0,55%
vlexx GmbH	300,00	4	0,55%
WestfalenBahn GmbH	300,00	4	0,55%
NEB Betriebsgesellschaft mbH	300,00	4	0,55%
nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	150,00	2	0,27%
Agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	150,00	2	0,27%
Agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG	150,00	2	0,27%
cantus Verkehrsgesellschaft mbH	150,00	2	0,27%
Eisenbahn-Bau und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH	150,00	2	0,27%
Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH	150,00	2	0,27%

Gesellschafter	EUR	Gesellschafts- anteile	Anteil
erixx GmbH	150,00	2	0,27%
erixx Holstein GmbH	150,00	2	0,27%
Freiberger Eisenbahngesellschaft mbH	150,00	2	0,27%
Hanseatische Eisenbahn GmbH	150,00	2	0,27%
nordbahn Verkehrsgesellschaft Nord mbH	150,00	2	0,27%
nordbahn Verkehrsgesellschaft Ost-West mbH	150,00	2	0,27%
RegioTram Gesellschaft mbH	150,00	2	0,27%
SAB Schwäbische Alb-Bahn GmbH	150,00	2	0,27%
S-Bahn Berlin GmbH	150,00	2	0,27%
Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois	150,00	2	0,27%
Süd-Thüringen-Bahn GmbH	150,00	2	0,27%
Transregio Deutsche Regionalbahn GmbH	150,00	2	0,27%
Transdev Hannover GmbH	150,00	2	0,27%
VIAS GmbH	150,00	2	0,27%
Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft mbH	150,00	2	0,27%
	54.975,00	733	100,00%

Übersicht 19: Übersicht Gesellschafter

3.4.2 Verlauf des Geschäftsjahres 2023 der DTVG

Die DTVG wurde im Jahr 2020 mit dem Ziel gegründet, den deutschlandweiten SPNV-Tarif entsprechend den Markterfordernissen weiterzuentwickeln und verkörpert eine tarifbezogene Entscheidungsplattform und Interessensvertretung aller Gesellschafter. Zu den Gesellschaftern zählen aktuell 19 Aufgabenträgerorganisationen und 49 Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Mit dem Startschuss am 1. Januar 2022 hat der Deutschlandtarif (D-TARIF) den Nahverkehrstarif der Deutschen Bahn (BBDB, C-Preis) abgelöst. Damit hat der DTV die Aufgaben des Tarifverbandes der Bundeseigenen und Nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Deutschland (TBNE) übernommen und führt diese mit erweitertem Aufgabenspektrum fort.

Der Aufgabenbereich des DTV umfasst die Tarifpflege des Deutschlandtarifes, die Durchführung der Einnahmenaufteilung, das Clearing der aus der Einnahmenaufteilung resultierenden Zahlungsausgleiche zwischen den Tarifiernehmern sowie die Abrechnung der Vertriebsprovisionen, welche sich aus dem Ein- und Verkauf der Vertriebsleistungen ergeben.

Darüber hinaus werden Regie-, Koordinations- und Unterstützungsaufgaben für die Gesellschafter und Partner im D-TARIF geleistet. Das Unternehmen wird vollständig durch die Gesellschafter und die den D-TARIF anwendenden Unternehmen (Tarifiernehmer) finanziert.

Rahmenbedingungen

Die Einführung des bundesweit geltenden D-Tickets zum 1. Mai 2023 als dauerhaftes Nachfolgeprodukt des temporären 9-Euro-Tickets bildete die wesentliche Zäsur im öffentlichen Personennahverkehr des Jahres 2023. Die mit der Einführung verbundenen zusätzlichen Aufgaben stellten alle Branchenteilnehmer vor große Herausforderungen. Zum Ende des Jahres 2023 waren rund 11 Mio. Fahrgäste im Besitz eines D-Ticket-Abos.

Die durch den deutlich vergünstigten Preis des Tickets entstehenden Mindereinnahmen wurden hälftig mit jeweils 1,5 Mrd. EUR durch Bund und Länder finanziert. Für den Ausgleich wurde hierbei auf die bekannten Mechanismen des Corona-Rettungsschirms zurückgegriffen, der direkt zwischen den Verkehrsunternehmen und den jeweiligen Aufgabenträger oder Fördermittelgebern erfolgte.

Für alle Verkehrsverbünde stellte sich insbesondere im Rahmen der Einnahmenaufteilung die Frage zum Umgang mit den Einnahmen aus dem bundesweit gültigen D-Ticket. Da nach den Grundsätzen des sogenannten „Leipziger Modells“ keine Umverteilung von Einnahmen zwischen Tariforganisationen vorgesehen war, verblieben sämtliche Einnahmen des D-Tickets in den jeweiligen Tariforganisationen, welche diese dann zwischen den Verkehrsunternehmen aufteilen.

Parallel zum operativen Geschäft in den Tariforganisationen wurde eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) auf Bundesebene gegründet, die sich paritätisch aus Vertretern des BSN, des BDO, des VDV und der DTVG zusammensetzt. Hauptaufgabe der ARGE in der Stufe 1 des Leipziger Modells war und ist die Sammlung von Verkaufs- und Soll-Daten aller Tariforganisationen, um Verwerfungen zwischen den Bundesländern frühzeitig erkennen zu können. Das Clearing der Einnahmen aus dem D-Ticket soll über eine rechtskräftige und dauerhaft strukturierte Organisation erfolgen. Aus diesem Grund soll die D-TIX GmbH & Co. KG gegründet werden.

Geschäftsverlauf

- Stabilisierung und Verbesserung der etablierten Prozesse im zweiten Jahr der operativen Tätigkeit
- Sicherstellung, dass alle Abrechnungsunterlagen frist- und sachgerecht an die beteiligten Verkehrsunternehmen übergeben werden konnten
- Höhe der Fahrgeldeinnahmen im D-TARIF hat sich durch Einführung des D-Tickets signifikant gestiegen
- Einnahmen aus dem sogenannten Resttarif (D-TARIF exkl. D-Ticket) sind wie erwartet um rund 50 % zurückgegangen
- Rückgänge werden durch Mehreinnahmen des D-Tickets deutlich überkompensiert
- im Jahr 2023 rund 1,9 Mrd. EUR im Rahmen der Einnahmenaufteilung des D-TARIFs zwischen den Verkehrsunternehmen abgerechnet, wohingegen es in 2022 noch rund 1,2 Mrd. EUR waren
- Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb durch diese nicht vorhersehbare Entwicklung:
 - o Anpassung der monatlichen Abrechnung der Dienstleistungsvergütung, da die Einnahmen durch den vorgenannten Effekt die Kosten überstiegen
 - o Anpassung der Abrechnung der Vertriebsprovision an die geänderten Rahmenbedingungen in der außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 20. Dezember 2023
 - o Grundsatz, dass die Summe aus den Provisionserlösen der Summe des Provisionsaufwandes entspricht, wurde beibehalten

3.4.3 Wirtschaftliche Daten der DTVG

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (4.176 TEUR) um 12.512 TEUR auf 16.688 TEUR erhöht. Das resultiert vor allem aus dem Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 10.602 TEUR auf 14.320 TEUR und der Zunahme der liquiden Mittel um 1.784 TEUR. Die Vermögensstruktur ist im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant geblieben, der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen ist auf 99,1 % (Vorjahr 99,4 %) gesunken.

Das Vermögen ist überwiegend im Umlaufvermögen gebunden (16.537 TEUR) und entfällt im Wesentlichen auf Forderungen gegen Gesellschafter (13.245 TEUR).

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr nicht verändert und betrug 55 TEUR. In die Kapitalrücklage wurden im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 1.376 TEUR eingestellt und betrug 3.594 TEUR zum 31. Dezember 2023. Daraus resultiert eine Eigenkapitalquote von 7,4 % (Vorjahr: 9,6 %).

Die Rückstellungen sind um 951 TEUR auf 1.339 TEUR gestiegen, die aufgrund von höheren Rückstellungen für die Spitzabrechnung der Dienstleistungsvergütung gebildet wurden.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (14.065 TEUR) korrespondieren mit den gestiegenen Forderungen.

Vor dem Marktstart des Deutschlandtarifes wurden die Tätigkeiten der Gesellschaft aus dem Eigenkapital finanziert. Nach dem Marktstart erfolgte die Finanzierung aus Umsatzerlösen, die durch die Erbringung der Abrechnungs- und Tarifiedienstleistungen gegenüber den EVU erzielt werden. Die Gesellschafter haben entsprechende Finanzierungsgrundsätze beschlossen, die eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherstellen sollen.

Bilanz zum 31.12.	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
A Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	18	12	134
III. Finanzanlagen	0	0	
	18	12	134

B Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	53	3.718	14.320
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	313	433	2.217
	366	4.151	16.537

C Rechnungsabgrenzungsposten	13	13	17
-------------------------------------	-----------	-----------	-----------

Summe Aktiva	397	4.176	16.688
---------------------	------------	--------------	---------------

Bilanz zum 31.12.	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
A Eigenkapital			
I. gezeichnetes Kapital	54	55	55
II. Kapitalrücklage	1.451	2.218	3.594
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn / -verlust	-1.248	-1.872	-2.412
	257	401	1.237

B Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0	0	0
--	----------	----------	----------

C Rückstellungen	108	388	1.339
-------------------------	------------	------------	--------------

D Verbindlichkeiten	32	3.387	14.112
----------------------------	-----------	--------------	---------------

E Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
-------------------------------------	----------	----------	----------

Summe Passiva	397	4.176	16.688
----------------------	------------	--------------	---------------

Übersicht 20: Bilanz der DTVG

Die Umsatzerlöse sind auf 142.154 TEUR (Vorjahr: 93.039 TEUR) angestiegen und spiegeln die Steigerung der Einnahmen im Deutschlandtarif wider. Im gleichen Maße sind auch die Aufwendungen für Provisionen und bezogene Leistungen angestiegen (141.189 TEUR; Vorjahr: 90.228 TEUR). Die Personalaufwendungen haben sich aufgrund des Personalaufbaus auf 993 TEUR erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 536 TEUR unter dem Vorjahresniveau (2.539 TEUR), dies ist allerdings auf die Umgliederung der eingekauften Dienstleistungen aus den Bereichen Abrechnung, Tarif, Controlling und DataWarehouse in den Materialaufwand zu erklären.

Für das Geschäftsjahr 2023 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 540 TEUR (Vorjahr: 624 TEUR).

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.	Plan 2021	Ist 2021	Plan	Ist 2022	Plan	Ist 2023
1 Umsatzerlöse		0	1.675	93.039	3.218	142.154
2 Bestandsveränderung						
3 sonstige betriebliche Erträge	1.050	14	763	12	1.376	42
4 Materialaufwand		-37		-90.228	-3.039	-141.189
5 Personalaufwand	-875	-509	-1.313	-899	-1.249	-993
6 Abschreibungen	-13	-5	-25	-9	-115	-18
7 sonstiger betrieblicher Aufwand	-162	-511	-1.100	-2.539	-191	-536
Erträge aus Wertpapieren des						
8 Finanzanlagevermögens						
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0		0		0
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0		0		0
11 Ergebnis der gewöhnlichen						
Geschäftstätigkeit	0	-1.048	0	-624	0	-540
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag		0		0		0
13 sonstige Steuern		0		0		0
14 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	-1.048	0	-624	0	-540
15 Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-200		-1.248		-1.872
16 Bilanzverlust	0	-1.248	0	-1.872	0	-2.412

Übersicht 21: GuV der DTVG

3.4.4 Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und DTVG

Angaben in TEUR	2021	2022	2023
Erwerb von Anteilen und Kapitaleinlage	5	2	4
Gesamtsumme	5	2	4

Übersicht 22: Finanzbeziehungen zwischen ZVMS und DTVG

Der ZVMS zahlte der DTVG den jährlichen Finanzierungsbeitrag der Gesellschafter von 4.210,56 EUR.

3.4.5 Wichtige Kennzahlen der DTVG

	Vorjahr 2021	Vorjahr 2022	Berichtsjahr 2023
Vermögenssituation			
Investitionsdeckung (%)	31,1	445,3	12,8
Vermögensstruktur (%)	4,7	0,3	0,8
Kapitalstruktur			
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils (2/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	64,7	9,6	7,4
Fremdkapitalquote unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils (1/3) des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (%)	35,3	90,4	92,6
Liquidität			
Effektivverschuldung (TEUR)	-239	-389	-1.085
kurzfristige Liquidität (%)	270,3	908,9	107,0
Rentabilität			
Eigenkapitalrendite (%)	-485,2	-467,3	-195,0
Gesamtkapitalrendite (%)	-263,8	-14,9	-14,5
Personalaufwandsquote (%)	0,0	1,0	0,7
Geschäftserfolg			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	0	9.304	9.477
Arbeitsproduktivität	0,0	103,5	143,2

Übersicht 23: Kennzahlen der DTVG

Die Eigenkapital- und die Gesamtkapitalrendite sind aufgrund des Jahresfehlbetrages weiterhin negativ. Das Ansteigen der Bilanzsumme um 12.512 TEUR führte allerdings dazu, dass sowohl die Eigenkapital- als auch die Gesamtkapitalrendite gegenüber 2022 sanken.

Die Gesellschaft hat auch im Jahr 2023 keine Zuschüsse erhalten, sodass kein Sonderposten bilanziert wurde. Aus diesem Grund entspricht die Eigenkapitalquote der wirtschaftlichen Eigenkapitalquote. Das Ansteigen der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber 2022 führte zu einem Absinken der Eigenkapitalquote von 9,6 % (2022) auf 7,4 % (2023). Dementsprechend stieg die Fremdkapitalquote von 90,4 % auf 92,6 %.

3.4.6 Ausblick, Chancen und Risiken

Die Entwicklungen um das D-Ticket werden Auswirkungen auf die Tätigkeitsfelder der DTVG haben, da sich zwangsläufig Veränderungen in den Bereichen Einnahmenaufteilung, Vertriebsprovision und Tarifgestaltung ergeben werden.

Für die DTVG besteht kurz- bis mittelfristig kein grundsätzliches Risiko, vollkommen unabhängig von der weiteren Entwicklung des D-Tickets, da das Kerngeschäft – die verbund- und landesübergreifenden Tarife – auch bei großer Wanderung der Nachfrage in das D-Ticket, weiter existent bleiben.

Das Deutschlandticket wird auch 2024 das marktbeherrschende Thema sein, da insbesondere die langfristige Finanzierung der zukünftigen Einnahmenaufteilung und der Governance noch weitgehend ungeklärt ist.

Bezogen auf die DTVG zeichnet sich ein zu 2023 vergleichbares Bild ab. Da die Stufe 2 der Einnahmenaufteilung nach dem Leipziger Modell in 2024 nicht umgesetzt wird, werden die Einnahmen im Deutschlandtarif wiederum oberhalb der Soll-Einnahmen liegen und die Werte von 2023 nochmals übersteigen. Da die Kosten der Gesellschaft nicht im gleichen Maße steigen, werden die Stückkosten für die Erbringung der Tarif- und Abrechnungsdienstleistungen weiter sinken. Die daraus resultierenden Anpassungen im Bereich der Dienstleistungsvergütung der Provisionsberechnung erfolgen analog 2023.

Das Tätigkeitsfeld der DTVG wird sich in 2024 vergleichbar des Vorjahres zeigen, d. h. neben den klassischen Leistungen im Bereich Tarif- und Abrechnungsdienstleistung werden weiterhin Leistungen für die D-Tix GmbH & Co. KG (ehemals ARGE) erbracht. In 2024 wird ein Jahresergebnis auf vergleichbarem Niveau zum Jahr 2023 erwartet.

4 Fazit, Ausblick

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die wirtschaftliche Stabilität sowie die Zahlungsfähigkeit bei allen Beteiligungen jederzeit gesichert. Die Einführung des D-Tickets führte bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen (CBC und SDG) zu großen Unsicherheiten und Anpassungsprozessen. Für das D-Ticket wurde die MOOVME-App als digitales Verkaufsportal eingeführt und die Prüftechnik für die digitalen Tickets umgerüstet. Die SDG, die das D-Ticket nur anerkennt, aber nicht verkauft, hat zusätzlich einen Historik-Zuschlag eingeführt. Durch das D-Ticket kam es zu Verlusten bei den Fahrgeldeinnahmen, die durch Ausgleichsmittel vom Bund und dem Freistaat Sachsen kompensiert wurden.

Bei der DTVG führte die Einführung des D-Tickets ebenfalls zu einem hohen Verwaltungsaufwand. Die DTVG konnte jedoch durch die Arbeit in der ARGE die Abrechnungsmodalitäten im Sinne der Aufgabenträger und EVU mitbestimmen.

Die VMS GmbH setzte ihre Planungs- und Bauaktivitäten für das Chemnitzer Modell fort. Diese werden auch in den folgenden Jahren einen Großteil der Arbeit der VMS GmbH ausmachen. Sowohl die bestellten BEMU als auch die Tram-Trains befinden sich bei den jeweiligen Herstellern in der Entstehungsphase (Tram-Trains) bzw. kurz vor Fertigstellung (BEMU).

In den kommenden Jahren wird es für alle Beteiligungen des ZVMS, hiervon ausgenommen die DTVG, darauf ankommen, wie sich die Kosten für Treibstoff, Instandhaltung und Personal sowie die Verfügbarkeit von geeignetem Personal weiter entwickeln werden, um die zur Verfügung stehenden Mittel ressourcenschonend einzusetzen.

Chemnitz, den 29. November 2024

Sven Schulze
Verbandsvorsitzender

Erläuterung zu den Bilanz- und Leistungskennzahlen

Investitionsdeckung	=	Abschreibung / Neuinvestition x 100
Vermögensstruktur	=	Anlagevermögen / Gesamtkapital x 100
Eigenkapitalquote	=	(Eigenkapital + 2/3 Sonderposten) / Bilanzsumme x 100
Fremdkapitalquote	=	(Fremdkapital + 1/3 Sonderposten) / Bilanzsumme x 100
Effektivverschuldung	=	Fremdkapital – Umlaufvermögen
Kurzfristige Liquidität	=	$\frac{(\text{Umlaufvermögen} - \text{erhaltene Anzahlungen})}{(\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} + \text{Rückstellungen})} \times 100$
Eigenkapitalrendite	=	Jahresergebnis / Eigenkapital x 100
Gesamtkapitalrendite	=	(Jahresergebnis + FK-Zinsen) / Bilanzsumme x 100
Personalaufwandsquote	=	Personalaufwand / Umsatzerlöse x 100
Sachaufwandsquote	=	Sachaufwand / Umsatzerlöse x 100
Pro-Kopf-Umsatz	=	Umsatz / Mitarbeiteranzahl
Arbeitsproduktivität	=	Umsatz / Personalkosten

ANLAGE 2: BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES KOMMUNALE INFORMATIONSVERRARBEITUNG SACHSEN (KISA)



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen • KISA

BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2023



Abkürzungsverzeichnis

EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
HRB	Handelsregisterblatt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht	6
3.1.2	Finanzbeziehungen	6
3.1.3	Organe	7
3.1.4	Sonstige Angaben	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	7
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	9
3.2	Lecos GmbH	13
3.2.1	Beteiligungsübersicht	13
3.2.2	Finanzbeziehungen	13
3.2.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	14
3.2.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	14
3.3	ProVitako eG	24
3.3.1	Beteiligungsübersicht	24
3.3.2	Finanzbeziehungen	24
3.3.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	25
3.3.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	25
3.4	Komm24 GmbH.....	31
3.4.1	Beteiligungsübersicht	31
3.4.2	Finanzbeziehungen	32
3.4.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	32
3.4.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	32
3.4.5	Organe	38
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2023	39

1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2023 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 09.08.2024

gez. Andreas Bitter
Geschäftsführer

2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

3 Die Unternehmen im Einzelnen

3.1 KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen DatenNetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Daten-netzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

Seite 6 von 51

3.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich aus folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Oberbürgermeister der Stadt Aue-Bad Schlema	Vorsitzender
Frau Veronica Müller, Stellvertretende Geschäftsführerin im Sächsischen Landkreistag e. V. (SLKT) in Dresden	1. Stellvertreterin
Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda	
Herr Ralf Leimkühler, Stellvertretender Geschäftsführer im Sächsischen Städte- und Gemeindetag e. V. (SSG) in Dresden	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane a.D.	

3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Schneider + Partner GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 3 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Die Gesellschaft ist ab dem 1. Januar 2021 Organgesellschaft in einer umsatzsteuerlichen Organshaft. Organträger ist die Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA), Leipzig.

3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2021 in T€	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Plan 2024 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	9	4	2	Keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	877	791	963	
aktiver RAP	-	1,5	1,5	
<u>Summe Aktiva</u>	<u>886</u>	<u>797</u>	<u>967</u>	

ANLAGEN

KDN GmbH	Ist 2021 in T€	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Plan 2024 in T€
Eigenkapital+ Sonderposten	69	64	62	
Rückstellungen	64	48	48	
Verbindlichkeiten	753	684	857	
passiver RAP	-	-	-	
Summe Passiva	886	796	967	
Gewinn- und Verlustrechnung:				
Umsatz	1.329	1.314	1.297	323
sonstige Erträge	3.107	2.953	3.210	0
Materialaufwand	3.593	3.409	3.377	4.113
Personalaufwand	253	273	289	356
Abschreibungen	5	4,8	2,8	0
sonst. Aufwand	585	580	838	0
Zinsen / Steuern	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0
Sonstige:				
Zugang Investitionen	4,7	0	0,4	
Mitarbeiter	3	3	3	3

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023	Plan 2024
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	1%	0%	0%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	7%	8%	6%	
Fremdkapitalquote	93%	92%	94%	
Liquidität				
Liquidität	113%	116%	112%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	

Berechnung
aufgrund feh-
lender Plan-
bilanz nicht
möglich

Seite 63 von 51

KDN GmbH	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023	Plan 2024
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz	443	438	433	108
Arbeitsproduktivität	5,25	4,81	4,49	0,91

3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2023 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Branchenentwicklung

Gemäß den Verlautbarungen der Kommunalen Spitzenverbände zur Prognose der Kommunalfinanzen vom 18. Juli 2023 haben die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie der Inflation der Jahre 2022 und 2023 die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen gestellt. Die finanzielle Lage der Kommunen wird sich im Jahr 2023 und den folgenden Jahren sehr deutlich verschlechtern. Bereits für 2023 ist ein Einbruch des kommunalen Finanzierungssaldos um mehr als -8 Milliarden Euro zu erwarten. Während im vergangenen Jahr noch ein leichter Überschuss erzielt wurde, wird nunmehr ein Defizit von -6,4 Milliarden Euro erwartet. Die in den Folgejahren zu erwartenden Defizite gehen bis an Grenze von -10 Milliarden Euro p. a.; zugleich werden die Investitionen nominal weitgehend stagnieren und real zurückgehen. Die Kommunalhaushalte sind während der Corona-Jahre nur dank Stützungsmaßnahmen vom Bund und den Ländern im Gleichgewicht geblieben und konnten mit einer schwarzen Null abschließen. An die Herausforderungen durch die Corona Pandemie haben sich nahezu nahtlos die wirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine angeschlossen, die 2022 bereits zu spüren waren und sich insbesondere ab dem Jahr 2023 in voller Breite in den Kommunalhaushalten zeigen werden. Offen ist zudem die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Der Absturz des Finanzierungssaldos wird im Übergang des Jahres 2022 zu 2023 voraussichtlich rund 8,5 Milliarden Euro betragen. Auf den leichten Überschuss von 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2022, der vor allem einem starken Zuwachs bei den Gewerbesteuereinnahmen geschuldet war, folgt ein deutliches Defizit von -6,4 Milliarden Euro im laufenden Jahr. In den Folgejahren werden v. a. aufgrund der massiv steigenden Ausgabebelastungen Defizite zwischen -8,2 und -9,6 Milliarden Euro erwartet. Die Kommunen werden daher bei weitem nicht so ausreichend in Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie- und Verkehrswende investieren können, wie es notwendig ist – die tatsächlichen Investitionen werden angesichts steigender Preise sogar stetig abnehmen. Angesichts der strukturellen Unterfinanzierung haben die Kommunen keinerlei eigenen finanziellen Spielraum, um die Ziele der Bundesregierung z.B. beim ÖPNV oder der Umsetzung engagierter Klimaschutzziele zu unterstützen. Neben den hohen Ausgabebelastungen treffen die Kommunen auch steuerrechtsbedingte Einnahmeausfälle sowie insbesondere die unzureichende Flüchtlingsfinanzierung, deren Fortführung über das Jahr 2023 hinaus derzeit noch völlig ungeklärt ist.

Dabei werden die Aufgaben für die Kommunen nicht weniger. Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für viele Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen

weiterhin sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. In Vorbereitung der Vergabe des Nachfolgenetzes SVN NG / KDN IV sind auf erhöhte und neue Anforderungen zu berücksichtigen. Dies sind zum einen steigende Bandbreitenanforderungen auf Grund wachsender online-Lösungen, Unified Communication und Collaboration wie flächendeckender Einsatz von Webkonferenzen, mobile Working oder massiv steigender Nutzung von Cloud-Angeboten von SaaS und PaaS. Dazu gehören aber ebenfalls höhere Anforderungen an die Informationssicherheit auf Grund der weltweit gestiegenen Bedrohungslage.

Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Geschäftsverlauf

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Durch den Ukrainekrieg hat sich die Bedrohungslage weiter verschärft. Mit dem Schritt zum KDN IV werden die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Um alle gestiegenen Anforderungen für das neue KDN IV im Vergabeverfahren zu berücksichtigen, wurde der Zeitraum für das Vergabeverfahren bis März 2028 verlängert. Ebenso wurden die Verträge zum KDN III mit den Dienstleistern Deutsche Telekom Business Solution und Vodafone Deutschland GmbH verlängert.

Des Weiteren wurden und werden im KDN die Bereiche, welche eine umfangreiches mobiles Arbeiten ermöglichen, weiter ausgebaut, um den erhöhten Lastanforderungen gerecht zu werden.

Finanzlage

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2023 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betrugen 1.297.394,89 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 2023 beliefen sich auf 3.182.776,81 EUR. Das Geschäftsergebnis 2023 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2023 30,5 Mio EUR als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des

Seite 10 von 51

KDN III von April 2023 bis März 2025 weitere 16,904 Mio EUR als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu tragen.

Mit dem Schreiben vom 27. Juni 2023 des Sächsischen Staatsministerium der Finanzen wurde der KDN GmbH die Verlängerung der Mittel gemäß des Sächsischen finanzausgleichsgesetz bis März 2028 zugesagt.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ertragslage

Die für das Geschäftsjahr 2023 geplanten Umsätze konnten von 312 TEUR auf 1.297 TEUR gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass eine ganze Reihe von Verwaltungen in höhere Bandbreiten und Außenstellenanschlüsse investiert haben.

Chancen- und Risikobericht

Die Risiken im Geschäftsjahr 2023 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten sehr erschwert. Wie bereits vorstehend erwähnt erschwert der Fachkräftemangel eine kompetente Besetzung der dritten Stelle für einen Netzwerkmanager.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der verstärkten Bereitstellung von Lösungen für mobiles Arbeiten sowie der

Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Prognosebericht

Das Jahr 2024 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der weiteren Bereitstellung neuer Dienste wie UC/VoIP geprägt sein. Dazu kommen in sehr hohem Umfang Arbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens des Nachfolgenetzes. Beide Netzwerkmanager und auch der Geschäftsführer sind in Teilprojekten des SVN NG/KDN IV und im Kernteam in hohem Maße eingebunden.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr 2019 eine neue Stelle im Netzwerkmanagement geplant. Diese konnte aber auf Grund des eklatanten Fachkräftemangels bisher nicht besetzt werden.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2023

Gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) und der Sächsischen Staatskanzlei (SK) sowie den beauftragten externen Beratungsfirmen wurden im Projekt SVN NG/KDNIV wesentliche Fortschritte erzielt und die Konzeptionsphase abgeschlossen.

Aufgrund vieler Neuanschlüsse sind derzeit nur noch vier erfüllende Gemeinden nicht an das KDN angeschlossen.

3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2023 einen Anteil von 10 %.

3.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Lecos GmbH
Anschrift:	Prager Str. 8 04103 Leipzig
Telefon:	0341 2538 0
Internet	www.lecos-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter:	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital:	200.000 EUR
Anteil KISA:	20.000 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

3.2.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

Lecos GmbH	Ist 2021 in T€	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€
Umsatz	41.031	45.957	49.498
sonstige Erträge	465	261	1.332
Materialaufwand	9.794	10.384	11.996
Personalaufwand	17.967	21.429	22.167
Abschreibungen	4.027	4.289	4.484
sonst. Aufwand	9.011	9.170	11.401
Zinsen / Steuern	398	466	529
<u>Ergebnis</u>	<u>299</u>	<u>480</u>	<u>253</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>20.603</u>	<u>22.463</u>	<u>25.081</u>

3.2.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2023 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Im Jahr 2023 haben sich die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen weiter fortgesetzt, insbesondere durch den anhaltenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich auch erneut überwiegend positiv entwickelt. Die im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen im Zusammenhang mit den Fragestellungen zur Absicherung von Home-Office sowie der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Kunden wurden 2023 gefestigt und weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen haben die Digitalisierung von Verwaltungen genauso wie die Leistungen für eine Digitale Schule einen großen Schub erhalten. Dabei stellen auch weiterhin die zur Verfügung gestellten Fördermittel einen großen Anreiz und gleichzeitig große Herausforderungen in der Umsetzung dar. Gleichzeitig hat sich bestätigt, dass eine Veränderung von Arbeitsweisen sowie die Anforderungen an digitale Verwaltungsleistungen, u. a. durch das Onlinezugangsgesetz, einen konsequenten Ausbau der Infrastrukturen erfordert. Dies ist die Grundlage, um auch eine Vernetzung von Daten zu ermöglichen.

Dies muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der Anforderungen und Vernetzung von Daten insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei, die Digitalisierung der Verwaltungen vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf

Für die für das Geschäftsjahr 2023 festgelegten Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese auch unter den Herausforderungen 2023 über die Planung hinaus ausgebaut werden konnten. Im Einzelnen verweisen wir hierbei auf die nachfolgenden Ausführungen.

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90 %-Gesellschafter und Kunden, der Stadt Leipzig, als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche auch in den Zeiten der Pandemie umsetzen und weiterentwickeln konnte. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT- Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen der Veränderung der Arbeitswelten, das Angebot von digitalen Dienstleistungen, des Cloud-Computing sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware sowie der Ausbau mobiler Arbeitsfähigkeit (u.a. zur Absicherung von Home-Office) weiter ausgebaut und im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung eines Arbeitsplatzes der Zukunft fortgeführt werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde erfolgreich fortgesetzt und ist vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Dabei werden die Erfahrungen der Pandemie sowie des weiteren Ausbaus der Leistungen im Rahmen des Digitalpakt Schulen konsequent verfolgt und in der weiteren Entwicklung berücksichtigt. Ziel ist dabei, die besten Voraussetzungen für die Umsetzung von „Digitaler Bildung“ zu schaffen. Des Weiteren konnte der stabile Betrieb der Kulturhäuser Gewandhaus zu Leipzig, Theater der Jungen Welt, Oper Leipzig und Schauspiel Leipzig gefestigt werden. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2023 weiter konsequent umgesetzt werden. Die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2024 ff. wurden gelegt. Dies betrifft die strategischen Fragestellungen der Zusammenarbeit und gemeinsamen Leistungserbringung. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen, das Onlinezugangsgesetz sowie die IT-Sicherheit im Vordergrund. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2023

Das Jahr 2023 stand weiterhin im Fokus des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und den damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere der Energiekrise, Preissteigerungen und Lieferproblemen. Positiv sind in einzelnen Fällen bereits Preisstabilitäten sowie erste Verbesserungen bei den Lieferbedingungen zu verzeichnen.

Darüber hinaus wurde die Umsetzung des Digitalpaktes Schulen auf Basis der Erkenntnisse der Pilotschulen intensiv fortgeführt. Die Erkenntnisse aus dem Jahr 2022/2023 stellen auch die Basis für die Umsetzung in Pilotschulen im Jahr 2024 dar.

Die Leistungen für weiteren Kundengruppen des Gesellschafters Stadt Leipzig, u.a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnten weiter ausgebaut werden und stellen somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2023 bestätigt. Der Umsatz mit dem Zweckverband KISA konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Beteiligung der Lecos GmbH an der Komm24 GmbH hat sich 2023 ebenfalls als Erfolg dargestellt, d.h. sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch um der Treiber für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz zu werden. Hierbei agiert die Lecos GmbH in einem hoch komplexen Umfeld, sowohl in der Rolle als Gesellschafter der Komm24 GmbH als auch in der Rolle des Dienstleisters im Infrastruktur- sowie im Beratungs- und Entwicklungsumfeld.

Über das Onlinezugangsgesetz hinaus konnten weitere Leistungen über die Komm24 GmbH vertraglich vereinbart werden. Damit werden neben dem stabilen Betrieb des Sächsischen Melderegister (SMR) auch Outputleistungen für die Landeshauptstadt Dresden sowie der Betrieb des Kommunalarchiv Sachsen ausgebaut und abgesichert.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs-/Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem konsequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung, die in Umsetzung befindliche forcierte Einführung der eAkte und dem damit verbundenen Ausbau des Scanvolumens sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Besonders hervorzuheben sind die weiteren umgesetzten Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe und deren konsequenter Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement. Darüber hinaus lag ein wesentlicher Fokus auf Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde konsequent weiter ausgebaut.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2023 auch in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren. Die gemeinsame strategische Ausrichtung wurde in den Fokus genommen, um gemeinsam die Digitalisierung der Kommunen sowohl aus der Anwendungs- als auch der Infrastruktursicht voranzubringen.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2023:

- Die Beteiligung an der zum 10. Juli 2019 gegründeten Komm24 GmbH, an der Lecos zu 20 % beteiligt ist, wurde fortgeführt. Ziel dieser Beteiligung ist es, zur Umsetzung des On-

linezugangsgesetzes im Auftrag des Freistaates Sachsen Entwicklungsleistungen zu erbringen sowie weiterer Dienstleistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24 GmbH. Damit entstehen auch Synergien mit den Gesellschaftern der Lecos GmbH.

- Das Ämterframework konnte als eine Entwicklungsplattform der Stadt Leipzig genutzt werden und durch weitere Fokussierung auf den Kunden Stadt Leipzig um weitere Module ergänzt werden. Die Entwicklungsleistungen werden um schnelle flexible Plattformen (Low- Code/ No-Code) ergänzt.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout Zyklus fortgeführt und soll auch weiterhin für die Schulkabinette fortgesetzt werden.
- Auf Basis der Erkenntnisse der Pilotschulen wurden weitere 18 Schulen im Jahr 2023 ertüchtigt, d.h. im Wesentlichen Netzwerk, WLAN, Breitbandanbindung. Im Jahr 2024 wurde bereits eine weitere Schule abgeschlossen und 2 Schulen werden noch umgesetzt.
- Im Geschäftsfeld der Output-Leistungen wird das Leistungsportfolio in den Folgejahren weiter vorangetrieben.
- Im Jahr 2023 wurden vierzehn Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für vierzehn Ausschreibungen in 2023 erteilt, ein Zuschlag einer in 2022 veröffentlichten Vergabe erfolgte im 2. Quartal 2023. Der Zuschlag eines Ende 2023 veröffentlichten Verfahrens ist Ende Februar 2024 erfolgt. Die insgesamt vierzehn Ausschreibungen des Jahres 2023 gliedern sich in neun offene Verfahren (EU-weit), vier öffentliche Ausschreibungen (national) sowie ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb. Eine Ausschreibung wurde während der Vorbereitung gestoppt und die Umstellung auf eine Cloudbasierte Lösung wird geprüft, dabei entfällt die Hardware.
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2023 erfolgreich weiterentwickelt und deutschlandweit vertrieben werden. KIVAN konnte 2023 vor dem Hintergrund der Funktionen und Module zu einer der umfangreichsten Fachanwendungen auf dem Markt entwickelt werden. Der im Dezember 2022 gewonnene Kunde Frankfurt/Main ist der grösste KIVAN Kunde mit ca. 1.000 Einrichtungen. Die Planungs- und Abstimmungsgespräche konnten zur Zufriedenheit des Kunden geführt werden und die Stadt Frankfurt/Main wird nach Plan im Dezember 2024 online gehen. Im Jahr 2023 ist es neben vielen kleinen Städten gelungen im Rahmen einer Ausschreibung die Stadt Halle/Saale zu gewinnen. Die Partnerschaft mit Carlo & Friends bezüglich des Einsatzes der Care-App (Kommunikationsapp) hat sich bewährt.
- Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Nach dem Abschluss des vierten Rollouts der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig 2021, konnte auch 2023 der Ausbau mobiler Arbeitsplatztechnik weiter vorangebracht werden, um auch die Möglichkeiten der Arbeit im Home Office weiter auszubauen.
- Es erfolgte auch 2023 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen sowie im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Digitalpaktes Schulen verbunden wurden.

- Mit der weiteren Produktivsetzung zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe konnte 2023 der Ausbau des Geschäftsfeldes weiter im Fokus bleiben und dabei auch Maßnahmen zur digitalen Personalakte gemeinsam weiterbearbeitet werden.
- Mit der „Digitalen Werkstatt“ wurde mit der Stadt Leipzig der Rahmen für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. 2023 stand erneut im Fokus der Begleitung des Arbeitsplatzes der Zukunft und der KI-Technologie. Darüber hinaus konnten weitere Technologieberatungen sowie Methodentransfer durchgeführt werden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt, die auch konkret von der Lecos GmbH für seine Kunden genutzt werden.
- Seit 11/2020 ist Peter Kühne Mitglied des Vorstandes der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Im Jahr 2023 wurde die Umstellung auf den neuen Grundschutz als Grundlage für die Re-Zertifizierung 2023 abgeschlossen. Die Re-Zertifizierung konnte unter Berücksichtigung des hohen Schutzbedarfes im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz erfolgreich durchgeführt werden.
- Im Jahr 2021 erfolgte der Beitritt zur GovDigital eG. Die GovDigital ist ein Zusammenschluss aktiver und zertifizierter öffentlich-rechtlicher IT-Dienstleister. Das Ziel dieser Genossenschaft ist es, sich gemeinschaftlich verschiedenen Zukunftsthemen zu widmen. Auch in 2023 wurde aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen, u.a. IT-Sicherheit und Cloud, mitgewirkt. Dabei hat die Lecos GmbH am Proof of Concept sowie der Umsetzung des Kubernetes-Cluster mitgewirkt und über Beratungsleistungen auch Umsätze erwirtschaftet. So sollen gemeinsame bundesweite Dienstleistungen angeboten werden. (z.B. Bundes Cloud, Blockchain Lösungen oder Schaffung einer bundesweiten Plattform für EFA Leistungen). Die Lecos GmbH erhofft sich durch die Mitgliedschaft eine engere kollaborative inhousefähige Zusammenarbeit mit anderen öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleistern. Der Beitritt der Lecos GmbH entspricht dem strategischen Unternehmenskonzept.
- Das Geschäftsjahr 2023 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen der konsequenten Umsetzung der Rahmenbedingungen und den Auswirkungen des andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Diese Erkenntnisse werden bei der Fortführung der stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden berücksichtigt. Im Jahr 2023 wurde die Weiterentwicklung der Lecos GmbH in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess fortgeführt. Dabei wird auch weiterhin der Fokus auf neue Arbeitsmethoden sowie des neuen Führungsverständnisses gelegt. Ziel ist es dabei, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden komplexen Herausforderungen hin auszurichten. Dies ist von besonderer Bedeutung, da auch die Kunden der Lecos GmbH den Weg zu verändernden Vorgehensmodellen beschreiten und sich somit die Anforderungen an die Lecos GmbH verändern.
- Die seit 2013 geänderte Finanzierungsstrategie der Lecos GmbH, d.h. die Finanzierung langfristiger Investitionen, wird konsequent weiterverfolgt. Ziel ist eine Stabilisierung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2023 TEUR 49.498 und lag damit um TEUR 3.541 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2022 (TEUR 45.957). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Material-, Personal-, Abschreibungs- und Zinsaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 253 (Vj.: TEUR 480). Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Rechenzentrumsdienstleistungen und Anwendungsentwicklung und -betreuung	61,45%
Sonstiges	7,74%
Telekommunikations-, Netz- und Serverbereitstellung sowie die Endgerätebetreuung	30,81%

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 86,3%, 5,9% mit der KISA und der Komm24 GmbH 5,1%. Die verbleibenden 2,7% Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben Beschaffungen im Bereich Endgeräteservice (Präsentationstechnik, Tablets) und Telekommunikationstechniken für die Stadt Leipzig und die Ausstattung der Eigenbetriebe und Netz Leipzig GmbH mit aktiven Komponenten. Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Datenfernübertragungen, Portoaufwendungen und umsatzrelevante Fremdleistungen für Kundenprojekte zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD (Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) und Erhöhungen im Lecos GmbH Vergütungssystem.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 782 (Vj.: TEUR 946) und liegt über dem Plan für 2023.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt:

- Umsatzerlöse aus der Umsetzung von Kundenaufträgen der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit der Umsetzung aus dem Digitalpakt Schulen (TEUR 3.318),
- Umsatzerlöse mit der Komm24 aus der Dienstleistung für die Entwicklungen und Umsetzungen des Online Zugangsgesetzes (TEUR 778),
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 203).

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2023 weist einen Anstieg des Anlagevermögens aus. Hauptursache dafür ist die Änderung in der Beschaffung von Wirtschaftsgütern für die Erfüllung von Kundenaufträgen hin zum Weiterverkauf an den Kunden. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2023 TEUR 7.819. Schwerpunkte waren auch 2023 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll- Out in der Stadt Leipzig und insbesondere den Schulkabinetten.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahme konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2023 gesichert werden. Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen, u.a. für Personalaufwendungen, Vertragsrisiken und Rückbauverpflichtung.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter 3.3 genannten teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden zum Bilanzstichtag sowie der hohen Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbv) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgen seit 2015 jährliche Prüfungen, die auch 2023 umgesetzt wurden.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme des Finanzmittelbestands sowie ggf. der Kreditlinien sowie der planmäßigen Aufnahme von Krediten für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, der Kulturhäuser, der Komm24 GmbH sowie der SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Das Risikomanagement wurde seit 2021 intensiv in die Entscheidungen der Maßnahmen im Zusammenhang der Corona-Pandemie sowie den Folgen des russischen Angriffskrieges einbezogen bzw. wurden diese vom Risikomanagement auch erarbeitet.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschafterumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch die Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government bzw. der Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung, Betrieb und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt und weiterentwickelt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

In 2023 wurde gemäß § 8 EDL-G wiederholt ein Energieaudit nach DIN 16247 durchgeführt mit dem Ziel, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Senkung des Energieverbrauchs unter fachlicher Betreuung zu erreichen. Die Überprüfung und Fortschreibung der gesteckten Ziele erfolgt alle vier Jahre. In den erfassten Verbrauchsgruppen sind die Kosten für Strom mit rund 98 % der größte Kostenblock, gefolgt von 0,8 % für Fernwärme und Transport (4 %). Die größten Verbraucher USV und RLT-Anlagen werden als sehr gut und energieeffizient eingeschätzt. In Folge des Beschlusses der Bundesregierung zum Klimapaket ist die Bepreisung von CO₂ eingeleitet. In Folge, insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, hat sich bestätigt, dass Strom seit 2022 jährlich teurer werden wird. Maßnahmen zum kosteneffizienten Umgang der Kostensteigerungen können hierbei Beachtung bei der Vertragsgestaltung mit den Energielieferanten auf die Umsetzung der CO₂-Bepreisung bzw. Bezug von erneuerbaren Energieträgern als auch Einsatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien (bspw. Solar, Photovoltaik u.a.) finden. Geeignete Förderprogramme werden auch zukünftig auf deren Teilnahmeberechtigungen der Lecos GmbH geprüft und können Maßnahmen zur Minimierung der erwarteten Kostensteigerungen unterstützen. Schlussendlich werden die Energiekosten in den kommenden Jahren weiter zunehmen und zu einem erheblichen Kostentreiber werden. Konkret wird sowohl der Ausbau von Elektrolade für den Fuhrpark als auch der Ausbau von Photovoltaik 2024 geplant. Ebenfalls erfolgt 2024 eine CO₂ Bilanzierung der Lecos GmbH. Zukünftig werden alle Fahrzeuge auf Elektro /Hybrid umgestellt.

Seite 91 von 91

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet vor dem Hintergrund der fortführenden Digitalisierung der Gesellschaft und der Verwaltung sowie der sich verändernden Arbeitsformen (u.a. Möglichkeiten von Home-Office) mit einer steigenden Nachfrage für das Jahr 2024 ff. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2024 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2024 ff. abgebildet sind:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Kunden,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für die Digitalisierung der Verwaltung sowie die Veränderung der Arbeitswelten,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung, Betrieb und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Digitalisierung von Dokumenten und Akten im kommunalen Umfeld, insbesondere durch die Erweiterung des Digitalisierungscenters,
- Ausbau der Leistungen für die Komm24 GmbH,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Ausbau von Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region,
- Ausbau von Zukunftsthemen wie Cloud-Computing, KI, Blockchain u.a. über die GovDigital eG.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2024 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig, Stadtkonzern) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Für das Geschäftsjahr 2024 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 6.208 und Leasing TEUR 3.000 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2024 von einem Umsatzvolumen von TEUR 51.183, einem Jahresüberschuss von TEUR 328 und liquiden Mitteln von TEUR 1.658 aus. Darüber hinaus ist ein Personalaufbau von 15 Stellen im Jahr 2024 geplant, um die steigenden Anforderungen umsetzen zu können. Dies resultiert neben fachlichen Themen auch aus der Erweiterung der betreuten Nutzer sowie der Ausweitung der eAkte.

Im Jahr 2024 müssen die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine konsequent überwacht werden. Beeinträchtigungen im Prozess der Leistungserstellung und/oder Einnahme- und damit einhergehende Ergebnisausfälle können daher nicht vollständig ausgeschlossen werden. Art und Umfang der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Lecos GmbH lassen sich aktuell nicht zuverlässig abschätzen.

3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

3.3.1 Beteiligungsübersicht

Name:	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
Anschrift:	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
Telefon:	030 2063156-0
Homepage:	www.provitako.de
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Stammkapital:	225.500 EUR
Anteil KISA:	5.000 EUR

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhielt bei Einkäufen von Technik im Jahr 2023 eine Provision von 0,1%.

3.3.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

ProVitako eG	Ist 2021 in T€	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€
Umsatz	2.345	2.360	7.810
sonstige Erträge	91	14	106
Materialaufwand	1.286	1.305	6.136
Personalaufwand	201	440	885
Abschreibungen	9	9	8
sonst. Aufwand	715	851	1.007
Zinsen / Steuern	76	- 62	1
<u>Ergebnis</u>	<u>148</u>	<u>-169</u>	<u>-118</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>1.545</u>	<u>2.080</u>	<u>5.049</u>

3.3.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2023 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft liegt in der wirtschaftlichen Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen, wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Rahmenbedingungen und Gesamteinschätzung der Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft finanziert sich aus einer Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge und für den individuellen Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft fakturiert wird.

Generelle Entwicklungen in der (kommunalen) IT-Branche

In der IT-Branche hat sich im Jahr 2023 trotz der nach wie vor bestehenden externen Einflüsse wie z.B. den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine hinsichtlich der weltweiten Logistikverfügbarkeit eine starke Entspannung gezeigt. Die Hersteller haben sich auf diese Situation eingerichtet und die Lieferzeiten kehren weitestgehend in den Normalmodus zurück. Insgesamt hatten wir bei der ProVitako im Jahr 2023 mit einer stärkeren Nachfrage im dem kommunalen Sektor

gerechnet, als er sich dann tatsächlich gezeigt hat. Hierfür ursächlich sind vermutlich die Mittelverwendung in den Kommunen für andere Aufgaben und eine stark gestiegene Inflation.

Im Bereich der kommunalen IT ist aber weiterhin eine stabile Nachfrage und beider ProVitako auch eine gut wahrnehmbare Steigerung der über sie bezogenen Rahmenvertragsprodukte erkennbar. Insgesamt zeigt sich, dass die Endgeräte (PCs, Notebooks, Monitore, Drucker bzw. Multifunktionsgeräte), die typischerweise in den Verwaltungen genutzt werden, vermutlich durch längere Nutzungszeiten oder grundsätzlich auf Grund sich ändernder Abläufe (Digitalisierung) nicht mehr so stark nachgefragt werden. Dafür setzt sich der aus 2022 erkennbare Trend hinsichtlich der zentralen Betriebskomponenten (Server, SAN, Storage) fort. Nach wie vor hoch ist die Nachfrage im Bereich der Schulausstattung, die sich in den Segmenten interaktive Schultafeln, Schulnetz und Tablets zeigt.

In den Rechenzentren und bei den Herstellern von Fachsoftware ist der Trend hin zu Cloud basierenden Lösungen zu erkennen. Immer mehr Hersteller bieten diese Betriebswege nicht nur an, sondern sie fordern sie bei der Nutzung der Produkte von den IT-Dienstleistern. Dies verstärkt den Trend der Konsolidierung von Rechenzentren ebenso wie die zunehmende Bedrohungslagen. IT-Sicherheit ist in den Focus gerückt und lässt sich von kleinen Einheiten kaum selbst bewältigen.

ProVitako: Bedarfslagen befriedigen & Neuausrichtung treiben

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2023 wurden Beschaffungsvorhaben in den Bereichen Microsoft BMI Select Plus, Interaktive Schultafeln Ost und West, Tower PC, Apple-Produkte abgeschlossen, um auslaufende Rahmenverträge nahtlos für den Weiterbezug bereitzustellen oder um bestehende Rahmenverträge frühzeitig durch erneute Ausschreibung für neue Mitglieder zu öffnen.

Mit der begonnen strategischen Neuausrichtung, die im Kern auf die Digitalisierung der Beschaffung mit einem eigenen Marktplatz, die Gestaltung eines ganzheitlichen Beschaffungssystems, eine agilere Vorgehensweise bei der gemeinsamen Beschaffung und eine Ausweitung des Community-Ansatzes bei der Bedarfsbündelung der einzelnen Beschaffungsvorgänge abzielt, wurde ein neues Kapitel bei der ProVitako begonnen, welches weiterhin erfolgreich im Rahmen des Programmes ProVi 2025 umgesetzt wird.

Die Erfolge lassen sich insbesondere an den Mitmachquoten - Anzahl teilnehmender Mitglieder an einem Beschaffungsvorgang - erkennen. Dieser Trend ist ungebrochen und führt auch in der Außenwirkung zu einer stärkeren Wahrnehmung der ProVitako als Kompetenzträger für öffentliche Ausschreibungen. Das Auftragsvolumen der einzelnen Ausschreibungen steigt kontinuierlich an und führt bei den Herstellern und Systemhäusern zu einem verstärkten Interesse an der Zusammenarbeit. Konkret wirkt sich die gebündelte Nachfragemacht zunehmend positiv sowohl auf den Preis bzw. die erzielten Rabattsätze als auch auf den Liefer-/Verfügbarkeitsstatus der einzelnen Rahmenvertragsprodukte für unsere Mitglieder aus.

Die Genossenschaft hat die Erprobung des eigenen Marktplatzes (ProVi-Marktplatz) im Zuge einer Pilotphase mit mehreren Mitgliedern durchgeführt und mit einem Empfehlungsbeschluss für die Umsetzung abgeschlossen. Aufgrund des Sicherheitsvorfalls bei der SIT kann die Umsetzung erst im Jahr 2024 erfolgen. Damit wird die angestrebte Intention einer voll digitalen Bedarfserhebung zur Verwendung für die gemeinsamen Beschaffungsvorhaben genauso erreicht, wie das danach stattfindende, digitale Abrufen (Einkaufen) aus den im Zuge des Vergabeverfahrens erzeugten Rahmenverträgen.

Die Neugestaltung des ProVitako-Beschaffungssystems hin zu einer möglichst weiten Öffnung der Bezugsmöglichkeiten für alle unsere Mitglieder aus den verfügbaren Rahmenverträgen einerseits und die Etablierung einer „mittlernenden-Option“ bei langlaufenden Rahmenverträgen (bis zu vier Jahren) andererseits wurde konzeptionell abgeschlossen und in ersten Facetten bereits in die Umsetzung gebracht.

Daraus entwickeln sich für die ProVitako neue Geschäftsformen mit ihren Mitgliedern, die in 2023 an den Start gebracht wurden. Explizit waren dies die Reseller-Tätigkeiten der ProVitako (Streckengeschäft) und die Fulfillment-Vorgehensweise zu Rahmenverträgen (mittlernende-Option) sowie die ersten Gespräche zu bundesweit einheitlichen Konditionenvereinbarungen für den kommunalen Markt.

Die notwendigen Entscheidungen zum Programm ProVi 2025 und dem Marktplatzvorgehen wurden im Aufsichtsrat und der Generalversammlung vorgestellt, erörtert und soweit notwendig beschlossen. Das für 2023 vorgesehene Review des Programms wurde im Oktober durchgeführt und vom Aufsichtsrat bestätigt. Die daraus resultierende Transition in die Linienorganisation bei der ProVitako wurde vorgeschlagen und in die Umsetzung gebracht; damit einher geht auch die Ausweitung des hauptamtlichen Vorstandes auf nunmehr zwei Vorstände.

Geschäftsverlauf 2023

Zur Neuausrichtung der ProVitako wurde das Programm ProVi 2025 gestaltet und gemeinsam durch Vorstand und Aufsichtsrat auf den Weg gebracht und in der Gesellschafterversammlung am 11.05.2022 vorgestellt. Das Programm ist mit einem B-Case ausgestattet, welcher die Jahre des Invests (2022 - 2024) und die Finanzierung auf Basis des Bilanzgewinnvortrags aufzeigt und die erwartete Entwicklung für 2025 und 2026 darstellt.

Dieser B-Case stellt den Referenzrahmen für die Umsetzung im Zuge der Wirtschaftspläne dar und sieht bewusst ein negatives Ergebnis für die Jahre 2022, 2023 und 2024 sowie die Rückkehr in die Gewinnzone in 2025 und den Ausbau der Ertragslage in 2026 vor.

Der Business-Case des Programms ProVi2025 sieht folgende jährlichen Entwicklungsschritte vor.

Wirtschaftsjahr	Umsatz	Aufwand	(Roh-)Ertrag	Jahresergebnis
2022	71 T€	241 T€	-170 T€	-169 T€
2023	1.640 T€	1.821 T€	-181 T€	-119 T€
2024	2.155 T€	2.180 T€	-25 T€	offen
2025	2.654 T€	2.502 T€	152 T€	offen
2026	3.230 T€	2.664 T€	566 T€	offen

Die Finanzierung des Programms ProVi 2025 erfolgt aus dem zum Ende 2021 bestehenden Bilanzgewinn in Höhe von 387.286,73 €. Ein Rückgriff auf die satzungsmäßigen bzw. die gesetzlichen Rücklagen ist nicht geplant.

Über das Programm und die damit einhergehende Entwicklung wird kontinuierlich dem Aufsichtsrat gegenüber berichtet und in der Generalversammlung im Zuge der Wirtschaftspläne und der Jahresabschlüsse entschieden.

Als Referenzrahmen für die Jahressicht haben wir jeweils die konsolidierte Sicht der Wirtschaftsplanung und der Programmplanung ProVi 2025 zu Grunde gelegt.

Die Umsatzerlöse der Genossenschaft haben sich im Geschäftsjahr 2023 gegenüber der Planung besser entwickelt. Der Planansatz ging von einem Umsatzerlös von 7.054 T€ aus, welcher im Ergebnis um 757 T€ überschritten wurde. Vergleicht man die Umsatzerlöse der Jahre 2022 und 2023 miteinander, so lässt sich feststellen, dass ein deutlicher Anstieg von rund 231 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Die im Wirtschaftsplan aufgestellte Prognose zeigte daher den richtigen Entwicklungstrend auf.

In den einzelnen Vertragssituationen haben sich gegenüber den Planungen die folgenden Veränderungen ergeben. Das Abrufverhalten der Mitglieder war im Bereich der Cisco Komponenten deutlich geringer als geplant. Das Vertragsverhältnis wurde mit Verzögerung erst zu Beginn des Jahres 2023 geschlossen und hatte daher eine längere Anlaufzeit als dies erwartet wurde. Betrachtet man das Abrufvolumen im Laufe des Jahres, so kann eine kontinuierliche Steigerung erkannt werden, die nunmehr auch den erwarteten Rahmen erreicht.

Das Vertragsverhältnis zur Endgeräteausstattung war durch die Entscheidung der Firma Fujitsu belastet, die die Fertigung der PCs sehr kurzfristig abgekündigt hat. Hierdurch kam es zu einer Kündigung im laufenden Vertrag durch unseren Lieferanten und entsprechenden Erlösausfällen. ProVitako musste daher unplanmäßig ein neues Vertragsverhältnis schaffen. Insgesamt ist ein Erlösausfall und ein Zusatzaufwand entstanden, den ProVitako mit einem vertragsgemäßen Schadenersatz in Höhe von 100 T€ außergerichtlich geltend gemacht hat. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Nachfrage in diesem Gerätesegment abnehmend ist. Corona bedingt hat sich mobiles Arbeiten durchgesetzt und daher auch eine Verlagerung zur Ausstattung mit Notebooks und Tablets. Derzeit ist die Nachfrage etwas gedämpft, da die Beschaffungen in den Coronajahren 2020 bis 2022 besonders stark waren und die Ersatzbeschaffungen erst ab 2025 wiedereinsetzen werden.

Ein weiterer Trend ist in den Vertragsverhältnissen für Multifunktionsgeräte (MFP) und Drucker erkennbar. Ausgelöst durch die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung verlieren diese Endgeräte an Bedeutung. Dies zeigt sich entsprechend in den Abrufstatistiken der vorhandenen Rahmenverträge der ProVitako. Im Rechenzentrums-Umfeld hält die ProVitako verschiedene Rahmenverträge, die weiterhin stark frequentiert werden. Es ergeben sich immer wieder Verschiebungen zwischen den Herstellern, die Nutzung der Verträge entsprach den Erwartungen der Wirtschaftsplanung. In den kommenden Jahren ist jedoch auch in diesem Vertragssegment mit Veränderungen zu rechnen, da der eigene RZ-Betrieb an Bedeutung verlieren wird und sich die Nutzung von Cloud-Rechenzentren immer weiter etablieren wird. Die ProVitako stellt sich auf diesen Trend mit passenden neuen Vertragssituationen ein.

Zur Ausstattung der Arbeitsplätze bei den Mitgliedern konnte ProVitako im Jahr 2023 einen großen Handelspartnervertrag für Microsoftlizenzen schließen. An diesem Vergabeprozess haben sich deutlich mehr Mitglieder beteiligt, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Die Nutzung dieses Vertragsverhältnisses übersteigt daher deutlich die formulierten Erwartungen in der

Wirtschaftsplanung. Dieser Trend ist ebenfalls im Bereich der Schulausstattung zu erkennen. Sowohl Tablets zur Ausstattung der Lehrer und Schüler wie auch interaktive Schultafeln für Klassenräume sind weiterhin stark nachgefragt.

Im Bereich des Marktplatzes konnten im Jahr 2023 keine Erlöse erzeugt werden. Durch den Sicherheitsvorfall bei der SIT konnte die Inbetriebnahme nicht erfolgen. Das System ist seit Februar in neuer Betriebsumgebung wieder verfügbar. Bis Mitte April 2024 soll der Onboarding-Prozess abgeschlossen sein.

Der Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft entsprach den Planungen. Es ist ein positiver Trend für diesen Leistungsbezug zu erkennen.

Betrachtet man die Aufwandsseite können folgende Feststellungen getroffen werden.

In nahezu allen Bereichen blieben die Aufwände hinter den Planungen zurück. Im Personalbereich konnten im Laufe des Jahres 2023 Mitarbeitende eingestellt werden. Dies ist auch der Auslöser für die gestiegenen Reisekosten, die oberhalb der Planwerte liegen. Aufgrund der personellen Verstärkung konnten im Bereich der Dienstleistungen, zuvor extern beauftragte Leistungen, nunmehr teilweise selbst übernommen werden. Dies führte im Jahr 2023 zu deutlichen Einsparungen.

Trotz der angestiegenen Zahl an Mitarbeitenden blieben die Raumkosten hinter den Planwerten zurück. Aufgrund des durchgängigen digitalen Arbeitens im Homeoffice konnte in 2023 auf zusätzliche Raumkapazitäten verzichtet werden.

Der Aufwand für Steuer- und Rechtsberatungskosten fiel im Jahr 2023 höher als geplant aus. Der Vorstand hat unter juristischer Begleitung die Geschäftsstrategie der ProVitako angepasst und in diesem Zuge auch die Standardverträge und AGBs überarbeiten lassen.

Durch die verzögerte Inbetriebnahme des Marktplatzes entstanden der ProVitako im Jahr 2023 geringere Servicekosten, die zu entsprechenden Minderausgaben führten.

Die ProVitako verfügt zum Jahresende 2023 über einen Auftragsbestand aus Rahmenverträgen in Höhe von rd. 11,3 Mio Euro. Das Anlagevermögen beträgt 127 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt 15 % (Vj 43%) der Bilanzsumme. Wir beurteilen die Eigenkapitalausstattung als noch angemessen.

Insgesamt ging der Planansatz von einem Rohertrag von 2.185 T€ aus, welcher im Ergebnis um 512 T€ unterschritten wurde. Vergleicht man den Rohertrag der Jahre 2022 und 2023 miteinander, so lässt sich feststellen, dass ein deutlicher Anstieg von rund 59 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Unter Berücksichtigung der Schadenersatzzahlung sowie der weiteren betrieblichen Erträge und Aufwendungen ergibt sich ein Ergebnis in Höhe von -119 T€, dass gegenüber der Planung damit um 62 T€ besser ausfällt.

Der deutliche Anstieg der Forderungen auf 4.056 Teuro (Vj. 1.145 Teuro) als auch der Verbindlichkeiten 3.921 Teuro (Vj 1.116 Teuro) aus Lieferungen und Leistungen resultiert im Wesentlichen aus der Einführung des Streckengeschäfts/Handelsgeschäfts sowie der nachläufigen Rechnungslegung gegenüber der ProVitako.

Die Genossenschaft war im Laufe des Geschäftsjahres 2023 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen aus eigener Liquidität nachzukommen. Kredite wurden daher bislang nicht in Anspruch genommen.

In der Gesamtbetrachtung beurteilt der Vorstand die Lage und den Geschäftsverlauf für das Geschäftsjahr 2023 als zufriedenstellend.

Der Vorstand schlägt vor, den Verlust aus dem Bilanzgewinn der vergangenen Jahre zu decken. Eine Bildung von zusätzlichen Rücklagen - gesetzlich wie satzungsmäßig – erfolgt wegen des operativen Verlusts nicht. Diese bleiben in gleicher Höhe wie zum 31.12.2022 bestehen.

3.4 Komm24 GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Komm24 mit Sitz in Dresden (HRB 39020). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2023 einen Anteil von 20 %.

3.4.1 Beteiligungsübersicht

Name: Komm24 GmbH

Anschrift: Blasewitzer Straße 41
01307 Dresden

Telefon: 0351 21391030

Homepage: www.komm-24.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital: 25.000 EUR

Anteil KISA: 5.000 EUR (20 %)

Unternehmensgegenstand

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen, insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Das Geschäftsmodell der Komm24 war 2023 im Wesentlichen geprägt von der Erst- und Weiterentwicklung von Online-Antragsassistenten sowie der Sicherstellung des Rollouts, Betriebes und Support dieser Online-Antragsassistenten für die sächsischen Kommunen (Geschäftsfeld OZG). Alle Leistungen im Geschäftsfeld OZG wurden im Auftrag der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) erbracht. Die Leistungserbringung für das Rollout, dem Betrieb und dem Support erfolgte vollständig und für die Erst- und Weiterentwicklung teilweise durch die Gesellschafter der Komm24 als Subunternehmer. Die hierfür notwendige übergreifende Steuerung aller Leistungen sowie die Buchhaltung und das Controlling wird durch die Komm24 selbst übernommen.

Darüber hinaus betreibt die Komm24 noch das Geschäftsfeld der Leistungsvermittlung in der Rolle als Vermittler von Verträgen zwischen den Gesellschaftern zur Erbringung verschiedener Leistungen.

Im Geschäftsjahr 2023 hatte die Komm24 neun Mitarbeiter (inkl. Geschäftsführer) und eine Werkstudentin.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Seite 01 von 51

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden vier reguläre und eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung sowie zwei satzungsgemäße und eine außerordentliche Versammlung der Gesellschaftervertreter statt.

3.4.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Komm24 liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

3.4.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

Komm24 GmbH	Ist 2021 in T€	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€
Umsatz	2.814	4.643	5.475
Bestandsveränderungen	7	-7	80
sonstige Erträge	9	16	10
Materialaufwand	2.475	3.839	4.344
Personalaufwand	204	332	663
Abschreibungen	47	47	2
sonst. Aufwand	81	149	289
Zinsen / Steuern	7	90	83
Ergebnis	15	195	184
Bilanzsumme	1.050	1.450	1.781

3.4.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2023 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im Jahr 2023 gab es sowohl bundes- als auch sachsenweit keine wesentlichen strukturellen Veränderungen, um die Verwaltungsdigitalisierung stärker voran zu treiben. Auch das ÖZG-ÄndG, welches ursprünglich bereits zum 1. Januar 2024 in Kraft treten sollte, ist durch den Bundesrat in seiner Sitzung vom 22. März 2024 abgelehnt worden.

Seite 32 von 51

Trotzdem wurden bei der Verwaltungsdigitalisierung an einigen Stellen Fortschritte erzielt, jedoch gibt es gerade bei den mittleren und kleinen Kommunen in Sachsen noch enormen Nachholbedarf.

Im Freistaat Sachsen gibt es nach wie vor eine ganze Reihe von Stakeholdern auf der staatlichen Seite (Sächsische Staatskanzlei, IT-Kooperationsrat, verschiedene Sächsische Staatsministerien, staatliche Dienstleister wie die Sächsischen Informatik Dienste) mit entsprechendem Budget und einer Entscheidungskompetenz sowie auch auf kommunaler Seite (Sächsischer Städte- und Gemeindetag, Sächsischer Landkreistag, SAKD und kommunale Dienstleister wie Komm24, Lecos oder KISA). Mit einer vom Bund und der Sächsischen Staatsregierung beschlossenen zusätzlichen Förderung zur Einführung von EfaLeistungen im Freistaat Sachsen gewinnt dieses Thema zunehmend an Bedeutung. Jedoch ist bis dato weder eine Rollenverteilung noch ein schlüssiges Konzept zur Einführung dieser Leistungen in Sachsen zu erkennen. Auch die Frage, welchen Einfluss die Efa-Leistungen auf die weitere Gestaltung des Geschäftsfeldes für eigenentwickelte Online-Antragsassistenten haben, ist noch nicht geklärt. Hinzu kommt die Unsicherheit, wie sich der neue Sächsische Doppelhaushalt 2025/2026 nach der Landtagswahl am 01. September 2024 bezüglich einer weiteren Finanzierung der Verwaltungsdigitalisierung gestaltet. Eine bereits angekündigte Überarbeitung des Sächsischen E-Government Gesetzes (SächsEGovG) wird wohl nicht mehr in dieser Legislaturperiode kommen.

Geschäftsverlauf und Lage

Im Geschäftsjahr 2023 konnte die Komm24 insgesamt 67 neue Online-Antragsassistenten fertig stellen, was wiederum eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet (2022: 52). Ab 2023 wurden zur Erhöhung der Transparenz bei Komm24 nicht mehr die Anzahl der Online-Antragsassistenten, sondern alle darin enthaltenen Leika-Leistungen (bundesweiter Katalog der Verwaltungsleistungen) gezählt. Damit wird der unterschiedlichen Komplexität einzelner Online-Antragsassistenten Rechnung getragen. Hier konnte der Bestand an umgesetzten Leika-Leistungen im Jahr 2023 mit 396 mehr als verdoppelt werden (Stand zu Beginn des Jahres: 165). Die durchschnittlichen Entwicklungskosten pro Leika-Leistung verringerten sich von >160 TEuro in 2020 auf nunmehr ca. 13,6 TEuro 2023. Der größte Erfolg für Komm24 war die kurzfristige Neuentwicklung des Online-Wohngeldantrages aufgrund der neuen Gesetzeslage ab 1. Januar 2023. In nur fünf Wochen komplett fertig gestellt, nutzen diesen Antrag nunmehr alle Wohngeldstellen in Sachsen und hatte mit über 11.000 Online-Anträgen in 2023 fast ein Drittel aller eingereichten Online-Anträge über Komm24-Online-Anträge ausgemacht.

Im Jahr 2023 standen für den Betrieb, dem Rollout, und dem Support und Service ein Budget von 2 Mio. Euro (Brutto) zur Verfügung. Diese Leistungen wurden von den Gesellschaftern und Dienstleistern Lecos GmbH und KISA vollständig übernommen. Jedoch zeigte sich bereits im ersten Halbjahr 2023, dass die Ergebnisse insbesondere beim Rollout von Online-Antragsassistenten für die Kommunen von der Zielstellung einer Flächendeckung noch weit entfernt liegen. Daher wurde von Komm24 ein neues Konzept entwickelt, durch eine automatische Bereitstellung der Online-Antragsassistenten auf Amt24, einer Neuorganisation des Produkt- und Servicemanagements sowie einer Verstärkung der Information und Kommunikation zu den Kommunen die Verbreitung und Akzeptanz bei den Kommunen wesentlich zu verbessern. Mit Beschluss AR- 08/2023 des Aufsichtsrates der Komm24 wird dieses Konzept derzeit umgesetzt und zu Teilen bereits im Januar 2024 eingeführt. Dabei wird die Komm24 auch eigene Investitionen aus der Gewinnrücklage leisten.

a) Ertragslage

Die Komm24 hatte im Jahr 2023 zwei wesentliche Geschäftsfelder. Die Leistungsvermittlung zwischen den Gesellschaftern, die über die Komm24 im Inhouse-Verfahren Verträge abschließen können und die Umsetzung von OZG-Projekten, beauftragt durch die SAKD.

Der Umsatz im Geschäftsfeld Leistungsvermittlung betrug 2023 2.188 TEuro (Plan: 3.670 TEuro¹) mit einem Rohertrag von 93 TEuro (Plan 117 TEuro). Die Umsatzabweichung ergibt sich aus weniger Umsätzen mit den bestehenden Verträgen, worauf die Komm24 aber keinen Einfluss hat. Im Jahr 2023 kamen im Geschäftsbereich Leistungsvermittlung keine wesentlichen neuen Verträge hinzu. Eine weitere Ursache für den geringeren Umsatz ist der Übergang der Betriebs- und Serviceverträge für die Online-Antragsassistenten mit KISA und Lecos vom Geschäftsfeld Leistungsvermittlung in das Geschäftsfeld OZG ab 2. Halbjahr 2023.

Im Geschäftsfeld OZG konnte im Jahr 2023 ein Umsatz von 3.286,5 TEuro erzielt werden. Dies liegt zwar über dem Planwert von 2.888 TEuro, jedoch müssen ab dem 2. Halbjahr (nach der Fortschreibung des Wirtschaftsplans) die Betriebs- und Service-Verträge hinzugerechnet werden, damit ergab sich ein neuer Planwert von 3.770 TEuro. Somit wurde das Umsatzziel nicht ganz erreicht. Ursache hier sind hier eine Reihe von Projekten, welche erst Anfang 2024 fertiggestellt und abgerechnet wurden. Die bezogenen Leistungen für die OZG-Projekte lagen mit 2.248 TEuro (Plan: 2.030 TEuro à neuer Planwert mit Serviceverträgen: 2.904 TEuro) überproportional niedriger, begründet einerseits durch einen hohen Anteil an Eigenleistungen der Komm24 bei der Umsetzung der OZG-Projekte und andererseits durch zusätzliche Sicherheitsaufschläge in der Kalkulation von Festpreis-Projekten für eventuelle Mehraufwände, die aber im Wesentlichen nicht benötigt wurden.

Die Personalkosten der Komm24 im Jahr 2023 liegen mit 662,5 TEuro leicht über Plan (630 TEuro), aufgrund einer Auszahlung von Inflationsausgleichsprämien an die Mitarbeiter der Komm24.

Die sonstigen betrieblichen Aufwände sind mit 289 TEuro (Plan: 213,8 TEuro) höher als geplant. Diese sind im Wesentlichen begründet durch mehr Ausgaben im Bereich der periodenfremden Aufwände.

Durch die wesentlich geringeren bezogenen Leistungen bei den OZG-Projekten liegt das Ergebnis der Geschäftstätigkeit mit 267,2 TEuro 108,4 TEuro über Plan (158,8 TEuro).

Der Gesamtumsatz für 2023 liegt mit 5.474 TEuro um 1.093 TEuro unter Plan (6.567 TEuro), im Wesentlichen begründet durch die geringeren Umsätze im Geschäftsbereich Leistungsvermittlung.

b) Finanzlage

Die Finanzlage wird als gut eingeschätzt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit führte im Berichtsjahr zu einem Zahlungsmittelbedarf von 45,7 TEuro.

Der Gesamtcashflow beträgt – 47,9 TEuro.

c) Vermögenslage

wesentliche Bilanzposten

Aktiva	TEuro
kurzfristige Vermögenswerte	1.443,4
liquide Mittel	337,2
Passiva	
Eigenkapital	528,9
Rückstellungen	177,5
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.074,2
Bilanzsumme	1.780,6

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 528,9 TEuro. Die Eigenkapitalquote liegt bei 29,7 % (Vorjahr: 23,8 %) und somit in der Größenordnung vergleichbarer Unternehmen der Branche.

Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil und gesichert ein.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die Forderungen und liquiden Mittel gedeckt.

Prognosebericht

Im Jahr 2024 setzt die Komm24 ihren Schwerpunkt auf die Umsetzung der Vorhaben aus 2023, die automatische Bereitstellung der Online-Antragsassistenten, das Produkt- und Servicemanagement und die Information und Kommunikation zu den Kommunen komplett neu zu gestalten. Es ist geplant, hier auch verstärkt Eigenmittel zur Finanzierung des Vorhabens einzusetzen. Neu strukturierte Verträge sowohl mit der SAKD als auch mit den Dienstleistern der Komm24 auf Grundlage detaillierter Leistungsbeschreibungen sollen die Qualität der Dienstleistungen erheblich erhöhen.

Die finanziellen Mittel der Staatskanzlei und aus FAG-Mitteln zur Förderung OZG-Umsetzung stehen 2024 in gleichem Maße wie 2023 zur Verfügung. Damit ist grundsätzlich das Geschäftsfeld OZG für 2024 abgesichert.

Jedoch gibt es derzeit noch keine vollständige Klarheit, ob die Mittel für die Erst- und Weiterentwicklung tatsächlich genau dafür verwendet werden sollen, oder ein Großteil davon für Leistungen zu den Themen EfADienste, End-to-End Lösungen und Automatisierung verwendet wird. Da es hier aber derzeit größtenteils noch keine Prozesse, Rollenverteilung und Verantwortlichkeiten

für das Rollout bzw. der Entwicklung dieser Leistungen gibt und größtenteils auch noch nicht klar ist, ob die Efa-Dienste für die sächsischen Verwaltungen geeignet und kurzfristig verfügbar sind, kann daraus noch keine konkrete Beauftragungssituation für die Komm24 abgeleitet werden. Komm24 ist mit SAKD und allen Stakeholdern im Gespräch, um hier schnellstmöglich Klärung herbeizuführen.

Es fehlt im Freistaat Sachsen nach wie vor eine Gesamtstrategie, wie und auf welchem Wege das OZG bzw. die Verwaltungsdigitalisierung umgesetzt werden soll, so dass dies auch bei den sächsischen Kommunen ankommt. Hinzu kommt noch die Unsicherheit, ob sich nach der Landtagswahl am 01. September 2024 die Digitalisierungs-Strategie und/oder die Finanzierung im Doppelhaushalt 2025/2026 ändert. Noch in diesem Jahr soll es eine von den Spitzenverbänden und der Sächsischen Staatskanzlei angeregte Untersuchung der kommunalen und staatlichen Organisationen, der Rollenverteilung und Prozesse im Rahmen der OZG-Umsetzung in Sachsen geben mit Vorschlägen für eine Optimierung (Governance Check). Die Komm24 sieht hier sehr optimistisch in die Zukunft, ist sie doch eine der wenigen Dienstleister in Sachsen, welche OZG-Lösungen tatsächlich bis in die Kommunen bringt.

Chancen- und Risikobericht

a) Risiken aus operativer Tätigkeit

Umfeld-/ Marktrisiken

Komm24 ist sehr zuversichtlich, dass sich mit der Neugestaltung des Betriebs, Support und Services, der Information und Kommunikation sowie der automatischen Bereitstellung von Online-Antragsassistenten die Verwendung von Online-Antragsassistenten vor allem auch in den kleineren sächsischen Kommunen flächendeckend durchsetzt. Es besteht hier jedoch ein hohes Risiko, dass sich dies durch die momentan nicht klare Strategie der Umsetzung des OZG im Freistaat Sachsen und einer nicht gesicherten Finanzierung ab 2025 zumindest verzögert.

Das gesamte Geschäftsmodell der Komm24 für die Bereitstellung der Online-Antragsassistenten, den Support und den Betrieb basiert auf einem kostenfreien Angebot dieser Leistungen für die Kommunen, eine Umlage der Kosten auf die Kommunen wäre hier höchstens auf indirektem Wege (z. B. pauschale FAG-Beiträge) möglich.

Daher ist für Komm24 die ungeklärte Frage der weiteren Finanzierung der Leistungen für die Kommunen im Kontext mit der Landtagswahl 2024 und dem Doppelhaushalt 2025/2026 ein wesentliches Risiko. Mit einem Dokument zur „Bewertung der wirtschaftlichen Risiken für die Gesellschaft Komm24“, welches im Auftrag des Aufsichtsrates der Komm24 entstand und in jeder AR-Sitzung aufgerufen wird, sind für den Fall einer verzögerten oder fehlenden Finanzierung ab 2025 Maßnahmen zur Begegnung dieses Risikos aufgeführt.

Risiken in den Leistungsbeziehungen

Auch mit einem verstärkten Einsatz eigener Mitarbeiter der Komm24 in den Projekten und zur Steuerung der Projekte sowie dem Produkt- und Servicemanagement gibt es nach wie vor eine starke Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der Ressourcen bei den Dienstleistern der Komm24. Die Verfügbarkeit dieser Ressourcen kann aber nur sichergestellt werden, wenn es eine verlässliche mittelfristige Planung über deren Einsatz gibt.

Darüber hinaus ist die Komm24 abhängig von einer Auftragserteilung für OZG-Projekte durch die SAKD. Es gibt zwar einen Rahmenvertrag über das gesamte, der Komm24 zur Verfügung stehende Budget, jedoch hängen die Einzelabrufe von einer Vielzahl an Faktoren ab (u. a. von der weiteren Strategie zur Einführung von Efa-Leistungen).

b) Risikomanagementsystem

Alle erkennbaren Risiken für das Geschäft, der Liquidität und der Haftung werden durch den Geschäftsführer der Komm24 laufend identifiziert und in regelmäßigen Beratungen und Abstimmungen mit den Mitarbeitern der Komm24 bzw. den Geschäftsleitungen der Gesellschafter dargelegt und erforderliche Maßnahmen gemeinsam abgestimmt und festgelegt. Im Jahr 2023 wurde gemeinsam mit Führungskräften der Komm24 das bestehende Komm24-interne Risikomanagementsystem aktualisiert. In einer Risiko-Matrix werden die strategischen, Markt-, Finanz-, regulatorischen, Leistungs- und sonstigen Risiken betrachtet und regelmäßig angepasst. Darüber hinaus werden in einem Dokument zur „Bewertung der wirtschaftlichen Risiken für die Gesellschaft Komm24“, welches ständig aktualisiert wird, die Risiken einer fehlenden zukünftigen Finanzierung behandelt.

Das Gesamtrisiko für den generellen Fortbestand der Komm24 wird als gering eingeschätzt.

c) Chancen

Sehr viele Stakeholder im Umfeld der Verwaltungsdigitalisierung unterstützen den Kurs der Komm24 und setzen sich ebenso für eine Fortführung der Finanzierung eigenentwickelter Online-Antragsassistenten für die Kommunen ein. Komm24 ist einer der ganz wenigen sächsischen IT-Dienstleister, welche in größerem Umfang Online-Antragsassistenten für die Kommunen anbietet und hier auch in der Lage ist, auf neue Anforderungen schnell und effizient zu reagieren. Daher ist Komm24 zu einer festen Größe in der sächsischen Verwaltungsdigitalisierung geworden, ein Wegfall dieser Leistungen würde einen Rückschritt bedeuten.

Im Rahmen des Governance Checks, dessen Ergebnisse bis Ende 2024 vorliegen sollen, könnten sich neue Möglichkeiten eröffnen, durch neue Unternehmen oder Änderungen in der Gesellschafterstruktur der Komm24 mit mehr Ressourcen und einem erweiterten Aufgabenbereich stärker bei der Verwaltungsmodernisierung mitzuwirken.

d) Einschätzung

Die Perspektiven für die Entwicklung des Unternehmens sind aus Sicht der Geschäftsführung trotz der derzeit herrschenden Unklarheiten über die weitere Strategie zur Umsetzung des OZG in Sachsen gut.

Die Komm24 wird mit hoher Sicherheit auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen in der kommunalen ITLandschaft. Eine wichtige Rolle wird die intensive Zusammenarbeit und strategische Partnerschaft mit vor allem kommunalen Stakeholdern spielen.

Unterstützend wirkt hier auch das Geschäft der Vermittlung von IT-Leistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24.

3.4.5 Organe

Der Aufsichtsrat setzte sich im Rumpfgeschäftsjahr 2023 wie folgt zusammen:

Herr Ulrich Hörning, 1. Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Leipzig	Vorsitzender
Herr Andreas Bitter, Geschäftsführer KISA, Leipzig	Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor SAKD	Aufsichtsratsmitglied
Herr Jan Pratzka, Beigeordneter für Wirtschaft, Digitales, Personal und Sicherheit der Landeshauptstadt Dresden (ab 11.05.2023)	Aufsichtsratsmitglied
Herr Ralph Burghart, Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Chemnitz	Aufsichtsratsmitglied

4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2023

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
1	LRA Altenburger Land	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
2	LRA Dahme-Spreewald	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
3	LRA Erzgebirgskreis	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
4	LRA Görlitz	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
5	LRA Gotha	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
6	LRA Leipzig	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
7	LRA Meißen	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
8	LRA Nordhausen	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
9	LRA Nordsachsen	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
10	LRA Saale-Holzland	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
11	LRA Saale-Orla-Kreis	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
12	LRA Saalfeld-Rudolstadt	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
13	LRA Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
14	LRA Vogtlandkreis	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
15	LRA Weimarer Land	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
16	LRA Zwickau	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
17	SV Altenberg	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
18	SV Altenburg	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
19	SV Annaberg-Buchholz (Große Kreisstadt)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
20	SV Aue-Bad Schlema (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
21	SV Augustusburg	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
22	SV Bad Dübén	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
23	SV Bad Lausick	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
24	SV Bad Muskau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
25	SV Bad Schandau	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
26	SV Bautzen (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
27	SV Belgern-Schildau	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
28	SV Bernstadt a. d. Eigen	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
29	SV Böhlen	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
30	SV Borna (Große Kreisstadt)	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
31	SV Brandis	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
32	SV Burgstädt	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
33	SV Chemnitz	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
34	SV Coswig (Große Kreisstadt)	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
35	SV Crimmitschau	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
36	SV Dahlen	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
37	SV Delitzsch (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
38	SV Dippoldiswalde (Große Kreisstadt)	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
39	SV Döbeln (Große Kreisstadt)	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
40	SV Dohna	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
41	SV Dommitzsch	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
42	SV Frankenberg/Sa.	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
43	SV Frauenstein	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €

Seite 40 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
44	SV Freiberg (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
45	SV Freital (Große Kreisstadt)	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
46	SV Gera	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
47	SV Geringswalde	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
48	SV Geyer	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
49	SV Glashütte	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
50	SV Glauchau (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
51	SV Görlitz (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
52	SV Grimma (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
53	SV Gröditz	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
54	SV Groitzsch	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
55	SV Großenhain (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
56	SV Großröhrsdorf	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
57	SV Großschirma	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
58	SV Hainichen (Große Kreisstadt)	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
59	SV Hartenstein	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
60	SV Hartha	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
61	SV Harzgerode	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
62	SV Heidenau	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
63	SV Hohenstein-Ernstthal (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
64	SV Hohnstein	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
65	SV Hoyerswerda (Große Kreisstadt)	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
66	SV Kamenz	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €

Seite 41 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
67	SV Kirchberg	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
68	SV Kitzscher	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
69	SV Kölleda	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
70	SV Königstein	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
71	SV Landsberg	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
72	SV Lauter-Bernsbach	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
73	SV Leipzig	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
74	SV Leisnig	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
75	SV Limbach-Oberfrohna	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
76	SV Lommatzsch	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
77	SV Lößnitz	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
78	SV Markneukirchen	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
79	SV Markranstädt	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
80	SV Meerane	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
81	SV Meißen (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
82	SV Mittweida (Hochschulstadt)	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
83	SV Mügeln	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
84	SV Naumburg	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
85	SV Naunhof	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
86	SV Niesky (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
87	SV Nordhausen	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
88	SV Nossen	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
89	SV Oberlungwitz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €

Serie 42 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
90	SV Oelsnitz/Erzgeb.	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
91	SV Ostritz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
92	SV Pegau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
93	SV Pirna (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
94	SV Plauen (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
95	SV Pulsnitz	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
96	SV Rabenau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
97	SV Radeberg (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
98	SV Radebeul (Große Kreisstadt)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
99	SV Radeburg	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
100	SV Regis-Breitingen	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
101	SV Reichenbach/Vogtland (Große Kreisstadt)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
102	SV Reichenbach/O.L.	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
103	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
104	SV Roßwein	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
105	SV Rötha	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
106	SV Rothenburg/O.L.	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
107	SV Sayda	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
108	SV Schkeuditz (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
109	SV Schöneck/Vogtl.	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
110	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (Große Kreisstadt) f. GV Pöhl	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
111	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
112	SV Stolpen	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €

Serie 43 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
113	SV Strehla	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
114	SV Suhl	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
115	SV Taucha	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
116	SV Thalheim/Erzgeb.	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
117	SV Tharandt	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
118	SV Torgau (Große Kreisstadt) f. GV Pflückuff	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
119	SV Trebsen/Mulde	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
120	SV Treuen	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
121	SV Waldheim	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
122	SV Weimar	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
123	SV Weißenberg	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
124	SV Weißwasser/O.L. (Große Kreis- stadt)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
125	SV Werdau (Große Kreisstadt)	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
126	SV Wildenfels	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
127	SV Wilkau-Haßlau	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
128	SV Wilsdruff	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
129	SV Wolkenstein	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
130	SV Wurzen (Große Kreisstadt)	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
131	SV Zittau (Große Kreisstadt) f. GV Hirschfelde	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
132	SV Zschopau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
133	SV Zwenkau	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
134	GV Amtsberg	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
135	GV Arnsdorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €

Seite 44 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
136	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
137	GV Bannewitz	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
138	GV Belgershain	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
139	GV Borsdorf	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
140	GV Boxberg/O.L.	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
141	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
142	GV Burkau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
143	GV Burkhardtsdorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
144	GV Callenberg	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
145	GV Claußnitz	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
146	GV Crottendorf	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
147	GV Cunewalde	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
148	GV Diera-Zehren	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
149	GV Doberschau-Gaußig	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
150	GV Dorfhain	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
151	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
152	GV Ebersbach (01561)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
153	GV Elstertrebnitz	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
154	GV Eppendorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
155	GV Erlau	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
156	GV Frankenthal	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
157	GV Gablenz	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
158	GV Glaubitz	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €

Seite 45 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
159	GV Göda	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
160	GV Gohrisch	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
161	GV Großharthau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
162	GV Großpösna	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
163	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
164	GV Großschönau	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
165	GV Grünhainichen (f. GV Borstendorf)	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
166	GV Hähnichen	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
167	GV Hartmannsdorf	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
168	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
169	GV Hochkirch	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
170	GV Hohendubrau	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
171	GV Kabelsketal	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
172	GV Käbschütztal	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
173	GV Klingenberg	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
174	GV Klipphausen	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
175	GV Königswartha	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
176	GV Kottmar	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
177	GV Krauschwitz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
178	GV Kreba-Neudorf	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
179	GV Kreischa	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
180	GV Krostitz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
181	GV Kubschütz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €

Seite 46 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
182	GV Laußig	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
183	GV Leubsdorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
184	GV Leutersdorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
185	GV Lichtenau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
186	GV Lichtentanne	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
187	GV Liebschützberg	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
188	GV Löbnitz	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
189	GV Lohsa	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
190	GV Lossatal	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
191	GV Machern	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
192	GV Malschwitz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
193	GV Markersdorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
194	GV Mildenau	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
195	GV Mockrehna	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
196	GV Moritzburg	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
197	GV Mücka	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
198	GV Müglitztal	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
199	GV Muldenhammer	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
200	GV Neschwitz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
201	GV Neuensalz	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
202	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
203	GV Neukieritzsch	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
204	GV Neukirch/L.	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €

Serie 47 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
205	GV Neukirchen	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
206	GV Niederau	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
207	GV Nünchritz	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
208	GV Obergurig	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
209	GV Oderwitz	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
210	GV Ottendorf-Okrilla	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
211	GV Otterwisch	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
212	GV Petersberg (f. VG Götschetal-Petersb.)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
213	GV Pöhl	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
214	GV Priestewitz	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
215	GV Puschwitz	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
216	GV Quitzdorf am See	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
217	GV Rackwitz	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
218	GV Rammenau	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
219	GV Rathen (Kurort)	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
220	GV Rechenberg-Bienenmühle	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
221	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
222	GV Reinsdorf	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
223	GV Rietschen	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
224	GV Rosenbach (f. VV Rosenbach)	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
225	GV Schleife	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
226	GV Schmölln-Putzkau	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
227	GV Schönau-Berzdorf a. d. Eigen	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €

Seite 48 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
228	GV Schwepnitz	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
229	GV Sehmatal	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
230	GV Steinberg	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
231	GV Steinigtwolmsdorf	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
232	GV Striegistal	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
233	GV Tannenberg	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
234	GV Taura	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
235	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
236	GV Trossin	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
237	GV Wachau	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
238	GV Waldhufen	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
239	GV Weinböhla	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
240	GV Weischlitz / Burgstein	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
241	GV Weißkeißel	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
242	GV Wernsdorf	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
243	GV Wiedemar	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
244	VV Diehsa	20	0,642	385,48 €	128,49 €	32,12 €
245	VV Eilenburg-West	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
246	VV Jägerswald	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
247	VG Kölleda	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
248	VG Oppurg	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
249	VG Triptis	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
250	Verkehrsverbund Oberlausitz-Nie- derschlesien GmbH	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €

Seite 49 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
251	ZV Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
252	Schulverband Treuener Land	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
253	AZV Elbe-Floßkanal	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
254	AZV "Gemeinschaftskläranlage Kal-kreuth"	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
255	AZV „Oberer Lober“	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
256	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
257	AZV „Untere Zschopau“	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
258	AZV "Unteres Pließnitztal-Gaule"	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
259	AZV „Weiße Elster“	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
260	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
261	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	8	0,257	154,19 €	51,40 €	12,85 €
262	ZV „Parthenaue“	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
263	ZV RAVON	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
264	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
265	ZV WALL	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
266	Trink-WZV Mildenau-Streckenwalde	5	0,161	96,37 €	32,12 €	8,03 €
267	WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
268	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
269	Kommunaler Sozialverband Sach-sen	12	0,385	231,29 €	77,10 €	19,27 €
270	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
271	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €
272	Lecos GmbH	30	0,964	578,22 €	192,74 €	48,19 €
273	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,096	57,82 €	19,27 €	4,82 €

Serie 50 von 51

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil Komm24 GmbH in €
274	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
275	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
276	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	1	0,032	19,27 €	6,42 €	1,61 €
Gesamt 2023:		3113	100	60.000,00 €	20.000,00 €	5.000,00 €